

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

141/142 · Juli/August 2002

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 581

## Essay

ROLAND CLAUS  
Die Linke und die Macht 583

## Gesellschaft – Analyse & Alternativen

WOLF-DIETER NARR  
Weltmarkt und Menschenrechte 593

SHARIT K. BHOWMIK  
Arbeitergenossenschaften und Marginalität 604

## Sozialstaat im Zwielficht

ACHIM TRUBE  
Paradigmenwechsel im Sozialstaat? 615

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER  
Arbeitslosenprojekte in der Bürgergesellschaft 629

TIEB PETERSEN  
Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft 641

## Interview

GEORG KATZER  
»Man muß die Ränder wachsen lassen«  
Im Gespräch mit Stefan Amzoll 647

## Tradition & Programmatik

- ERNST WURL  
Macht und Last der Tradition. Das Exempel PDS 666
- HELMUT BOCK  
Erbe und Tradition.  
Zum geschichtlichen Denken in der PDS 675
- STEFAN BOLLINGER  
PDS-Programmatik und das Schlüsseljahr 1989 682

## Blick nach Polen

- KAROL KOSTRZEBSKI  
Rechtsextreme in Polen 689
- ANDRZEJ KALUZA  
Zuwanderer aus Polen in Deutschland 699
- LIDIA OWCZAREK  
Die Situation der nationalen Minderheiten in Polen  
während der Systemtransformation 710

## Dokumentierte Geschichte

- ANNELIES LASCHITZA  
Ein neuer Brief von Rosa Luxemburg 720

## Standorte

- CHRISTIAN FUCHS  
Die Bedeutung der Fortschrittsbegriffe  
von Marcuse und Bloch im informations-  
gesellschaftlichen Kapitalismus 724
- GOTTFRIED STIEHLER  
Fortschritt und Reaktion im Staatssozialismus 737

## Bericht

- JAN HOFF  
Klassen – Revolution – Demokratie 743

## Festplatte

- WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 746

## Bücher & Zeitschriften

Manuel Castells: Die Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur Jochen Steinbicker: Zur Theorie der Informationsgesellschaft. (JUSTINE SUCHANEK)	748
Martin Kühnel, Walter Reese-Schäfer, Axel Rüdiger (Hrsg.): Modell und Wirklichkeit. Anspruch und Wirkung politischen Denkens. (STEPHAN MOEBIUS)	751
Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (MANFRED UESSELER)	752
Michael Maar: Das Blaubartzimmer. Thomas Mann und die Schuld (MATHIAS IVEN)	755
Edward O. Wilson: Die Zukunft des Lebens (ERICH LANGE)	757
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2002 (ULRICH BUSCH)	759
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors (ROLF RICHTER)	760
Dietmar Wittich: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen. (LOTHAR HERTZFELDT)	762
Heiner Ganßmann: Politische Ökonomie des Sozialstaats. Einstiege. Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie, Band 10 (CHRISTIAN BRÜTT)	763
<b>Summaries</b>	764
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	768



# VorSatz

*Nichts ist wohl anrühlicher unter Linken in Deutschland, als unter den Verdacht zu geraten, politisch denken zu können. Denken ist mit Abwägen verbunden, mit der Prüfung von Sachverhalten, der logischen Ableitung von Schlüssen. Allein schon der Versuch gilt als Opportunismus; wer dessen als schuldig befunden wird, trägt das Kainsmal. Das war jüngst wieder zu konstatieren bei einer Diskussion über Nation im FREITAG: »Die Linken brauchen keinen Begriff der Nation, sie wollen sich damit auseinandersetzen.« Das ist wahre, allerreinste revolutionäre Gesinnung, sich mit etwas auseinandersetzen, wovon man keinen Begriff besitzt.*

*Auch während des Bush-Besuches haben sich die Fronten klar gezeigt. Mit ihrer Plakataktion während der Rede von George W. Bush im Bundestag waren Winfried Wolf, Ulla Jelpke und Heidi Lippmann die Helden, Roland Claus, der sich für den Verstoß gegen getroffene Absprachen entschuldigte, »hat die Hosen voll«, er ist »die Pfeife« (Georg Fülberth). Der mit der Aktion provozierte Gegensatz liegt auf der Linie derer, die innerhalb der PDS zwischen den wahren (oder ganz consequenten) Friedensfreunden und den anderen differenzieren möchten, den nicht so wahren oder nicht so ganz consequenten. Wer die Auseinandersetzung auf diesen Nebenkriegsschauplatz verlagert, zeigt, daß er vor dem Mainstream der gegenwärtigen deutschen Politik, der Unterstützung und Beteiligung am »Krieg gegen den Terrorismus«, eigentlich schon resigniert hat.*

*Die PDS hat die Spielregeln der parlamentarischen Rituale nicht erfunden; aber sie hat sich auf dieses Feld begeben und wird hier gebraucht als Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit, für Frieden, für den Osten. So hat sie bisher die Handlungsspielräume und Chancen sozialistischer Politik deutlich erweitert. Diese Spielräume und Chancen kann man natürlich auch sektenförmig besetzen, zum Beispiel durch Tabubruch. Letztlich produziert das auch eine Art Berechenbarkeit, aber eine, die in die Politikunfähigkeit führt. Viel schwieriger ist es, Handlungsspielräume und Chancen politisch wahrzunehmen, Einflußmöglichkeiten auszutesten, sie auszubauen und zu entwickeln. Denn auch in anderen Parteien gibt es Politikerinnen und Politiker, die diesen Krieg mit Skepsis sehen. Es ist sinnvoll, auf Veränderbarkeit von Politik auch in dieser Frage zu setzen. Aber dazu muß man eigene Politikfähigkeit erhalten. Genau das hat Roland Claus versucht.*

*Der Vorgang steht für eine allgemeine Dichotomie sozialistischer Politik nach dem Sündenfall. Prinzipiell existieren gegenwärtig zwei Optionen: Entweder sozialistische Politik wartet ab, bis sie mehr-*

heitsfähig ist und ihr dann alle Möglichkeiten der Volksbeglückung offenstehen. Oder man begibt sich in die Niederungen der täglichen politischen Arbeit, um immer nach Möglichkeiten von Reformpolitik zu suchen. Dafür braucht man dann Partner.

Politische Parteien unterscheiden sich nach gesellschaftspolitischen Konzepten, wie sie das Gemeinwesen mit den Möglichkeiten von Politik gestalten, notfalls den Mangel verwalten wollen. Hinsichtlich voraussehbarer Folgewirkungen stehen sich diese Konzepte näher oder ferner. Wenn man nun für die Realisierung politischer Ziele Partner braucht, dann wird man sie am ehesten unter denen zu suchen haben, deren Konzepte den eigenen am nächsten sind.

Unterdessen scheint ein Lagerwahlkampf in Gang gekommen zu sein, der die Vielfalt auf zwei gebündelte Konzepte reduziert. Aber es ist nicht die einzige Option, daß die Auseinandersetzung der Lager aus sich selbst heraus entschieden wird. Strukturell vergleichbar mit der Schlacht von Waterloo kann sie auch dadurch entschieden werden, daß der einen Seite von außen frische Kräfte zugeführt und damit ein strategisches Übergewicht geschaffen wird. Warum soll nicht sozialistische Politik den Part der Borussen übernehmen?

Für solche Überlegungen ist leicht das Etikett der »Anpassung«, gar der »Anbiederung« bei der Hand. Die Gestik von Totalopposition gilt wieder als chic. Natürlich ist Kritik an der Politik der bisherigen Koalition berechtigt und geboten. Aber dabei wird häufig nicht unterschieden zwischen dem, was sozialdemokratische Politiker aktuell zu verantworten haben, und welche Breite politischer Möglichkeiten in der sozialdemokratischen Bewegung liegt. Wo »Sozialdemokratie« drauf steht, kann ja auch wieder einmal mehr Lafontaine drin sein. Eine Orientierung auf eine Kooperation mit anderen Parteien ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eigenes politisches Profil. Gerade wenn sozialistische Politik bei ihren Schwerpunkten bleibt, kann sie die Linken in andern Parteien ermutigen, mehr Einfluß auszuüben, die Kräfteverhältnisse dort zu verändern und dadurch erst die politischen Voraussetzungen zu schaffen, die eine wirksame gesellschaftspolitische Umsteuerung möglich machen. Dazu braucht es Mut und Phantasie.

Zugleich sind Augenmaß und Realismus gefragt. Die Koalition von SPD und PDS in Berlin wird aus den eigenen Reihen sehr mißtrauisch betrachtet. Dabei ist die PDS mit einer begrenzten Zielstellung in diese Kooperation gegangen: den Haushalt in Ordnung bringen, die kulturellen Potentiale stärker mobilisieren und dabei soziale Nachteile in einem höheren Maße vermeiden, als andere es tun würden – um auf diese Weise politische Handlungsfähigkeit überhaupt erst wieder herzustellen. Ohne eine solche gibt es nämlich nichts zu verteilen, schon gar nicht von oben nach unten. Es wird für die bevorstehenden Wahlen durchaus von Bedeutung sein, ob öffentlich sichtbar gemacht werden kann, daß der richtige Weg eingeschlagen ist.

Eine Umsteuerung der Politik im gesamtgesellschaftlichen Maßstab wird gewiß nicht einfacher. Aber noch ist sie möglich, denn noch gibt es ihn nicht, den Totalitarismus des Finanzkapitals. Das ist die Herausforderung an sozialistische Politik, ihr Beitrag ist gefragt, nicht ihr Voluntarismus und schon gar nicht dogmatischer Hochmut.

DIETMAR WITTICH

ROLAND CLAUS

## Die Linke und die Macht

Bei einem Veranstaltungstitel wie diesem – »Die Linke und die Macht« – drängt sich der Vergleich zur bekannt liebevollen Partnerbeziehung »Die Schöne und das Biest« geradezu auf, und auch die Frage »Wie kungelt sich's denn nun?« ist nicht weit. Ich will in diesem Spannungsbogen mit acht Anmerkungen ein Stück der Entwicklung des Zusammenkommens von PDS und Machtkonstellation beleuchten.

Dabei gehe ich davon aus, daß die Beziehung zur Macht – also zum Anspruch, politische Verhältnisse in einer Gesellschaft so zu gestalten und umzugestalten, daß sie den Lebensalltag von Bürgerinnen und Bürgen erreichen – lange vor dem Tag beginnt, da man dieser Macht tatsächlich teilhaftig wird. Darum gilt für die PDS zunächst, sich noch einmal dessen bewußt zu werden, in welchem historischen Kontext die neue Beziehung zur Macht entstand.

### *Anmerkung 1: Abschied von der Macht als Ausgangspunkt*

Am Anfang stand 1989 der Abschied der SED von der Macht. Wir haben den abrupten Vertrauensentzug erlebt, dem die SED ausgesetzt war, haben erlebt, wie sich in einer Gesellschaft sehr rasch solche tiefgreifenden Veränderungen vollziehen, und ich halte das und auch die Geburtsstunde der PDS für eine ungeheuer wichtige Lehre, auf die wir auch in den heutigen Auseinandersetzungen immer wieder zurückkommen müssen.

Wir sind gegenwärtig sehr häufig vor die Frage gestellt, wie die PDS es denn gewährleisten könne, daß es ihr nicht so geht wie den Grünen. Daß sie also nicht ein gesellschaftliches Reformprojekt startet und dann so sehr in die Macht eingebunden wird, daß sie alle weiteren Ansprüche Stück für Stück abbaut. Ich glaube, daß die Lehren aus dem Jahre 1989 – also das Erlebnis, wieviel Enttäuschung produziert werden kann durch eine verfehlte Politik – für uns eine sehr wichtige Botschaft sind.

Ich erinnere mich einer Begegnung in der russischen Botschaft in den frühen neunziger Jahren, als wir in der PDS über Stalinismus und Post-Stalinismus diskutiert haben. Der russische Botschafter hatte eine Reihe unserer Magdeburger Diskussionen zur Kenntnis genommen und sagte mir dann an einer entscheidenden Stelle: Weißt du, mein lieber Freund, was Stalinismus wirklich war, habt ihr in der DDR nicht erfahren. Ich habe das für mich insofern verinnerlicht, weil es trotzdem so ungeheuer wichtig war, 1989 als einen Akt geistiger Befreiung zu verstehen und dies auch nicht wieder zurück

Roland Claus – Jg. 1954; Dipl.-Ing.-Ökonom, seit Oktober 2000 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, nach Tätigkeit im FDJ-Zentralrat im November 1989 an die Spitze der SED-Bezirksleitung Halle gewählt, von 1990 bis 1998 Landesvorsitzender der PDS in Sachsen-Anhalt, »Vater« des »Magdeburger Modells« der Tolerierung einer Minderheitsregierung zunächst aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dann der SPD allein durch die PDS.

Der Text folgt einem Vortrag, den Roland Claus am 23. Februar 2002 auf der Konferenz »Die Linke und die Macht« in Magdeburg gehalten hat. Veranstalter der Konferenz waren die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, der Bildungsverein Elbe-Saale, Magdeburg, und die Fraktion der PDS im

Deutschen Bundestag. Inzwischen haben am 21. April 2002 in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen stattgefunden, und entgegen manchen Voraussagen und Hoffnungen ist es nicht zu einer SPD-PDS-, sondern zu einer CDU-FDP-Regierung gekommen. Der Rückblick auf die Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 2002 hat dennoch an Nützlichkeit nichts eingebüßt.

In Diskussionen mit konservativen oder sozialdemokratischen Politikern oder Theoretikern zur Frage, wie man sich zu bestimmten demokratischen Errungenschaften verhält, versuche ich dies immer wieder verständlich zu machen: daß für uns wichtige Erkenntnisse in sehr bitteren Auseinandersetzungen errungen worden sind und daß sich solche durch schmerzhaft und bittere Auseinandersetzungen gewonnenen Erkenntnisse möglicherweise tiefer einprägen als solche, die man in einer Art gesellschaftlicher Zugabe quasi nebenher und ganz selbstverständlich mitbekommen hat.

Die PDS mag sich auf ihren Anfangswegen viel geirrt und eine ganze Reihe von Fehlern zu beklagen haben, aber übertroffen wurden wir dabei ganz sicher von unseren politischen Konkurrenten in der Bewertung der Zukunftschancen der PDS.

zu nehmen – auch und gerade dann nicht, wenn man wieder gesellschaftlichen Einfluß erlangt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich mit aller Konsequenz zwei Wahrheiten einzugestehen: daß erstens die SED keine Ost-Linke war und daß sie zweitens nicht vermochte, sich aus sich selbst zu befreien. Zu dieser Befreiung bedurfte es des äußeren Anstoßes. Der allerdings ist dann in der PDS auch aufgenommen und genutzt worden. Immer wieder aber müssen wir uns eine Erkenntnis aus der Zeit des Umbruchs in Erinnerung rufen: Es war 1989 leichter, die Waffen abzugeben, als die geistigen Arsenale zu entrümpeln.

Unser Anspruch, nicht davon abzulassen, den nächsten Sozialismusversuch zu wagen, aber dies eben unbedingt mit Mehrheiten zu tun, die dies wollen, ist eine der entscheidenden, prägenden Erkenntnisse, die aus diesem Umbruch erwachsen sind. Und mit dieser Erkenntnis müssen wir sorgfältig und behutsam umgehen. In einer Situation, in der wir – wie jetzt in manchen Ostberliner Stadtbezirken geschehen – deutlich über 50 Prozent der Wählerstimmen bekommen haben, dürfen wir eben mit diesem Anspruch nicht nach dem Motto ›Hoppla, da sind wir wieder‹ umgehen und etwa ungebrochen an ein avantgardistisches Parteienverständnis und ein daraus abgeleitetes Staats- und Gesellschaftsverständnis anknüpfen. Das genaue Gegenteil ist notwendig: Die immer wieder erneuerte konsequente Erinnerung an die Gründe für das Scheitern von SED und DDR.

#### *Anmerkung 2: Opposition als einzige Möglichkeit?*

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde der PDS ausschließlich die Rolle der gesellschaftlichen Opposition zugewiesen – und zwar aus der Sicht der anderen Parteien mit der festen Erwartung ihres Untergangs. Ich erinnere mich an eine ganze Reihe von Wahlauseinandersetzungen und an die stereotypen Redensarten mancher unserer Konkurrenten, die dann immer den Wählern erklärten: ›Ja, meine Damen und Herren, mit der PDS haben wir es hier noch zu tun, aber spätestens bei den nächsten Wahlen wird sich dieses Problem erledigt haben.‹ Der PDS haben diese Prophezeiungen nicht geschadet.

Trotz der Feindschaft der anderen Parteien – und das blieb fast unbemerkt – gab es im Dezember 1993 einen Bundesparteitag der PDS in Berlin, der sich mit den nächsten Bundestagswahlen beschäftigt hat und bei dem eher beiläufig nachzulesen ist, daß per Beschluß festgestellt wurde, daß die Wahl eines Bundeskanzlers der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an der PDS nicht scheitern werde. Nun, das hat man damals so hingenommen. Es war ja Gregor Gysi, der das gesagt hatte, und da galt bei uns für viele ja noch: ›Der Papa wird's schon richten.‹ Und niemand hat ernsthaft gefragt, was das denn bedeuten könnte. Es war doch eine scheinbar ganz banale Frage, die klar zu beantworten war: Natürlich war einem ein SPD-Kanzler lieber als einer von der CDU – aber was hatten wir damit wirklich zu tun? Unsere Stimmen würden nicht entscheidend sein.

In der Folge aber hat genau dieser Parteitag, bei dem wir unser Programm beschlossen, den Weg frei gemacht für gestaltungspolitische Optionen und damit auch für die Möglichkeit, in Sachsen-Anhalt etwas Neues zu denken. Dabei muß daran erinnert werden, daß



Anfang der neunziger Jahre PDS-Verantwortliche in der Kommunalpolitik auch in einigen größeren Städten längst aus der Rolle der Ausgrenzung und der Verweigerung herausgetreten waren und Mitverantwortung übernommen hatten und das Leben in den Kommunen und den Gemeinden trotzdem und gerade deswegen tatsächlich weiterging und funktionieren konnte. Es war auch diese Zeit Anfang der neunziger Jahre, als sich tief im Harz – für Diskutantinnen und Diskutanten im Westen immer völlig erschütternd und verblüffend – eine Fraktionsgemeinschaft aus Christlich-Demokratischer Union und PDS gebildet hat, die bis heute von Bestand ist und zum Wohle der Gemeinde und ihrer Einwohner arbeitet.

Es war dies aber auch eine Zeit, in der wir beispielsweise – ich will das hier einmal besonders hervorheben, weil es kaum öffentlich behandelt wurde – im Landtag von Sachsen-Anhalt eine Entscheidung zu treffen hatten, die für den Fortbestand der Großchemie im Osten von größter Bedeutung war. Es ging um die Ansiedlung eines großen Kraftwerkes, das heute in Schkopau zu besichtigen ist und zum BSL-Verbund gehört, in dem auch Dow Chemical vertreten ist. Seinerzeit hatten sich die Freien Demokraten im Landtag, als sie mit den Christdemokraten zusammen regierten, geweigert, dieser Investition zuzustimmen. Damit stand das gesamte Projekt auf der Kippe. Nun kann man über diese Investition in verschiedenen Richtungen kritisch denken. Wir aber mußten uns klar machen, was wirklich auf dem Spiel stand: Erstens hätte die Ostchemie auch noch ihre letzten Chancen gegenüber der Westchemie verloren. Und zweitens hätten die ostdeutschen Braunkohleerzeuger ihren wichtigsten Großabnehmer eingebüßt. In dieser Situation haben wir uns auf Anfrage und im Ergebnis von Vermittlungsgesprächen unseres wirtschaftspolitischen Sprechers Wolfgang Süß bereit erklärt, die Pro-Investitions-Entscheidung mit zu tragen und dafür auch unsere Stimmen zu geben. Mit dieser Gewißheit ist die CDU dann an die FDP herangetreten und hat gesagt: ›Liebe Freunde, ihr könnt eure Verweigerung einpacken, weil die PDS in diesem Falle zustimmen wird.‹ Ich glaube, die CDU hätte sich das alles nicht öffentlich getraut, aber diese Androhung hat immerhin gereicht, die FDP aus ihrer Verweigerungshaltung herauszuholen.

Das waren Ansätze, die uns schon sehr zeitig in die Pflicht genommen haben.

### *Anmerkung 3: Magdeburg 1994*

Der PDS-Vorschlag, über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung eine große Koalition abzuwenden, fand zunächst einigen Widerhall in den Zeitungen und auch in der PDS, und es war für mich eine etwas komplizierte Zeit in meiner Partei, weil das Freundlichste, was mir da begegnete, noch der Ausspruch war: ›Roland, da hast du dir aber einen tollen Trick ausgedacht, um komplizierte Journalistenfragen clever beantworten zu können.‹ Als ich dann aber glaubhaft versichern konnte, daß das ernst gemeint war, hatte ich durchaus mit schwierigen innerparteilichen Wahlergebnissen zu kämpfen.

Aber wie dem auch sei: Wir sind dann in diese von mir zunächst nur als Möglichkeit erwogene Situation aus verschiedenen Gründen

Zu Magdeburg 1994 ist es auch wichtig, das richtige Datum sagen, denn alle Angaben, die ich bislang in Büchern gelesen habe, sind falsch – aber Geschichte ist bekanntlich ohnehin die, wie sie von den Historikern interpretiert wird, und da kommen zuweilen genaue Daten unter die Räder –, also: Es war exakt der 17. Januar 1994, als ich hier in der Landespressekonferenz das erste Mal öffentlich von der Möglichkeit gesprochen habe, hier in Magdeburg eine große Koalition durch eine – wie wir es damals genannt haben – ›kritische Begleitung einer Minderheitsregierung durch die PDS‹ zu verhindern.

tatsächlich gekommen. Und es war auch das nicht mit einem ›Hoppla, das ist hier so ein Modell, und hier treten wir wieder in die Gestaltungsverantwortung ein‹ zu machen. Es sind drei Bedingungen zusammen gekommen, die für den Erfolg unseres Weges Voraussetzung waren.

Erstens hatten wir zuvor dreieinhalb kaputte Landesregierungen aus CDU und FDP in Sachsen-Anhalt. Ich erinnere mich noch, daß ich am Wahlabend im Oktober 1990 dem Ministerpräsidenten – Gies hieß der Mann, Tierarzt aus Stendal, und wir haben ihn später auch dann, als er von seiner Partei weggemobbt wurde, nicht mit Häme, sondern mit Respekt verabschiedet und uns dadurch von den anderen unterschieden – im Fernsehen gesagt habe: »Herr Gies, lassen sie es sein, es fehlt Ihnen an der Kompetenz zum Ministerpräsidenten; das geht schief.« Da haben mir meine Leute in der Partei dann wieder gesagt: ›Roland, du mußt jetzt aber auch mal Demokrat sein, der ist nun mal gewählt von der CDU, da muß man so was nicht sagen.‹ Ich habe darauf geantwortet: »Ihr werdet es noch merken, daß das nicht klappt.« Ich will das nur in Erinnerung rufen, weil das dazu gehörte – die Leute sagten einfach: ›So kann es nicht weiter gehen.‹

Die zweite Voraussetzung war, daß in der Tat eingetreten ist, was viele für unmöglich hielten: daß wir nämlich als PDS ein Ergebnis in der Nähe von 20 Prozent erreicht haben, und daß es keine andere Partei gab, die über Mehrheiten verfügte, mit denen sich eine Regierung ohne unseren Einfluß hätte bilden lassen.

Und die dritte Voraussetzung bestand darin, daß Bedingungen entstanden waren, unter denen Sozialdemokraten, Grüne und PDS wirklich miteinander konnten und wollten. Auch das ist ja nicht unwichtig, und die Grünen, die in der Legislaturperiode 1994 bis 1998 in der Regierung dabei waren, spielten insbesondere durch die Person von Jochen Tschiche eine ganz wichtige Scharnierfunktion. Sie waren für längere Zeit der Puffer in dieser Beziehung und für die SPD auch immer die öffentliche Legitimation, daß man mit diesen Schmutzkindern von der PDS so etwas machen darf. Und die SPD hat in dieser Zeit immer gesagt: »Na dann, seht doch mal, wenn selbst diejenigen, die hier die Bürgerrechtsbewegung vertreten, bereit sind, mit den Nachfolgern der SED so etwas in Gang zu setzen, dann kann es doch so schlimm nicht sein.«

Wir haben uns dann ziemlich theoretisch überlegt, wie wir unter so einer Bedingung, die dann Tolerierung genannt wurde, selbst Politik würden gestalten können. Unsere Sicht auf die Dinge läßt sich in fünf Felder einteilen:

*Erstens:* Zustimmung zu den Vorschlägen von SPD und Grünen, auch wenn wir mit denen nicht vollständig einverstanden sind. Denn wenn man sich schon mal auf eine solche Tolerierung einläßt, dann kann man sich nicht ernsthaft vornehmen, an jeder Stelle, wo etwas im Lande zu entscheiden ist, nur dann einverstanden zu sein, wenn die PDS ihre eigene Soße dazu gegeben hat. Wir haben also gesagt, wenn es in die richtige Richtung geht, aber noch nicht weit genug ist, dann können wir dem auch zustimmen. Wir müssen nur aufpassen, daß man nicht in die falsche Richtung marschiert.

*Zweitens:* bei den uns wesentlichen Fragen werden wir nur dann zustimmen, wenn auch PDS-Forderungen Eingang gefunden haben.

Allerdings war vor 1994 schon zu merken, daß die Grünen in punkto realer gesellschaftspolitischer Entscheidungen mehr und mehr an Einfluß verloren – und zwar wohl auch deshalb, weil sie in dieser kleinen Fraktion, die sie im Landtag hatten, kaum in der Lage waren, die gesellschaftlichen Probleme des Landes überhaupt zu bündeln. Dann fragt man sich aber natürlich: Wieso war denn dann nicht schon eine Koalition möglich? Ich glaube, alle, die sich an diese Zeit erinnern, wissen, daß das völlig unmöglich war – besonders vor dem Hintergrund der bundespolitischen Machtkonstellation. Wir waren in Sachsen-Anhalt (wie immer) in der – glücklich oder unglücklich zu nennenden – Lage, kurz vor den Bundestagswahlen entscheiden zu müssen, und da schied eine Koalition völlig aus.

Wir haben in dieser Situation tatsächlich sehr viel verhandelt; zum Beispiel über die Haushaltspläne. Die sind – inzwischen ist das auch schwieriger geworden, wie ich weiß, aber ich habe mich ja in die sichere Opposition im Bundestag abgesetzt und kann also munter darüber reden – in viel größeren Dimensionen umgestaltet worden, als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Und das hatte durchaus damit zu tun, daß das Parlament einen größeren Entscheidungsspielraum hatte.

*Drittens* kommt es in dieser Konstellation darauf an aufzupassen, daß wir nicht nur kritische Begleiter sind, sondern daß wir immer dort, wo sich Spielraum bietet, auch eigene Positionen einbringen, daß wir also Lücken und Themen besetzen, die von anderen nicht besetzt sind. Das ist schwierig zu machen, wenn man mit einer 20-Mitglieder-Fraktion, die dann nicht mehr als auch noch mal 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, so einen ganzen Regierungsapparat überblicken soll und den ganzen Sinn und Unsinn, der da raus kommt. Da ist es schwer, auch noch den Raum zu finden, wo eigene Themen zu setzen sind. Aber es war unser Anspruch.

*Viertens* haben wir vereinbart: Wir werden auch eine ganze Reihe von Dingen nicht mitmachen und dann für Alternativen werben. Da werden wir sagen, hier macht es keinen Sinn, den Kompromiß zu suchen, auch wenn wir einzelne Veränderungen erreichen könnten. Wir werden versuchen, mit gestaltungspolitischen Alternativen auf andere Felder zu setzen. So etwas sind dann meistens Themen, bei denen man erst einmal lange vorarbeiten muß, bei denen man lange wie gegen eine Gumm wand rennt und man nichts bewegen kann, man nach Jahren aber merkt: Hier hat man tatsächlich gesellschaftlich etwas geprägt, auf das man zurückkommen kann.

*Fünftens* haben wir uns vorgenommen, daß wir bei dieser Konstellation radikaldemokratisch anders sein wollen. Wir wollen also auch das tun, was gegen den mainstream zu tun notwendig ist, und wir wollen dem Kampf gegen den Rechtsextremismus und gegen neofaschistische Tendenzen große Aufmerksamkeit widmen. Wir haben das auch durchgehalten. Wir sind also nicht den Demonstrationen fern geblieben.

Diese fünf Optionen – sie mögen alle im Rückblick schön theoretisch klingen, aber sie waren ein Konzept, ein gedankliches Gerüst, an dem entlang wir unsere Tolerierungspolitik entwickelt haben.

#### *Anmerkung 4: Die ›Sündenfälle im Ausland‹*

1998 kam es dann zu den ›Sündenfällen im Ausland‹, also zur Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und der Fortsetzung der Tolerierungskonstellation in Sachsen-Anhalt.

Die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern gingen relativ streßarm über die Bühne, weil sie vor der Kulisse des Bundestagswahlkampfes abliefen – die Wahlen fanden gleichzeitig am 27. September 1998 statt – und die Sozialdemokratie wenig Interesse hatte, das Thema in der Öffentlichkeit zu behandeln. Viel schwieriger war, und das ist unterschätzt worden, die Fortsetzung der Tolerierung in Magdeburg, denn das war nun eben wieder im April, also ein paar Monate vor der Bundestagswahl, und Gerhard Schröder saß ziemlich fest im Sattel als Bundeskanzlerkandidat, hatte in seiner Partei quasi

Ich hatte kürzlich ein Treffen mit dem Vize-Chef des Simon-Wiesenthal-Zentrums aus Los Angeles, in dem bekanntlich schon über Jahrzehnte hinweg rechts-extremistische Tendenzen weltweit beobachtet und analysiert werden. Ich habe ihm gedankt und ihm gesagt, daß ich mich noch gut an eine Zeit erinnere, da es in deutschen Parlamenten ausdrücklich diskriminiert und zum Teil kriminalisiert wurde, wenn man sich gegen Neofaschismus auf die Straße begeben hat und dabei auch noch mit jungen Leuten zusammen gegangen ist, die etwas anders sind als die Mehrheit derer, die in diesem Lande geprägt worden sind.

Ich habe mich allerdings wiederholt gefragt, warum die CDU in Mecklenburg-Vorpommern das eigentlich so gelassen hingenommen hat. Das hat aber eben wohl eine Menge damit zu tun, daß das Verhältnis zu den neuen Bundesländern von großer Fremdheit geprägt ist. Ich habe jetzt bei den Auseinandersetzungen um die rot-rote Koalition in Berlin gemerkt, daß man offensichtlich nach dem Motto vorgegangen ist: Wenn die Ossi so einen Mist machen, dann müssen sie halt die Folgen selber tragen, aber es berührt ja nicht wirklich unsere Republik. Darum spreche ich von den ›Sündenfällen im Ausland‹.

unumschränktes Weisungsrecht, hat davon auch Gebrauch gemacht und hatte ganz ausdrücklich der sachsen-anhaltischen SPD diesen Schritt verboten. Aber seinerzeit hat Reinhard Höppner eine Courage an den Tag gelegt, die man ihm heute wieder wünscht, und hat sich zusammen mit einigen wenigen politischen Freunden dieser Weisung widersetzt und die Geschichte fortgesetzt.

Das Problem ist freilich, daß eigentlich auch Sachsen-Anhalt schon 1998 reif gewesen wäre für eine Koalition zwischen SPD und PDS und wir damit in einer Reihe von jetzt beklagten und kritisierten Positionen wohl ein Stück weiter gekommen wären. Wir hätten jetzt nicht diese vertrackte Situation, daß SPD und PDS gleichermaßen erklären müssen, daß die Tolerierung ausgereizt ist und man etwas Neues beginnen muß. Aber, wie gesagt, die Dinge sind 1998 an der bundespolitischen Konstellation gescheitert – und auch daran, daß die Sozialdemokratie nie ganz die Courage hat an den Tag legen können, die sie eigentlich an den Tag hätte legen müssen.

#### *Anmerkung 5: Warum Regierungsverantwortung?*

Ich habe etliche Parteitage der PDS miterlebt, und immer wieder beschäftigte uns die viel diskutierte theoretische Frage: Sollen wir denn diese machtpolitische Konstellation annehmen? Sollen wir uns in diese Regierungsverantwortung begeben? Ich habe oft dagegen angeredet – natürlich gibt es Spielraum auch für andere Optionen, aber der ist längst nicht so groß, wie wir uns einbilden.

Wir können uns die Rolle in der Gesellschaft auf Dauer nicht aussuchen. Sie wird uns, wenn man einen bestimmten Weg einmal eingeschlagen hat – und wir haben diesen Weg Anfang der neunziger Jahre eingeschlagen –, von den Wählerinnen und Wählern zugewiesen. Natürlich sind dann die Chancen nicht ohne die Risiken zu haben, oder anders gesagt: ›Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um.‹ Und darum sage ich: Wir können nicht umhin, diese Verantwortung anzunehmen. Genauso deutlich will ich aber auch sagen: Es gibt selbstverständlich keinen Zwang zur Koalition. Man ist immer in einer mißlichen Situation, wenn man die ersten Schritte tut, und ziemlich folgerichtig war die PDS in Sachsen-Anhalt immer in einer Situation des Fast-erpreßt-Werdens. Wir haben wirklich eine Reihe von Entscheidungen mittragen müssen, die uns sehr schwer gefallen sind. Und die Erpressungssituation war die, daß die Sozialdemokraten uns immer sagen konnten: ›Ihr könnt doch diesen Versuch jetzt nicht beerdigen! Wenn ihr diesen Versuch jetzt kaputt macht, dann kommt ihr doch nirgends mehr auf die Beine in dieser Frage!‹ Und so ein bißchen haben wir das auch immer gewußt.

Inzwischen sind wir aber in einer anderen Situation. Wir sagen mit Blick auf die Landtagswahlen (im April 2002 – d. Red.) mit aller Deutlichkeit: Wir können beides. Wir können uns an einer SPD-Regierung beteiligen, was wir auch anstreben, weil wir auf bestimmte Veränderungen in diesem Lande hinzielen, aber wir können auch eine muntere Opposition abgeben, und das muß auch jeder potentielle Koalitionspartner wissen. Auf dem Weg dahin hat uns natürlich auch die CDU immer ein bißchen geholfen und auch die bundespolitische Sicht auf unsere Art der Gestaltungspolitik, denn mit dem von der CDU heftig gepflegten – von mir aber nie benutzten! – Bild

Mit welcher Leidenschaft haben wir unsere Zwei-Lager-Debatten geführt! Die einen riefen: ›Ja, wir müssen das jetzt, und die Leute erwarten das von uns, anders geht das doch nicht.‹ Und die anderen haben mit der gleichen Vehemenz dagegen gehalten, es sei davor zu warnen, weil ein solcher Schritt in die Macht unsere Partei und viele einzelne verbeult und demontiert und deformiert. Und wir hatten immer so etwas wie ein Unentschieden zwischen zwei Lagern, während laut den Umfragen die Bevölkerung – und nicht einmal nur die uns zugelegte – schon wie selbstverständlich davon ausging, daß die PDS auf dem Wege zu einer Volkspartei im Osten ist.

vom Nasenring, an dem die PDS angeblich die SPD durchs Land führen soll, ist eine permanente Überbewertung unseres Einflusses entstanden, die uns hier und da durchaus zustatten kommt.

*Anmerkung 6: Zäsur Cottbusser Parteitag*

Der Cottbusser Parteitag im Oktober 2000 war für die PDS eine Zäsur. Ich weiß nicht, ob die Geschichte dies bestätigen wird, aber ich habe die Frechheit, diese historische Erwartung zum Zeitpunkt des Eintretens des Ereignisses zu äußern, und so etwas geht in der Regel zwar schief, aber man kann ja mal schauen.

Zäsur meint, daß wir uns verabschiedet haben von der ›Phänomen-Partei‹ PDS und die Verantwortung annehmen als politische ›Gebrauchswert-Partei‹. Das ist, ich weiß es, eine enorme Verkürzung der Zusammenhänge, und ich weiß selbstverständlich auch, daß alle Kommunalpolitiker die Frage, ob und wie sie für die Leute da zu sein haben und so weiter, längst durchdekliniert haben. Aber in der bundespolitischen Wahrnehmung waren wir doch bis dato eine Partei, die immer noch vor allem mit dem Satz ›Die sind ja immer noch da‹ charakterisiert wurde. Wir waren die in der Gesellschaft Ausgegrenzten, die man eigentlich überwinden müsse – und das wird auch nicht auf einen Schlag aufhören. Und nun müssen wir für uns selbst die Veränderung begreifen und annehmen, müssen uns mit politischen Alternativen einbringen in dieser gesellschaftlichen Diskussion, und der Zielpunkt dieser Partei muß, wenn es um Gestaltungsperspektiven geht, der Lebensalltag von Bürgerinnen und Bürgern sein.

*Anmerkung 7: Das Neue in Berlin*

Wenn man keine Beziehung zu Osis hat, kann einen das, was in ›reinen‹ Ostländern geschieht, nur mäßig erschüttern; darauf hatte ich im Zusammenhang mit Schwerin schon hingewiesen. Etwas ganz anderes ist deshalb die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin – und auch die Widerspiegelung dieses Ereignisses in der öffentlichen Diskussion.

Wir konnten unsererseits den Schritt in die Koalition wagen, weil die Berliner PDS beispielhaft den Einigungsprozeß vollzogen hat. Wo immer man in Deutschland ein lebendiges und gutes Beispiel dafür sucht, wie man Vereinigung vernünftig machen kann, kann man von der Berliner PDS lernen. Und sie ist auch im Abgeordnetenhaus für ihre Kompetenz unbestritten geachtet. Schaut man sich jetzt aber die Regierungserklärung von Klaus Wowereit an, merkt man: Wir haben es künftig mit Schwierigkeiten zu tun, die sich daraus ergeben, daß unser Koalitionspartner längst nicht so konsequent auf neue Schritte vorbereitet ist, wie wir uns das wünschen.

Das hat damit zu tun, daß die SPD als damaliger Juniorpartner der CDU am Berliner Filz nicht schuldlos ist. Da wir nun wollten, daß das rauskommt, was jetzt rauskommt, haben wir unsere Kritik natürlich völlig gerechtfertigterweise stärker an die Adresse der CDU gerichtet. Aber die Berliner SPD ist eben auch nicht sündenfrei durch dieses ganze Elend gegangen. Ich will nur noch mal in Erinnerung rufen: 40 Milliarden Euro Schulden allein in einem Bundesland – das ist völlig unvorstellbar! Ich will darum noch einmal eine Ver-

In Berlin selbst ist der Regierungswechsel noch relativ ruhig akzeptiert worden. Das lag wohl auch daran, daß sich auch alle Wahlforscher und die meisten Journalisten – mit Ausnahme vielleicht von Herrn Gafron und seinen Truppenteilen – ziemlich einig waren: Es gibt einen Wählerauftrag zur Bildung einer SPD-PDS-Koalition. Aber in der Bundes-CDU beispielsweise, wo der Berliner Landesverband immer ein exotischer und etwas kritisch beäugter war, hat das schon zu erheblichen Erschütterungen geführt, und so wird eben nicht nur im fernen Allgäu ganz erschrocken gefragt, was denn nun mit der Republik geschehen sei. Deshalb war es auch unerläßlich, daß Gregor Gysi den Schritt in die Berliner Landespolitik gegangen ist, den er eigentlich nicht vorhatte zu gehen, und jetzt auch noch diese spannende Funktion als Wirtschaftsminister angenommen hat.



gleichszahl bemühen: Als die DDR unterging und danach ihr Untergang in allen Farben illustriert wurde, hatte sie Auslandsschulden in Höhe von knapp 20 Milliarden DM. Nun sind das nur Auslandsschulden, und man kann es nicht direkt vergleichen, aber klar ist doch: Wir haben es mit einer ungeheuer schwierigen Situation zu tun.

Und diese dürfen wir bei der Beurteilung unserer politischen Kraft nicht vergessen. Wir sind bundespolitisch die kleinste Partei und die kleinste Bundestagsfraktion, haben aber den größten gesellschaftspolitischen Veränderungsanspruch. Die Crux wird jetzt darin bestehen – und die PDS-Landesvorsitzenden klagen es entsprechend ein –, jetzt auch mit konsequenten, kühnen und dann auch beharrlich durchgeführten Reformansätzen für Veränderungen einzutreten, und das heißt dann also auch, die SPD Reformveränderungen zu bewegen, die sie selbst eigentlich nicht will.

Wie macht man so etwas? Das wird nie dadurch gehen, daß man sich in Kungelrunden – und seien sie auch noch so ausgefeilt – hinsetzt und die SPD zu überreden versucht. Da darf man einfach seine Konkurrenten in deren Beharrungsvermögen nicht unterschätzen. Ich habe da auch im Bundestag manche Illusion gehabt. Wenn ich mir mal meinen Amtskollegen Peter Struck betrachtet und gesagt habe: »Na, da werden wir euch aber Ärger machen, wir werden euch nämlich mit all euren Anträgen aus der vorigen Legislaturperiode, mit denen ihr den Kohl geärgert habt, konfrontieren – und was habt ihr da nicht alles versprochen!« Der hat dann geantwortet: »Können sie machen, ist alles Schnee von gestern und stört uns nicht!« Und so mußte ich einsehen: Wo keine Scham ist, kann man keinen in der Schamfalle fangen.

Es gab eine Ausnahme. Es hat ihnen ungeheuer weh getan, als wir beim Schuldrechtsanpassungsgesetz – also beim Datschenschutz – uns vehement für die Forderungen des zuständigen Verbandes (VDGN) eingesetzt und die SPD damit konfrontiert haben, daß sie genau diese Forderungen bis 1997/98 auch unterstützt hat. Aber wir sind damit letztendlich nicht erfolgreich gewesen, und damit ist bestätigt, daß man es nicht durch irgendwelche Überredungskunst schaffen wird, Druck auf einen politischen Partner – egal, ob er Koalitionspartner ist oder nicht – auszuüben. Druck entwickelt man nur dadurch, daß man mit anderen als den regierenden Konzepten in der Öffentlichkeit für sich wirbt. Daß also andere als man selbst sagen: Aber nun hört doch mal, da gibt es doch ein anderes Konzept.

Ich will ein Beispiel nennen, das die SPD seinerzeit selbst erfunden hat: die sogenannte Wertschöpfungsabgabe. Also die Bestimmung der Abgaben der Unternehmen an die Sozialsysteme nach Gewinn vor Steuern. Wir werden es nie erreichen, in Abstimmung mit der SPD dieses Konzept wieder zu beleben. Wir brauchen deshalb eine öffentliche Diskussion – und zwar auch in den Wirtschaftsverbänden, auch beim Bund Deutscher Industrieller – darüber, daß und wie eine solche Entscheidung sowohl unternehmensfreundlich als auch sozial verträglich wäre. Und wir müssen etwas dafür tun, daß wir mit einer solchen öffentlichen Diskussion Druck entfalten. Das ist der Kernpunkt von Politikgestaltung, auf den wir hin müssen.

*Anmerkung 8: Die Bundestagswahlen im Herbst 2002*

Da ist es nun so, daß alle, die da sagen, wir sind noch nicht wieder drin und also entsprechende Warnungen verbreiten, in der PDS immer viel Zuspruch finden, wie überhaupt bei der Linken Bedenken-träger meist eher Konjunktur haben als Hoffnungsträger. Es stimmt natürlich trotzdem, aber das eigentlich Spannende sind nicht die sechs bis acht Prozent, die uns prognostiziert werden, sondern das eigentlich Spannende ist das Problem, daß es sich dabei um exakt jene sechs bis acht Prozent handeln könnte, die den anderen an den 50 Prozent – also an Regierungsmehrheiten – fehlen. In dieser Situation muß sich die PDS natürlich entscheiden. Bislang haben wir immer der Öffentlichkeit jede politische Konstellation durchdekliniert. Wir haben immer alles, was je eintreten könnte und was wir gewollt haben, der Öffentlichkeit auch gesagt.

Die andere Methode ist bekanntlich der Spruch ›Über Konstellationen und Koalitionen wird am Wahlabend entschieden – das entscheiden die Wähler und nicht Parteitage‹. Was also tun? Wollen wir vor den Bundestagswahlen den Wählerinnen und Wählern klaren Wein einschenken, indem wir ihnen sagen, unser Platz in dieser Gesellschaft ist ganz ausdrücklich auch nach dem 22. September die sozialistische Opposition im Bundestag? Oder wollen wir mehr oder weniger verschämt mit solchen Sätzen wie ›Es könnte ja doch sein, daß wir in der Regierung landen‹ umgehen? Ich glaube also, daß es in der jetzigen Situation richtig ist, mit ziemlicher Klarheit anzusagen, daß unser Platz nicht in dieser Bundesregierung ist. Und das heißt auch, nichts irgendwie Verschämtes andersherum anzuspielen. Ich erlebe das gerade im Westen der Republik, daß genau das eine große Erwartung an uns ist.

Soweit meine acht Anmerkungen. Weitere Überlegungen zum Thema will ich nur noch überschriftenartig anreißen.

Ich denke, daß es ausdrücklich wichtig ist, politische Gestaltungsansätze der PDS in Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit zu sehen. Ich denke, daß die Gesellschaft reif und auch reich genug ist, sich von dem Grundkonflikt zu verabschieden, den wir das gesamte 20. Jahrhundert über zwischen Konservativen und Linken hatten. Daß also die einen gesagt hatten: ›Du kriegst von mir soziale Gerechtigkeit, und der Preis dafür ist die Inkaufnahme der Einschränkung von Freiheitsrechten.‹ Und die anderen, die siegreich waren in der Auseinandersetzung, mir jetzt sagen: ›Hier hast du jetzt die Freiheit, und nun mußt du in Kauf nehmen, daß soziale Ungerechtigkeit die Gesellschaft bestimmt.‹

Daß wir diese Vision anstreben, ist gewiß kein Thema für die jetzigen Bundestagswahlen, weil man Wahlen konservativ gewinnt – also mit den Erkennungsmelodien, die in der Gesellschaft schon klar einer politischen Partei zugeordnet werden. Und da nimmt man uns halt die Bürgerrechtspartei noch nicht richtig ab. Aber wir lassen natürlich dennoch von unseren Visionen nicht ab. Es geht uns darum, staatliche Verantwortung auch im Regierungshandeln neu zu denken und zu definieren. Wir wollen den Staat wirklich auf Kernbereiche seiner gesellschaftlichen Verantwortung bringen, und das heißt auch, einer Rückgabe von Macht an Individuen und Gruppen das Wort zu reden, und das heißt, sich vom sozialistischen Etatismus

Denn wir werden es damit zu tun bekommen, daß die anderen natürlich Strategien und Wahltaktiken entfalten werden, die dann alle mit solchen Begriffen laufen wie ›PDS-Stimmen sind eigentlich Stimmen für Stoiber‹ und ›Wer Rot-Grün wirklich eine Chance geben will, darf nicht PDS wählen‹. Und in einer solchen Situation müssen wir dann schon auch eine Entscheidung treffen, die für die Bürgerinnen und Bürger klar erkennbar ist.

zu verabschieden. Also von einer Vorstellung, wo Sozialisten meinen, man müsse erst einmal bei der Zentrale möglichst viel Macht und Geld anhäufen, um es hernach wieder als Wohltat an die Unteren zu verschütten. Das ist Feudalsozialismus, der hatte auch seinen Platz in der Geschichte, das kann aber kein moderner sein.

Das also wird eine Schwierigkeit sein genauso wie die Frage, ob die tradierte Linke in Westeuropa den Schritt zu einer modernen Linken schafft, denn das hängt mit der Verabschiedung vom sozialistischen Etatismus eng zusammen. Und es hat den großen Mut zur Voraussetzung, zu sagen, daß ich mir Sozialismus mit den Menschen vorstellen kann. Also: Wenn ich Macht und Geld nach unten abgebe, dann muß ich denen, die dann da unten über Macht und Geld verfügen, auch zutrauen, daß sie richtig darüber verfügen. Und ich kann nicht mit Mißtrauen daran gehen und sagen, vielleicht machen die das falsch, und darum muß ich es ihnen eben von oben regeln. Das ist doch die Gretchenfrage: ob Sozialismus mit Menschen funktionieren kann – oder vielleicht doch nur mit Ameisen.

Ganz zum Schluß will ich mein Augenmerk noch darauf richten, daß wir in der PDS ein anderes öffentliches Image im Umgang mit neuen Technologien brauchen. Leider steht die PDS hier in dem Ruf, sie könne mit diesem ganzen Themenkomplex nicht so richtig etwas anfangen oder wäre gar technologiefeindlich. Wir müssen uns also endlich schlüssig darüber Gedanken machen, wie moderne Technologien und modernes – auch sozialistisches – Gesellschaftsverständnis zusammen kommen können. Es mehren sich die Zeichen, daß wir in der Lage wären, mit der gesellschaftlichen Nutzung vorhandener neuer Technologien umwälzende wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen auf den Weg zu bringen, wenn denn nicht die Beherrscher der jetzigen Wirtschaftsstrukturen genau dies verhindern wollten.



WOLF-DIETER NARR

## Weltmarkt und Menschenrechte

*Die menschenrechtliche Illusion des (westlichen) Kapitalismus*

Das gute menschenrechtliche Gewissen wirkt wie ein motivpralles Kissen weltweiter Globalisierung. Der menschenrechtlich gestirnte Himmel über uns und die expansiven Waren- und Gesundheitsversprechen des globalen Kapitalismus vor uns begründen eine fast heile Orientierungs- und Handlungswelt westzivilisatorischer Gegenwart. Es hat den Anschein, als komme es überall nur darauf an, grenzenlose Marktbedingungen herzustellen, und dann folgten die Menschenrechte aller – vorausseilend verkörpert durch wagemutige Manager – fast von selbst auf dem Fuße. In der grenzenlosen Kapitalwelt, die alle Lebensbereiche und alle Menschen erfaßt hat, gälten dann die Menschenrechte grenzenlos. »Die feinen Unterschiede«, wie sie Pierre Bourdieu so trefflich beschrieb, blieben zwar erhalten. Sie erhoben sich jedoch auf dem dicken, ja dicker werdenden Humus wachsenden Wohlstands. Niemand falle mehr kapituldurchdrungen ins (a)sozial Bodenlose. Die Misere der Welt würde überwunden werden.

Das ist es, was man die *Utopie kapitalistischer Vergesellschaftung* nennen könnte. Sie wirkt seit vielen Jahrhunderten. Ihre ersten Fahnen-träger setzten sich im 17. Jahrhundert in den noch vereinzelt, noch nicht mit Bodentruppen ausgestatteten Marsch. Heute durchdringt diese Utopie, die korrekter Ideologie zu nennen wäre, weltweit – besonders jedoch in den europäisch angelsächsischen Ursprungsländern kapitalistischer Sozialisation – alle gesellschaftlichen Institutionen, alle Orientierungen und Handlungen ihrer Vertreterinnen und Vertreter, und sie tut dies schier vollständig und perfekt. So weit ist diese Penetration gediehen, daß sie nicht mehr als Ideologie in Erscheinung tritt – also nicht mehr als von den herrschenden gesellschaftlichen Interessen erzeugtes ›falsches‹, sprich: höchst einseitiges und negativ folgenreiches Bewußtsein. Die Ideologie ist vielmehr wie selbstverständlich, wie ›natürlich‹, in die allgemein herrschenden Verhältnisse abgesunken.

Die Utopie nun – genauer: die Illusion – besteht in der selbst-, sprich: kapitalismugewissen Annahme, einem perfekten Weltmarkt korrespondierten über kurz oder lang perfekte Menschenrechte. Zeiten und die in ihnen lebenden Menschen darf man solcher Utopie gemäß nicht zu pingelig nehmen; eben darum auch nicht jenen human realistischen Hinweis von John Maynard Keynes: »In the long run we are all dead.«

Dieser ›Utopie‹ gemäß, die paradox real existiert und treibt und treibt, ist alles rationale Verhalten darauf gerichtet, eine solcherart

Wolf-Dieter Narr – Jg. 1937; Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Mitherausgeber von »Bürgerrechte und Polizei«.

»Die Eigenart kapitalistischer Ökonomie und ihr mächtiges Schwungrad bestehen ... gerade darin, daß sich diese Ökonomie prinzipiell auf ein einzelnes materielles Interesse konzentriert, das sich monetär berechnen läßt. (...) Gesellschaft wird konsequenterweise als eine Fülle von Menschen angesehen, die untereinander nur durch Konkurrenz zusammenhängen. Weiterhin wird angenommen, daß das Interesse primär in wachsendem Besitz bestehe, der, monetisierbar, entsprechend berechnet und gewertet werden könne.«  
 Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 152 und 183.

»Theorie und Praxis liberaler Demokratie unterstellen den interessenbewußten, kalkulationsstarken und rundum handlungs- und entscheidungsfähigen Bürger. Doch die Bürger entbehren dieser Eigenschaften in hohem, ja wachsenden Maße. Entsprechend verliert liberale Demokratie ihre bürgerliche Substanz.«  
 Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 182.

grenzenlose Welt herzustellen. Alles andere erscheint als ›irrational‹, ›ineffizient‹, sogar als menschenrechtswidrig. Alle Vernunft ist in solcher Kapital-Rationalität aufgehoben worden. Es gibt nur noch eine einzige – und zwar: kapitalbezogene – Rationalität. Der Mensch scheint keine Alternative zu haben.

Die materialistische Geschichte der Menschenrechte bestätigt diese Annahme. In der Tat sind die modernen Menschenrechte, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts zuerst in den USA, dann in Frankreich verkündet wurden, in einer gesellschaftlichen Situation auf den Plan getreten, da sich die allgemeinen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in eiliger werdenden Entwicklungsschritten veränderten. Im England des 17. Jahrhunderts beginnend, war das bürgerliche Individuum gesellschaftlich bedeutsam in Erscheinung getreten. Städtische Entwicklungen in West- und Mitteleuropa und handelskapitalistische Strömchen waren dem bei freimachender Stadtluft punktuell und segmentell voraus gegangen. Bürgerliche Freiheit als exklusiv mannbezogene gründete in wachsend erworbenem Besitz.

Dagegen waren alle willkürlichen Herrschaftseingriffe abzuwehren. Eine solche bürgerliche Mann-Freiheit war gegen alle Gefahren ›von unten‹ zu sichern; bald darauf auch gegen alle Gefahren oder widerstrebende Interessen von außen. Imperiale Fermente und staatsgeleitete Handlungselemente steckten von Anfang an in solchem Liberalismus. Um Eingriffe des absolutistischen Staates – seine ›arcana imperii‹, seine willkürlichen, sprich: unberechenbaren Maßnahmen – abzuwehren, strebten die sich mehrenden Bürger nach Verfassungen. Politische Herrschaft sollte – um sie sowohl begrenzen als auch berechenbar machen zu können – konstitutionalisiert werden. Die Grenzen des verfassungsgemäß gezähmten Staates waren vor der ökonomisch deklinierten Freiheit und der wirtschaftlich tümmelnden Konkurrenz aufgerichtet. Staatlicher Gewalt aber bedurfte man zum primär nach unten gerichteten Innen- und zum Außenschutz – nicht zuletzt zum Zwecke territorialer und ökonomischer, militärisch betriebener Expansion. Das staatliche Gewaltmonopol war außerdem als ökonomischer Vertrags- und nicht zuletzt Geldschutz erforderlich.

Aus diesen Zusammenhängen, die sich historisch über Jahrhunderte hinweg aus den Fluten der Entwicklung herausheben, erklärt sich zum einen, daß der bürgerliche oder – doppelt ausgedrückt – der liberale Freiheitsbegriff von allem Anfang an individualistisch und ökonomisch begrenzt und gefüllt ist. Freiheit meint immer die Freiheit des Individuums als eines Wirtschafts-Bürgers (bourgeois), der mit anderen prinzipiell unbegrenzt um seine wirtschaftlichen Interessen konkurrieren kann. Wirtschaftliche Kalküle bestimmen erst-rangig bürgerliche Interessen und bürgerliche Rationalität. Darum kommt es auch darauf an, daß die staatliche Gewalt in ihren verfaßten Grenzen – und im Gefahrenfall selbstredend darüber hinaus – den bürgerlichen Wirtschaftsverkehr sichere. Ansonsten solle sie ihn jedoch sich selbst überlassen.

Dem liberal, später liberaldemokratisch verfaßten Staat entspricht umgekehrt proportional die prinzipiell unverfaßte Ökonomie. Deswegen gilt: Das, was man heute Neoliberalismus nennt, ist nichts

anderes als der ›alte‹ Liberalismus, der sich nur global gedehnt hat. Auch in den besten sozialstaatlichen Zeiten, die direkt und indirekt sozialdemokratisch gewerkschaftlich bewirkt waren, galt unverändert der liberale Freiheits- und der politisch-ökonomisch geteilte liberale Verfassungsbegriff. Das, was später den Maastricht-Vertrag von 1992 und die Grundrechtecharta der Europäischen Union von 1999/2000 und andere Vertrags- und Handlungsvereinbarungen bestimmte und weiter bestimmt, galt prinzipiell von allem liberal menschenrechtlichen Anfang an: Dominierend waren und sind – heute nur ungleich profilierter und alldurchdringender – die vier (europäischen) Grundfreiheiten, wie sie der Cecchini-Report von 1988 EU-gültig und mehr als EU-gültig formulierte: die Freiheit des Kapitals; die Freiheit der Ware; die Freiheit der Dienstleistung; und die Freiheit der Arbeit. Das, was Isaih Berlin als »negative Freiheit« bezeichnet hat, umgangssprachlich ›Ellbogenfreiheit‹ genannt wird und nichts anderes als asoziale, konkurrenzgetrimmte Freiheit ist, dominiert die modernen Menschenrechte von Anfang an. Dementsprechend kommen Gleichheit und andere menschenrechtlich notwendige Bedingungen immer und immer erneut unter die Räder.

›Die Stärken beachten‹ – dieses Motto jeder angemessenen Analyse sozialer und damit immer zugleich personaler Verhalte gilt für die (liberalen) Menschenrechte ebenso wie für die kapitalistisch-estatistischen Entwicklungen, denen sie entsprossen.

Die zuerst eher getrennten, dann mehr und mehr – unbeschadet ihrer unterschiedlichen Modalitäten – zusammenwachsenden Geschichten des expansiven Kapitalismus und des sich zum liberalen Verfassungsstaat häutenden, gleichfalls expansiven modernen Staates haben enorme befreiende Effekte erzeugt. Ohne diese könnte sich heute – jedenfalls in ›westlichen Breiten‹ – niemand mehr denken.

Die Entfesselung der sich vielfach überschneidenden feudalen, kirchlich und staatlich meist verdoppelten kleinräumigen Herrschaften ist an erster Stelle zu nennen. In die Stände wurde man, einmal und für immer, hineingeboren. Aus dem Schutt ihrer Zerstörung trat nach und nach, revolutionär und behutsam, eine Vertragsgesellschaft wenigstens formell gleicher Vertragsfreiheit – unbeschadet der nicht zu übersehenden hohen sozialen Kosten und der materiellen und der geschlechtlichen Schranken derselben. ›Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann‹ wurde nicht nur während des Bauernkrieges im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts zum später von Ernst Bloch über alles geliebten naturrechtlich emanzipativen Kampftruf.

Schließlich wurden sowohl die Entfesselung als auch die Zerstörung der als ›natürlich‹ und/oder ›göttlich‹ angenommenen Ungleichheiten begleitet von entgrenzenden Mobilitäten – ein Vorgang, der heute zum Beispiel das so häufig über- und fehleingeschätzte Faszinosum des Internet ausmacht, nämlich das Erleben, daß Freiheit materiell, körperlich und intellektuell mit Freizügigkeit verbunden ist. Auch in Sachen Mobilität sind eben sogleich – und heute mehr denn je – die Schattenseiten zu bedenken. Und dies von Anfang an.

Dennoch: Der Wert des ›exit‹ – des Ausstiegs des Menschen aus eben nicht ganz selbstverschuldeter Unmündigkeit in wörtlichem

Die engmaschigen, aufrechten Gang kaum erlaubenden Herrschaften werden schlaglichtartig in dem Brief eines französischen Bauern herrschaftsgewebdicht einsichtig, den Alexis de Tocqueville in sein gar nicht laut genug zu lobendes Buch über *Das Alte Regime und die Französische Revolution* aufgenommen hat. Der Brief findet sich auch in Gustav Landauers zweibändiger Ausgabe von Briefen um die Zeit der Französischen Revolution (vgl. dazu auch Walter Markovs Auswahlbände). – Mit dieser spitzwegigen Herrschaftswelt eng verbunden ist der zähe Übergang von der Ständegesellschaft. »Und als ich auf dem St. Gotthart stand, da hört ich Deutschland schnarchen. Es schlief dort unten in guter Ruh unter 48 Monarchen«, dichtete noch tief im 19. Jahrhundert Heinrich Heine.

Sinne – darf bei aller Ambivalenz nicht unterschätzt werden. Daß man abhauen kann – Welch ein kaum zu überschätzendes, meist verwehrt Menschenrecht als Menschenbedürfnis am Grunde aller normierten Menschenrechte. Darum ist der bundesdeutsche Dauerverstoß gegen das Grundrecht auf Asyl ein Verstoß, dem vor allem arbeitsmarktpolitisch andere ›innerdeutsche‹ Verstöße eine Strecke lang entsprechen, so radikal menschenrechtswidrig – und die starken Verstöße anderer Staaten, nicht zuletzt aus dem Umkreis der zivilisatorisch arroganten Europäischen Union, machen diese arge deutsche Verfehlung nicht besser.

*Die kapitalistische Reduktion der Menschenrechte bis zu ihrer Perversion*

Kapitalistische Befreiungen waren nicht nur von allem Anfang an klassenspezifisch eng. Mit ihrem ersten Beginn befreiten kapitalistische Befreiungen auch von dem, wozu sie angeblich freisetzen: nämlich von menschlicher Autonomie und ihrem soziopolitischen Pendant – von Demokratie.

Wirft man heute einen Blick zurück in die kapitalistische Frühphase, also: in das agrarreformerisch und handelskapitalistisch, textilindustriell anhebende 17. Jahrhundert; das kapitalistischen Produktionsboden und Maschinenausstattung zuerst in England gewinnende 18. und das schon weltergreifende und sich kapitalistisch intensivierende 19. Jahrhundert mit seinem katastrophalen Höhe-, End- und Neuentwicklungsgrund im Ersten Weltkrieg und zehn Jahre später in der Weltwirtschaftskrise 1929 – dann wirken seine seinerzeitigen Gewalt-, Klassen- und Imperialismusgeschichten, wie sie von Karl Marx bis Rosa Luxemburg, später von Eric Hobsbawm und vielen anderen in schier unübertrefflicher Könnerschaft erzählt worden sind, fast wie Nachrichten aus ferner Vorzeit.

Ein genauerer zweiter und dritter Blick – in die heutige Zeit und ihre kapitalistisch bestimmte Zukunft weisend – zeigt jedoch, wie sehr die Gewaltgeschichte anders, ausgreifender fortgesetzt wird; wie kapitalistische Weltentwicklung Ungleichheiten und neu-alte Klassennöte forzeugt; wie sublim und ganz und gar nicht sublim all das anders fort- und weitergesetzt wird, was man als innere und äußere kapitalistische Kolonisierung bezeichnen muß – so man denn Sprache nicht mitsamt den sonstigen Wirklichkeitsverlusten, wie sie in den etablierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu Hause sind, vollends enteignen will.

Kann man, darf man den 11. September 2001 und das, was daraus US-westweltgeführt an Konsequenzen gezogen worden ist bis hin zu dem militärischen Aufmarsch in Zentralasien, anders verstehen?

Der Fortschritt wird im wachsenden Profit verdinglicht, privatisiert, das heißt ent-sozialisiert. »time is money« lautet die von Benjamin Franklin zuerst formulierte Devise. Sie hält alle kapitalistisch gerichteten Modernen zusammen. Die Grade der Beschleunigung und der gesellschaftlichen Totalisierung verändern sich freilich qualitativ. Und also passiert es in ansteigendem, alle kapitalistischen Gesellschaften und schließlich die kapitalistisch gewordene Welt durchdringendem Maße: im mikroökonomischen Bereich der Betriebe im Sinne einer die Produktion beschleunigenden und

Zur Lektüre werden hier dringend empfohlen das 24. und das folgende Kapitel des ersten Bandes des Marx'schen *Kapital*, die *Lage der arbeitenden Klassen in England* von Friedrich Engels, das *Kommunistische Manifest* – versteht sich – und schließlich die ersten Kapitel von E. P. Thompsons Geschichte der englischen Arbeiterklasse, Karl Polanyis *Great Transformation* und Eric Hobsbawms Mehrfachgeschichte – nämlich Kapital-, Bewegungs-, Sozial- und Politikgeschichte mit Schwerpunkt England vom 17. bis ins 20. Jahrhundert.

Aus der Fülle der Literatur zum ›11. September‹ sei nur hingewiesen auf *Prokla 125* (Dezember 2001) und die dort versammelten Aufsätze zum Thema »Globalisierung des Terrors«.

Trotz vieler historischer faktischer Unstimmigkeiten und trotz wohlbegründeten interpretatorischen Streits über die Anfänge des Kapitalismus ist ideengeschichtlich nach wie vor unübertrefflich Max Webers *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*.

verwohlfeilenden ›Rationalisierung‹ vom Taylorismus und Fordismus bis hin zum ›flexiblen Menschen‹ – dem multiplen Versuch dauernder kapitalverwertungsgerechter Flexibilisierung und Mobilisierung der möglichst reduzierten Ware Arbeitskraft; und im makroökonomischen Bereich sich jagender Innovationen, Konkurrenzen und Wachstumser. Zeit ist durchkapitalisiert.

Sie wird erst sekundär oder tertiär von den abhängigen Variablen, zu denen die Menschen geworden sind, verinnerlicht. Auf sie – die Menschen – kann man aber trotz ansonsten ungehemmter Effizienzsteigerung interessanterweise nicht verzichten. Aber ihre Flexibilität – sie kann man vielleicht mittels der Humangenetik steigern? Die sogenannte Neue Ökonomie und die neue Wert- und Weltordnung der shareholder values von der Wiege bis zur Bahre sind dafür der windigste und zugleich materialistischste Ausdruck. Die Herrschaft der befreiten Kapitalzusammenhänge ist längst an die Stelle der Herrschaft der freilich immer schon entfremdeten Kapitalistenklasse getreten.

Daß die Menschenrechte, liberaldemokratisch ›erfunden‹ und also nationalstaatsverfaßt, als verengt verrechtlichte Ansprüche an die Nationalstaaten gelten und von den Nationalstaaten je nach politischer Lage und Laune eingeengt beziehungsweise durchbrochen beziehungsweise gehalten und nicht gehalten werden, verändert die Geschichte der modernen Menschenrechte nicht. Denn die Staaten und ihre Politik stehen der entfesselten Kapitaldynamik eben nicht wirklich als Balancen, Bremsen oder Kontrolleure gegenüber. Das ist nur eine täuschungsreiche, freilich immer wieder erneuerte ›sozialdemokratische‹ Hoffnung im Sinne des ›wishful thinking‹. Letzteres verachtete Bloch um des Prinzips Hoffnung willen zu Recht.

Der frühliberalen Reduktion des Verfassungsstaats gemäß, dessen Gewaltmonopol und allgemeine politische Legitimation von Anfang an funktional zur freien kapitalistischen Entwicklung bestimmt worden sind, haben eigensinnige politisch-staatliche Definitionsmächte eher ab- als zugenommen. Die scheinbar ureigenen Quellen staatlicher Herrschaft – das Gewaltmonopol und der allgemeine Legitimationsanspruch – sind nicht so gefaßt worden, daß sich staatliche Politik – wie es die Demokratie versprach – wenigstens teilweise hätte selbst bestimmen können. Die heute noch weithin geltende bestenfalls frühliberale Organisation staatlicher Politik läßt sie höchstens eigensinnig legitimatorisch klappern – aber mit einem Geräusch, das mit hohem Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren viel mächtigeren, von allen Bürgerinnen und Bürgern verinnerlichten Interessen dient. Keine demokratisierende Dynamik also ist es, sondern ein demokratisch paradox statisches legitimatorisches Ruhekitzel.

Der Kapitalismus bleibt alt und vertraut. Die dominierende Vergesellschaftungsform der Moderne, die die politischen und kulturellen Vergesellschaftungsformen immer inniger umgarnt, barg von allem Anfang an globalisierende Hefe in sich. Marx und schon die von ihm kritisierten politisch ökonomischen Klassiker – Adam Smith, David Ricardo und andere – haben das in ihren hier gleichkernigen Kapitalbegriffen miterfaßt. Die kapitalistische Vergesellschaftung – zeit- und zeitbeschleunigend, zeitverschlingend – frißt immer größer



werdende gesellschaftliche Räume: erst branchenspezifisch partiell, dann alle Branchen umfassend total; erst regional, dann nationalstaatlich, dann Nationalstaaten verflechtend und schließlich die ganze bewohnte Erde mit welträumlichem Verlangen.

Den langen Bart kapitalistischer Vergesellschaftung zu erinnern ist – den Betörungen und Torheiten immer neuer Ökonomien und angeblich qualitativen Sprüngen zum Trotz – wichtig. Der Nebel der Neuigkeiten, die Faszinosa der strikt innerkapitalistischen und kapitalistisch ›rationalen‹ Innovationen verdecken und verblenden schon den kritischen Blick, die human bestimmte Aufklärung – und damit die erste Voraussetzung aller Menschenrechte. Dennoch reicht es nicht aus, kritisch den Bart zu zausen. Quantitäten können in Qualitäten umschlagen. Und das ist im Umkreis des nun global alltäglich gewordenen Kapitalismus der Fall. Einige wenige menschenrechtlich demokratisch besonders wichtige Facetten des global gewordenen Kapitalismus will ich nennen:

*Zum ersten:* die Verschärfung der Konkurrenz. Seitdem keine neuen Räume – es sei denn später im 21. Jahrhundert außerirdische Welträume à la Mond, Mars und andere Planeten – mehr zu entdecken und kolonialistisch kapitalurbar zu machen sind, verstärken sich die Landnahmen nach innen. Das ist die Logik des Neoliberalismus. Da ist der riesige Appetithappen China, bei dem zugleich der Gefahr gewehrt werden muß, daß sich die westlich gekämmten Hegemone verschlucken. Da ist das neue ›Land‹, das Biotechnologie und Humangenetik schier unbegrenzt eröffnen – das riesige Kapitalterritorium ›menschlicher Körper‹ mit den Optionen ›Körperersatz‹ und ›neue Körper‹. Welche phantastischen ›Bastelbiographien‹ werden hier möglich!

Verschärfung der Konkurrenz meint jedoch nicht nur neue Landeroberungen und die Entdeckung unbekannter ›Länder‹. Sie meint nicht nur den verstärkten Wettbewerb der großen und kleinen Interessenten, der Staaten und der mehr oder minder durchstaateten Gesellschaften untereinander und das allgemeine Wettrennen um die größten Happen vom weltmarktlich täglich, minütlich neu verteilten Kuchen. Verschärfung der Konkurrenz meint vor allem die möglichst totale Mobilisierung der Gesellschaften und ihrer Individuen für den dauerolympischen Wohlstandsanteilstwettkampf. Das, was sich gegenwärtig bildungspolitisch abspielt, ist dafür ein schlagendes Exempel. Nicht darum geht es, die richtige, jedoch unzureichend befolgte Devise der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts ›Bildung ist Bürgerrecht‹ nachhaltig durchzusetzen, damit möglichst alle Menschen in einer sogenannten Wissensgesellschaft mitkommen; daß sie verstehen und selbstbewußt leben und mitbestimmen, also Anteil nehmend handeln können. Nein, was in der hier beschriebenen Logik gewollt wird, ist vielmehr, daß ein- und angepaßte Leistungseliten – auch ›Hochbegabte‹ – gepöppelt werden; daß Wissenspakete – Module genannt – schulisch und hochschulisch unterschiedlich so verpackt werden, daß arbeitsmarktpolitisch optimale Angebote mobil und flexibel präsentiert werden können; daß also Ungleichheit bildungspolitisch bestätigt und verinnerlicht wird und die Spitzenbegabten im engen Leistungskorsett die demokratische und menschenrechtliche Verdummung der Gesellschaft für die ›Na-

»Der Weltmarkt konstituiert ... die Hierarchie der ökonomisch-politischen Weltolympiade und ehrt ihre Gewinner. Der Produktive wird Goldmedaillengewinner. Überall bemühen sich die Staaten darum, ihre Länder so vorzubereiten, daß sie am dauerolympischen Wettbewerb teilnehmen können. Und tun sie es nicht, werden sie gezwungen oder müssen bittere Not für ihre Bevölkerung in Kauf nehmen. (...) Diese goldbale Welt gewährt keine Nischen mehr. Wer im Abseits steht, wird streng bestraft.«  
Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 25.

tur< unserer Zeit halten. Die neue Bildungskatastrophe, von Georg Picht und all den bildungsökonomischen ›Enthusiasten‹ schon vor 40 Jahren sträflich ›übersehen‹, besteht inmitten globalen Innovationstaumels in einer systematischen kognitiven und habituellen Verarmung der heranwachsenden und dann erwachsenen Menschen, die die Welt nur noch aus ihrer klassenpolitischen Leistungsperspektive verstehen. Was für ein Numerus Clausus für Demokratie und Menschenrechte!

*Zum zweiten:* die die Menschenrechte vielfach totschlagenden Quantitäten. Das ist ein Faktor, der infolge seiner Banalität meist grob unterschätzt, wenn nicht gänzlich mißachtet wird. Die Größenordnungen – sie wurden schon nationalstaatlich, auch und gerade im Rahmen der Sozialwissenschaften, sträflich vernachlässigt. Als bedeute es menschenrechtlich demokratisch gar nichts, wie umfangreich an Raum, zahlreich an Leuten, wie voll geladen an diversen Aufgaben eine Gesellschaft und ihre Politik strotze. Max Weber hat mit gutem Grund die von ihm als unausweichlich eingeschätzte Bürokratisierung aus den vergrößerten und sich weiter vergrößern Quantitäten an zu organisierenden und zu versorgenden Menschen hergeleitet. Bürokratie meint hierbei zunächst nichts anderes, als daß eine kleine Institution, die man in einer arbeitsteiligen Gesellschaft braucht, ein Büro, das wenige Menschen umfaßt, die hilfreichen Arbeiten nachgehen, zu einer in sich machtvollen großen Behörde wird: gleich, ob formell privat oder öffentlich. Die ursprünglichen Ziele werden dadurch enteignet. Ebenso werden Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsprozesse verengt, wenn nicht gar ausgeschaltet.

Die im Zuge der Kapitalisierung und Verstaatlichung veränderten Größenordnungen diverser Art wurden bis heute demokratiethoretisch, demokratiopraktisch und menschenrechtlich weitgehend indolent hingenommen. Man begnügte sich damit, anzunehmen, repräsentative Demokratie sei für alle Größenordnungen gut. Ob 300 000 Menschen, ob drei Millionen, ob 30 oder 300 Millionen, ob gar eine oder zwei Milliarden an Menschen – gleichviel. Das Wahlspektakel ist überall möglich. Menschenrechte faßte man ohnehin – und tut dies weithin bis heute – als ›individuelle Abwehrrechte‹, ohne zu begreifen, daß jedes Menschenrecht selbst normativ verkümmert, wenn es nicht von denjenigen mitbestimmt werden kann, denen es angeblich gilt. Also wird das, was ›Würde des Menschen‹ heißt, wie es Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes verlangt, vorausgesetzt – im üblichen juristischen Trick, als sei sie schon gegeben formuliert: »Die Würde des Menschen ist unantastbar« –, ohne daß diejenigen, die da ›Würde‹ besitzen sollen, mitbestimmen, was denn ihre Würde wirklich sei. Welch ein normatives Unding!

Die schon nationalstaatlich überbordenden Größenordnungen entwachsen im Zeitalter der Globalisierung vollends ins schier Unorganisierbare. Nicht umsonst hat die Rede von der ›neuen Unübersichtlichkeit‹ Karriere gemacht, die nur eine allgemeine, auch intellektuelle Hilflosigkeit zusammenfaßt. Und nicht umsonst ist das allgemeine, weit über die herkömmliche staatliche Politik hinaus gehende Verfassungsproblem *das* Problem unserer Tage. Wie sollen unübersehbare Informations- und Gütermengen, wie sollen lokal,

»Der Stellenwert der nationalstaatlichen Legislative hat weiter an Gewicht verloren. Man könnte von einer umgekehrten Proportionalität zwischen der Masse der Gesetze und dem Einfluß der Legislative sprechen.«

Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 189.

national, kontinental und global mit einander verhakte und meist von weltmarktoben nach lokalunten wirksame Entscheidungen oder Quasientscheidungen und Vorgänge einigermaßen den sechs Milliarden Menschen, die gegenwärtig leben, menschenrechtlich angemessen organisiert werden? Die allgemeine Beschleunigung, ja die schiere Gleichzeitigkeit verstärkt die allgemeine politische Asthmatik und die problemunangemessene Perspektivlosigkeit. Nicht zufällig ›herrscht‹ das institutionell personell nicht faßbare und von niemandem durchschaute Diktat von sogenannten Marktgesetzen, die sich nicht selten eisschollengleich ineinander verkanten. Über die massiven Interessen hinaus, die dahinter punktuell wirksam sind, ist es ineins mit denselben kein Zufall, daß das monetäre Kalkül in seiner abstrakten Gleichmacherei und seinem eingebauten Reduktionismus zu *dem* globalen Wert schlechthin wird. Wie anders sollte eine grotesk ungleiche, kollektive, individuell geltende, scheinbar sublim wirksame, tatsächlich gewaltvolle Zwangsordnung entstehen?!

Menschenrechte? Menschenrechte für sechs Milliarden Menschen, von denen jede und jeder einzelne eigen- und einzigartig ist und die zusammen mit anderen leben können sollen?

Betrachtet man die riesige Fallhöhe zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wird daraus ein geradezu tragischer Witz. Dieser müßte die Welt andauernd durcheinander schütteln. Es sei denn, die da oben im mächtigen Westen lebten nicht mehrheitlich menschenrechtsüberbrusteitel materiell in all ihrer Entfremdung prächtig. Denn im Wohlstand lebt sich's angenehm – insbesondere dann, wenn die Menschenrechtsmoral auch noch so hübsch zuhanden ist.

*Menschenrechtlich* und damit immer zugleich *demokratisch* gesprochen muß summarisch festgestellt werden:

*Erstens:* Die Globalisierung in ihrer kapitalistisch-technologischen Eigenart trägt nicht dazu bei, Menschenrechte global geltend zu machen. Der westlich erzeugte Schein trägt. Er rechtfertigt allenfalls das, was neuerdings in Form einer säkularen Transsubstantiation des Krieges ›humanitäre‹ oder auch ›antiterroristische‹ Intervention genannt wird.

*Zweitens:* Die Globalisierung in ihrer kapitalistisch-technologischen Eigenart setzt bis heute nie verwirklichte Menschenrechte, die immer als großes Versprechen vor der Mord und Zwang enthaltenen westlichen Zivilisation hergetragen worden sind, in den Status zunehmender Obsoleszenz oder Antiquiertheit. Das, was schon nationalstaatlich allen Verfassungen zum Trotz gegolten hat, wird globalisierend perfekter und, wie es scheint, schier unausweichlich.

### *Menschenrechte als Gegenentwurf – die konkrete Utopie*

Menschenrechte – der Kampf um den Begriff ist heute wichtiger denn je. Die ersten Verkündigungen der modernen Menschenrechte Ende des 18. Jahrhunderts besitzen ihren eigenen Wert, und der soll und darf nicht in Abrede gestellt werden. Gleichwohl traf die Kritik, die Olympe de Gouge, Karl Marx, Jean Paul Sartre, Carol Pateman oder auch die Sklaven afrikanischer, lateinamerikanischer und asiatischer Länder und deren intellektuelle Vertreter geübt haben, weithin zu. Olympe de Gouge wurde durch Monsieur Guillotine kopffallend bekannt gemacht. Marx übte seine Kritik zuerst in seiner ansonsten

Über all die an dieser Stelle nicht weiter ausführbaren Aspekte hinaus bedrückt menschenrechtlich nicht zuletzt, daß ganze Gruppen von Menschen, daß Individuen, die doch im Herzen der Menschenrechte sich befinden, in Sachen kapitalistische Entwicklung, Modernisierung, Transformation, Wachstum, Innovation und Effizienz keine Rolle spielen. Es sei denn, sie stünden charaktermaskenschön an der Spitze der im herrschenden Weltmarkt mächtigen Organisationen. Darin besteht die tiefste Unwahrheit und doppelte Moral des menschenrechtlich demokratisch gespitzten Kapitalismus westlicher Lesart.



problematischen »Judenfrage«, später dann vor allem in den *Grundrissen* (und indirekt durchgehend in seinem Werk).

Heute ist es jedoch nicht mehr zulässig, sich bei den Menschenrechtserklärungen der restriktiven Frühmoderne auszuruhen, die außerdem noch um keine »Dialektik der Aufklärung« wußte – trotz der Goyaschen Alpträume der Vernunft. Wer dies tut – und das sind die meisten Vertreter der etablierten westlichen Mächte diverser politischer und ökonomischer Deklinationsform –, der tut dies um der trefflichen Möglichkeit willen, die herkömmlichen Menschenrechte herrschaftskapitalistisch zu funktionalisieren. Denn diese wurden als individuell vorgegeben angenommen. Sie blieben individuell abstrakt und also punktuell. Sie entbehrten eines sozial angemessenen Unterbaus. Sie waren darüber hinaus asozial, strikt außerökonomisch und apolitisch und wirken ganz wie ein ungleich verstreuter Streusel auf einer anders gebackenen und zusammengesetzten Schichttorte.

Wer heute das Wort »Menschenrechte« in den Mund nimmt, sich am Begriff orientiert, Politik und andere gesellschaftliche Vorgänge mit seiner Hilfe analysiert und urteilskräftig bemißt und sich für seine und anderer Menschenrechte einsetzt, der muß seinen Begriff im Lichte der Vergangenheit und der gegenwärtigen Probleme kräftig neu fassen. Die Runderneuerung, zu der die UNO am 10. Dezember 1948 fähig war und die immerhin einen bedeutenden Fortschritt ausmachte, reicht nicht aus.

Ein angemessener Begriff der Menschenrechte muß »materialistisch« gefaßt werden, das heißt: Alle menschenrechtlichen Normen müssen zusammen gesehen werden. Sie sind nur zu verwirklichen mit entsprechenden materiell-institutionellen gesellschaftlichen Bedingungen. Sonst taugen Menschenrechte nur zur Ausrede, zum Selbst- und Fremdbetrug. Das aber bedeutet unter anderem – und manch Wichtiges muß dabei noch unerwähnt bleiben:

*Erstens:* Menschenrechte sind universell nur, insoweit sie die jeweilige Besonderheit der weltweit verschieden lebenden Personen beachten.

*Zweitens:* Der allgemeine Anspruch der Menschenrechte ist als kritisches regulatives Prinzip der Rechte je besonderer Menschen zu verstehen. Letztere sind konstitutiv.

*Drittens:* Menschenrechte sind immer als Aktivrechte der Menschen zu begreifen. Deswegen ist das urdemokratische Recht der Teilnahme und der Teilhabe mit den Menschenrechten gesetzt.

*Viertens:* Erst dann ist gewährleistet, daß die nie abschließend und vollständig – sprich: dogmatisch geschlossen – normierbaren Menschenrechte in dem, was und wie sie für alle je einzeln bedeuten, von eben diesen einzelnen wesentlich mitbestimmt werden müssen. Als da sind, um die ersten vier Fahnenfelder farbig zu füllen: Freiheit, Gleichheit, Integrität, Geschwisterlichkeit.

*Fünftens:* Menschenrechte gelten für jede Person als einer besonderen. Das aber heißt: Sie enthalten schon notwendig kollektive Eigenschaften. Darüber hinaus gibt es kollektive Menschenrechte, etwa die Rechte ganzer Gruppen (»Ethnien«, »Völker«). Das Selbstbestimmungsrecht solcher historisch gewachsener Gruppen, das dann als Minderheitenrecht in größeren Einheiten kulturell und auch

ökonomisch gewahrt werden muß, besitzt dann und immer dann eine eindeutige Grenze, wenn eine einer Minderheit zugeordnete Person einer solchen Minderheit und ihren Verfahren nicht angehören will. In diesem Sinne korrigiert das Menschenrecht als Recht jeder/jedes einzelnen das kollektive Recht.

*Sechstens:* Damit ist schon gesagt, daß Menschenrechte die Teilnahme aller an den hauptsächlichsten politisch-ökonomisch und kulturellen Produktionsformen verlangen. Sie verlangen darüber hinaus – als Voraussetzung und Folge eigener Befähigung zum Handeln – die *Teilhabe* am jeweiligen gesellschaftlichen Reichtum, die auch einen entsprechenden, in der Ungleichheit und Ungleichheitsgeltung begrenzten positionellen Status einschließt (bis in die Lohn- und Gehaltshierarchien hinein, die erheblich abgeflacht werden müßten).

Menschenrechte sind nicht absolut zu begründen. Sie sind aus dem Kampf der Menschen miteinander entstanden. Sie sind insofern unvermeidlich historisch relativ. Sie sind jedoch alles andere als willkürlich und unverbindlich. Gerade ihre historische Herleitung belegt millionen- und abermillionenfach, daß die in den Menschenrechten geronnenen, normativ formulierten Ansprüche elementare Bedürfnisse des Menschen darstellen. Wenn diese nicht gewahrt werden, dann handeln die einen Menschen unmenschlich an anderen und lassen Täter und Opfer gleichermaßen menschengemacht unmenschlich werden.

Und unverbindlich sind die Menschenrechte nicht, weil sie stets und immer, täglich, stündlich, in jedem Gedanken, jedem Wort, jeder Handlung, jedem Umgang mit einer/einem anderen verwirklicht oder verletzt werden können. Ein Drittes gibt es fast nicht.

Menschenrechte sind ein *gesellschaftspolitisches Gesamtprogramm*. Sie sind von vornherein interdisziplinär angelegt. Trennungen in diverse Segmente à la Ökonomie und Politik sind allenfalls sekundär möglich. Dauernd ist dann zu prüfen, welchen menschenrechtlichen Nutzen eine so oder so geartete ›Organ‹-Trennung besitzt. In der Realität werden heute Menschenrechte indes bestenfalls als besondere Aspekte berücksichtigt: im Sinne etwa von Menschenrechtsausschüssen (so neuerdings im Bundestag), Menschenrechtsinstituten (so neuerdings eines auf Bundesebene) und dergleichen. Diese Besonderung der Menschenrechte im Sinne eines meist primär symbolisch behandelten Zusatzaspekts ist geradezu menschenrechtswidrig.

### *Der Kampf um die Zukunft der Menschenrechte und damit um eine menschenrechtliche Zukunft*

Menschenrechtlich demokratisch bleibt angesichts all dessen kein anderer Ausweg als die gar nicht radikal genug betreibbare Kritik der kapitalistischen Globalisierung. Das aber heißt zugleich: keine Gegnerschaft gegen globale, menschenerdweite Verbindungen und Zusammenhänge. Vielmehr geht es mitsamt der Kritik an der politischen Ökonomie gegenwärtiger Globalisierung und dem, was diese politisch menschenrechtlich übrig läßt, darum, andere, von unten nach oben gestufte Formen der Globalisierung, genauer: der Globalität ohne lemminghafte Dynamik vorzustellen.

Ein extremes, jedoch für alle ›Normalität‹ auf Dauer aller uns vorhersehbarer Zeiten geltendes Beispiel wird von Primo Levi aus seinen Auschwitz-Erfahrungen gegeben: »Ist das ein Mensch.« (vgl. auch Primo Levi: Die Ertrunkenen und die Geretteten; auch den gänzlich anderen Menschenverhalt in anderer historischer Situation, nämlich am Exempel traumatisierter amerikanischer Ex-GIs, in: Jonathan Shay: Achilles in Vietnam, 1995).

Kritik der Globalisierung besagt, wie ich zu skizzieren versucht habe, unter anderem das aufklärerische Versprechen ernst zu nehmen, indem man um dessen im 20. Jahrhundert bewiesene tödliche Dialektik weiß. Das aber heißt unter anderem, menschenrechtliche Normen, die in zureichender Weise neu zu formulieren sind, in ihrem materiellen Zusammenhang und Widerspiel mit menschenrechtsangemessenen gesellschaftlichen Formen so zusammen zu denken und zusammen zu praktizieren, daß die kostenreichen, oftmals massenmörderischen Utopien vom Anfang bis zum vorläufigen Ende der Moderne – Utopien, die ›rechts‹ gestrickt waren, die jedoch auch ›links‹ gestrickt schienen, nicht zu neuen, Identifikationen entfesselnden Rattenfängerparolen werden können. Menschenrechte personal, lokal, regional, global – das ist eine schwierige Sache, die schwer zu machen ist. Indes: sie lohnt alle Anstrengung. Schon die Anstrengung macht freier, aufrechter, spendet den Vorschein praktizierter Menschenrechte für einen selbst und für andere.

»Direkte Demokratie, das versteht sich, ist nur in vergleichsweise kleinen sozialen Räumen möglich. (...) Phantasie für die Ferne und das selbstbewußte ... Vermögen, weite Zusammenhänge angstfrei und zugleich vorurteilsarm zu begreifen, setzen in aller Regel lokale Praxis voraus.«  
Wolf-Dieter Narr, Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 264.

SHARIT K. BHOWMIK

## Arbeitergenossenschaften und Marginalität

Sharit K. Bhowmik – Professor für Soziologie und Direktor des Departements für Soziologie an der Universität Bombay in Indien, befaßt sich vor allem mit der Erforschung von Formen der Arbeiterselbstverwaltung, insbesondere mit den Arbeitern und ihren Organisationen im informellen Sektor; er ist Mitherausgeber der Zeitschrift der Indischen Soziologischen Gesellschaft (*Sociological Bulletin*) und Verantwortlicher für die Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe für soziologische und sozial-anthropologische Studien des Indischen Rates für Sozialforschung.

»Die Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten, heißt Kooperation.« Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 344.

Arbeitergenossenschaften sind bekanntlich Organisationen in Produktion oder Handel, die von den Angestellten dieser Organisationen selbst kontrolliert werden. Trotz der langen Geschichte solcher Genossenschaften in den entwickelteren Ländern (insbesondere Europas) stellen sie für Indien ein ziemlich neuartiges Phänomen dar. Dafür gibt es einige Beispiele für Arbeitergenossenschaften in Plantagen, Minen und im Industriesektor. Die Arbeiter der *Sonali Tea Estate*, einer Tee-Plantage, die ca. 500 Arbeiter im Bezirk Jalpaiguri in Westbengalen beschäftigt, gründeten 1974 die erste Arbeitergenossenschaft im indischen Plantagensektor. In Tripura werden fünf Teeplantagen von ihren Arbeitern seit Anfang der achtziger Jahre erfolgreich geführt. In Dalli Rajhara in der Nähe des Bhilai Stahlwerkes in Madhya Pradesh gibt es rund ein halbes Duzend (freie) genossenschaftliche Eisenerztagebaue. In Calcutta gibt es mindestens 20 industrielle Anlagen, die seit dem Anfang der achtziger Jahre von Arbeitergenossenschaften verwaltet werden. Allein die Tatsache, daß diese Arbeitergenossenschaften eineinhalb Dekaden überlebt haben, ist ein wichtiger Indiz für ihren Erfolg.

### *Arbeitergenossenschaften zwischen Selbstbestimmung und Abhängigkeit*

Kooperation als Kehrseite der arbeitsteiligen Vereinzelung von Produzenten ist seit jeher ein wesentliches Element des menschlichen Reproduktionsprozesses. Die verschiedenen Formen des Austauschs sowie der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit, die bereits in vorindustriellen Gesellschaften unverzichtbar für das Überleben der Menschen waren, können in ihrer Gesamtheit als kooperative Tätigkeiten gefaßt werden. Dabei bilden sich mit der Zeit relativ stabile Kooperationssysteme heraus, die insbesondere den Austausch zwischen verschiedenen Produzentengruppen innerhalb eines Gemeinwesens regeln, so zum Beispiel das *jajmani* in indischen Dörfern. Diese Kooperationsformen bleiben in ihrer Wirkung allerdings auf kleinräumliche Strukturen beschränkt, sie funktionieren daher innerhalb unterschiedlicher Gesellschaftsformen und tragen erheblich zu deren Stabilisierung bei. Die moderne Genossenschaftsbewegung hat mit diesen archaischen Formen der Kooperation – abgesehen von den ganz allgemeinen Grundlagen des Zusammenwirkens arbeitsteiliger Produzenten – wenig gemein.

Ein Erörterung der Rolle von Arbeitergenossenschaften in den Produktionsbeziehungen heutiger Gesellschaften muß sich deshalb

jenseits allgemeiner Erkenntnisse zunächst den spezifischen Merkmalen dieser Kooperationsformen zuwenden. Derrick Jones nennt fünf wesentliche Charakteristika, die in gewissem Sinne als Definitionen dienen können. Erstens sind Genossenschaften selbständige Organisationen (nicht etwa Ableger eines anderen Unternehmens); zweitens vollzieht sich der Beitritt von selbst mitarbeitenden neuen Mitgliedern in der Regel durch die Einzahlung von Anteilen; drittens bestehen Vereinbarungen, die auf allen Ebenen die Mitwirkung der Mitglieder bei der Entscheidungsfindung sichern; viertens teilen sich die selbstarbeitenden Mitglieder das erwirtschaftete Einkommen nach Abzug der Produktionskosten; fünftens schließlich gelten die Prinzipien ›ein Mitglied – eine Stimme‹ und der Vorrang der Gemeininteressen vor dem Gewinnstreben (vgl. Jones 1978: 149).

Unter diesen Bestimmungen der Grundzüge von Genossenschaften sind einige von besonderer Bedeutung. Da wäre vor allem das für die Beurteilung des Erfolgs solcher Kooperativen wichtige Prinzip, daß die Arbeiter selbst nicht nur Miteigentümer sind, sondern auch aktiv in das Management der Organisation einbezogen werden. Dahinter verbirgt sich die wichtige Frage nach dem Verhältnis von Eigentum und Kontrolle. Die Arbeiter können nämlich sehr wohl gemeinsame (Mit)Eigentümer eines Unternehmens sein, ohne es tatsächlich zu kontrollieren. Die Entscheidungsmacht über das Geschäftsgebaren der Firma muß nicht zwangsläufig bei den (formalen) Eigentümern liegen. So ist es für Genossenschaften, die von der (indischen) Regierung gefördert werden, durchaus typisch, daß die Vertreter des zuständigen Ministeriums den unternehmerischen Entscheidungsprozeß in weit höherem Maße kontrollieren als die Genossenschaftsmitglieder selbst. Die Mitglieder sind zwar Eigentümer, aber über ihr Eigentum wird von anderen bestimmt. Solche Genossenschaften sind daher weniger selbständige Einrichtungen als vielmehr Anhängsel der Regierung. Ähnliches trifft auch auf jene Kooperativen zu, die von außen, von ›übergeordneten Strukturen‹ wie politischen Parteien oder Gewerkschaften fremdbestimmt werden. Manche Genossenschaften, die ursprünglich zur Unterstützung wirtschaftlich schwacher Gruppen entstanden, wurden auch von skrupellosen Unternehmern usurpiert. So wurde 1996 ein Fall aufgedeckt, bei dem einige große Lederfirmen eine Reihe von Lederarbeitergenossenschaften mit dem Ziel unter ihre Kontrolle gebracht hatten, sich illegal die für diese Genossenschaften bereitgestellten staatlichen Fördermittel anzueignen.

Trotz dieser Probleme sind Genossenschaften, wenn es ihnen gelingt, ihre Selbständigkeit zu bewahren und die demokratische Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu sichern, ein sehr wirksames Mittel zur Stärkung gerade jener, die unter prekären Bedingungen ihr Überleben wirtschaftlich sichern müssen.

### *Genossenschaften und sozialer Aufstieg*

Die Ursprünge der Genossenschaftsidee als eine soziale Bewegung, die sich der Verbesserung der Lebensbedingungen armer Bevölkerungsschichten verschrieben hat, gehen zurück in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts und sind vor allem mit den philosophischen Ansichten von Robert Owen verbunden. Die erste Genossenschaft

Robert Owen (1771 – 1858) – Fabrikant und utopischer Sozialist, betrieb im schottischen New Lanark eine Baumwollspinnerei, in der für die Arbeiter (für diese Zeit unübliche) menschenwürdige Lebensbedingungen hergestellt wurden; Owen war überzeugt, daß die Lohnsklaverei und die Unterdrückung der Arbeiter einer effektiven Produktion hinderlich waren; er setzte sich für die Einführung von Fabrikgesetzen zur Sicherung sozialer Mindeststandards ein; trat für die Errichtung landwirtschaftlich-industrieller, auf kollektivem Eigentum beruhender Gemeinwesen ein; Friedrich Engels zählte ihn zu den bedeutendsten Köpfen aller Zeiten.

entstand 1844 als von einigen arbeitslosen Webern gemeinschaftlich geführter Laden in Toad Lane (Rochdale). Ihr Ziel bestand darin, Arbeitern Lebensmittel zu einem fairen Preis zu verkaufen. Die Initiatoren sahen in ihrem Projekt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft, die insbesondere auf dem Prinzip der Wirtschaftsdemokratie gründen sollte. Der Laden in Rochdale diente für viele Genossenschaften in England, den Vereinigten Staaten und in Europa als Vorbild. Seine Organisationsprinzipien wurden von Genossenschaftsbewegungen überall in der Welt übernommen – insbesondere die Prinzipien ›ein Mitglied – eine Stimme‹ (im Gegensatz zum nach Anteilen bemessenen Stimmrecht in Aktiengesellschaften), der Verkauf zu Marktpreisen, die Verteilung des Gewinns unter den Mitgliedern auf der Grundlage der geeigneten Anteile und eingeschränkte Verzinsung des Anlagekapitals.

Friedrich W. Raiffeisen (1818 – 1888) – begründete zusammen mit Franz H. Schultze-Delitzsch das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft (insbesondere landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften).

Die Genossenschaftsbewegung war also von Anfang darauf gerichtet, die Fähigkeiten der bestehenden (kapitalistischen) Gesellschaftsordnung durch ein Mehr an gegenseitiger Hilfe und eine gerechtere Verteilung zu mildern. Schon das unterscheidet sie deutlich von den vorkapitalistischen Formen der (dörflichen) Kooperation. Die Pioniere der Genossenschaftsbewegung – die Aktivisten von Rochdale, Robert Owen in England und Friedrich W. Raiffeisen in Deutschland – propagierten diese Form der Produktionsorganisation als Alternative zum brutalen ausbeuterischen Charakter des Kapitalismus im 19. Jahrhundert. Für sie waren Genossenschaften ein Mittel, mit dessen Hilfe der Kapitalismus überwunden und durch eine auf mehr Gleichheit und Gerechtigkeit beruhende Gesellschaft ersetzt werden könnte. Genossenschaften sind aus dieser Perspektive keine Organisationen, die innerhalb einer bestehenden Gesellschaftsform funktionale Enklaven bilden, sie sind Instrumente gesellschaftlicher Transformation. Das unterscheidet sie nicht nur von privatkapitalistischen Unternehmen, sondern auch von traditionellen Formen des reziproken Austauschs und der Kooperation.

Die mit Genossenschaften verbundenen Ziele reichen folglich weit darüber hinaus, Unternehmen auf gegenseitigem Vorteil zu sein. Hier geht es neben der Verwirklichung individueller Interessen um den Fortschritt der Gemeinschaft insgesamt. Die Bedeutung von Genossenschaften kann daher auch nicht allein an ihrem materiellen Ertrag gemessen werden. Vielmehr gilt es, ihre Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen komplex zu betrachten. Neben den genannten Prinzipien bezüglich Mitgliedschaft, Mitbestimmung und Kontrolle sind nämlich auch ihr Beitrag zur Verbesserung des Bildungsniveaus der Mitglieder und besondere Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Genossenschaften von Bedeutung (vgl. NCUI 1969: 10). Im weiteren soll es vor allem um diese Aspekte der Genossenschaftsbewegung gehen.

Wie oben bereits dargestellt, ist die Mitgliedschaft in Genossenschaften einerseits freiwillig, andererseits verpflichtend. Jeder, der die formalen Voraussetzungen erfüllt, kann Mitglied werden. Hat er aber diesen Schritt vollzogen, ist er auch gehalten, für die Interessen und Ziele der Genossenschaft aktiv einzutreten. Unter den Bedingungen einer Genossenschaft, in der sich vor allem Marginalisierte zusammenfinden, um ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich zu



verbessern, heißt dies auch, daß es erheblicher Anstrengung im Bildungsbereich bedarf, damit die bisher Benachteiligten überhaupt in die Lage versetzt werden, ihre Mitwirkungsrechte und -pflichten wahrzunehmen.

Dieser Bildungsaspekt wird vor allem in den von der (indischen) Regierung geförderten Genossenschaften oft vernachlässigt. Besonders Regierungsangestellte stehen unter öffentlichem Erwartungsdruck. Und ihr Erfolg wird in der Regel an der Anzahl der Mitglieder im jeweiligen Projekt gemessen. Um die Mitgliederzahl rasch zu vergrößern, üben sie deshalb mitunter auch Druck aus, ohne die Neuen ausreichend über den Zweck der Genossenschaft und ihre Funktionsweise aufzuklären. Unter diesen Bedingungen bleiben die Mitglieder der Genossenschaft gegenüber meist passiv und entfremdet. Die Führungsrolle wird dann entweder von einer kleinen Gruppe ›interessierter‹ Mitglieder oder aber unmittelbar von Regierungsangestellten übernommen.

Da der Zweck einer Genossenschaft weit darüber hinaus geht, ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu sichern, ist die demokratische Beteiligung an alltäglichen Management- und Entscheidungsprozessen von großer Bedeutung – gerade dadurch unterscheidet sie sich von anderen Unternehmensformen. Die Beteiligung der Mitglieder wiederum läßt sich auch nicht auf eine Art Wahl reduzieren, bei der Gewählte mit der Führung ›beauftragt‹ werden. Vielmehr handelt es sich um einen Prozeß kontinuierlicher Mitwirkung mit weitreichenden Konsequenzen. In Entwicklungsländern wie Indien können Genossenschaften wesentlich dazu beitragen, das Selbstbewußtsein vor allem der marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen wie Landarbeiter oder Beschäftigte im informellen Sektor zu stärken. Diesen Schichten wird in der Regel die Fähigkeit abgesprochen, eigenverantwortlich selbst über jene Belange zu entscheiden, die sie unmittelbar betreffen. Genossenschaften können gerade hier Veränderungen bewirken, weil sie auf die Beteiligung ihrer Mitglieder angewiesen sind und so das Selbstbewußtsein der Akteure stärken.

### *Probleme demokratischer Kontrolle*

Die Herausbildung von Genossenschaften als demokratisch-partizipatorische Organisationen ist nicht zuletzt auch deshalb so schwierig, weil sie sich von herkömmlichen Unternehmen stark unterscheiden. Letztere funktionieren mittels einer hierarchischen Organisation, bei der die untergeordnete Ebene ihre Legitimation und Autorität von der jeweils übergeordneten erhält. Die hierarchisch-autoritative Struktur in Genossenschaften unterscheidet sich davon grundlegend. Hier liegt die letztendliche Entscheidungsbefugnis in den Händen der Mitglieder. Alle Verwaltungseinheiten einer Genossenschaft sind daher in letzter Instanz den Mitgliedern gegenüber rechenschaftspflichtig. Die mit der Führung der Geschäfte Beauftragten werden von den Mitgliedern bestimmt (oft gewählt) und haben eine Vertrauensposition inne; das heißt, sie müssen regelmäßig über ihre Tätigkeit berichten und können bei Vertrauensverlust abgesetzt beziehungsweise ersetzt werden. »Nichts unterscheidet genossenschaftliche Unternehmen möglicherweise mehr von den verschiedenen Formen

der Bürokratie als die Basis der Autoritätsbeziehungen in ihnen. Genossenschaftlich demokratische Organisationen lehnen jegliche bürokratische Rechtfertigung von Autorität ab. In ihnen gründet sich Autorität weder auf bürokratisch-formale Rechtfertigungen noch auf überlegenes Fachwissen, sondern ausschließlich auf den Willen der Gemeinschaft« (Rothschild/Whit 1986: 51). Das schließt natürlich ein, daß es zu chaotischen Situationen kommen kann, in denen sich die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder gegenseitig paralisieren. Deshalb ist ein gemeinsames Bewußtsein von den Zielen der Genossenschaft eine elementare Voraussetzung für ihr Funktionieren. Auf dieser Grundlage muß es folglich die Möglichkeit geben, Beschlüsse zu fassen, die für alle bindend sind. Die Voraussetzung für diese verpflichtende Wirkung bleibt jedoch, daß die Beschlüsse selbst Ergebnis eines demokratischen Prozesses sind (vgl. Rothschild/Whit 1986: 51).

Zweifellos ist diese Art und Weise der Entscheidungsfindung jedoch auch ein schwerwiegendes Handicap. Ständig müssen auf allen Ebenen Diskussionen geführt werden, die schließlich in ein allgemein akzeptiertes Resultat münden sollen. Die Mühen eines solchen Vorgehens begünstigen natürlich die Tendenz, am Ende doch Zuflucht zu autoritären, bürokratischen Prozeduren zu nehmen. Entscheidungen werden dann von einigen wenigen – entweder von einem ernannten Gremium oder gar von einem durch die Regierung ernannten Verwalter – getroffen. Die demokratische Beteiligung beschränkt sich folglich auf die Ernennung der Mitglieder der Geschäftsführung. Damit wird über den Verlust wichtiger demokratischer Prinzipien die eigentliche Grundlage der Genossenschaft sukzessive unterminiert. Hier kommt dann das bereits erwähnte Problem des Auseinanderfallens von Eigentum und Kontrolle wieder zum Vorschein. Auch wenn solche Organisationen wirtschaftlich erfolgreich sein sollten, stellen sie doch keine Genossenschaften im eigentlichen Sinne mehr dar.

Im Falle von Betriebsübernahmen durch die Belegschaft besteht das tatsächliche Problem also weniger im Akt der Aneignung als vielmehr in dem, was danach folgt. Dies belegen auch die später noch zu diskutierenden Beispiele. Nach einer Stabilisierungsperiode, die im allgemeinen unter lebhafter Beteiligung der Genossenschaftsmitglieder verläuft, macht sich regelmäßig verstärkt eine Tendenz zur Bürokratisierung geltend. Oft erlangt der Initiator der Betriebsübernahme oder ein Gewerkschaftsfunktionär (häufig ein und dieselbe Person) eine zentrale Machtposition. Die demokratischen Prozeduren verschwinden nach und nach und gleichzeitig wird den einfachen Mitgliedern das Funktionieren der Genossenschaft eher gleichgültig.

Dem kann im Grunde nur dadurch entgegen gewirkt werden, daß sich alle Mitglieder ständig weiterbilden, ihr Wissen über die Führungsprinzipien und Ziel der Genossenschaftsbewegung sowie ihre Kompetenz stetig erweitern. Bildungsarbeit innerhalb von Genossenschaften muß den Arbeitern vermitteln, daß ihre Organisation zutiefst mit der Veränderung ihres gesamten Lebens verbunden ist, indem sie von bloßen Befehlsempfängern zu Beteiligten in eigenverantwortlichen Entscheidungsprozessen werden. Erschwert wird eine solche Wandlung allerdings dadurch, daß es kein universell gül-



tiges System demokratischer Mitwirkung gibt. Jede Genossenschaft muß ihren eigenen angemessenen Weg der Beteiligung ihrer Mitglieder finden. Die Schwierigkeiten bei der ›Erfindung‹ solcher spezifischer Formen demokratischer Mitwirkung sind nicht gering zu schätzen, zumal von der Lösung dieses Problems die Zukunft der Genossenschaft abhängt.

Auf der anderen Seite ist die Bewältigung dieser Herausforderung weniger kompliziert, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. In allen Unternehmen existieren Systeme demokratischer Entscheidungsfindung, die herkömmlicherweise allerdings auf das Top-Management beschränkt sind. Auf den unteren Ebenen nimmt die Möglichkeit zur Beteiligung dann in der Regel stark ab; an die Stelle von Diskussionen über Varianten tritt mehr und mehr die Ausgabe von Anweisungen, die widerspruchsfrei zu befolgen sind. Wichtig ist hier allerdings das Prinzip der Entscheidungsfindung als solches: Nicht ein einzelner entscheidet, sondern kleine, dazu bestimmte, sich regelmäßig treffende Gruppen – Aufsichtsräte, Komitees, geschäftsführende Vorstände usw. Das Problem besteht also darin, funktionale Strukturen zu schaffen, die dem Arbeitsprozeß angemessen sind und die gleichzeitig die Beteiligung aller sichern. Statt jedoch lediglich an der Spitze entscheidungsmächtige Gruppen zu bilden, ist es notwendig, auf allen Ebenen kompetente Gruppen zu schaffen, die miteinander kommunizieren und schließlich entscheiden.

### *Theorie und Realität*

Nach diesen eher theoretischen Überlegungen wird im folgenden versucht, anhand praktischer Beispiele zu analysieren, wie sich die Existenzbedingungen von Genossenschaften in der Realität darstellen. Insbesondere geht es dabei zunächst um jene Umstände, unter denen es zur Übernahme von Produktion und Management durch die Belegschaften und zur Bildung von Genossenschaften kommt.

Wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten kommt, ist in der Regel vor allem die Belegschaft von den Folgen elementar betroffen. Um ihren Arbeitsplatz zu erhalten, von dem ihr Überleben abhängt, stellen sich die Arbeiter der Herausforderung, die Geschäfte der Firma nunmehr in die eigenen Hände zu nehmen. Allerdings geschieht dies keineswegs in allen Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind oder gar geschlossen werden. Die geschäftliche Lage der Firma allein kann also nicht ausschlaggebend für die Gründung einer Genossenschaft sein.

Ein Analyse von Arbeitergenossenschaften in Indien fördert drei Umstände zutage, die für ihre Bildung und ihr Überleben von Bedeutung sind. Erstens spielen die Gewerkschaften eine zentrale Rolle sowohl bei der Popularisierung der Idee als auch später bei der praktischen Beratung und Unterstützung der Genossenschaften. Zweitens müssen die Arbeiter selbst die Idee akzeptieren, selbst aktiv werden und entsprechende Organisationsstrukturen schaffen. Schließlich hängt das Gelingen des Vorhabens zum dritten wesentlich vom Verhalten des Staates ab. Darüber hinaus gibt es weitere wichtige Faktoren wie die Art der Produktion und den Konkurrenzdruck durch privatkapitalistische Unternehmen, von denen die Erfolgchancen maßgeblich beeinflusst werden. Im folgenden werden

diese Umstände anhand von Genossenschaften in der Teeproduktion und im Bergbau untersucht.

Der Tee-Plantagen-Sektor ist der größte formelle Arbeitgeber in Indien. In ihm sind zirka eine Million ständige und eine halbe Million Saisonarbeiter beschäftigt, von denen etwas mehr als die Hälfte Frauen sind. Da Tee-Plantagen zum organisierten (formellen) Bereich der Wirtschaft gehören, sind die Arbeitskräfte durch rechtliche Regelung geschützt. Aufgrund ihrer relativen Isolation, des niedrigen Bildungsniveaus und der niedrigen Löhne gehören die Arbeiter jedoch zugleich zu den am wenigsten entwickelten im formellen Sektor. Und trotzdem finden sich gerade hier die erfolgreichsten genossenschaftlichen Unternehmungen.

1 acre entspricht 40,47 Ar oder 0,4047 Hektar (500 acres entsprechen daher einer Fläche von etwas über 200 Hektar).

Die *Saongaon Tea and Allied Plantation Worker's Co-operative* im Distrikt Jalpaiguri in Westbengalen war eine der ersten Arbeitergenossenschaften im indischen Teesektor überhaupt. Sie wurde im September 1974 mit 498 Mitgliedern gegründet. Die etwa 500 acres große Plantage arbeitete vor der Übernahme durch die Arbeiter jahrelang mit Verlusten und wurde schließlich von den Eigentümern geschlossen. Das Unternehmen wurde auf Beschluß der geschäftsführenden Direktoren mit allen Verbindlichkeiten an die Arbeiter übereignet. Obwohl keine förmliche Übergabe stattfand, wurde die Genossenschaft auf der Grundlage dieses Beschlusses registriert.

Die Genossenschaft bewirtschaftete die Plantage bis 1979. In dieser Zeit erlebte sie eine beispiellose Entwicklung. Der Einsatz von Dünger, Pestiziden und Herbiziden wurde erhöht, die Arbeiter verbesserten die Pflege der Teebüsche und die Anbaufläche wurde ausgedehnt. In der Folge stiegen die Erträge deutlich an.

Im Gegensatz zu anderen neu gegründeten Genossenschaften erhielt die Saongaon-Kooperative keinerlei Kredite, Zuwendungen oder Subventionen. Die Maßnahmen zur Produktionssteigerung mußten folglich alle aus dem Verkauf der unverarbeiteten Teeblätter bestritten werden. Trotzdem war es möglich, Ersparnisse von 700 000 Rupien zu erwirtschaften, einen Jeep und einen Traktor anzuschaffen und ein Lagerhaus zu bauen. Eine unrühmliche Seite des ganzen ist zudem, daß die Genossenschaft trotz dieser beeindruckenden Erfolge auch bei der Links-Front-Regierung, die 1977 an die Macht kam, keine Unterstützung fand. 1978 mußte die Genossenschaft ihre Aktivitäten aufgrund einer gerichtlichen Verfügung sogar einstellen. Den Hintergrund dafür bildete der Einspruch einer Person, die behauptete, der neue rechtmäßige Eigentümer der Plantage zu sein. Dieser Fall zog sich schließlich bis 1998 hin, bis er vom Obersten Gericht endgültig abgewiesen wurde. Obwohl die Eigentumsfrage seitdem geklärt ist, war es der Genossenschaft bisher nicht möglich, ihre Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen, da die Regierung durch eine staatliche Gesellschaft mittlerweile das Management der Plantage übernommen hat.

Für die Entstehung von Kooperativen im Tee-Sektor von Tripura waren nicht zuletzt die Besonderheiten der dortigen Situation von Bedeutung. Der Anbau von Tee ist der einzige größere formelle Wirtschaftszweig und ist daher für die Regierung von besonderer Wichtigkeit. Die Lage in diesem Sektor war 1977, als die Links-Front die Regierung übernahm, allerdings besorgniserregend – vor

allem infolge schlechten Managements war die Produktivität sehr niedrig, viele Plantagen waren zudem bereits geschlossen. Da die Regierung nicht zuletzt aufgrund finanzieller Engpässe nicht imstande war, die Unternehmungen selbst fortzuführen, unterstützte sie die Idee des Generalsekretärs der *Tripura Tea Worker's Union*, Shaktipada Bhattacharya, Genossenschaften zu gründen. Bhattacharya initiierte im Dezember 1979 mit der *Tea Plantation Worker's Co-operative Society* die erste Genossenschaft, die die neu angelegte Plantage *Tachai* im Distrikt Nord-Tripura bewirtschaftete. Mitglieder dieser Genossenschaft wurden vor allem entlassene Plantagenarbeiter aus der Region. Wesentlich beeinflusst durch dieses Beispiel erlaubte die Regierung 1980 Arbeitern die genossenschaftliche Übernahme und Weiterführung von Plantagen, die bereits länger als ein Jahr stillgelegt waren. Gegründet wurden so die Genossenschaften in Dirgabari (West-Tripura) sowie Ludua und Lilagarth (Süd-Tripura). 1983 wurde schließlich die Plantage in Darangdilla (Nord-Tripura) von den Arbeitern übernommen. Vier weitere Genossenschaften entstanden 1986. Außer der Plantage *Tachai* handelt es sich um Unternehmen, die von ihren ursprünglichen Eigentümern bereits aufgegeben waren und sich zum Zeitpunkt der Übernahme in einem heruntergekommenen Zustand befanden.

Die Erträge waren folglich zunächst sehr niedrig, so daß diese Genossenschaften zum Überleben auf staatliche Beihilfen und Kredite angewiesen blieben. Als jedoch 1988 die Links-Front abgewählt wurde, hatte die neue Regierung nichts eiligeres zu tun, als diese finanzielle Unterstützung einzustellen, weil es sich bei den Genossenschaften angeblich um ›willkürliche Schöpfungen‹ der alten Machthaber gehandelt habe. Von den insgesamt neun Genossenschaften mußten infolgedessen die vier, die erst 1986 gegründet wurden, aufgeben werden, während die zwischen 1979 und 1983 entstandenen – aufgrund ihrer besseren Finanzausstattung – überlebten. Dies ist auch deshalb ein Erfolg, weil die übernommenen Plantagen ursprünglich in einem sehr schlechten Zustand waren (drei von ihnen waren bereits länger als zwei Jahre stillgelegt) und trotzdem – vor allem durch eine verantwortungsvolle und weitsichtige Betriebsführung – die finanzielle Überlebensfähigkeit erreicht werden konnte.

All diesen Genossenschaftsgründungen ist gemeinsam, daß sie von den örtlichen, den kommunistischen Parteien nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen CITU und AITUC unterstützt wurden. Genau genommen stammt auch die Idee selbst von dort. Auch nach der Gründung haben die Gewerkschaften die Arbeitergenossenschaften intensiv unterstützt. Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist der Umstand, daß in allen Fällen das Engagement der einfachen Arbeiter bemerkenswert hoch ist und von den Führern gefördert wird. Mit 100 bis 150 Mitgliedern handelt es sich in Tripura um relativ kleine Genossenschaften, die von einem, aus sieben bis neun Vertretern bestehenden, gewählten geschäftsführenden Ausschuß geleitet werden. Vorsitzender des Ausschusses, der über alle funktionalen Belange der Genossenschaft entscheidet, sind in der Regeln die örtlichen Gewerkschaftsführer. Vor der Entscheidung über wichtige Fragen beraten die Arbeiter gemeinsam mit der Geschäftsführung, die zudem regelmäßig über die wirtschaftliche Situation des Betriebes berichten.

In Indien bestehen zwei kommunistische Parteien nebeneinander – die 1925 gegründete *Communist Party of India* (CPI) und die *Communist Party of India/Marxist* (CPI/M), die sich 1964 von der CPI abspaltete. Beide verfügen über ihnen nahestehende Gewerkschaften. Die CITU (Centre of Indian Trade Unions) ist mit der CPI/M liiert, während die CPI traditionell mit dem AITUC (All Indian Trade Union Congress) verbunden ist.

Die Erfahrungen dieser Genossenschaften zeigen, daß selbst wenig gebildete Arbeiter in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln, wenn ihnen dazu die Möglichkeit gegeben und die nötige Unterstützung gewährt wird. Das ist zweifellos das wichtigste Ergebnis genossenschaftlicher Organisation. In der Tat ist es Arbeitern, die jahrelang vom Management unterdrückt und bevormundet wurden, sogar gelungen, ihre Genossenschaften effektiver zu führen als dies das ehemalige ›professionelle‹ Management konnte. Ironischerweise ist auch das Scheitern der Saongaon-Kooperative Ausdruck ihres Erfolgs – wäre sie nicht erfolgreich gewesen, hätte wohl kein angeblicher ›Eigentümer‹ versucht, sich ihrer zu bemächtigen.

Weitere instruktive Beispiele für die Entwicklungsprobleme und -erfolge von Genossenschaften finden sich insbesondere im Eisenerzbergbau von Dalli Rajhara. In dieser Region entstanden Arbeitergenossenschaften, die im Tagebau Eisenerz fördern und damit das Bhilai Stahlwerk, ein Unternehmen der staatlichen *Steel Authority of India Limited*, beliefern. Eisenerz wird hier auf zwei unterschiedlichen Wegen gefördert – zum einen durch den modernen mechanisierten Bergbau, der vom Stahlwerk selbst ausgeführt wird, und zum anderen durch Pächter, die auf kleinen Parzellen die Lagerstätten mit Hilfe manueller Arbeit und einfacher Werkzeuge ausbeuten.

Die größtenteils von ehemaligen Arbeitern aus Bailadilla seit 1969 gegründeten Genossenschaften in Dalli Rajhara arbeiten ebenfalls auf gepachtetem Land. Als damals die ebenfalls dem Bhilai Stahlwerk gehörenden Vorkommen in Bailadilla aufgegeben wurden, wurde den freigesetzten Arbeitern mit Unterstützung der Regierung angeboten, in Dalli Rajhara in genossenschaftlichen Unternehmen weiter im Erzbergbau zu arbeiten. Insgesamt wurden auf Initiative der Regierung sieben Genossenschaften mit etwa 3 500 Mitgliedern geschaffen. Jede dieser Unternehmungen hat mehr als 300, die größte sogar 800 Mitglieder. Ihnen wurden entsprechende Parzellen zugewiesen, so daß sie nicht gezwungen waren, auf den üblichen Versteigerungen der Lose zusammen mit den anderen Pächtern zu bieten.

Jedoch stellte sich bald heraus, daß die ihnen zugewiesenen Parzellen unterdurchschnittlich ergiebig waren oder nur Erz geringerer Qualität enthielten, so daß auch die Erlöse niedriger ausfielen. Trotzdem haben sich die Genossenschaften aufgrund der höheren Arbeitsproduktivität sehr erfolgreich entwickelt.

Etwa um 1977 nahm die Gewerkschaftsbewegung, der sich auch die Genossenschaftsmitglieder anschlossen, unter der Führung des eher radikal eingestellten Shankar Guha Neogy in Dalli Rajhara einen bemerkenswerten Aufschwung. Einige der Genossenschaften entschieden sich unter dem Einfluß dieser Bewegung dafür, sich nicht länger mit Landzuweisungen zu begnügen, sondern nunmehr in den Wettbewerb um die besten Lose mit den Pächtern einzutreten. Dadurch haben sich die Spannungen zwischen Genossenschaften und Pächtern erheblich zugespitzt. Einige Pächter, die offenbar über Verbindungen zur Politik verfügten, wandten verstärkt illegale Praktiken an, um sich ertragreiche Parzellen zu sichern. Auch wurden Vorwürfe laut, daß das Management des Stahlwerks zum Teil korrupt sei und die Pächter begünstige. All dies ändert jedoch nichts

daran, daß sich die Genossenschaften nicht zuletzt aufgrund ihrer effektiven und ehrlichen Führung insgesamt gut entwickelt haben.

Die größte Genossenschaft mit zirka 800 Mitgliedern erzielte besonders beeindruckende Erfolge. Hier liegen nicht nur die Löhne über dem Durchschnitt, die Genossenschaft unterstützt zudem Vereine und betreibt eine kostenlose Grundschule mit fast 500 Schülern. Dies zeigt, daß Arbeitergenossenschaften effektive Organisationen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Marginalisierten sein können.

Auch bei den im Erzbergbau aktiven Genossenschaften beteiligen sich die Arbeiter engagiert an der demokratischen Entscheidungsfindung. Viele Mitglieder sind in Arbeitsgruppen aktiv, die wiederum mit der Geschäftsführung und mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Gerade die enge Verbindung zu den Gewerkschaften hat sich als sehr nützlich erwiesen. Nicht zuletzt dadurch wurde verhindert, daß sich die Pächter mit ihren unfairen Methoden gegen die Genossenschaften durchsetzen konnten.

Die Kooperation mit den Gewerkschaften hat allerdings auch eine Schattenseite. Ermutigt durch die Erfolge, hätte man erwarten können, daß die Gewerkschaften genossenschaftliche Aktivitäten auch unter den Lohnarbeitern auf den Pachtparzellen fördern. Hier sah die gewerkschaftliche Strategie jedoch anders aus. Die Gewerkschaften kämpften vor allem darum, daß diese Arbeiter vom Stahlwerk als reguläre Beschäftigte übernommen wurden. Diesem Ziel hätte die Ausweitung des Genossenschaftsmodells entgegen gestanden. Die Ironie des Ganzen besteht also darin, daß eine an sich radikal anti-kapitalistische Gewerkschaftsbewegung es vorzieht, für die Arbeiter ›ordentliche‹ ausbeuterische Lohnverhältnisse einzufordern, statt ihnen den Weg in eine selbstbestimmte Tätigkeit zu ebnen.

### *Fazit*

Zusammenfassend lassen sich nun einige grundsätzliche Aussagen zu den notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung von Genossenschaften machen.

Zwar ist für das Funktionieren von Arbeitergenossenschaften die aktive Beteiligung der Mitglieder unerlässlich, es zeigt sich jedoch, daß nicht alle Fragen, insbesondere der Produktionsorganisation, ohne die Hilfe von Fachkräften gelöst werden können. So wurde die Saongaon-Kooperative beispielsweise von erfahrenen Managern beraten, die vor allem an der Planung der Ernterhythmen mitwirkten. Ähnliche Formen externer Beratung wurden auch in Tripura praktiziert. Die Genossenschaften in Dalli Rajhara mußten Verwaltungskräfte anstellen, nachdem die Mitglieder sich nicht in der Lage zeigten, die Buchhaltung zu bewältigen. Diese Formen der Einbeziehung von Fachpersonal haben allerdings nirgends dazu geführt, daß die Mitglieder die Kontrolle über ihre Organisation verloren haben.

Ferner hat sich herausgestellt, daß die Wahl der Geschäfts-führungsorgane nicht die einzige Form demokratischer Mitwirkung ist. Als in mancher Hinsicht viel wichtiger haben sich Aktivitäten erwiesen, in denen die ›einfachen‹ Mitglieder direkt in den Entscheidungsprozeß einbezogen wurden. In Dalli Rajhara wurde dies zum Beispiel mit Hilfe von Arbeitsgruppen erreicht. Bei den Genossen-

schaften im Tee-Sektor dominierten dagegen regelmäßig stattfindende Mitgliederversammlungen als wichtiges Mittel der Information und Meinungsbildung.

Die Gewerkschaften haben in allen analysierten Fällen eine herausragende Rolle gespielt. Von dort geht in der Regel die Idee und der erste Impuls für die Gründung aus. Durch die Mobilisierung und politische Bildung der Arbeiter sowie nicht zuletzt durch ihren Einfluß auf Regierungen leisten die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und damit zum Gelingen der Genossenschaftsprojekte. Und sie sind in gewisser Weise die Garanten der oben beschriebenen Formen demokratischer Beteiligung.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg von Genossenschaftsprojekten vor allem in der schwierigen Startphase ist die Unterstützung durch staatliche Stellen. Am Anfang, insbesondere dann, wenn heruntergewirtschaftete Unternehmen übernommen werden, können die Genossenschaften kaum ohne fremde Hilfe auskommen. Der Staat muß dann für die notwendigen Zuschüsse sorgen oder als Bürge für Kredite einspringen. Dies zeigt sich vor allem auch in der Entwicklung der Genossenschaften in Tripura. Auch dort, wo der Staat keine finanziellen Mittel bereit gestellt hat – wie in Dalli Rajhara und bei der Saongaon Kooperative –, leistet er doch einen wesentlichen Beitrag, indem die jeweiligen Regierungen die notwendigen rechtlichen Regelungen schufen. In dem Maße, wie sich die finanzielle Situation der Genossenschaften verbessert, nimmt auch ihre Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung ab.

Sicherlich gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren, von denen der Erfolg genossenschaftlicher Organisationen im jeweiligen Einzelfall beeinflußt wird. Der hier diskutierte Komplex von Bedingungen hat sich jedoch als zentral erwiesen.

#### Literatur

- Bhowmik, Sharit (1981): *Class Formation in the Plantation System*, New Delhi.  
Bhowmik, Sharit (1988): *Strangling Worker's Initiative: Fate of Workers Co-operatives in Tripura*, in: *Economic and Political Weekly*, 3 December.  
Jones, Derrick C. (1978): *Producer Co-operatives in Industrialised Western Economies. An Overview*, in: *Annals of Public and Co-operative Economy*, 49(1978)2.  
NCUI (National Co-operative Union of India) (1969): *Report of the Commission on Co-operative Principles*, New Delhi.  
Rothschild, J., Whit, R. (1986): *The Co-operative Workplace*, Cambridge.

(aus dem Englischen von ARNDT HOPFMANN)



ACHIM TRUBE

## Paradigmenwechsel im Sozialstaat?

Der Sozialstaat ist ›ins Gerede gekommen‹. Wurde die Idee des Sozialstaats in den sechziger und siebziger Jahren vor allen Dingen assoziiert mit einem expandierenden Wohlfahrtsstaat, der sich auch in den achtziger Jahren noch sektoral weiterentwickelte (vgl. Blanke et al. 2000: 24 ff.), so scheint mit dem Rückbau des Wohlfahrtsstaates im Neoliberalismus der neunziger Jahre (vgl. Butterwegge et al. 1999) nunmehr auch auf sozialdemokratischer, gewerkschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Seite eine Skepsis eingekehrt zu sein, die der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung und Steuerung alter Provenienz mehr und mehr mißtraut. Die Rede ist zum Beispiel von »mehr Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt« (Schröder 2000: 201) oder vom *aktivierenden* Sozialstaat, der »eine ›neue‹ Verantwortungspartnerschaft zwischen Staat und Gesellschaft anstrebt« (Mezger/West 2000: 8) beziehungsweise man spricht von »der Maxime ›Fördern und Fordern‹, die die Rechte und Pflichten gesellschaftlicher Akteure in eine neue Balance bringt« (Heinze/Strünk 2001: 164).

### *Das Aktivierungskonzept – Positionen und erste Einschätzungen*

Mit dem Kampf um die politischen Mehrheiten wurde in den neunziger Jahren dem herrschenden neoliberalen Konzept des sozialpolitischen Lean-Managements und der Privatisierung aus der Thatcher-Kohl-Ära in Westeuropa seitens der ›neuen Sozialdemokratie‹ – ausgehend von Anthony Giddens und Tony Blair (New Labour) – der sogenannte Dritte Weg (vgl. Giddens 1999) gegenübergestellt, der sich selbst als eine Art ›Privat-Public-Partnership‹ eines neu zu verortenden Staates mit einer sich zunehmend selbst bestimmenden Zivilgesellschaft verstand. ›Dritter Weg‹ meinte hier die Abgrenzung von der schlichten Privatisierung der Neoliberalen einerseits und eine deutliche Distanzierung von der traditionellen Wohlfahrtsstaatlichkeit der herkömmlichen Sozialdemokratie andererseits.

Doch was ist im einzelnen nun gemeint mit dem Konzept des ›Dritten Weges‹ und der Idee des ›Aktivierenden Sozialstaats‹? Heinze und Strünk formulieren dies in einem neueren Aufsatz von Mai 2001 wie folgt: »Aktivierende Politikstrategien zeichnen sich dadurch aus, dass sie unter der Maxime ›Fördern und Fordern‹ die Rechte und Pflichten gesellschaftlicher Akteure in eine neue Balance bringen. In diesem Sinne zielt das Prinzip des ›Förderns‹ darauf ab, Hemmnisse für gesellschaftliche Eigentätigkeit und Koproduktion abzubauen und förderliche Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Initiativen ... zu installieren« (Heinze/Strünk 2001: 164).

Achim Trube – Jg. 1952; Dr. sc. pol., Professor für Sozialverwaltung und Sozialpolitik an der Universität Siegen, studierte Soziologie, Wirtschafts- und Politikwissenschaften an den Universitäten Duisburg, Bochum und Bielefeld; Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, Evaluation sozialer Dienste und das System sozialer Sicherung. Publikationen unter anderem: »Zur Theorie und Empirie des Zweiten Arbeitsmarktes« (Münster 2001; 3. Auflage).

»Wie würde ein in radikal-demokratischer Perspektive reformierter Wohlfahrtsstaat – der Sozialinvestitionsstaat in der positiven Wohlfahrts-gesellschaft – ...aussehen? Ausgaben für Wohlfahrt ... würden nicht ausschließlich vom Staat, sondern vom Staat in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, unter anderem der Wirtschaft, aufgebracht. (...) Da die Selbstbestimmung des einzelnen und die Entfaltungsmöglichkeiten der Person – durch die sich die Verantwortung des Individuums vergrößert – in der positiven Wohlfahrts-gesellschaft zu zentralen Anliegen werden, wandelt sich der Vertrag zwischen Individuum und Staat. (...) Positive Wohlfahrt sollte ... negative Begriffe ... durch positive ersetzen: Selbstbestimmung statt Not; nicht Krankheit, sondern aktive Gesundheitsvorsorge; Bildung als lebensbegleitend anstelle von Unwissenheit; Wohlergehen für Elend; und Initiative anstatt Faulheit.«  
 Anthony Giddens: *Der Dritte Weg*, Frankfurt/M., S. 149.

Dieses Konzept läßt sich aus sozialhistorischem Blickwinkel so verstehen, daß es die völlig zutreffenden Reformideen von Oskar von Nell-Breuning Ende der fünfziger Jahre am herkömmlichen Subsidiaritätsprinzip noch einmal reanimieren will: Damals wies der katholische Sozialethiker zu Recht darauf hin (vgl. Frerich 1996: 30 ff.), daß das traditionelle Subsidiaritätsprinzip, wie es Papst Pius XI. in der Sozial-Enzyklika *Quadragesimo anno* noch 1931 formuliert hatte (vgl. Schöpsdau 2001: 1563), speziell in dem modernen Sozialstaat nur dahingehend zu verstehen sei, daß dieser Staat gerade für die gesellschaftlich Benachteiligten zuerst einmal die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Selbsthilfe zu schaffen habe (vgl. Nell-Breuning 1957: 219 ff.).

Nur, was ist dann entscheidend Neues an dem derzeit heftig ventilierten Aktivierungs-Konzept, wenn es nichts anderes meint, als daß der Staat aktiv zu werden habe, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß benachteiligte Bürger aktiv werden können? Warum heißt es dann nicht aktiver Sozialstaat, statt aktivierender Sozialstaat?

Möglicherweise ist es die zivilgesellschaftliche Komponente, die das Spezifikum des Aktivierungsbegriffs ausmacht und ihn damit vom schlicht aktiven Sozialstaat unterscheidet. Heinze und Strünk führen dazu aus: »«Fordern» ist auch im zivilgesellschaftlichen Sinne so zu verstehen, dass Bürger sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen klar werden und von staatlicher Politik aufgefordert werden, sich zu engagieren« (Heinze/Strünk 2001: 164).

Doch aus sozialwissenschaftlicher Sicht wirkt diese Denkfigur vom Appell des Staates zur Zivilgesellschaft einigermaßen ungewöhnlich beziehungsweise fachlich sehr befremdlich: Denn spätestens seit Max Weber ist der Soziologie hinlänglich bekannt, daß sich Vergemeinschaftung typischerweise eben *nicht* erzwingen oder durch Aufforderung herstellen läßt, sondern sich nur dann einstellt, »wenn und insoweit die Einstellung des sozialen Handelns ... auf subjektiv *gefühlter* (aktueller oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht« (Weber 1976: 21). Schon einer der Väter der deutschen Soziologie, Ferdinand Tönnies, erkannte, daß die Gemeinschaft – also kommunitaristische und zivilgesellschaftliche Elemente, wie wir heute sagen würden – durch die Einheit des menschlichen Willens gekennzeichnet ist, der *empfunden* wird, also nicht von staatlicher Politik zu verordnen ist (vgl. Tönnies 1920: 16 ff.).

Wenn demnach die sozialwissenschaftlichen Prämissen des Aktivierungskonzepts eher mit Fragezeichen zu versehen sind, dann führt die Suche nach dem tragenden Spezifikum der neuen Konzeption zu einem dritten Aspekt der Aktivierungsprogrammatis, der beispielsweise bei Ewers und Leggewie in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* stark akzentuiert wird. In Abgrenzung des – wie sie sagen – »ermunternden Staates« zum traditionellen Staat heißt es bei Ihnen: »«Noch schwerer tut sich eine traditionelle Sozialpolitik mit dem Ansatz, Rechte oder auch nur Optionen ... mit Verpflichtungen oder mit positiven und negativen Sanktionen zu verbinden, die eine effektive Verhaltensänderung der Adressaten beziehungsweise Anspruchsberechtigten bezwecken« (Ewers/Leggewie 1999: 337). Hier geht es offensichtlich um eine Art »Umerziehungsprogramm«, worauf jedoch an anderer Stelle noch einmal zurückzukommen sein wird.



Untersucht man zuerst genauer die Hypostasierung wohlfahrtsstaatlicher Unverbindlichkeit, so zeigt sich, daß diese Unterstellung fehlender Sanktionen sowohl de jure als auch de facto falsch ist: So werden offensichtlich zum Beispiel die Bestimmungen der §§ 2 und 147 SGB III beziehungsweise 18 und 25 BSHG schlichtweg ignoriert. Die Arbeitslosen haben gemäß geltender Rechtslage im SGB III spätestens nach einem halben Jahr jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, auch wenn sie dort nicht mehr verdienen sollten, als die Höhe ihres Arbeitslosengeldes beziehungsweise ihrer Arbeitslosenhilfe ausmacht, was letztlich sogar mehr als die Halbierung des zuvor erzielten Einkommens bedeuten kann. Ein Qualifikationsschutz hinsichtlich des zuvor erlernten oder ausgeübten Berufs existiert ausdrücklich nicht. Fehlt die Bereitschaft dazu, eine solche Arbeit anzunehmen oder weiter auszuführen, verhängt das Arbeitsamt die sogenannten Sperrzeiten (über 300 000 im Jahr 2000), die im Wiederholungsfalle schließlich den Verlust des gesamten Anspruchs auf Arbeitslosengeld beziehungsweise Arbeitslosenhilfe nach sich ziehen (17 000 im Jahr 2000). Ist dann im letzten Schritt Sozialhilfe erforderlich, wird auch diese »auf das zum Lebensunterhalt Unerlässliche eingeschränkt« (§ 25 Abs. 2 BSHG), das heißt zumeist eine Kürzung von 25 Prozent der beispielsweise 287 Euro für den Alleinstehenden im Monat. Sowohl für das SGB III als auch für das BSHG gilt in letzter Konsequenz, daß eine andauernde Verweigerung des Antritts einer zumutbaren Arbeit zwangsläufig zum vollständigen Verlust von *allen* Geldleistungen zu führen hat (vgl. § 147 Abs. 1 SGB III; § 25 Abs. 1 BSHG), da hier der Gesetzgeber den Sozialbehörden keinerlei Ermessensspielraum einräumt.

Wer also angesichts des bereits vorhandenen Instrumentariums des derzeit geltenden Leistungsrechts nach noch mehr Repressionsmöglichkeiten zur Aktivierung von bereits marginalisierten Bürgern ruft, wie es sich das neosoziale Konzept zum Teil zu eigen macht, provoziert entweder die Frage nach seinem Sachverstand und der Kenntnis der bestehenden Gesetze oder aber provoziert die Frage nach der bewußten oder unbewußten Mitwirkung bei sozialen Selektionsprozessen über Arbeitszwang und drohenden Existenzsicherungsverlust.

Neben den gesellschaftspolitisch gefährlichen Konsequenzen solcher Selektions- und Exklusionsprozesse ist es zudem verwunderlich, wie führende Vertreter aus der Sozialwissenschaft mit ihrem Plädoyer für eine Aktivierung unter anderem auch durch negative Sanktionierung weit hinter die Erkenntnisse der eigenen Disziplin zurückgefallen sind.

Insbesondere in der *Labeling-Approach-Theory* ist auf das Problem sozialer Etikettierung schlüssig hingewiesen worden (vgl. statt anderer Keckeisen 1964; Keupp 1974), und die gesellschaftlichen Konsequenzen einer Stigmatisierung sozialer Minderheiten sind hinlänglich bekannt. Hier liegt die Gefahr des ›blame the victim‹ auf der Hand, das heißt, daß die Opfer der Arbeitsmarktkrise zu Tätern umdefiniert werden, indem man das Strukturproblem (Massenarbeitslosigkeit) auf ein Individualproblem (Arbeitsunwilligkeit) reduzieren zu können meint, und damit die wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse der empirischen Arbeitsmarktforschung unzulässig ausgeblendet bleiben.

»Es geht für die Zukunft des Sozialstaats jedoch kaum um Solidarität im Sinne einer anspruchsvollen moralischen Ressource, sondern um Rationalität im Umgang mit Erfahrungen und – manchmal späten – Einsichten vergangener Generationen. (...) Wenn jede Generation erst durch eigene Erfahrungen lernt, daß private Unternehmen Gewinne machen wollen, daß man sogar selbst irgendwann alt wird, daß dann die private Krankenversicherung teurer und die Rente aus der Lebensversicherung spärlicher werden kann, hat ein komplexes Gebilde wie der Sozialstaat keine Überlebenschance.«

Heiner Ganßmann: Politische Ökonomie des Sozialstaats, Münster 2000, S. 169.

»Aus der Komplexität der Gesetzgebung und der Vielzahl der Regelungen ... ergeben sich ... Schwierigkeiten für die Betroffenen, das eigene Handeln korrekt zu bewerten: Möglicherweise missbraucht ein Empfänger staatliche Leistungen, indem er gegen die für ihren Bezug festgelegten Regeln und Bedingungen verstößt, ohne dies zu merken.«

Siegfried Lamnek, Gaby Olbrich, Wolfgang J. Schäfer: Tatort Sozialstaat, Opladen 2000, S. 23.

Auch in den Handlungsempfehlungen ignoriert das Aktivierungskonzept basale Erkenntnisse der Human- und Sozialwissenschaft, so zum Beispiel auch des *Behaviorismus*, der seit langem weiß, daß negative Sanktionen allenfalls zur kurzfristigen Verdeckung unerwünschter Verhaltensmuster führen können, aber in der Regel nicht zu nachhaltiger Verhaltensänderung (vgl. Heckhausen 1989). Solche Änderungen sind – so wurde empirisch nachgewiesen – dauerhaft viel eher durch positiv verstärktes Lernen zu erreichen, wobei dies das Gegenteil von Abstrafungen und sozialem Ausschluß ist.

Überdies wird das aus der *Lerntheorie* weithin bekannte Phänomen der ›Erlernenen Hilflosigkeit‹ in dem Konzept des Aktivierungsansatzes völlig außer acht gelassen: Durch lange Phasen der erlebten Unkontrollierbarkeit und Unbeeinflussbarkeit der eigenen Situation – so etwa bei erzwungenem Nichtstun in individuell unüberwindbarer Arbeitslosigkeit – verlernt der Betroffene seine früher vorhandenen Handlungs- und Überwindungsstrategien und er lernt statt dessen eine generalisierte Indifferenz als neues Grundverhaltensmuster (vgl. Seligmann 1999), das tiefgreifend und langfristig wirkt. Hier geht es nicht mehr – wie so oft fälschlich unterstellt – um das Nicht-Wollen von Langzeitarbeitslosen, sondern um verlernte/verlorene Kompetenzen des überhaupt noch ›Wollen-Könnens‹, die erst wieder durch langfristige Empowermentstrategien aufzubauen beziehungsweise zu reaktivieren sind. Auch die nun wahrlich nicht mehr neuen Ergebnisse der *differentiellen Arbeitslosenforschung* (vgl. Wacker 1983; Kieselbach/Wacker 1985) werden von den Aktivierungsansätzen schlichtweg ignoriert, was erst recht für die aktuellen Untersuchungen aus diesem Forschungsfeld gilt (vgl. statt anderer Kieselbach 2000). Diese machen fachlich überzeugend deutlich, welche psychosozialen Deprivationsprozesse durch Langzeitarbeitslosigkeit verursacht und verfestigt werden, die jenseits der im Aktivierungsansatz semiprofessionell unterstellten Unwilligkeit erhebliche Beeinträchtigungen zur Folge haben können, wie etwa der Fähigkeit des Umgangs mit Zeit, des stabilen Selbstwertgefühls oder auch der bewirkungsorientierten Handlungsattribution.

#### *Aktuelle Aktivierungstrends in der Arbeitsmarktpolitik*

Trotz dieser sozialwissenschaftlich wenig überzeugenden Basis des Aktivierungskonzepts ist es sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik allerorten verbreitet und beliebt. So schlagen zum Beispiel Günther Schmidt, Heide Pfarr, Gerhard Fels, Rolf Heinze und Wolfgang Streek als *Benchmarkinggruppe des Bündnisses für Arbeit der Bundesregierung* vor, daß ein »grundsätzlicher Ausschluss des Erwerbs neuer Leistungsansprüche durch Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (also auch für ABM) ...« vorzusehen sei, und empfehlen einen Spiegelstrich weiter die »Zuweisung (solcher – A. T.) zumutbarer Beschäftigung und Sanktionen bei Ablehnung« (Schmidt et al. 2001: 12). Konkret heißt dies, daß es zum Beispiel nach ein- oder zweijährigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr geben soll, was letztlich der finanziellen Marginalisierung der Arbeitslosen durch die kontinuierlich sinkende Arbeitslosenhilfe gleichkommt, wobei dieserart Beschäftigung nicht abzulehnen ist.

Auch das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene *Job-AQTIV-Gesetz* (Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln) verfolgt bewußt und konsequent die Aktivierungsprogrammatik, wie dies im Titel des Gesetzeswerks auch schon zum Ausdruck kommt. Jedoch gerade dieser Tenor der Reform des Arbeitsförderungsrechts beruht auf einer schiefen Analyse, die in der Konsequenz zu problem-inadäquaten Praxisfolgerungen führt. Wer unterstellt, daß Arbeitslosigkeit mit der Aktivierung von Arbeitslosen bekämpft werden kann, hat die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit und damit auch das derzeitige Fünf-Millionen-Defizit (vgl. Bach et al. 2001; Emmerich et al. 2001) fachlich aus dem Blick verloren, denn Massenarbeitslosigkeit ist weder durch die Passivität der Arbeitslosen bedingt oder gar entstanden noch ist diese Individualisierung des Problems für ursachenorientierte Lösungen und solidarische Strategien förderlich, zumal die Prognosen bis ins kommende Jahrzehnt noch eine Arbeitsplatzlücke von über drei Millionen Stellen ausweisen. Notwendig sind demnach arbeitsplatzschaffende Strategien, die die vorhandenen Bedarfe an ortsnaher und kleinräumiger Versorgung, Umweltschutz und Infrastruktur systematisch in Erwerbsarbeit für bisher ausgegrenzte Arbeitslose umsetzen. Weder durch die ›Aktivierung‹ der Arbeitslosen mittels schriftlicher Eingliederungsvereinbarung (§§ 6 und 35 SGB III) noch durch die Sanktionierung mutmaßlicher Pflichtverletzungen gegen diese Vereinbarungen (§ 38 SGB III) und schließlich auch nicht durch den Entzug von Leistungen (§ 144 SGB III) bei ›unangepaßtem Verhalten‹ während der ›Anbahnung‹ eines Arbeitsverhältnisses (Vorstellungsgespräch etc.) lassen sich arbeitsplatzgenerierende Effekte erzielen, wobei allerdings andererseits die Gefahr sozialer Exklusion kaum zu vermeiden ist.

Zudem ist darauf hinzuweisen – und dies hat grundsätzliche Bedeutung auch für die noch zusätzlich in Planung befindlichen Sozial-reformen (zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen-hilfe und Sozialhilfe) –, daß die Behauptung des ›fairen Ausgleichs‹ zwischen Rechten und Pflichten für Bürger und Staat in der Fördern-und-Fordern-Konzeption, wie es zum Beispiel der rot-grüne Bundestagsantrag zum *Job-AQTIV-Gesetz* formuliert (vgl. Bundestagsdrucksache 14/6944: 25), allerdings solange unrichtig und irreführend bleibt, wie beispielsweise den Pflichten des Bürgers, jedes Arbeits- und Eingliederungsangebot annehmen zu müssen, nicht auch eine Pflicht des Staates gegenübersteht, in ausreichendem Maße solche paßgenauen Angebote auch tatsächlich vorzuhalten. Das Gegenteil ist nach wie vor – auch im *Job-AQTIV-Gesetz* – der Fall. Alle Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik (zum Beispiel Orientierungs-, Qualifizierungs-, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) bleiben wie bislang grundsätzlich Ermessensleistungen, auf die kein individueller Rechtsanspruch besteht.

#### *Haushaltssanierung und Aktivierung – Leistungs- und Kostensteuerung durch ›Fördern und Fordern‹*

Der Entwicklungsstrang der Kosteneinsparung und Haushaltskonsolidierung scheint nach wie vor einer der vitalsten Trends in der Aktivierungsprogrammatik zu sein, was allerdings gerade auch vor dem Hintergrund fiskalischer Engpässe beim Bund, der Bundesanstalt für

»Arbeitslosigkeit wird es weiterhin geben, aber nicht, weil sie zwangsläufig im Wirtschaftsprozeß entsteht, sondern weil ihre Verhinderung über politischen Druck blockiert wird.«

Heiner Ganßmann: Politische Ökonomie des Sozialstaats, Münster 2000, S. 77.

Arbeit und auch nicht zuletzt bei den Kommunen kaum verwundern kann. So gewinnt das Aktivierungskonzept eine fiskalpolitische Dimension, die von den Vertretern dieses Ansatzes auch offen postuliert und ausgewiesen wird. Matthias Schulze-Böing formuliert dies sogar im Sammelband *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln* als eine Art programmatischen Anspruch. »Der Rechtstitel auf die Sozialhilfe einerseits und die technokratische Routinisierung ihrer ›Zahlbarmachung‹ ... andererseits verhindern, dass der Hilfeempfänger in irgendeiner Weise die prekäre Finanzlage des Gemeinwesens in seinen unmittelbaren Erfahrungshorizont eingespiegelt bekommt. Das basale Prinzip des Gleichgewichts von Geben und Nehmen ist gewissermaßen systematisch gestört. Das den sozialen Konsens tragende Gerechtigkeitsempfinden schwindet. Schon aus diesem Grunde müssen Wege gefunden werden, den kommunalen ›Sozialkontrakt‹ in sinnvoller Weise zu erneuern ...« (Schulze-Böing 2000: 53 f.).

»Zumindest hat sich aber die Erwartung Kaleckis erfüllt, daß die Themen Staatsverschuldung, Zinsbelastung der Staatshaushalte und, vor allem, Inflation die wirtschaftspolitische Diskussion weitgehend bestimmen. Die Doktrin der ›sound finance‹, der soliden Staatsfinanzen, dominiert seit den achtziger Jahren die wirtschaftspolitische Rhetorik. Obwohl die keynesianische Theorie schlüssig gezeigt hat, daß die Übertragung hausväterlicher Finanzregeln auf den Staat unsinnig ist, gehört diese Doktrin inzwischen wieder zum normalen Repertoire von Politikern. Ihre Implikation ist, daß der Staat auf Wirtschaftsregulierung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung verzichtet.« Heiner Ganßmann: Politische Ökonomie des Sozialstaats, Münster 2000, S. 78.

Angesichts der steigenden Sozialhilfeaufwendungen auf kommunaler Ebene (von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 1970 auf zuletzt 25,2 Milliarden Euro im Jahr 2000) und angesichts der Zuschußpflichten des Bundes zum Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit bei steigenden Ausgaben durch zunehmende Arbeitslosigkeit sind die fiskalischen Zwänge auf pragmatischer Ebene nachvollziehbar, gleichwohl programmatisch wenig überzeugend. So ist nämlich inhaltlich zu fragen, ob es sich bei dem zu schließenden Kontrakt um eine Vereinbarung über Transferleistungen und Gegenleistungen aktiver Selbsthilfe handelt oder aber um einen Vertrag über öffentliche Haushaltsführung. Ist letzteres der Fall, so muß es doch verwundern, warum unter den Vertragsparteien nur jene einbezogen werden, die auf Leistungen aus dem öffentlichen Haushalt angewiesen sind und nicht auch jene, die in der Lage sind, Leistungen als Input für die öffentlichen Haushalte zu erbringen.

Jenseits dieser programmatischen Bedenken ist jedoch auch die Praxis nicht zu ignorieren, die immer wieder die Dominanz von finanziellen Fragen über fachpolitische Reformansätze zeigt. Hierüber gibt es zwar keine systematisch angelegten wissenschaftlichen Untersuchungen, da sich das Forschungsfeld empirisch repräsentativen Analysen weitgehend verschließt. Aber an einem Beispiel aus der praktischen Sozialpolitik kann gleichwohl verdeutlicht werden, was mit der These der Prädominanz der finanziellen vor fachpolitischen Gesichtspunkten gemeint ist.

Das Beispiel bezieht sich auf das Bundesmodellprojekt zur Pauschalierung von einmaligen Leistungen der Sozialhilfe (gem. § 101 a BSHG), was unter anderem das Ziel verfolgt, daß durch Pauschalierung eine größere Selbstbestimmung und Autonomie der Hilfeempfänger ermöglicht werden soll. Hier kommt es an einigen Standorten zum Beispiel dazu, daß die Höhe der Geldleistungen für die bisher einmaligen Zahlungen deutlich abgesenkt wird, da man über die verstärkte Inanspruchnahme bei den Auszahlungen, die dann nämlich ohne Antrag erfolgen, entsprechende Mehrkosten für den kommunalen Haushalt erwarten muß. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, wenn unter anderem der Prozentsatz dieser Kürzungen zum Teil genau dem Prozentsatz der erwarteten Steigerung der Inanspruchnahme von Lei-

stungen entspricht, so als ob beispielsweise nun der Einkauf von Matratzen und sonstigem Hausrat etwa 10 Prozent billiger geworden wäre, nur weil 10 Prozent mehr Hilfeempfänger hierfür Leistungen bekommen.

Es hat den Anschein, daß – nicht nur hier, sondern auch andernorts – sozialpolitische Reformvorstellungen unter das Diktat des Abbaus oder der Einsparungen von öffentlichen Leistungen geraten, so daß die eigentlichen Ideen zunehmend zu mehr oder weniger elaborierten Haushaltssanierungskonzepten degenerieren. Ein gutes Beispiel hierfür ist auch die sogenannte Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, die die Arbeitsverwaltung und damit auch die von ihr beauftragten Träger seit 1998 verpflichtet, nach Abschluß von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nachzuweisen, inwieweit die ehemaligen Teilnehmer sich dann nicht mehr im Leistungsbezug beim Arbeitsamt befinden. Dieser Mechanismus löst ›Creaming-the-poor-Effekte‹ aus, indem eher jene Arbeitslosen für die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgesucht und zugewiesen werden, die auch das positivere Eingliederungsergebnis für die Träger und die Finanziere erwarten lassen. Dies und vor allem die Publikation der Jahreseingliederungsbilanz und ihre Besprechung mit den örtlichen Akteuren (§ 11 Abs. 3 SGB III) sowie ein antizipierter Quasi-Wettbewerb der Arbeitsämter und der Träger untereinander um die optimalen Quoten verletzt das Gebot der allokativen Effizienz (vgl. Badelt 1996). Denn gerade diejenigen, die einer Förderung durch Arbeitsmarktpolitik am nötigsten bedürfen, haben durch die Konkurrenz um jeweils bessere Vermittlungsquoten systematisch überdurchschnittlich schlechte Chancen, das für sie vergleichsweise viel wichtigere Angebot zur Unterstützung zu erhalten. So wird nicht nur das klassische Hauptziel der Sozialpolitik, das heißt die allokativen Effizienz, durch arbeitsmarktorientierte Aktivierungsstrategien verfehlt, sondern man verschärft noch die bereits vorhandene Selektion der Arbeitsmarktprozesse zusätzlich um die administrative Aussonderung, und zwar speziell für die eben nicht so einfach Integrierbaren.

Das Aktivierungskonzept verspricht der Politik Antworten auf zentrale Herausforderungen des Sozialstaats, das heißt zum Beispiel auf die Ressourcenverknappung, das Steuerungs- oder auch auf das Legitimationsdefizit. Der bisherige, auf Schutz und soziale Sicherung durch Transferleistungen konzentrierte Wohlfahrtsstaat scheint – so die These selbst bei den Gewerkschaften – nicht mehr oder nur sehr begrenzt diesen Herausforderungen gewachsen zu sein. So empfiehlt sich – wie man meint – seine »Ergänzung durch Elemente *aktivierender* Sozialpolitik ...«, um die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats und den sozialen Konsens in einer sich verändernden Gesellschaft zu erhalten« (Schulze-Böing 2000: 51).

Die Rede ist hier auch unter anderem von der »Entdeckung der Steuerbarkeit« in den Strategien des Umbaus des Sozialstaats (vgl. Leisering/Hilkert 2001), wobei sich die Frage stellt, ob es die Steuerung von sozialen Leistungen tatsächlich gibt, ohne daß diese letztlich nur zur Aussteuerung aus sozialen Leistungen gerät?

Angesichts des langfristigen Arbeitsplatzdefizits von zirka drei Millionen Stellen noch weit bis in das nächste Jahrzehnt hinein, stellt sich ganz grundsätzlich die Frage der Steuerbarkeit sozialer

»Alle Politiker und Unternehmerverbände versprechen nach diesen und jenen Maßnahmen neue Arbeitsplätze, aber niemand kann sagen, wo diese entstehen sollen. Der Zwangsoptimismus, der eine Renaissance der klassischen Erwerbsarbeit, des Normal-Vollzeit-Jobs, verkündet, verführt zur Scheinheiligkeit. Niemand hat den Mut, die Menschen darüber aufzuklären, daß die Gleichung – mehr Wachstum bedeutet mehr Arbeitsplätze – nicht mehr gilt, weil das Wachstum auf wesentlichen Technologiesprüngen beruht.« Ulrich Beck: *Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 21 (Hervorhebung im Original).



Leistungen durch workfareorientierte Aktivierungsstrategien. Aber auch die Verfestigungstendenzen in der Arbeitslosigkeit (vgl. Kress et al. 1995; MAGS 1998) stellen offensichtlich überdimensionale Anforderungen an die Aktivierungsstrategien. Denn über ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen (36,5 Prozent im September 2000) sind inzwischen Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger ohne einen Tag Beschäftigung); 1977 betrug diese Quote noch 14,3 Prozent und stieg seitdem kontinuierlich über 12,9 (1980) und 29,7 Prozent (1990) auf den derzeitigen Spitzenwert an. Noch extremer ist die Entwicklung bei den Dauerarbeitslosen (zwei Jahre und länger ohne einen Tag Beschäftigung): Betrug ihr Anteil 1977 noch 4,4 und 1980 5,1 Prozent, belief er sich 1990 bereits auf 15,2 und im September 2000 dann sogar auf 18,9 Prozent. Damit ist inzwischen der Anteil dieser Dauerarbeitslosen größer als der Anteil der ›gemäßigten Arbeitslosen‹, die ›erst‹ ein bis zwei Jahre von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Verfestigung der Arbeitslosigkeit und das globale Stellendefizit provozieren sicherlich zu Recht die Frage, mit welchem Aufwand und wohin denn eigentlich noch zu aktivieren ist.

Das zweite Problem der Steuerbarkeit der Ausgaben für Transferleistungen über eine Aktivierungsstrategie ist das *Aufwand-Ertrags-Dilemma* einer qualitativ optimierten Dienstleistung, die individuell paßgenaue Angebote und Unterstützungsstrategien liefern will. Die Aktivierungskonzepte der Fördern-und-Fordern-Methodik richten sich derzeit – völlig zu Recht – vor allem auf den Dienstleistungsaspekt, das heißt zum Beispiel auf eine qualifizierte Beratung, ein Profiling, Hilfeplanung, Case-Management, Empowerment, Employability-Trainings sowie nicht zuletzt auf die paßgenaue Vermittlung und Stabilisierung in Beschäftigungsverhältnissen. Das alles ist sehr viel zeit- und kostenaufwendiger als die schlichte Auszahlung von Transferleistungen, wobei es jedoch in aller Regel keine zusätzlichen unsubventionierten Dauerarbeitsplätze schafft. Außerdem bleibt grundsätzlich festzuhalten, daß noch so professionelle Dienstleistungen im Prinzip jedoch den Rechtsanspruch auf Transferleistungen nicht substituieren können, es sei denn, es ist doch nicht Steuerung, sondern Aussteuerung aus sozialen Leistungen gemeint.

Damit verbunden ist der Nebeneffekt, wenn die Dienstleistungen nach dem Prinzip »Fördern und Fordern« tatsächlich optimiert und paßgenauer angelegt werden sowie zur Aktivierung von Menschen in prekären Lebenslagen führen sollen, man dann auch letztlich davon auszugehen hat, daß ein bisher nicht gedeckter Bedarf an sozialen Leistungen offenkundig wird, der bisher latent vorhanden war, jetzt aber kostenträchtig wird. Die Sozialwissenschaft schätzt unter anderem im Abgleich mit Daten aus dem sozioökonomischen Panel, daß die Dunkelziffer in der Sozialhilfe etwa zwischen 54 und 63 Prozent liegt (vgl. Hanesch 2001), und auch die stille Reserve des Arbeitsmarkts von derzeit etwa zwei Millionen Menschen ist bekannt. So ist es insgesamt nicht unwahrscheinlich, daß mit der Aktivierung zusätzliche Bedarfe an Leistungen entstehen, die mit erhöhten Kosten für die öffentlichen Haushalte verbunden sein werden. Insofern ist hier eher skeptische Zurückhaltung angebracht, wenn durch die Aktivierungsprogrammatik die Hoffnung auf Kostensteuerung im Sinne der Einsparung von Leistungen geweckt wird.



*Aktivierung und Mißbrauchsbekämpfung – Empirische Hinweise zur sozialpolitischen Relevanz einer Alltagsdebatte*

Gleichwohl könnte man – wie es etwa die FDP-Bundestagsfraktion tut (vgl. Bundestagsdrucksache 14/6951: 2) – für eine aktivierende Sozialpolitik auch mit verstärktem Zwang und ausgebautem Repressionsinstrumentarium plädieren, wenn man den Mißbrauch von Sozialleistungen ins Feld führt, der – sollte er sich relevant erweisen – der Gemeinschaft aller Bürger schaden kann.

Doch auch hier gilt es, einen Schritt zurückzutreten und den Blick auf sozialwissenschaftliche Untersuchungen zum Problem zu richten, um das Phänomen empirisch angemessen einzuschätzen. Hierzu sei auf Forschungsarbeiten zu diesem Thema hingewiesen, die sich mit der Frage der Verbreitung von Leistungsmissbrauch anhand empirischer Analysen ausführlicher befassen.

Die eine Untersuchung (Trube/Luschei 2000) ist eine Regionalstudie mit Langzeitarbeitslosen, die aufgrund unzureichender Leistungen der Arbeitslosenhilfe noch zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen waren. Hier wurden drei Interventionsstufen einer Rekrutierung für ein niedrigschwelliges Entwicklungs- und Vermittlungsprojekt analysiert, und zwar von der Einladung zu einer ersten Gruppeninformation über diese Maßnahme (1. Stufe), über die konkrete Zuweisung zu diesem Projekt (2. Stufe) bis hin zum Zeitpunkt >14 Tage nach Projektbeginn< (3. Stufe). Zu jedem dieser drei Zeitpunkte wurde untersucht, inwieweit sich ein empirischer Schwund von Eingeladenen beziehungsweise Teilnehmern ergab, um so eine sozialwissenschaftlich abgesicherte Aussage über sogenannte Drückeberger beziehungsweise Leistungsmissbrauch formulieren zu können.

Die *Interventionsstufe 1* zeigte die folgenden Ergebnisse: Von 190 Personen, die zu einer Gruppeninformationsveranstaltung beim Arbeitsamt über die geplante Maßnahme eingeladen wurden, erschienen 87,9 Prozent. In einer dezidierten Nachuntersuchung wurde nun analysiert, welche Gründe bei den ferngebliebenen Personen vorlagen; dies erfolgte im wesentlichen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung und zum Teil auch durch aufsuchende Sozialarbeit. Es stellte sich schließlich heraus, daß lediglich bei 3,2 Prozent derjenigen, die zur Veranstaltung eingeladen, aber nicht erschienen waren, Gründe vorlagen, die darauf hindeuteten, daß die erforderliche Mitwirkung fehlte beziehungsweise möglicherweise Leistungsmissbrauch vorlag. Als Indizien hierfür wurde zum Beispiel gewertet, wenn man sich entweder kurzfristig vor dem Termin der Informationsveranstaltung oder unmittelbar danach aus dem Leistungsbezug abmeldete. Die *zweite Interventionsstufe* bestand in der Einladung zu der Maßnahme selbst: Hier leisteten 90,5 Prozent der Einladung Folge. Die investigativen Analysen zum Verbleib der nicht erschienenen Personen ergaben dann, daß 3,8 Prozent der Eingeladenen mit nachvollziehbaren Gründen ferngeblieben waren, weil zum Beispiel bereits eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden wurde oder eine Erkrankung vorlag. 5,7 Prozent der eingeladenen Personen hatten nach Rechtslage des SGB III keine nachvollziehbaren Gründe für ihre Abwesenheit, was sich zum Beispiel dann in Abmeldungen aus dem Leistungsbezug etwa wegen fehlender Kinderbetreuung niederschlug. Zuletzt wurde dann noch in der *dritten Interventionsstufe*

»Eine nicht so abwegige Erkenntnis ist, daß nicht Arbeitslosigkeit, sondern Geldlosigkeit das eigentliche Problem ist. Da dies aber nicht offen ausgesprochen werden darf, sind alle dazu gezwungen, einen Heißhunger auf oft sinnlose Arbeit zu bekunden, um das eigentlich drohende Schicksal der Geldlosigkeit abzuwenden.«

Ulrich Beck: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: Ders. (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 33.

14 Tage nach Maßnahmenbeginn ermittelt, inwieweit die Teilnehmerschaft noch stabil war oder aber nachvollziehbare beziehungsweise nicht nachvollziehbare Abgänge vorlagen: Lediglich bei 2,1 Prozent beziehungsweise zwei Personen ergaben sich Hinweise auf Motivationsdefizite und möglichen Leistungsmissbrauch, da nach dem Maßnahmebeginn eine Abmeldung beim Arbeitsamt erfolgte.

Summa summarum läßt sich also feststellen, daß bei allen drei Interventionsstufen die allgemeine Schwundquote zwischen 9,5 und maximal 12,1 Prozent lag, wobei dann die genaueren Analysen mit der Arbeitsverwaltung und mit aufsuchender Sozialarbeit die Ursachen des Absentismus im Detail ermittelten. Dabei wurde herausgefunden, daß bei 2,1 bis maximal 5,7 Prozent aller Arbeitslosen Hinweise auf Leistungsmissbrauch oder Arbeitsunwilligkeit vorlagen. Das heißt, wenn über Zwang im Rahmen von Aktivierung zur Mißbrauchsbekämpfung geredet wird, dann spricht man nicht über 95, sondern gerade einmal über fünf Bürger von 100. Ob es sich dafür lohnt, ein Repressionsinstrumentarium einzusetzen, was viele kontraproduktive Effekte nach sich zieht, ist sicherlich mit guten Gründen zu bezweifeln, zumal die psychosozialen Hintergründe von Motivationsproblemen bei Dauerarbeitslosigkeit in Rechnung gestellt werden, auf die bereits verwiesen wurde.

Die zweite Untersuchung zum Phänomen ›Mißbrauch‹ ist eine repräsentative Befragung, die von der katholischen Universität Eichstätt durchgeführt wurde (vgl. Lamnek et al. 2000), und zwar bei rund 2 000 Personen in Ost- und Westdeutschland im Jahre 1997. Hierbei wurde unterschieden zwischen Mißbrauch von Sozialhilfe, Mißbrauch von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Steuerhinterziehung, Nutzung von Schwarzarbeit und last not least der Durchführung von Schwarzarbeit. Auf die entsprechenden Fragen zum Leistungsmissbrauch, zur Steuerhinterziehung und zur Schwarzarbeit wurde in der anonymisierten Untersuchung wie folgt geantwortet: Leistungsmissbrauch in der Sozialhilfe gaben 1,4 Prozent zu, beim Arbeitslosengeld beziehungsweise bei der Arbeitslosenhilfe 3,5 Prozent; schon einmal eine Steuerhinterziehung begangen zu haben, wurde von 11,6 Prozent eingeräumt, während die Quoten bei Nutzung von Schwarzarbeit mit 24,1 und bei Durchführung von Schwarzarbeit mit 24,9 Prozent schon erheblich höher waren.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist nicht zu verschweigen, daß bei solchen Befragungen der Faktor ›Social desirability‹, das heißt Ergebnisverzerrungen durch die ›soziale Erwünschtheit‹ beziehungsweise soziale Sanktionierung von bestimmten Antworten, eine große Rolle spielt. Interessant ist es jedoch allemal, warum wir heute in der Bundesrepublik deutlich mehr über aktivierende Sozialpolitik als über aktivierende Steuerpolitik reden, obwohl hier das Problem der Devianz offensichtlich vielfach höher ist. Es steht zu befürchten, daß dies dann doch eher etwas mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen als mit den empirisch vorfindbaren Problemkonstellationen zu tun hat und auch mit dem Verständnis, was als eine Art ›Kavaliersdelikt‹ und was als sozial schädliches Vergehen gewertet wird. Die tatsächlichen Verluste allerdings für die öffentliche Hand werden vermutlich bei der Steuerdevianz erheblich höher liegen als bei dem Leistungsmissbrauch, da in diesem Fall sowohl die Popula-

»Wer sich ... aufgrund des Verhaltens anderer in dem aus Steuern und Sozialabgaben finanzierten System Sozialstaat auch selbst unsolidarisch verhalten möchte, wird nicht nur deshalb eher Steuern hinterziehen, schwarz arbeiten oder Schwarzarbeit nutzen, weil es sich dabei um Kavaliersdelikte handelt, sondern weil dabei die wenig erstrebenswerten Voraussetzungen der Arbeitslosigkeit bzw. Armut entfallen. Dies wiederum könnte Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und ihre Nutzung überhaupt erst zu Kavaliersdelikten werden lassen.«

Siegfried Lamnek, Gaby Olbrich, Wolfgang J. Schäfer: *Tatort Sozialstaat*, Opladen 2000, S. 265 (Hervorhebungen im Original).

tion als auch das Finanzvolumen für potentielle Schädigungen deutlich größer sind.

*Zur Rolle des Staates und zur Frage des Paradigmenwechsels im Verständnis der Sozialstaatlichkeit*

Vor diesem Hintergrund gestaltet sich die Rolle des Staates aber auch die der Begünstigten des ökonomischen Strukturwandels der vergangenen Jahrzehnte zunehmend suspekt. Schaut man sich die Arbeitsmarktentwicklung daraufhin noch einmal im Detail an, so fällt auf, daß durch Globalisierung, Flexibilisierung und Rationalisierung gerade jene Arbeitsplätze, die dem Profil der Ausgegrenzten noch am ehesten entsprechen würden, am stärksten dem Strukturwandel zum Opfer fielen. Selbst wenn in der Vergangenheit noch ein allgemeiner Arbeitsplatzzuwachs zu verzeichnen war – wie zum Beispiel im Jahr 2000 von 600 000 Stellen –, so zeigen Detailanalysen, daß die Hälfte dieses Stellenzuwachses nicht mehr auf Normalarbeitsverhältnisse entfiel, sondern auf befristete oder prekäre Arbeit ohne ausreichenden Sozialversicherungsschutz und ähnliches. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse nehmen rasch zu. Gut zehn Prozent aller Erwerbstätigen in den alten Bundesländern und 16 Prozent in den neuen arbeiten in einer der nachfolgenden Beschäftigungsformen: befristet, Leiharbeit, geringfügig, freie Mitarbeit. Die Betroffenheit einzelner Beschäftigungsgruppen ist aber äußerst unterschiedlich: Mit 20,6 in West- und 32,3 Prozent in Ostdeutschland sind Erwerbstätige ohne Bildungsabschluß besonders häufig betroffen (Bach et al. 2001; Schreyer 2000; Hoffmann/Walwei 2000).

Die Chancen und Risiken sind angesichts zunehmender Destandardisierung, Flexibilisierung, Tertiärisierung und vor allem angesichts der Reduzierung der Normalarbeit offensichtlich außerordentlich disparat verteilt. Die persönlichen Spielräume und Unabhängigkeiten sind auf den unterschiedlichen Stufen des Erwerbsarbeitsystems mehr oder weniger groß sowie unterschiedlich frei wählbar. Was den einen Chance und willkommenen Freiheitszuwachs sein kann (etwa gut qualifizierten, flexiblen »Arbeitskraftunternehmern« in den Zukunftsbranchen), bedeutet letztlich für die anderen (etwa gering qualifizierte Dienstleister oder Mehrfacharbeitslose) zunehmend auferlegter Zwang und kaum mehr erreichbarer Zugang zu den »Sicherheitszonen« des Normalarbeitsverhältnisses.

So öffnen sich neue Segmentationslinien am Arbeitsmarkt, die auch das Maß gesellschaftlicher Ungleichheit markieren. Nicht nur der Arbeitsmarkt treibt bekanntermaßen Selektion, sondern auch der Staat steht in genau der gleichen Gefahr, wenn er die Bürger, die prekären Arbeitsangeboten nicht (mehr) folgen wollen, aus der Solidargemeinschaft auszuschließen bereit ist.

Ralf Dahrendorf (2000) sieht vor diesem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Segmentation eine Art »globale Klasse« entstehen, die eigentlich die (ungelernte) Arbeit der Marginalisierten nicht (mehr) braucht, weil sie von High-Tech und Informationstechnologie längst substituiert worden ist. Dies nimmt den Betroffenen aber auch die Möglichkeit der kämpferischen Gegenwehr – wie sie im klassischen Kapitalismus durch Streik gegeben war –, weil nichts zu verweigern ist, was nicht gebraucht wird. Gleichwohl fordert die

»Die Tatsache muß allgemein bewußt, öffentlich anerkannt und akzeptiert werden, daß weder die Lohnarbeit noch die gesicherten Vollzeit Arbeitsplätze die gesellschaftliche Normalität darstellen. Vielmehr sind die bezeichnenden Gestalten einer neuen Normalität all die prekär Beschäftigten, die manchmal arbeiten und manchmal nicht; die zwischen mehreren Berufen wechseln, von denen keiner ein anerkannter und noch weniger eine Berufung ist; deren Beruf es eigentlich ist, keinen zu haben; die sich folglich mit ihrer Arbeit weder identifizieren können noch wollen und die alle ihre Kräfte in die »eigentliche« Tätigkeit einbringen, die sie während der Unterbrechungen ihrer Erwerbsarbeit ausüben.«  
Abdré Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 77.

globale Klasse (und mit ihr die neosoziale Aktivierungspolitik) ›Arbeit für alle‹, da sie die transfer- und ordnungspolitischen Kosten der Massenarbeitslosigkeit nicht tragen will, wobei diese ›Neue Arbeit‹ allerdings nicht zusätzlichen Finanzaufwand erfordern soll.

Der zum Teil schwindende Sinn und der Verlust der Existenzsicherungsfunktionen dieserart neu generierten ›Light-Version‹ von Erwerbsarbeit erfordert offensichtlich immer mehr Zwang, da sie zumeist weder intrinsische noch extrinsische Motivatoren zu bieten in der Lage ist. Demgemäß steht die Forderung nach Zwang zu einer wie auch immer gearteten Arbeit bei Drohung des Entzugs von Leistungen zur Existenzsicherung massiv im Raum. So forderte schon 1999 Matthias Schulze-Böing in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, »für Personen ... zwischen 18 und 25 Jahren den Anspruch auf Sozialhilfe zu streichen und durch ... eine Beschäftigung in einem Übergangsarbeitsmarkt zu ersetzen ...« (Schulze-Böing 1999: 362), wobei die Existenzsicherung jedoch an eine aktive Mitwirkung gekoppelt werden soll.

Doch bei solchen Forderungen koppelt der Staat die Gewährleistung der existentiellen Grundsicherung an Wohlverhaltensklauseln für die Bürger, das heißt an einen Anforderungskatalog für den eigentlichen Souverän, von dem er ja erst seine Staatsgewalt bezieht. Dies kollidiert meines Erachtens erheblich mit dem bisher geltenden Verständnis demokratischer Rechts- und Sozialstaatlichkeit: So folgte bereits 1954 (das heißt noch vor dem Inkrafttreten des BSHG) das Bundesverwaltungsgericht nur aus den Fundamental-Normen des Grundgesetzes: »Mit dem Gedanken des demokratischen Staates (Art. 20 GG) wäre es unvereinbar, daß zahlreiche Bürger [das waren die damaligen ›Fürsorgeempfänger‹ noch ohne Sozialhilferechtsanspruch – AT.], die als Wähler die Staatsgewalt mitgestalten, ihr gleichzeitig hinsichtlich ihrer Existenzsicherung ohne eigenes Recht gegenüberstünden« (BverwGE: 1/161 f.). 1967 konkretisierte das Bundesverwaltungsgericht dann diese Auffassung nochmals hinsichtlich der Anforderungen an die Sozialstaatlichkeit, indem es konstatierte: »Wenn die Bundesrepublik als ein sozialer Rechtsstaat verfaßt und dem Staat die Menschenwürde anvertraut ist, so kann die Fürsorge nicht mehr als polizeiliche Armenpflege verstanden werden. Sie ist ein Teil der staatlichen Gewalt aufgegebenen aktiven Sozialgestaltung ...« (BverwGE: 27/63).

Unter der Ägide der aktivierenden Sozialstaatlichkeit und eines restriktiven Verständnisses von Fördern und Fordern ist die Gefahr kaum mehr von der Hand zu weisen, daß die Sozialadministration wieder zu einer Art Armenpolizei degenerieren könnte – wie dies in der Geschichte der Fürsorge der Fall war (vgl. Sachße/Tennstedt 1980) –, die würdige und unwürdige Arme für staatliche Hilfe zu selektieren hat. Das würde aber letztlich kollidieren mit dem sozialrechtsstaatlichen Grundprinzip, daß das Recht auf Sozialhilfe nicht unter einem Schuldvorbehalt steht beziehungsweise bei persönlicher Schwäche oder Unfähigkeit zur Disposition stünde. Das Bundesverfassungsgericht stellte hierzu schon 1973 eindeutig fest: »Von der Gemeinschaft aus betrachtet, verlangt das Sozialstaatsprinzip staatliche Für- und Vorsorge für Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund persönlicher Schwäche oder Schuld, Unfähigkeit oder gesellschaft-

licher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind« (Bundesverfassungsgericht: 35/236). Diese Grundauffassung der Offenheit der modernen Sozialstaatlichkeit ist das entscheidende Paradigma des sozialpolitischen Konsenses seit Entstehung der Bundesrepublik, das nur schwerlich kompatibel ist mit einer moralisierenden Konditionalprogrammatis des Fördern-und-Fordern-Konzepts, was bei restriktiver Praxis schnell in die Falle ordnungs- und polizeirechtlicher Selektionslogik gerät, wenn administrativ vorgefertigte Förderangebote von den Betroffenen nicht als solche verstanden und angenommen werden.

Was bleibt dann noch? Aus der Diskussion um die Aktivierungsprogrammatis verbleibt im Resümee die grundlegende Erkenntnis, daß strukturelle Probleme – sprich Massenarbeitslosigkeit – auf individueller Ebene der Verhaltensänderung von Arbeitslosen nicht zu lösen sind, zugleich sich aber hieraus eine gewisse Unduldsamkeit der Verantwortlichen in Politik und Wissenschaft ergibt. Wer glaubt oder glauben machen will, daß strukturelle Arbeitslosigkeit durch die Bekämpfung der ›individuellen Defizite‹ beziehungsweise der ›Unwilligkeit‹ der Betroffenen angebar wäre, betreibt bewußt und oder unbewußt ein ›Blame-the-victim-Spiel‹, das die Opfer der Entwicklung zu Tätern umdefiniert, die entweder umzuerziehen oder aus der Solidargemeinschaft auszuschließen sind. Aussonderung und ›Umerziehung‹ durch Arbeit ist ein historisch belastetes Projekt, das zulässige und vice versa unzulässige Menschenbilder impliziert, zumal wenn intendiert ist, daß ›Arbeit frei macht‹, und zwar von unerwünschten Defiziten nach einer Art global oktroyierten Form.

Wenn die identifiziert ›Unangepaßten‹ dann nur noch so ›frei‹ sind, das Arbeitsangebot anzunehmen oder sich letztlich gegen die Gewährleistung ihrer materiellen Existenz zu entscheiden, so sollte gerade die kritische Sozialwissenschaft aufs höchste alarmiert sein. Denn sie ist die letzte unter allen Disziplinen der Wissenschaft, die sich darauf berufen kann, daß der gesellschaftliche Verwendungszusammenhang der theoretisch ausgearbeiteten Ideen, das heißt konkret des Aktivierungsparadigmas, nicht schon vorab mit in die wissenschaftlichen Überlegungen einzubeziehen und verantwortungsvoll abzuwägen ist. Ein nachträgliches Schulterzucken in dem Sinne, ›das haben wir ja nicht gewollt‹, wäre aus meiner Sicht ein bedrückendes Armutszeugnis gerade für die Gesellschaftswissenschaft, zumal wenn es um den Umgang der Gesellschaft mit ihren Minderheiten geht. Eine solche Auseinandersetzung ist nicht nur ein Postulat der Forschungsethik, sondern der sozialwissenschaftlichen Professionalität schlechthin.

#### Literatur:

- Bach, Hans-Uwe/Koch, Susanne/Kohler, Hans/Magvas, Emil/Pusse, Leo/Spitznagel, Eugen (2001): Der Arbeitsmarkt im Jahr 2001, in: IAB Kurzbericht Nr. 1 (14. Februar).
- Badelt, Christoph (1996): Qualitätssicherung aus gesamtwirtschaftlicher und sozialpolitischer Perspektive, in: Maelicke, B. (Hrsg.), Qualitätsmanagement in sozialen Betrieben (Edition Socialmanagement, Bd. 7), Baden-Baden, S. 9-23.
- Blanke, Bernhard/Brandel, Rolf/Hartmann, Anja/Heinze, Rolf/Hilbert, Josef/Lamping, Wolfgang/Naegele, Gerhard/Schridde, Henning/Stöbe-Blossey, Sybille/Bandemer, Stephan von (2000): Sozialstaat im Wandel – Herausforderungen, Risiken, Chancen, neue Verantwortung, Düsseldorf.
- Bundestagsfraktion der FDP (2001): Für eine beschäftigungsorientierte und aktivierende Sozialpolitik – Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik grundlegend reformieren, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Drucksache 14/6951(25. September).
- Bundestagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (2001): Entwurf eines Gesetzes zur

»Schröder und seine Mitsreiter werden weitere Wahlniederlagen einstecken müssen, wenn sie sich nicht endlich an die große Aufgabe machen, auch das Soziale und das Demokratische gegen den Primat der Wirtschaft glaubhaft neu auszubuchstabieren.«  
Ulrich Beck: Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?, in: Ders. (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 17 (Hervorhebung im Original).



- Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Job-AQTIV-Gesetz), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Drucksache 14/6944 (24. September).
- Butterwege, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg.) (1999): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? – Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden.
- Dahrendorf, Ralf (2000): Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: MERKUR – Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 11, S. 1057-1068.
- Emmerich, Knut/Fuchs, Johann/Hoffmann, Edeltraut/Schnur, Peter/Thon, Manfred/Walwei, Ulrich/Zika, Gerd (2001): Signalisiert die aktuelle Besserung am Arbeitsmarkt bereits eine Trendwende?, in: IAB Werkstattbericht, Nr. 5 (10. April)
- Ewers, Adalbert/Leggewie, Claus (1999): Der ermunternde Staat – Vom aktiven Staat zur aktivierenden Politik; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6, S. 331-340.
- Frerich, Johannes (1996): Sozialpolitik – Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland: Darstellung, Probleme und Perspektiven der Sozialen Sicherung, München/Wien.
- Giddens, Anthony (1999): Der Dritte Weg – Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M.
- Hanesch, Walter (2001): Flexibilisierung und soziale Sicherung in Deutschland: Reformbedarf und Reformoptionen für die Sozialhilfe, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hrsg.), Flexicurity: Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Düsseldorf, S. 325-384.
- Heckhausen, Heinz (1989): Motivation und Handeln, Berlin u.a.
- Heinze, Rolf/Strünk, Christoph (2001): Aktivierender Staat III – Politik zur Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Heft 5, S. 163-166.
- Hoffmann Edeltraut/Walwei, Ulrich (2000): Was ist eigentlich noch »normal«?, in: IAB Kurzbericht, Nr. 14 (25. Oktober).
- Keckeisen, Wolfgang (1974): Die gesellschaftliche Definition abweichenden Verhaltens – Perspektiven und Grenzen des labeling approach, München.
- Keupp, Heiner (1976): Abweichung und Alltagsroutine – Die Labeling-Perspektive in Theorie und Praxis, Hamburg.
- Kieselbach, Thomas (2000): Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Perspektiven eines zukünftigen Umgangs mit beruflichen Transitionen, in: Trube, A./Wittig-Koppe, H. (Hrsg.), Effekthascherei oder: Wie effektiv ist die Arbeitsmarktpolitik? (Zweiter Arbeitsmarkt, Bd. 4), Münster, S. 21-62.
- Kieselbach, Thomas/Wacker, Ali (1985): Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit, Weinheim/Basel.
- Kress, Ulrike/Brinkmann, Christian/Wiedemann, Eberhard (1995): Entwicklung und Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit, in: WSI Mitteilungen, Nr. 12, S. 741-748.
- Lamnek, Siegfried/Olbrich, Gaby/Schäfer, Wolfgang (2000): Tatort Sozialstaat – Schwarzarbeit, Leistungsmissbrauch, Steuerhinterziehung und ihre (Hinter)Gründe, Opladen.
- Leisering, Lutz/Hilkert, Bernhard (2001): Strategien des Umbaus im lokalen Sozialstaat, Bielefeld (Projektbericht Hans-Böckler-Stiftung Nr. 98-53-4), mimeo.
- Mezger, Erika/West, Klaus (Hrsg.) (2000): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW – MAGS– (Hrsg.) (1998): Landessozialbericht – Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien, Düsseldorf.
- Nell-Breuning, Oskar von (1957): Solidarität und Subsidiarität im Raume von Sozialpolitik und Sozialreform, in: Boettcher, E. (Hrsg.), Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen, S. 213-226.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Ferdinand (1980): Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland (Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg), Stuttgart.
- Schmidt, Günther/Fels, Gerhard/Heinze, Rolf/Streeck, Wolfgang (2001): Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik – Thesen der Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zur Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik, Berlin ([www.buendnis.de/03/08/Bench-Thesen.pdf](http://www.buendnis.de/03/08/Bench-Thesen.pdf) vom 20. Juni 2001).
- Schöpsdau, Walter (2001): Subsidiarität, in: Honecker, M./Dahlhaus, H./Hübner, J./Jähnichen, T./Tempel, H. (Hrsg.), Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 1562-1566.
- Schreyer, Franziska (2000): »Unsichere« Beschäftigung trifft vor allem die Niedrigqualifizierten, in: IAB Kurzbericht, Nr. 15 (31. Oktober).
- Schröder, Gerhard (2000): Die zivile Bürgergesellschaft – Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, Heft 4, S. 200-207.
- Schulze-Böing, Matthias (1999): Aktivierung und Arbeitsmarkt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6, S. 357-365.
- Schulze-Böing, Matthias (2000): Leitbild »aktivierender Staat« – Konzepte zur aktivierenden Sozialpolitik und Arbeitsförderung auf kommunaler Ebene, in: Mezger, E./West, K. (Hrsg.) (2000), Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg, S. 51-61.
- Seligmann, Martin (1999): Erlernte Hilflosigkeit, Weinheim/Basel.
- Tönnies, Ferdinand (1920): Gemeinschaft und Gesellschaft – Grundbegriffe der reinen Soziologie, Berlin.
- Trube, Achim (2001): Standortprofile »Sozialagenturen«, Siegen (mimeo).
- Trube, Achim/Luschei, Frank (2000): Entwicklungs- und Vermittlungs-Assistenz (EVA) – Ein Instrument zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser (ZPE-Schriftenreihe, Bd.7), Siegen.
- Wacker, Ali (1983): Differentielle Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit; in: PROKLA, Nr. 13, S. 77-88.
- Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen.



FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

# Arbeitslosenprojekte in der Bürgergesellschaft

## *Arbeitslosigkeit, Bürgergesellschaft und aktivierender Staat*

Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> ist generell gesellschaftlich verursacht. Auch wenn sich die öffentliche Debatte häufig auf ein ›blaming the victim‹ fokussiert: Die Arbeitslosenforschung geht – je nach Untersuchung – von einem ›Selbstverschuldensanteil‹ von einem bis zu fünf Prozent<sup>2</sup> aus. Selbst bei fragwürdigen Untersuchungen wie einer kürzlich von der Bundesanstalt für Arbeit veranlaßten telefonischen Befragung Betroffener ermittelte man, daß höchstens ein Viertel der Arbeitslosen »gar nicht arbeiten will« – ein aus meiner Sicht wirklichkeitsfremdes ›Ergebnis‹.<sup>3</sup> Wenn – wie in Ostdeutschland – auf eine offene Stelle 22 Bewerber kommen, können noch so große Qualifizierungsanstrengungen (die damit nicht gering geschätzt werden sollen) die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Alle seriösen Arbeitsmarktprognosen schließen eine (in vielen Köpfen immer noch als realistische Perspektive gesehene) rasche Wiederherstellung von ›Vollbeschäftigung‹ aus. Selbst eine die spekulativen globalen Finanzströme eindämmende und zudem noch keynesianische Wirtschaftspolitik auf europäischer Binnenebene würde kurz- und mittelfristig grundlegend nichts am ›Sockel‹ der Arbeitslosigkeit ändern (vgl. [www.iab.de](http://www.iab.de)).

Während die Massenarbeitslosigkeit gesellschaftlich verursacht ist, werden die Folgen individualisiert: sozial, psychisch, finanziell und materiell. Vor allem längere Zeit Arbeitslose werden so gesellschaftlich marginalisiert. Der Soziologie gelten daher die Dauerarbeitslosen als zu den Randschichten der Arbeitsgesellschaft zählend oder als eigene, neu entstehende soziale Schicht, deren eines der wesentlichsten Spezifika wäre, sich in der Marginalität einzurichten (vgl. Kronauer et al. 1993). Kollektive Gegenwehr sei von dieser Schicht nicht zu erwarten, so das gängige Urteil.

Auch Ali Wacker, Sozialpsychologe und Pionier der neueren deutschen Arbeitslosenforschung, hält die Arbeitslosen nicht für politisch organisationsfähig, da sie ihr zwar massenhaft auftretendes Schicksal jeweils individuell zu verarbeiten hätten. Begründend faßt er die Ergebnisse der sozialpsychologischen Arbeitslosenforschung wie folgt zusammen: Es sei »...gesichert, dass Arbeitslosigkeit in der Regel ... mit einer Verschlechterung der psychischen Verfassung einhergeht. In zahlreichen Untersuchungen finden sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen Arbeitslosen und vergleichbaren Gruppen Beschäftigter: depressive Verstimmungen, Unzufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation, Ängstlichkeit, Hoffnungslosigkeit,

Friedhelm Wolski-Prenger – Jg. 1952; Dr. phil., erwarb nach Abschluß der Volkshochschule und Schlosserlehre das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, studierte Sozialwissenschaften und Germanistik und promovierte über westdeutsche Arbeitslosenprojekte, ist selbst Mitbegründer eines Arbeitslosenprojektes und arbeitet gegenwärtig als Lehrer in Meppen/Ems.

1 In diesem Beitrag wird der Begriff der ›Arbeitslosigkeit‹ beziehungsweise ›Arbeitslose‹ (und entsprechende Komposita) gegenüber dem in einigen Bereichen präferierten Begriff der ›Erwerbslosigkeit‹ vor allem deshalb vorgezogen, weil die Lebenslage der Betroffenen nicht nur vom Geldmangel, sondern ganz wesentlich auch von psy-

chosozialen Belastungen infolge ihrer Ausgrenzung bestimmt wird. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß die Ausgegrenzten etwa nicht ›arbeiten‹ würden – das Gegenteil ist meine Auffassung. Ganz korrekt müßte demzufolge von ›Erwerbsarbeitslosigkeit‹ gesprochen werden, was allerdings wenig praktikabel erscheint.

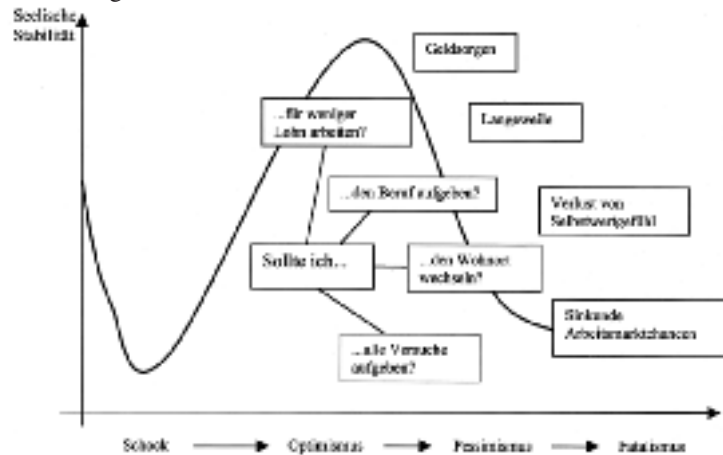
2 Zu empirischen Belegen vgl. auch den Beitrag von Achim Trube in diesem Heft.

3 Der relativ hohe Anteil von Menschen, die bei telefonischer Befragung äußern, ›sie suchten jetzt im Moment keine Arbeit‹, stellt für Sozialpsychologen, die sich mit der individuellen Verarbeitung von Arbeitslosigkeit beschäftigen, keine Überraschung dar. ›Leben in der Arbeitslosigkeit‹ erfordert, wenn nicht Suizid die Konsequenz sein soll – die Selbstmordrate von Arbeitslosen ist etwa zwanzigfach höher als die von Beschäftigten –, eine resignative Akzeptanz der arbeitslosen Lebenslage. Wenn keine realistische Chance auf eine Wiederbeschäftigung besteht, wie das bei einer ganzen Reihe von Personengruppen (pejorativ: ›Problemgruppen‹) der Fall ist, müssen Überlebensstrategien entwickelt werden wie die: ›Ich will ja gar nicht arbeiten‹. Selbstverständlich wird eine solche Haltung wiederum gegen die Betroffenen verwendet – ›blaming the victim‹.

Hilflosigkeit, verringertes Selbstwertgefühl, Resignation bis hin zur Apathie. Geringeres Aktivitätsniveau, soziale Isolation sowie Einsamkeit sind häufig Symptome einer schlechteren Verfassung arbeitsloser Menschen« (Wacker 2001: 61).

Von Ali Wacker stammt auch das Schaubild (vgl. Abb. 1), das eine typische Verarbeitung von Arbeitslosigkeit veranschaulicht.

Abbildung 1 ›Vom Schock zum Fatalismus‹



Quelle: Kieselbach/Wacker 1985 (leicht verändert)

Selbstverständlich gibt es auch andere Formen der Verarbeitung der Lebenslage ›Arbeitslosigkeit‹. Die diesbezügliche Forschung wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß eine Vielzahl von individuellen und sozialen Rahmenbedingungen die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit moderieren. Die wichtigste Variable ist dabei die Dauer der Arbeitslosigkeit. Als vorübergehend empfundene Brüche in der Erwerbsbiographie werden als wesentlich weniger belastend, gelegentlich gar als befreiend empfunden. Je länger indes die Nichtbeschäftigung anhält, desto schwerwiegender werden die individuell auszuhaltenden Konsequenzen der gesellschaftlich induzierten Situation.

Sind (Dauer)Arbeitslose somit zwangsläufig Objekte der Sozialpolitik, unfähig, in eigenem Interesse zu handeln, nur der Allgemeinheit zur Last fallend? Wenn dem so wäre, dann wäre dennoch die Frage der Verantwortung zu klären. Wie ausgeführt, liegt diese generell bei der ›Gesellschaft‹, jedenfalls nicht vornehmlich bei den Ausgegrenzten.

Was genau unter ›Bürgergesellschaft‹ zu verstehen ist, ist in der politischen und sozialwissenschaftlichen Debatte ungeklärt. Das Modewort hat Konjunktur, ohne daß ein übereinstimmendes Verständnis erkennbar wäre.

Begriffliche Unschärfen sind zum Teil allerdings auch taktisch bestimmt. So lange nämlich viele Interessengruppen sich unter solchen Begriffen wiederfinden können, haben entsprechende sozialwissenschaftliche oder philosophische Konzepte vergleichsweise große Verbreitungschancen. Zum Verständnis trägt des weiteren nicht bei,

daß hinter diesen Begriffen einerseits anspruchsvolle Theorieansätze, andererseits aber auch triviale Verkürzungen durch Journalisten und Politiker stehen (vgl. Dubiel 2001). Gerade auf die letztgenannte Gruppe übt diese Debatte eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Dahinter scheinen Erwartungen zu stehen wie die auf Minderung des Kostendrucks, den der – einseitig als Belastung gesehene Sozialstaat – ausübt, auf Problemlösungen, die ihnen selbst nicht gelingen, auf Aufwertung des eigenen Status, die Rettung der demokratischen Legitimation und anderes mehr.

Im unscharfen Konzept ›Bürgergesellschaft‹ sehen sowohl ›rechte‹ wie ›linke‹ (Sozial)Staatskritiker Chancen für die Verwicklung eigener Interessen. So strebt zum Beispiel die Sozialstaatskritik von ›rechts‹ mit diesem Konzept eine Erhöhung des Zwangs zur Arbeit und damit verbunden Kostensenkungen an. ›Linke‹ und auch ›autonome‹ Strömungen in der Arbeitslosenbewegung erwarten ganz im Gegensatz dazu die Abschaffung des Arbeitszwangs und erhoffen die Befreiung des bürokratiegeknichteten Individuums durch die Stärkung der ›Bürgergesellschaft‹ gegenüber dem Staat (vgl. Opielka 2002). Die Auseinandersetzung um den Inhalt des Begriffs steht also in der Tradition der Kämpfe um die Durchsetzung der Verfassungsbestimmungen des Grundgesetzartikels 20.

Selbst seit Jahren engagierte und zweifellos nicht dem ›rechten‹ Lager zuzuordnende Befürworter geben keine klare Definition. Die Stiftung *Die Mitarbeit* beschreibt ›Bürgergesellschaft‹ teils als Ziel, teils aufgrund des verbreiteten ›bürgerschaftlichen Engagements‹ als bereits existierend<sup>4</sup> und prägt dafür die Formel »Vision *und* Realität« (vgl. [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)).

Ein Versuch, die ausufernde Literatur zum Thema zusammenzufassen, führt zu folgendem Ergebnis. ›Bürgergesellschaft‹ ist eines von vielen konkurrierenden Konzepten, die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, im Gefolge der ›Dritte-Wege-Debatte‹, der neoliberalen Entstaatlichungsstrategie, dem ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹, der Theorien über die Soziale Arbeit, der Empirie und Theorie der ›Neuen sozialen Bewegungen‹ oder der neuerlichen US-amerikanischen Kommunitarismuskommunikation in den Sozialwissenschaften für Diskussionsstoff sorgen. »Gemeinsinn« soll gestärkt werden (vgl. Joas 2001), »Bürgerschaftliches Engagement« die Legitimation der Demokratie erhöhen (vgl. Braun 2001). Bereits die Frage, ob das Gemeinwohl eher unter ›Bürgergesellschaft‹ oder unter der deutschen version von ›civil society‹ – ›Zivilgesellschaft<sup>5</sup> – firmieren soll, ist umstritten. Bundes-Kulturstaatssekretär Julian Nida-Rümelin etwa bevorzugt ersteres, weil »die Bürger für den Staat bürgen sollen« (Roettgers 2001) – eine semantisch zwar einleuchtende, von der inhaltlichen Diskussion jedoch wenig getrübe und viele sozialpolitisch orientierte Kritiker bestätigende Interpretation.

Aus der Sicht von marginalisierten Arbeitslosen, die seit zwei Dekaden den sie betreffenden Diskurs im wesentlichen als Schuldzuweisung und sozialstaatliche Bestrafung wahrnehmen, macht solche Attraktivität auch dann mißtrauisch, wenn Sozialabbau als Zielperspektive explizit ausgeschlossen wird (vgl. Bürsch 2001: 210). ›Bürgen für den Staat‹ wird dann als finanzielle Ausfallbürg-

4 Mit den in der Debatte verbreitet kursierenden, legitimationsstiftend überhöhten Zahlen für ›bürgerschaftliches Engagement‹ setzt sich Thomas Leif ebenso kritisch wie überzeugend auseinander (vgl. Leif 2001).

5 Der Begriff ›civil society‹ geht auf Adam Fergusons *A History of civil society* (1767) zurück. Als »bürgerliche Gesellschaft« eingedeutscht untersuchte Karl Marx das Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

schaft angesehen, die die Betroffenen nicht leisten können. Mit der eher politischen Frage nach der ›Bürgergesellschaft‹, die prospektiv staatliche Aufgaben übernehmen soll, ist die nach der ›Tätigkeitsgesellschaft‹ eng verbunden. Diese soll die ›Arbeitsgesellschaft‹ ablösen oder ergänzen; etwas bescheidener soll die »neue Arbeitsgesellschaft« »eine auf Bürgersinn gegründete zivile Arbeitsgesellschaft sein« (Mutz 2001).

Neben ›Markt‹ und ›Staat‹ soll der ›Dritte Sektor‹ von ›Non-profit-Organisationen‹ ausgebaut werden, den andere sich zumindest zum Teil als »Economie Sociale« (Wiedemeyer) respektive als »Sozialwirtschaft« (Müller 2001) wünschen. Als kostengünstiges Mittel zur Senkung der Arbeitslosenzahlen kombinieren Neoliberale und Konservative ›Bürgerarbeit‹ mit ›Bürgergeld‹. Unter ›Bürgerarbeit‹ wird ehrenamtlicher Einsatz für die Gemeinschaft verstanden, ›Bürgergeld‹ ist eine spezifische Ausprägung der langen Diskussion um eine ›negative Einkommenssteuer‹, ein ›garantiertes Grundeinkommen‹ oder – aus Sicht der unabhängigen beziehungsweise autonomen ›Strömung‹ bei den organisierten Arbeitslosen – ein ›Existenzgeld‹ (vgl. Böhm/Dribbusch 2000).

In der Literatur scheint ›Zivilgesellschaft‹ – wenn nicht journalistisch umstandslos mit ›Bürgergesellschaft‹ synonym gesetzt – eher mit bestehenden gesellschaftlichen Strukturen kompatibel zu sein, während mit dem Begriff ›Bürgergesellschaft‹ eher utopische Vorstellungen konnotieren, nicht immer im Sinne von konkreten<sup>6</sup> und schon gar nicht von emanzipatorischen Utopien. Eine konkrete emanzipatorische Utopie verbinde dagegen ich mit der ›Bürgergesellschaft‹. Ich gehe davon aus, daß nur eine Gesellschaft, die *allen* ihren Mitgliedern Möglichkeiten der Mitwirkung bietet, ›Bürgergesellschaft‹ genannt werden dürfte – es sei denn, ›Bürger‹ würde als ›Bourgeois‹ verstanden. Gefragt ist aber der ›Citoyen‹ in einer einschließenden, also ›inkludierenden Bürgergesellschaft‹, die nicht als Restgröße gegenüber ›dem Staat‹ oder gar ›der Wirtschaft‹, sondern als umfassende Zielvorstellung zunächst ›national‹ und ›europäisch‹, letztlich aber global zu denken wäre. ›Sozialstaat‹ – inzwischen unter öffentlichem Totalitarismusverdacht (Miegel 2002)<sup>7</sup> – und inkludierende Bürgergesellschaft sind nicht, wie gelegentlich explizit, oft aber implizit gemeint Alternativen, sondern bedingen einander.

Bekanntlich bewirkt kapitalistische Ökonomie das Gegenteil von Inklusion. ›Exklusivität‹ wird dort nicht selten explizit als Ziel benannt, sei es im Marketing, sei es bei Sportarten, bei der Verdrängungskonkurrenz oder nicht zuletzt auf dem ›Arbeitsmarkt‹. Solches zu konstatieren, ist den Apologeten der bestehenden Zustände und auch manchem wohlmeinenden ›philosophischen‹ Befürworter der Bürgergesellschaft nicht angenehm. Michael Opielka ist bei seiner Bewertung des Diskurses über die ›Bürgergesellschaft‹ zuzustimmen. Dieser erscheine »merkwürdig wirtschafts[frei]: allenfalls wird noch in einigen Großunternehmen die Freistellung von Arbeitnehmern für die Zwecke eines freiwilligen Engagements thematisiert. Die Wirtschaftstätigkeit selbst ... scheint nun aus der Bürgergesellschaft verschwunden und einem – politisch kaum mehr als zugänglich betrachteten – diffusen ›Markt‹ zugeschlagen« (Opielka 2002: 2).

6 Als Beispiel für realitätsfernes ›utopisches‹, besser vielleicht illusionäres Denken ist die Erwartungsüberfrachtung anzuführen, mit der etwa Christopher Gohl die ›Bürgergesellschaft‹ belastet – nichts weniger als die Behebung des (europäischen) Demokratiedefizites, die Überwindung der Nationalstaaten und dadurch gelingende europäische Integration oder gar die »Neuverfassung des Politischen« stellt Gohl in unvollständiger Aufzählung der ›Bürgergesellschaft‹ zur Aufgabe (vgl. Gohl 2001).

7 Meinhard Miegel, vielzitiert und gefragter Chef des liberalkonservativen *Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft* in Bonn, legte kürzlich ein ›populärwissenschaftliches‹ Buch zur Auseinandersetzung mit »der Sozialpolitik« vor. Der Autor kommt darin zu der erstaunlichen Deutung, daß die derzeitige gesellschaftliche Herrschaftsform der Sozialstaat sei. Dieser freilich sei an sein Ende gekommen: »Der Wurzelgrund des Sozialstaats ist die Gesellschaft. Die hat er ausgelaut und maßgeblich dazu beigetragen, dass sie an die Grenzen sowohl ihrer materiellen als auch ihrer biologischen Tragfähigkeit gelangt ist.« (Miegel 2002: 225). Folgerichtig müsse der Sozialstaat nicht umgebaut, sondern beseitigt werden.

Die fühlbarste Exklusion – funktional als Disziplinierungsinstrument eingesetzt (vgl. Negt 2001) – ist die ›Arbeitslosigkeit‹, deren massenhafte dauernde Existenz gesellschaftliche Solidarität sowohl als Wert als auch in der sozialen Praxis in Frage stellt (vgl. Müller 2001: 922). Helmut Dubiel geht so weit, die Gefährdungen der ›Zivilgesellschaft‹ durch die ›globalisierte‹ kapitalistische Ökonomie als »Korruption« zu bezeichnen. »Die Zerstörung sozialer Solidaritätsbestände ergibt sich hier als Nebenfolge der Durchdringung einer Gesellschaft durch Marktbeziehungen. Es ist ein klassischer Topos nicht nur der marxistischen, sondern der gesamten modernen Sozialphilosophie, dass die kapitalistische Marktwirtschaft zu ihrer Stabilität zwar auf nicht- marktförmige Potenziale gesellschaftlicher Integration angewiesen ist, wie etwa Gesetzesgehorsam, Vertragstreue, Solidarität gegenüber Schwächeren, aber selbst nichts zur Regenerierung dieser Ressourcen beiträgt« (Dubiel 2001).

Die konkrete Utopie der inkludierenden Bürgergesellschaft wäre demnach ein Korrektiv zur real existierenden Gesellschaft, das der Logik der kapitalistischen Ökonomie eine soziale, rechtliche, ethisch-moralische, letztlich politische Logik des guten menschlichen Zusammenlebens gegenüberstellt. »Eine moderne Gesellschaft freier und gleicher Bürger ist primär als ethisch gehaltvoller *Recht-zusammenhang*, nicht als *Marktzusammenhang* zu denken. Der neoliberalen Vision einer totalen *Marktgemeinschaft* ist daher eine klare Absage zu erteilen, denn sie ist mit dem *politisch-liberalen* Leitbild einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger unvereinbar« (Ulrich 2001: 19).

Es muß kaum betont werden, daß ein solches Leitbild mit vielen Zieloptionen, die an die eingangs angedeuteten Konzepte geknüpft werden, nicht kompatibel erscheint. Eine so verstandene Bürgergesellschaft wäre ebensowenig zum ›Sozialabbau‹ wie zur Arbeitsmarktkosmetik zu mißbrauchen, es fielen eine ideologisch-apologetische Verbrämung des Siegeszuges der ›Globalisierung‹ ebenso fort wie die Bemäntelung tatsächlicher oder vorgeblicher Machtlosigkeiten ›der Politik‹. Ein Ausgleich für die Zumutungen einer auf die Spitze getriebenen ›Flexibilisierung‹ der Arbeitswelt durch ›bürgerschaftliches Engagement‹ ohne dauerhafte Bindung ließe sich im Rahmen einer so verstandenen Bürgergesellschaft ebenfalls nicht anbieten. Dagegen böte ein solches Leitbild Bewertungskriterien für Reformschritte der staatlichen Verwaltung hin zu einem ›aktivierenden Staat‹.

Damit ist ein weiterer vielgebrauchter und ebenfalls umstrittener Begriff in der bürgergesellschaftlichen Debatte genannt. Für die Christlich-Soziale Union etwa, die wie ihre große Schwesterpartei eine »Aktive Bürgergesellschaft« propagiert (vgl. [www.csu-landtag.de](http://www.csu-landtag.de)), gilt: »In der Aktiven Bürgergesellschaft muss der aktivierende Sozialstaat die Leitvorstellung sein. Dieser gestaltet seine Einrichtungen und Maßnahmen durchgehend so, dass sie den Menschen so weit wie möglich Anreize geben, zu eigener Anstrengung und zur Entfaltung der eigenen Möglichkeiten. In diesem Sinn gilt der Vorrang der Eigenverantwortung. Alle Hilfe muss verstanden werden als Hilfe zur Selbsthilfe« (Glück 2002). Zur Klärung des vor diesem Hintergrund vielfach als antisozialstaatlichen Kampfbegriff



8 Vgl. den Beitrag von Achim Trube in diesem Heft.

verstandenen ›aktivierenden Staates‹<sup>8</sup> und zu seiner Wendung zu konstruktiv-kritischem Gebrauch trägt jetzt eine Autorengruppe im Auftrag des Arbeitskreises »Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat« der Friedrich-Ebert-Stiftung bei (vgl. Lamping et al. 2002). In Abgrenzung zu dem etwa im bekannten *Schröder-Blair-Papier* – einer programmatischen Zusammenfassung des ›Dritten Weges‹ – zu findenden autoritären, trivial-individualisierenden Aktivierungskonzept, zu neoliberalen Strömungen, zur Kommunitarismusdebatte und zu wohlfahrtspluralistischen Positionen entwickeln Lamping et al. eine diskussionswürdige Konzeption, die mit der hier vertretenen inkludierenden Bürgergesellschaft kompatibel erscheint. »Das Konzept des Aktivierenden Staates befaßt sich mit Staatsmodernisierung und politischer Steuerung in einer *pragmatischen* prozesspolitischen Perspektive. Somit hat es den Vorteil, dass es das Trilemma zwischen Effektivität, Effizienz und Legitimität im Prozess der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in einem übergreifenden Konzept der Qualitäts- und Produktivitätssteigerung der öffentlichen Leistungserbringung verbindet. Der Aktivierende Staat versucht strategisch und fortwährend, die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates durch neue Kooperationsformen, neue Rollenverständnisse und die Suche nach neuen, effektiven und nachhaltigen Problemlösungen zu steigern« (Lamping et al. 2002: 28). Es geht den Autoren nicht um den Rückzug des Staates, sondern um eine »neue Verantwortungsverteilung« zwischen dem Staat und bürgerschaftlichen Akteuren, wobei jedoch die sozialstaatliche Verantwortung beibehalten werden soll.

Zur Umsetzung des Konzeptes formulieren die Autoren vier Leitlinien: Dialog statt Dekret, zielklare Kooperation statt gegenseitiger Schuldzuweisung und Domänendenken, Produkt- und Prozeßoptimierung sowie Ko-Produktion – Zusammenwirken von öffentlichen Leistungserbringern und aktiven und selbstverantwortlichen Bürgern/Klienten (vgl. Lamping et al. 2002: 34). Zu fragen wäre dem Konzept zufolge jeweils, ob Reformen eher zur Inklusion als zur Exklusion von Bürgerinnen und Bürgern führen würden, ob Partizipation auch der Schwächeren gewünscht und gefördert oder die Ausgrenzung im Sinne ökonomischer Interessen eher forciert wird.

Ein so verstandener ›aktivierender Staat‹ diene als Wegweiser zur konkreten Utopie der inkludierenden Bürgergesellschaft. Der stehen, wie jeder konkreten Utopie, erhebliche Hemmnisse entgegen. Zu nennen wäre da vor allem die bereits angesprochene kapitalistische Grundstruktur der Ökonomie. Es kann am Beispiel der bürgerschaftlichen Debatte gezeigt werden, daß die Intensivierung des Leistungsdruckes in den noch beschäftigten Teilen der lohnabhängigen Klasse ein bürgerschaftliches Engagement verhindert oder zumindest erschwert. Darüber hinaus fördert die Sozialisationsagentur ›Wirtschaft‹ Haltungen und Einstellungen, die eher das Denken in Konkurrenz-kategorien als in solchen solidarischen Engagements zur Folge haben. Der sozioökonomische Wandel der letzten Jahrzehnte in den alten sowie (nachgeholt) in den neuen Bundesländern bewirkte zudem einen Wertewandel, der solidarisches, sozialinkludierendes Denken ebenfalls nicht fördert – anzudeuten nur mit dem in der Werteforschung geprägten Begriff des ›hedonistischen Materia-



listen«. In der Debatte um ›bürgerschaftliches Engagement‹ wird ferner häufig auf den Mittelschichtsbias hingewiesen. ›Unterschichten‹ seien kaum zu bürgerschaftlichem Engagement bereit oder in der Lage. Auch insofern ist Arbeitslosigkeit ein Exklusionsmerkmal. Nicht zuletzt stehen der inkludierenden Bürgergesellschaft verkrustete staatliche Bürokratien gegenüber, gegen die sich gerade der ›aktivierende Staat‹ wendet. Dazu muß nicht auf die Arbeitsverwaltung verwiesen werden, deren verbreitete Ineffizienz und Arroganz Arbeitslosenprojekte bereits vor den Enthüllungen des Bundesrechnungshofes kannten.<sup>9</sup>

### *Arbeitslosenprojekte – bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit*

Die Wahrnehmung der eingangs beschriebenen Auswirkungen der sich ausbreitenden Massenarbeitslosigkeit führte ab Mitte der siebziger Jahre zu unterschiedlich motiviertem bürgerschaftlichem Engagement. Zur Einführung von drei miteinander korrespondierenden Definitionsskizzen<sup>10</sup> sind zunächst einige Begriffsklärungen erforderlich.

Unter *Arbeitslosenbewegung* werden hier unterschiedlichste Bemühungen verstanden, kollektive Strategien zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Dazu werden sowohl advokatorische Arbeitslosenprojekte paternalistischen Charakters als auch selbstorganisierte Zusammenschlüsse Betroffener, aber auch Formen von Öffentlichkeitsarbeit zur Bewußtseinsbildung über Ursachen und Konsequenzen von Arbeitslosigkeit gerechnet.

Unter dem Sammelbegriff *Arbeitslosenprojekte* (ALP) werden unterschiedliche Organisationsformen zusammengefaßt; unter anderem Arbeitslosenzentren (ALZ – hauptamtliche Mitarbeiter, feste Zeiten, Angebotsstruktur), Arbeitslosentreffs (ALT – eingeschränktes Angebot, teilprofessionalisiert) sowie Arbeitsloseninitiativen (ALI – überwiegend Formen der Selbstorganisation Betroffener) und Arbeitslosenberatungsstellen (ALB – überwiegend in den neuen Bundesländern). Ähnlich differenziert auch die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in einem online vorliegenden Adressenverzeichnis (vgl. [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)).

*Arbeitslosenarbeit* wird in ALP, aber auch in Gewerkschaften sowie publizistisch geleistet und ist die ›Methode‹ der *Arbeitslosenbewegung*. Die semantische Paradoxie dieses Begriffes spiegelt seine Bedeutungsvielfalt wider. Ursprünge von *Arbeitslosenarbeit* finden sich sowohl in der sozialen Arbeit (›Betreuung‹, Bildung und Beratung) als auch im gewerkschaftlichen Milieu, wo Arbeitslosenarbeit anderer ›Personengruppenarbeit‹ entspricht sowie bei politisch motivierten Selbstorganisationen von Arbeitslosen, die – sofern sie den Begriff nicht ablehnen (vgl. [www.also-zentrum.de](http://www.also-zentrum.de)) – darunter Versuche subsumieren, Betroffene zum Engagement für ihre Interessen zu mobilisieren.

Kurzgefaßt und entsprechend generalisiert entwickelten sich die derzeit über 1 000 existierenden Arbeitslosenprojekte aus *vier besonders relevanten Ursprüngen* (vgl. Abb. 2).

9 Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß es in den Sozialverwaltungen nicht viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gäbe.

10 Vgl. ausführlich Wolski-Prenger/Rothardt (2000).

11 Bei dieser Darstellung geht es selbstverständlich nur um die ›Hauptrichtungen‹. Vor allem in Ostdeutschland gibt es daneben auch eine Reihe von kommunal getragenen Einrichtungen, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen existieren Verbände, die in Opposition zum *Arbeitslosenverband Deutschland* (ALV) entstanden (vgl. Reister et al. 2000). Die genannten ›Orientierungen‹ oder ›Hauptziele‹ sind – wie die ›Methoden‹ – sehr grobe Annäherungen; oft gibt es in einzelnen ALP Engagierte aller ›Richtungen‹.

Abb. 2: Grobstruktur der Arbeitslosenprojekte nach ›Richtungen‹<sup>11</sup>

	<b>kirchlich</b>	<b>gewerkschaftlich</b>	<b>unabhängig</b>	<b>verbandlich</b>
<b>Dachverband</b>		KOS (Bielefeld)	BAG Erwerbslos (Frankfurt/M)	ALV (Leipzig)
<b>Orientierung (Hauptziele)</b>	Recht auf Arbeit, Caritas	Recht auf Arbeit, Solidarität, soziale Absicherung	Leben in der Arbeitslosigkeit	Recht auf Arbeit, Wirtschafts- politik
<b>Methoden</b>	Beratung, Gruppenarbeit, soziale Arbeit, ›2. Arbeits- markt‹	Beratung, Gruppenarbeit, politische Aktionen, Vernetzung (vor allem intern)	Beratung, politische Arbeit, soziale Arbeit, Vernetzung	Beratung, ›2. Arbeits- markt‹
<b>Finanzierung</b>	Öffentliche und kirchliche Mittel, ABM	öffentliche Mittel, gewerkschaftliche Mittel (vor allem projektgebunden), eigene Mittel (Förderverein), ABM	Öffentliche Mittel, ABM	öffentliche Mittel, eigene Mittel, (Mitglieds- beiträge), ABM

Zunächst und ›stilbildend‹ organisierte die *Industrie- und Sozialarbeit der evangelischen Kirche*, ein relevanter bürgergesellschaftlicher Akteur in der (alten) Bundesrepublik, ab Mitte der siebziger Jahre ALP, um die ›ersten Opfer des Arbeitsmarktes‹ sozial zu betreuen und politisch-advokatorisch zu vertreten. Später kamen auch im katholischen, vor allem im verbandlichen<sup>12</sup> Bereich ALP dazu. Inzwischen bestehen viele ökumenische Projekte.

Unter anderem mit kritischer Attitüde gegenüber diesen als paternalistisch wahrgenommenen kirchlichen Bemühungen entstanden ab etwa 1980 *unabhängige, großenteils politisch motivierte ALP*, die zunehmend einen eigenen Diskussionszusammenhang neben der kirchlichen ›Richtung‹ etablierten (vgl. [www.bag-erwerbslose.de](http://www.bag-erwerbslose.de)).

Als dritte ›Richtung‹ kamen ab den frühen achtziger Jahren die ›*gewerkschaftlichen*‹ ALP dazu, die indes zunächst bei den Gewerkschaftsführungen keineswegs erwünscht waren, sondern sich als Basisinitiativen vor allem massenhaft ›freigesetzter‹, gewerkschaftlich sozialisierter Betroffener organisierten. Aus diesem Engagement entwickelte sich die *Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen* (KOS) (vgl. [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)).

Der vierte sowohl originäre als auch von den vorstehend angesprochenen Strömungen beeinflusste Zusammenhang entstand in den neuen Bundesländern und kann als ›*verbandlich*‹ apostrophiert werden. Bald mit der explodierenden Vereinigungsarbeitslosigkeit entstand der *Arbeitslosenverband Deutschland* (ALV), der sich als originäre Interessenvertretung der ›abgewickelten‹ Bürger in den neuen Bundesländern versteht (vgl. [www.arbeitslosenverband.org](http://www.arbeitslosenverband.org)).

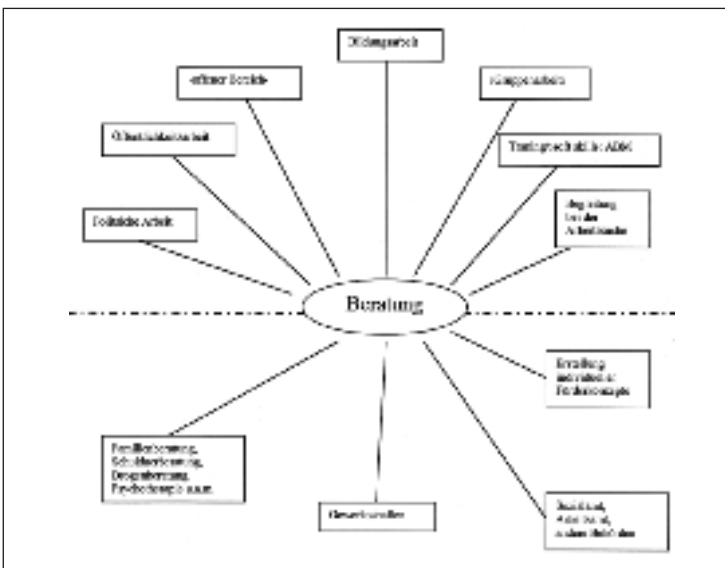
12 Die wichtigsten katholischen Verbände, die in der Arbeitslosenarbeit engagiert sind, sind Caritas, Kolpingwerke, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Christliche Arbeiterjugend – vgl. zur katholischen Arbeitslosenarbeit Wienen/Wustmanns (1996).

Die Ziele der ALP resultieren aus den vielfältigen Belastungen, denen sich Arbeitslose ausgesetzt sehen. Interdependent und sich gegenseitig verstärkend sind diese Belastungen finanzieller beziehungsweise materieller, psychischer und sozialer Art. Psychische Belastungen korrespondieren vor allem mit dem verbreiteten Selbstverschuldensyndrom, soziale Belastungen ergeben sich aus der verbreiteten und politisch genutzten Schuldzuweisung an die Betroffenen.

Gegen Unterversorgungslebenslagen Arbeitsloser richtet sich von Beginn an der Protest der Arbeitslosenbewegung, wobei das gesamte Instrumentarium politischer Aktionen eingesetzt wurde und wird. Relativ erfolglos verlief die anfängliche Appellation an die hauptverantwortliche Bundesebene, die gerade ein Vorreiter der ›blaming-the-victim‹-Strategie war und ist. Dagegen verzeichneten die ALP auf Landes- und vor allem auf lokaler Ebene eine Reihe (oft unterschätzter) Erfolge. In vielen Städten wurden ›Arbeitslosenpässe‹ eingeführt, die kommunale Vergünstigungen, oft auch im öffentlichen Personennahverkehr erbrachten – eine inkludierende Strategie. Auch die Einrichtung von ALZ mit kommunalen Mitteln, oft auch Personalfinanzierungen können als Erfolg gewertet werden. Nicht zuletzt haben die monatlichen Proteste im Jahr 1998 (›Jagoda-Tage‹) zumindest einen spürbaren Öffentlichkeitserfolg erbracht (vgl. Kattelhardt/Wolski-Prenger 1998).

Aus der Einsicht, daß viele Betroffene infolge ihrer marginalisierten Situation nicht in der Lage sind, sich für ihre Interessen zu engagieren, ergab sich als zentrale Methode der Arbeitslosenarbeit die *Beratung*. Nahezu alle ALP beraten (›ehrenamtlich‹ oder professionell) Arbeitslose in sozialrechtlicher, zunehmend aber auch in psychosozialer Hinsicht. So kann *Beratung* als zentrale Kategorie der Arbeitslosenarbeit gesehen werden (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Inkludierende Arbeitslosenarbeit



In Abbild 3 meint ›intern‹ Angebote innerhalb eines ALP, ›extern‹ steht für darüber hinausgehende Formen der Zusammenarbeit. Solche findet sehr unterschiedlich statt; am Beispiel des von mir mitbegründeten Arbeitslosenprojektes (PIGAL – vgl. [www.pigal.de](http://www.pigal.de)) kann aber gezeigt werden, daß sich gute Beziehungen zwischen der Arbeitsverwaltung und Arbeitslosenprojekten entwickeln können.

#### *Arbeitslosenprojekte in der inkludierenden Bürgergesellschaft*

Resümiert man die Leistungen der Arbeitslosenbewegung, an der tragend auch Betroffene beteiligt sind, so können diese als bereits vorhandene Kristallisationspunkte der inkludierenden Bürgergesellschaft interpretiert werden. Es handelt sich eingeräumtermaßen um zarte Pflänzchen einer Strategie gegen Marginalisierung. In der inkludierenden Bürgergesellschaft könnten ALP in unterschiedlicher Weise funktional sein.

Vor allem zeigt sich das bei der Organisation und Bündelung der Kritik von Betroffenen an der reformbedürftigen Arbeitsverwaltung sowie an anderen Sozialbehörden, bei denen ›Kundenorientierung‹ sehr häufig unbekannt ist. Wie am Beispiel der Debatte um die Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zu sehen ist, ist dies die zumeist diskutierte Alternative ›Privatisierung‹ solcher Dienstleistungen im neoliberalen Sinne; dies entspricht aber nicht dem Interesse der Mehrheit der Betroffenen. Ferner geht es um die Motivation von arbeitslosen Menschen in marginalisierten Lebenslagen, die von Behörden (die zugleich Sozialleistungen auszahlen) nicht effektiv geleistet wird, und um die Bewahrung von ›soft skills‹, von Sozialkapital und – in geringerem Umfang – von ›Humankapital‹. Auch Clearingfunktionen wie auch die Aufhebung der verbreiteten Individualisierung der Arbeitslosigkeitsfolgen durch kollektive Aktion und damit Ermöglichung von Engagement für die eigene Sache sowie für andere sind von Bedeutung. ALP leisten Hilfe für ein ›Leben in der Arbeitslosigkeit‹, das angesichts der Arbeitsplatzlücke unvermeidlich scheint. Sie dienen der Kompensation und dem Abbau von Selbst- und Fremdschuldzuweisung sowie der Verbesserung der Sozialisation von arbeitslosen Familien. Sie ermöglichen nicht zuletzt Partizipation und fördern Demokratie.

Bei allen Untersuchungen zur organisierten Arbeitslosenarbeit wird die vorrangige Art der Finanzierung von hauptamtlichen Mitarbeitern problematisiert – die Förderung über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Empirisch kann festgestellt werden, daß gerade in diesem Bereich das Ziel von ABM – die Integration in den ›Ersten Arbeitsmarkt‹ überdurchschnittlich erfüllt wird.

Mit der Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik gerät selbst diese unverzichtbare materielle Absicherung der ALP in Gefahr. Unter Berücksichtigung der positiven Effekte der Arbeitslosenarbeit sollten hier mit vergleichsweise geringen Kosten Finanzierungsmöglichkeiten durch den aktivierenden Staat auf der *Bundesebene* geschaffen werden. In einigen *Bundesländern* (unter anderem in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg) gibt es Haushaltstitel zur Förderung von Arbeitslosenzentren oder zur Finanzierung festen Personals, das nicht von der prekären ABM-Förderung abhängt (›Stammkräfte‹). Dieser Ansatz könnte ausgebaut werden, vor allem ginge es darum,

die Förderung flächendeckend auszubauen und zu verstetigen. Viele *Kommunen* unterstützen bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit durch die Bereitstellung von Räumen, zum Teil auch durch Finanzierung von »Stammkräften«.

Aber nicht nur finanziell könnte ein aktivierender Staat das bürgerschaftliche Engagement für und von Arbeitslose(n) unterstützen. Es existiert eine ganze Reihe von Beispielen, in denen »Netzwerke« von bürgergesellschaftlichen Akteuren (Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen), staatlichen Stellen (Arbeits- und Sozialverwaltung, Kommunen) und teilweise auch privaten Unternehmen mit dem Ziel der Beendigung individueller Arbeitslosigkeit funktionieren. Solche Beispiele zu dokumentieren und zu propagieren, könnte einen Beitrag zur Inklusion Marginalisierter sein. Nicht zuletzt ist dieses Feld empirisch bei weitem noch nicht ausreichend erforscht.

Wer die Forderung nach bürgerschaftlichem Engagement ernst nimmt, wer ernsthaft die Bürgergesellschaft gegenüber der Ökonomie und dem Staat stärken will, der muß sich um die Erhaltung und den Ausbau von Strukturen bemühen, die – basierend auf dem »ehrenamtlichen« Einsatz Tausender – bereits jetzt die Inklusion Ausgegrenzter betreiben. Diese Arbeit muß ideell und materiell gefördert werden. Dieser Appell richtet sich nicht zuletzt an vergleichsweise mächtige bürgergesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften, die an der Inklusion Arbeitsloser durchaus ein eigenes Interesse haben müßten (vgl. Wolski-Prenger 1994).

#### Literatur

- Becker, Uwe/Segbers, Fanz/Wiedemeyer, Michael (2001): Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz.
- Beier, Angelika/Kantelhardt, Uwe/Wolski-Prenger, Friedhelm (1993): Verbände von Arbeitsplatzbesitzern? Gewerkschaften in der Zwei-Drittel-Gesellschaft, in: Leif/T./Klein, A./Legrand, H.-J. (Hrsg.), Reform des DGB, Köln.
- Böhm, Andrea/Dribbusch, Barbara (2000): Jobs und Lebenssinn zum Selberbasteln, in: Engemann, J./Wiedemeyer, M., Kursbuch Arbeit. Ausstieg aus der Jobholder-Gesellschaft – Start in eine neue Tätigkeitskultur?, München, S. 180-187.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/2001, S. 3-5.
- Bürsch, Michael (2001): Zur Arbeit der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, in: WSI-Mitteilungen, 3/2001, S. 210-212.
- Dubiel, Helmut (2001): Warum ist das Anrufen der Zivilgesellschaft so beliebt? Über die bewussten und unbewussten Unbestimmtheiten eines modernen Begriffs, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 143 (vom 23. Juni).
- FALZ e.V. (Frankfurter Arbeitslosenzentrum) (1998): Arbeitslosengruppen in Deutschland. Adressenverzeichnis und Ergebnis einer Umfrage, Bonn.
- Glück, Alois (2002): Aktive Bürgergesellschaft – Damit wird Deutschland leistungsfähiger ([www.csu-landtag.de/htmllexport/1274.html](http://www.csu-landtag.de/htmllexport/1274.html)).
- Gohl, Christopher (2001): Bürgergesellschaft als politische Zielperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2001, S. 5-11.
- Grehn, Klaus (1996): Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. – Modellversuch, Alternative oder ostdeutscher Sonderweg in der Arbeitslosenarbeit?, in: Wolski-Prenger, F. (Hrsg.), Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen, Konzepte, Ziele, Opladen, S. 67-79.
- Joas, Hans (2001): Ungleichheiten in der Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/2001, S. 15-23.
- Kantelhardt, Uwe/Wolski-Prenger, Friedhelm (1998): Die neue A-Klasse, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43(1998)5, S. 531-535.
- Kieselbach, Thomas/Wacker, Ali (1985): Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit, Weinheim und Basel.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Opladen.
- KOS (Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen) (1998): Warum halten wir noch still? Aufruf zum Aktionstag der Arbeitslosen am 5. Februar 1998, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43(1998)3, S. 383.
- KOS (Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen) (Hrsg.) (2000): 1032 gute Adressen. Erwerbslosenprojekte in Deutschland, Bielefeld.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M.
- Lamping, Wolfram/Schride, Hennig/Plaf, Stefan/Blanke Bernhard (2002): Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktiv-

- render Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Leif, Thomas (2001): Die Faszination der großen Zahl. Freiwilliges Engagement: Politiker operieren mit geschönten Daten, doch die Wirklichkeit sieht anders aus, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 302 (vom 29. Dezember).
- Mezger, Erika/West, Klaus (Hrsg.) (2000): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg.
- Miegel, Meinhard (2002): Die deformierte Gesellschaft. Wie die deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin, München.
- Müller, Horst (2001): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Nr 132 (Oktober), S. 909-924.
- Mutz, Gerd (2001): Der souveräne Arbeitsgestalter in der zivilen Arbeitsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/2001, S. 14-23.
- Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde, Göttingen.
- Opielka, Michael (2002): Sozialpolitik in einer Bürgergesellschaft. Vortrag zur Fachtagung »Bürgergesellschaft und Sozialstaat« der Heinrich-Böll-Stiftung, am 15./16. Februar 2002 ([www.zivilgesellschaft.de/dokumente](http://www.zivilgesellschaft.de/dokumente)).
- Reister, Hugo/Nikolaus, Kurt/Klippstein, Norbert (2000): Gesellschaftliche Organisationen und Erwerbslose. Unterstützung von Arbeitslosen durch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Arbeitslosenorganisationen, Kirchen und Kommunen in den neuen Bundesländern und Berlin, Berlin.
- Roettgers, Jan (2001): Symposium »Bürgerschaftliches Engagement und soziales Kapital«, 2. April 2001 (Bericht) ([www.Zivilgesellschaft.de/aktuelles](http://www.Zivilgesellschaft.de/aktuelles)).
- Ulrich, Peter (2001): Wider die Dominanz der ökonomischen Logik: Von der »Tyrannei« des Arbeitsmarktes zur Vitalpolitik der Arbeitswelt, in: Segbers, F./Wiedemeyer, M., Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz, S. 15-28.
- Wacker, Ali (2001): Was fehlt, wenn die Arbeit fehlt? Arbeitslosigkeit aus sozialpsychologischer Perspektive, in: Becker, U./Segbers, F./Wiedemeyer, M., Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, S. 51-64.
- Wienen, Winfried/Wustmanns, Hildegard (1996): Von der Hilfe zur Arbeit zum Engagement in der regionalen Strukturpolitik – Katholische Initiativen mit Erwerbsarbeitslosen im Bistum Aachen, in: Wolski-Prenger, F. (Hrsg.), Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen, Konzepte, Ziele, Opladen, S. 43-66.
- Wolski-Prenger, Friedhelm (1991): Der »Arbeitslosenverband Deutschland«. Chance oder Risiko für die Arbeitslosenbewegung?, in: Forschungsjournal NSB, 4(1991)3, S. 38-45.
- Wolski-Prenger, Friedhelm (1992): Recht auf Arbeit, Recht auf Einkommen, Recht auf Muße, in: UTOPIE kreativ, Nr. 21/22 (Juli/August), S. 75-87.
- Wolski-Prenger, Friedhelm (1994): Bündnispartner oder Lumpenproletariat? Zur Frühgeschichte gewerkschaftlicher Arbeitslosenpolitik, in: UTOPIE kreativ, Nr. 47/48 (September/Oktober), S. 102-112.
- Wolski-Prenger, Friedhelm (Hrsg.) (1996): Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen, Konzepte, Ziele, Opladen.
- Wolski-Prenger, Friedhelm./Rothardt, Dieter (1996): Soziale Arbeit mit Arbeitslosen. Beratung, Bildung, Selbstorganisation (unter Mitarbeit von Angelika Beier und Uwe Kantelhardt), Weinheim und Basel.
- Wolski-Prenger, Friedhelm./Rothardt, Dieter (2000): Politikpotentiale Arbeitsloser. Sozialpolitisches Objekt oder Subjekt eigener Interessen?, in: Willems, U./von Winter, T. (Hrsg.), Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen, S. 149-169.



TIEß PETERSEN

## Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft

In den industrialisierten Gesellschaften der Gegenwart steht die Arbeitswelt vor so tiefgreifenden Veränderungen, daß viele Experten bereits vom Ende der Arbeitsgesellschaft sprechen. Wie die sich daran anschließende Gesellschaftsform heißen wird – Bürger-, Zivil-, Informations- oder Wissensgesellschaft, die Liste ließe sich beliebig verlängern –, ist ungewiß. Nur eines ist sicher: Steigende Arbeitslosenzahlen, eine kontinuierliche Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierende Gefährdung des Sozialstaates führen zu immensen Problemen, so daß eine Lösung der beschriebenen Probleme innerhalb des Kapitalismus immer unwahrscheinlicher wird. Tatsächlich geht den entwickelten Industrienationen mehr und mehr die Erwerbsarbeit aus, was zur besagten These vom Ende der Arbeitsgesellschaft führt.

Verantwortlich für die Probleme der Gegenwart sind vor allem zwei Ursachen: der rasante technische Fortschritt und ein zunehmender Nachfragemangel. Technischer Fortschritt führt über den Produktivitätsanstieg dazu, daß eine gleichbleibende Menge von Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Arbeitsstunden hergestellt werden kann. Solange die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage nicht mit einer höheren Rate als der Produktivitätsfortschritt wächst, nimmt das Volumen der benötigten Arbeitsstunden notwendigerweise ab und die Arbeitslosigkeit zu. Die aus beschäftigungspolitischer Sicht dringend erforderliche Nachfragedynamik ist allerdings in Deutschland – trotz eines relativ bescheidenen Wirtschaftswachstums – seit geraumer Zeit nicht mehr vorhanden. Das Hinterherhinken der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hinter der Produktivitätsentwicklung ist dabei auf zwei wesentliche Gründe zurückzuführen. Zum einen machen sich mit wachsendem materiellem Wohlstand Sättigungstendenzen bemerkbar, weil die Menschen hinsichtlich der meisten existenzsichernden Güter längst ihren Bedarf gedeckt haben. Sättigung ist dabei in erster Linie ein Phänomen, das in einkommensreichen Gesellschaftsschichten auftaucht, in denen nach der Sicherung des täglichen Lebens eine erhöhte Sparneigung anzutreffen ist. Und bei denen, die noch genügend unbefriedigte Konsumwünsche besitzen, führt die seit langem ablaufende Umverteilung von unten nach oben zu einer Schwächung der Kaufkraft und zum Ausbleiben der ersehnten Nachfragesteigerungen. So sorgen anthropologisch bedingte Sättigungserscheinungen auf der einen und die mangelnde Kaufkraft als Resultat einer kapitalfreundlichen Verteilungspolitik auf der anderen Seite dafür, daß wirtschaft-

Thieß Petersen – Jg. 1964; Dr. sc. pol., studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule Paderborn und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ist zur Zeit Geschäftsführer beim ver.di-Forum Nord e.V. und Landesbildungsreferent für den ver.di-Landesbezirk Nord; Veröffentlichungen zur Weiterbildung und Personalentwicklung sowie zur Volkswirtschaftstheorie und volkswirtschaftlichen Theoriegeschichte, unter anderem: »Anthropologie und Ökonomie. Das Menschenbild von Marx und dessen Bedeutung für seine Kritik an der politischen Ökonomie« (Frankfurt/M. u. a. 1997).

»Erkenntnisse der Anthropologie und der modernen Sozialpsychologie stützen die Auffassung von einer konstanten, genetisch be-

dingten menschlichen Bedürfnisausstattung, deren einzelne Bedürfniskomponenten sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung nur unterschiedlichen Bedarfen artikulieren, je nachdem, was der technische Fortschritt an materiellen Gütern bereitstellt. Demnach folgt aus unbegrenzten Bedürfnissen durchaus kein ständig expandierender ›Bedürfnisballon‹, sondern lediglich ein sich immer wieder neu strukturierendes Bedarfspartefeuille ohne Expansionsnotwendigkeit.« Norbert Reuter: Ökonomik der »Langen Frist«, Marburg 2000, S. 378 f.

›In einer Gesellschaft, in der die durchschnittliche Arbeitszeit bei (oder unter) 30 Wochenstunden liegt (das sind ca. 1100 Stunden pro Jahr), müssen diejenigen Dienstleistungen, die den Zeitmangel zum Grund und die Einsparung von Zeit zum Zweck haben, an Wichtigkeit verlieren und zugunsten von Tätigkeiten weichen, deren Ziel es ist, Zeit zu verausgaben und sich am Tun und am Geben mehr als am Konsum und Erhalten zu freuen. Eine Politik der AZV (Arbeitszeitverkürzung – die Red.) muß ausdrücklich auf *größere Selbsttätigkeit* anlegt sein; sie darf folglich die freigesetzte Zeit nicht der Kolonisierung durch Freizeitindustrie und Warenkonsum überlassen.« André Gorz: Und jetzt wohin?, o. O. 1991, S. 165 (Hervorhebung im Original).

liches Wachstum alleine nicht mehr in der Lage ist, die Probleme des Arbeitsmarktes zu beheben – wobei noch nicht einmal geklärt ist, ob wirtschaftliches Wachstum angesichts der ökologischen Folgeprobleme als wünschenswert angesehen werden kann (vgl. Zinn 1997; Reuter 2002).

### *Die Notwendigkeit einer neuen Gesellschaftsform*

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Zusammenhänge wird unmittelbar einsichtig, daß die traditionellen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in entwickelten Industrienationen versagen müssen. Selbst eine tiefgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen zur Stärkung der Massenkaufkraft würde nicht verhindern, daß es früher oder später im Zuge des wachsenden Wohlstandes zu Sättigungen kommt, die einen gesamtgesellschaftlichen Nachfragemangel nach sich ziehen. Helfen kann nur eine massive Verkürzung der Arbeitszeit. So konnte sich André Gorz schon vor vielen Jahren eine »allmählich bis auf 1000 Stunden pro Jahr fortschreitende Arbeitszeitverkürzung« (Gorz 1994: 328) vorstellen. Da eine solche Entwicklung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nicht mit vollem Lohnausgleich realisierbar ist, eine entsprechende Reduktion der Kaufkraft allerdings auch nicht akzeptabel sein kann, sind staatliche Unterstützungszahlungen unumgänglich. Wie diese Zahlungen heißen – Bürgergeld, negative Einkommenssteuer, garantiertes Mindesteinkommen oder Sozialtransfers –, ist nebensächlich. Entscheidend ist, daß eine massive Umverteilung der Erwerbsarbeit notwendigerweise mit einer ebenso massiven Veränderung der Mechanismen, die den gesellschaftlichen Reichtum verteilen, verbunden werden muß. Während das Einkommen gegenwärtig noch an die geleistete Arbeitsmenge gekoppelt ist, wird es bei der dargestellten Reduktion der Arbeitszeit zu einer Abkoppelung der Einkommensverteilung vom individuellen Arbeitsquantum kommen. Dies stellt unbestritten einen Bruch mit der uns bekannten Arbeitsgesellschaft dar und bedeutet den Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform.

Noch entscheidender ist aber ein anderer Bruch, denn erst er erlaubt es, die postkapitalistische Gesellschaftskonzeption nicht Bürger-, Zivil-, Informations-, Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft zu nennen, sondern sie mit dem Begriff der ›Tätigkeitsgesellschaft‹ zu belegen. Bei der von Gorz anvisierten Verkürzung der Arbeitszeit käme es zu einer 25-Stunden-Woche, was unmittelbar zu der Frage führt, wie mit der gewonnenen Freizeit umzugehen ist. Gorz stellt in diesem Zusammenhang die These auf, daß die frei verfügbare Zeit der Menschen einen neuen Charakter annimmt: »Die Zeit der Nicht-Arbeit ist dann nicht mehr notwendigerweise bloße Zeit zum Ausruhen, für Erholung, Zerstreung und Konsum; sie dient nicht mehr zur Kompensation der Mühen, Zwänge und Frustrationen der Arbeitszeit.« Statt dessen »kann die verfügbare Zeit von Tätigkeiten ausgefüllt werden, die man ohne ökonomische Zwecksetzung unternimmt und die das Leben des einzelnen sowie der Gemeinschaft bereichern« (Gorz 1994: 328). Damit gelangt Gorz zum Kern dessen, was das Hauptmerkmal der zukünftigen Gesellschaftsform ausmacht und es rechtfertigt, sie als Tätigkeitsgesellschaft zu bezeichnen.

### *Der Begriff der schöpferischen Tätigkeit*

Schöpferische Tätigkeit stellt dem von Gorz vertretenen Verständnis folgend eine selbstbestimmte Aktivität dar, bei der der Mensch seine individuellen Fähigkeiten und Neigungen ausleben kann. Eine solche Handlung dient der Selbstentfaltung der Persönlichkeit, das heißt, der Entwicklung jener Fertigkeiten, die der handelnde Mensch in sich vermutet und schätzt, und stellt dadurch den Gegensatz zur fremdbestimmten Erwerbsarbeit dar. Daß die Tätigkeit im hier vorgestellten Sinne ein entscheidendes Merkmal des menschlichen Daseins ist, wurde von Karl Marx hervorgehoben. Seiner Ansicht nach unterscheidet erst die schöpferische Tätigkeit den Menschen vom Tier. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Überzeugung, daß nicht ein an Maximalproduktion und passivem Konsum orientiertes Dasein zu einem glücklichen und erfüllten Leben führen. Menschliches Glück wird statt dessen erreicht, indem die Menschen in befriedigenden gesellschaftlichen Beziehungen leben, Aktivitäten, die einen Selbstzweck darstellen, ausüben und in sinnstiftenden, fähigkeitsentwickelnden Formen der materiellen Produktion tätig sind. Die Tätigkeitsgesellschaft ist dementsprechend eine Gesellschaft, in welcher der überwiegende Teil der Lebenszeit nicht mehr für die fremdbestimmte Erwerbsarbeit verwendet werden muß, sondern für selbstbestimmte, schöpferische Tätigkeiten. Es ist eine Gesellschaftskonzeption, deren Devise schon vor mehr als 20 Jahren von dem französischen Gewerkschaftssekretär Michel Rolant umschrieben wurde. »Weniger arbeiten, damit alle arbeiten – und besser leben« (zitiert nach Gorz 1988: 151).

Trotz dieser optimistischen Sicht darf nicht übersehen werden, daß das Leben der Tätigkeitsgesellschaft keinesfalls nur aus frei gewählten Handlungen besteht. Unabhängig vom konkreten Ausmaß des technischen Fortschritts wird es immer einen Rest von fremdbestimmten Tätigkeiten geben, die der Produktion der zum Leben notwendigen Güter dienen. Nach Marx' berühmten Worten beginnt »das Reich der Freiheit ... in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. ... Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, ... Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann« (MEW, Bd. 25: 828). Auch Gorz erkennt diese Notwendigkeit an, indem er neben den schöpferischen beziehungsweise autonomen Tätigkeiten auf das Fortbestehen der bezahlten ökonomischen Zweckarbeit hinweist und zudem die Haus- beziehungsweise Eigenarbeit nennt, die ebenfalls die zum täglichen Leben notwendigen Dinge sicherstellt. Eine ähnliche Dreiteilung wird

»Was wirklich fehlt, ist Arbeiten, das frei ist von den Zwängen des Arbeitens, um Lohn für Konsum zu erhalten. Was wirklich fehlt, ist Arbeiten, das ermöglicht, selbstbestimmt, lebensfreundlich und naturgemäß zu arbeiten. Was wirklich fehlt, ist die Gestaltung des Arbeitens frei von einer individuell-vertraglichen Symmetrie-fiktion, so daß die qualitative Ungleichheit der Arbeitenden schöpferisch werden kann und die Ungleichheit im Verhältnis zwischen den Arbeitenden einerseits sowie den Arbeitenden und der natürlichen Mitwelt andererseits zur Grundlage gemacht wird. Was wirklich fehlt, ist vorsorgendes Arbeiten.«  
 Adelheid Biesecker, Uta von Winterfeld: *Vergessene Arbeitswirklichkeiten*, in: Beck, U. (Hrsg.), *Die Zukunft der Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 283.

von Heinz Dederling präsentiert, der von der »lernenden Arbeitsgesellschaft« mit den Sektoren Eigenarbeit, Erwerbsarbeit und Gesellschaftsarbeit spricht (vgl. Dederling 1999). Wie auch immer die Begriffswahl zur Beschreibung der zukünftigen Gesellschaft ausfällt – es dürfte unbestritten sein, daß die durch technischen Fortschritt und Sättigungstendenzen hervorgerufene Reduktion der traditionellen Erwerbsarbeit ihren Niederschlag in einer umfassenden Veränderung der Strukturen der Arbeitswelt finden muß.

### *Voraussetzungen für die Tätigkeitsgesellschaft*

»Fünfundzwanzig Jahre lang sind die westlichen Gewerkschaften rückwärtsgewandt in die Zukunft eingetreten, zugleich unfähig, sich gemäß den überkommenen Normen zu reproduzieren und die noch nie dagewesenen Freiheitsmöglichkeiten zu nutzen, die sich aus den Arbeitszeiteinsparungen ergeben. Während dieser zwei Jahrzehnte haben sich die aus dem Fordismus hervorgegangenen Gesellschaften aufgelöst, ohne daß sich eine andere Gesellschaftsform abgezeichnet hätte. Sie haben sich zugunsten einer Gesellschaftslosigkeit aufgelöst, in der eine winzige herrschende Schicht fast den gesamten verfügbaren Reichtumszuwachs beschlagnahmt und mangels politischer Konzepte und Anhaltspunkte die Auflösung aller Bindungen und den Haß gegen alles, einschließlich des Lebens und sich selbst, hervorruft.«  
 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 161.

Die Strukturen einer funktionsfähigen Gesellschaft lassen sich nicht am Reißbrett entwickeln. Vom heutigen Wissensstand ausgehend, sind lediglich einige Tendenzaussagen möglich, die ein grobes Bild der zukünftigen gesellschaftlichen Strukturen erahnen lassen. Wichtigste Voraussetzung für die Realisierung der Tätigkeitsgesellschaft ist ein hohes technisches Niveau des gesellschaftlichen Produktionsapparates. Erst die hohe Produktivität schafft die materiellen Voraussetzungen für eine drastische Reduktion der Arbeitszeit. Die enormen Produktivitätsfortschritte der Vergangenheit lassen den Schluß zu, daß der Kapitalismus diese Aufgabe in den am höchsten entwickelten Industrienationen bereits erfüllt hat oder aber zumindest in naher Zukunft erfüllen kann. Neben der dann notwendigen Arbeitszeitverkürzung für alle Gesellschaftsmitglieder muß der ange-deutete Umbruch bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums stattfinden, was zugleich eine grundlegende Veränderung des Systems der sozialen Sicherheit bedeutet. Die Integration der Frauen in alle Tätigkeits- und Arbeitsbereiche erfordert gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es Frauen erlauben, sich gleichberechtigt an der Erwerbs- oder Zweckerarbeit, der Gesellschafts- oder Bürgerarbeit, der Eigenarbeit und der autonomen Tätigkeit zu beteiligen. Dies verlangt nicht nur die schon angesprochene gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit unter alle Gesellschaftsmitglieder – also eine erhebliche Reduktion der Erwerbsarbeitszeit von Männern –, sondern zudem eine Infrastruktur, die es den Frauen ermöglicht, ihr Familienleben mit dem Arbeits- und Tätigkeitsleben zu vereinen. Verbesserte Kinderbetreuungseinrichtungen wie Ganztagskindergärten und Ganztagschulen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Zusätzlich ist daran zu denken, daß sowohl die Eigenarbeit als auch die schöpferische Tätigkeit auf das Vorhandensein bestimmter materieller Gegenstände angewiesen ist. Möbel, Kleidung und Lebensmittel können nur dann in Eigenarbeit hergestellt werden, wenn die dafür notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stehen. Und sollte sich die selbstbestimmte Tätigkeit eines Menschen beispielsweise in der Betätigung als Tischler äußern, so erfordert dies den freien Zugang zu entsprechenden Werkzeugen und Materialien. André Gorz schlägt in diesem Zusammenhang vor, daß »freie Werkstätten« eingerichtet werden, »in denen die Leute in ihrer Freizeit nach ihren Wünschen etwas herstellen können mit allen möglichen Geräten« (Gorz 1988: 159). Solche Werkstätten stellen eine neue Form des vergesellschafteten Produktivvermögens dar.

Neben den angesprochenen sozio-ökonomischen Veränderungen darf die kulturelle Ebene nicht vernachlässigt werden. So ist zu be-

achten, daß die selbstbestimmte und schöpferische Aktivität vielseitig begabte und aktive Menschen verlangt. Von einem Erwerbstätigen, dessen Handlungen in der Arbeitswelt fremdbestimmte, monotone und nur wenige Fertigkeiten verlangende Arbeiten sind, kann kaum erwartet werden, daß er in seiner freien Zeit plötzlich zu einem aktiven, verantwortungsbewußten und schöpferisch tätigen Wesen mutiert. Für diesen Personenkreis ist es deshalb erst einmal notwendig, die Befähigung zur schöpferischen Tätigkeit zu schaffen. Und bei Erwerbstätigen, die bereits über ein erhebliches Maß an selbstbestimmten Tätigkeiten verfügen, müßte diese Befähigung ausgeweitet werden. Beides kann vor allem durch die Umgestaltung der Arbeitswelt und des Bildungswesens erfolgen. In der Arbeitswelt müßten Arbeitsstrukturen entstehen, die die Übernahme von Verantwortung, die Entscheidungsfähigkeit und die Kreativität zulassen, also die Autonomie des tätig werdenden Menschen erlauben. Nur wenn Menschen die Fähigkeiten, die sie zur Ausübung selbstbestimmter Aktivitäten benötigen, im Rahmen ihrer Erwerbsarbeit erwerben und anwenden können, sind sie auch in der Lage, diese Fertigkeiten in ihrer freien Zeit zu nutzen (vgl. Petersen 1998). Darüber hinaus müßten diese Fähigkeiten schon im Kindes- und Jugendalter gefördert werden. Erforderlich dafür ist ein Bildungssystem, das sich nicht nur an betrieblich verwertbaren Fertigkeiten und Kenntnissen orientiert, sondern statt dessen auf eine Bildung im Sinne des ›Sich-Bildens‹, des ›Sich-Entwickelns‹ abzielt und an der Entfaltung der individuellen Persönlichkeit interessiert ist.

### *Was ist zu tun?*

Selbst wenn die in groben Zügen umschriebene Vision der Tätigkeitsgesellschaft noch in ferner Zukunft liegt, darf dies die gegenwärtig Lebenden nicht zur Passivität verleiten. Vielmehr müssen schon heute entscheidende Vorarbeiten geleistet werden, um den anvisierten Übergang später realisieren zu können. Die Erfahrungen der Gegenwart machen deutlich, daß die technisch bedingten Möglichkeiten zur Reduktion der Erwerbsarbeit und zur Erweiterung der freien Zeit in einer kapitalistischen Gesellschaft für einzelne Individuen sehr unterschiedlich ausfallen. Auf der einen Seite entsteht eine immer größer werdende Masse von Arbeitslosen, die notgedrungen über ein Maximum an freier Zeit verfügen. Auf der anderen Seite besitzen die Erwerbstätigen, deren Arbeitszeit nur unwesentlich verkürzt oder durch Überstunden sogar verlängert wird, nur ein geringes Volumen freier Zeit. Es ist eines von vielen irrationalen Elementen des Kapitalismus, daß er einen Teil der Gesellschaft zu Überstunden, Überarbeitung und Streß zwingt, während er dem anderen Teil den Zugang zur Erwerbsarbeit und damit auch zum gesellschaftlich erbrachten Reichtum verwehrt. Da also die den privaten Unternehmen überlassene Anwendung technischer Neuerungen zu einer sehr ungleichen Verteilung der gesellschaftlich zur Verfügung stehenden freien Zeit führt, wird es erforderlich, durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung der freien Zeit herbeizuführen. Weil die Reduktion der individuellen Arbeitszeit mit Einkommenseinbußen verbunden ist, kann es dazu kommen, daß die Sicherung des Lebensniveaus vieler Erwerbstätiger beeinträchtigt

»Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.«

Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 665 f.



wird. An diesen Personenkreis müssen Transferleistungen zum Ausgleich der Lohnneinbußen gezahlt werden, was den Einstieg in Einkommenszahlungen bedeutet, die von der individuellen Erwerbstätigkeit abgekoppelt sind.

Gleichzeitig kann bereits heute damit begonnen werden, den freien Zugang zu Werkzeugen und Maschinen zu erleichtern, indem entsprechende Werkstätten eingerichtet werden. In ihnen könnten die Menschen – unter Anleitung und Hilfe von Experten – produktiv tätig werden. Auch ein stärkeres Engagement zur Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen ist bereits jetzt dringend geboten. Gleiches gilt für den Ausbau des Systems der beruflichen, allgemeinen, kulturellen und politischen Aus- und Weiterbildung. Diese und andere Aufgaben leiden zur Zeit darunter, daß sie mangels zahlungskräftiger Nachfrage keine privatwirtschaftlichen Gewinne abwerfen und deshalb von der privaten Wirtschaft nicht angeboten werden. Deshalb ist der Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wichtig. Dieser neu zu schaffende Sektor, der ausdrücklich nicht als Konkurrenz zum öffentlichen Dienst zu verstehen ist, kümmert sich um gemeinwohlorientierte Aufgaben, für die es zwar keine zahlungskräftige Nachfrage am Markt gibt, die aber dennoch Bestandteil des gesellschaftlichen Bedarfs sind. Zu seinen Aufgabebereichen zählen beispielsweise Betreuungs- und Beratungstätigkeiten im schulischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Sektor, also unter anderem Nachhilfeunterricht, Sportbetreuung und Qualifizierungsprojekte (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998: 160-166). Schließlich ist daran zu denken, durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und Dienststellen Bedingungen zu schaffen, die ein größeres Maß an selbstbestimmten Tätigkeiten zulassen und somit den Einstieg in die schöpferische Tätigkeit am Arbeitsplatz markieren.

Alle exemplarisch genannten Aspekte stellen Aufgabenfelder dar, die es so schnell wie möglich – und nicht erst in ferner Zukunft – zu besetzen gilt. Während die exakte Ausgestaltung der Tätigkeitsgesellschaft noch als entfernte Zukunftsaufgabe angesehen werden kann, sind die Maßnahmen zur Vorbereitung der neuen Gesellschaftsform als Gegenwartsaufgaben zu verstehen. Ein sich selbst überlassener Kapitalismus wird diese Aufgaben keinesfalls lösen. Fähig dazu ist nur ein intervenierender, aktiver Staat. Und ohne die baldige Lösung dieser Aufgaben ist zu befürchten, daß der stattfindende Wandel unserer Arbeitswelt zu gesellschaftlich inakzeptablen Resultaten führt.

#### Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1998): Memorandum '98: Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln.
- Dederling, Heinz (1999): Wie man Lernen und Alltagspraxis verbindet, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 46. Jg., S. 589-592.
- Gorz, André (1994): Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg.
- Gorz, André (1988): Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M.
- Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25.
- Petersen, Thieß (1998): Subjektive Voraussetzungen für die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft, in: Hintergrund, 11(1998)3, S. 15-25.
- Reuter, Norbert (2002): Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in: UTOPIE kreativ, Heft 136, S. 131-144.
- Zinn, Karl Georg (1997): Jenseits der Markt-Mythen, Hamburg.



GEORG KATZER

## »Man muß die Ränder wachsen lassen«

### Im Gespräch mit Stefan Amzoll

STEFAN AMZOLL: Nach zehn Jahren Mauerfall schaut Neue Musik in Deutschland anders aus. Einerseits: Mancher Ost- und Westunterschied ist zwar weg. Doch sind bestimmte Trends, Werke, Namen, die auf beiden Seiten Bedeutung erlangt haben, längst nicht Allgemeingut. Andererseits: Obwohl westliche Sphären sich oft selbst genügen und östliche das als Ungenügen ansehen, reißen Begegnungen nicht ab. Konzertprogramme öffnen sich. Ensembles entscheiden bei der Auswahl nicht nach Herkunft und Gesittung, sondern nach qualitativen Kriterien. Der Zugang zu Noten, Partituren, Auführungsmaterial, auch CD-Produkten östlicher Prägung ist kein Problem mehr. Informationen zum geschichtlichen Stand Neuer Musik hüben wie drüben sind in neuen Dokumentationen abrufbar. Das Gleichheits- und Vielfaltsgebot wäre an sich mühelos erfüllbar. Doch das Schiff hat nach wie vor Schlagseite. Woran liegt das?

GEORG KATZER: Es ist so, daß wir Komponisten östlich der Mauer recht gut Bescheid wußten über die Neue Musik in der damaligen BRD. Wir konnten uns informieren über das Radio, es kamen auch hin und wieder Noten rüber, und in den späten achziger Jahren sind ja Komponisten auch schon häufig zu Festivals gefahren, so daß es auch persönliche Berührungen gab.

STEFAN AMZOLL: Wie war das umgekehrt?

GEORG KATZER: Umgekehrt war der Informationsstand auf westlicher Seite einfach durch die wenigen Aufführungen, die wir hatten, nur punktuell vorhanden. Nach dem Fall der Mauer hat sich das dann selbstverständlich ein wenig verändert, obwohl ich ganz objektiv sagen muß: Der Nachholebedarf der ehemals westlichen Kollegen ist immer noch vorhanden, und es scheint, wenn man immer von der *Mauer in den Köpfen* spricht, diese Mauer gibt es in den Köpfen der Neubürger ebenso wie in den Köpfen der Altbürger. Wenn zum Beispiel ein Nachschlagewerk *Komponisten des zwanzigsten Jahrhunderts* (Philipp Reclam jun. Stuttgart 1999) erscheint und außer Eisler und Dessau, die schon vor 1945 Bedeutung erlangt haben, dort kein einziger Name der Ostkollegen aufgeführt ist, und dieses Buch von einem gut informierten Rundfunkredakteur verfaßt worden ist, dann fragt man sich: Ist das bewußte Lückenhaftigkeit oder ist das, was da war und ist, einfach vergessen. Ich vermute eher das letztere. Das zeigt, daß die Sicht immer noch dominiert ist von

Georg Katzer – Jg. 1935; Komponist, studierte zwischen 1954 und 1960 Klavier, Musiktheorie und Komposition bei Rudolf Wagner-Regeny und Ruth Zechlin an der Hochschule für Musik Berlin, war letzter Meisterschüler von Hanns Eisler und seit 1978 Mitglied der Akademie der Künste der DDR und seit 1987 Professor für Komposition; gründete 1986 zusammen mit Lothar Voigtländer die Gesellschaft für Elektroakustische Musik der DDR, mehrfacher Preisträger, schuf zahlreiche Orchester- und Kammermusikwerke, elektroakustische Stücke, radiophone Musiken, komponierte Ballette, Opern, Theater-, Film- und Hörspielmusik, musiziert daneben in Ensembles der improvisierten Musik, lebt und arbeitet in Zeuthen.

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte zwischen 1968 und 1972 Theater- und Musikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte 1987, war nach der ›Wende‹ Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II und übernahm 1990 die Programmleitung von Deutschlandsender Kultur, seit 1992 freier Publizist. Von Stefan Amzoll sind in »UTOPIE kreativ« folgende Gespräche erschienen: mit Thomas J. Richter (Nr. 57 und 97/98), mit Hans-Eckardt Wenzel (Nr. 81/82), mit Friedrich Schenker (Nr. 109/110), mit Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel (Nr. 115/116), mit Robert Kurz (Nr. 121/122) und mit Gerd Rienäcker (129/130).

einer rein westlich geprägten Optik und der Osten in den Köpfen nach wie vor keine Rolle spielt.

STEFAN AMZOLL: In den siebziger und achtziger Jahren, als sich DDR-Kulturpolitik öffnete, wurde die DDR-Avantgarde der Neuen Musik auch im Westen bekannt. Ihrer nahmen sich sogar westliche Rundfunkstationen an. Der WDR produzierte Goldmann, Katzer, Schenker, Dittrich, Bredmeyer und der DLF führte die Interviews. Doch in den neunziger Jahren wart ihr plötzlich wieder unbekannt. Das ist doch ein merkwürdiges Phänomen.

GEORG KATZER: Man muß feststellen, daß wir in der Tat ab den siebziger Jahren in westlichen Rundfunksendern vor allen Dingen eine ganz wichtige Stütze hatten, indem die uns produziert und gesendet haben. Das ist nach dem Wegfall der Mauer eher weniger geworden. Sicherlich hängt das damit zusammen, daß wir nun keine Exoten mehr sind und dieser Gesichtspunkt der allgemeinen Neugier wegfiel. Ich glaube, die Sicht der westlichen Festivals und sonstiger Veranstalter ist wieder ganz auf das eigene Umfeld gerichtet. Insofern ist die Situation, was das betrifft, schwieriger geworden. Auf der anderen Seite gibt es sehr viele Ensembles, bekannte und weniger bekannte, die in den Konzertprogrammen Stücke von Komponisten aus den neuen Bundesländern haben. In dieser Richtung hat sich eine positive Entwicklung vollzogen.

STEFAN AMZOLL: Ausschlaggebend für Entwicklungen oder Fehlentwicklungen ist bekanntlich, mit welchem Personal welche Stellen im Kulturbetrieb mit welcher Zielstellung besetzt sind und welcher Geist im übrigen vorherrscht.

GEORG KATZER: Hier muß man, wenn man das ganze Umfeld beschreiben will, die Tatsache erwähnen, daß im Grunde alle Chefpositionen in den neuen Ländern gewechselt haben. Man findet keinen der ehemaligen Chefdirigenten mehr, keinen Intendanten, allenfalls Mitarbeiter im Dramaturgiebereich. Aber in den leitenden Funktionen ist es ausschließlich Westpersonal oder es sind Ausländer, die selbstverständlich ihre eigenen Erfahrungen mitbringen. Also wenn einer Intendant wird oder Chefdirigent, dann ist er mindestens Mitte vierzig, Anfang fünfzig. Der hat sich seinen Kreis schon geschaffen. Ich will ja gar nicht sagen, daß das böse Absicht ist. Das ist einfach eine Frage des bequemen Umgangs. Man hat ein paar Leute, die man kennt, die man aufgeführt hat, und bei denen bleibt man. Die Neugier ist nicht mehr so groß in dem Alter.

STEFAN AMZOLL: Läßt sich das ändern?

GEORG KATZER: Das läßt sich nicht ändern. Weder durch Klagen noch durch Appelle. Man muß diesen Tatbestand hinnehmen, so wie er ist. Bei der nächsten Generation wird das bereits anders aussehen. Selbstverständlich sind jüngere Komponisten für Veranstalter immer attraktiver als ältere, das betrifft Verlage und Konzertveranstalter. Das Problem wird sich ganz anders, nämlich auf natürlichem Wege lösen.

STEFAN AMZOLL: Spielen Ressentiments eine Rolle, politische zum Beispiel oder die Vergangenheit, die Biographie älterer Kollegen, gar deren Überzeugungen?

GEORG KATZER: Das könnte ich in meinem Falle und in dem Falle meiner Kollegen, mit denen ich mich geistig-kompositorisch verwandt fühle, gar nicht sagen. Es hat sich keiner von ihnen politisch kompromittiert. Es könnte sein, daß unterschwellig Berührungspunkte da sind, weil man ›nicht genau weiß‹ oder Vermutungen anstellt. Dem könnte man sehr gut entgegenreten, wenn so etwas laut würde. Aber das wird es nicht, und vielleicht gibt es das auch gar nicht.

STEFAN AMZOLL: Hansjörg Pauli hat 1968 Avantgardekomponisten die Frage gestellt: »Für wen komponieren Sie eigentlich?« Schnebel, Kagel, Nono, Ferrari und andere antworteten sehr unterschiedlich. Es ging dabei auch um Politik. Das ereignisreiche Jahr '68 legte das nahe. Was würde Georg Katzer dreißig Jahre später darauf sagen?

GEORG KATZER: Auf die Frage ›Für wen komponieren Sie eigentlich?‹ sage ich immer, ich komponiere für mich oder ich komponiere für ein Publikum, das ich mir so vorstelle, wie ich bin und wie mein künstlerischer Geschmack ist. Dieses Publikum ist zahlenmäßig gering, das wissen wir, und findet sich nicht unbedingt im Umfeld der bekannten, tradierten, klassischen Konzertinstitutionen. Dieses Publikum findet sich eher in der ›Off-Szene‹. Wenn ich ins Konzert gehe, gehe ich am liebsten – auch als unbeteiligter, nicht gespielter Komponist – in diese Konzerte der freien Ensembles, die ihr künstlerisches Profil selbst bestimmen, meist auf demokratische Weise. Und dort findet sich ein Publikum ein, das von vornherein mit Neugier kommt und auf diese Musik eingestimmt ist.

STEFAN AMZOLL: Zahlenmäßig ist es gering.

GEORG KATZER: Natürlich, die Haupttrends bestimmen die großen Konzertinstitutionen, und die kommen aus dem 19. Jahrhundert, sind schwerfällig als Instanz und unbeweglich in ihrer Programmgestaltung, weil sie mit vergleichsweise viel Publikum rechnen müssen. Auch hier ist die Quote, die berühmte, im Denken drin. Und schließlich: Dirigenten lernen wenig Neues, sie werfen sich ungern in das Abenteuer Neue Musik. Aufführungen bleiben daher selten, und die Frage nach dem Publikum, für wen ich komponiere, stellt sich in einer besonderen Weise. Schreibe ich etwas für Orchester, für mich immer wieder eine äußerst spannende Erfahrung, weiß ich, dort sitzt ein Publikum, das größtenteils der Sache gegenüber nicht aufgeschlossen ist.

STEFAN AMZOLL: Hat das Auswirkungen auf die Arbeit?

GEORG KATZER: Die Gefahr ist, daß man sich insofern korrumpiert, als man einen Weg zu finden sucht, der dem Geschmack des großen Publikums entgegenkommt. Das wäre so eine Auswirkung. Das ist psychologisch eine Bürde: Man arbeitet an diesem Stück drei Mo-

nate oder ein halbes Jahr, je nach seinem Umfang, und weiß um die Problematik, daß ein Ganztel Ablehnung programmiert ist.

STEFAN AMZOLL: Die meisten schert das nicht oder nicht mehr.

GEORG KATZER: Das ist anders, wenn ich für ein Ensemble schreibe, wo von vornherein klar ist, die spielen nur Neue Musik und sie haben eben das Publikum, das diese Musik hören will.

STEFAN AMZOLL: Die Frage ›Für wen...‹ reichte ja 1968 um vieles weiter. Neue Musik führte damals vielleicht mehr als heute ein Ghetto-Dasein, und künstlerische Protagonisten der 68er Bewegung fragten sich: Da stimmt etwas nicht, es muß Adressaten geben, wem dient das, welche Alternativen gibt es usw. Diese Situation ist passé. Welche Situation finden wir heute vor?

GEORG KATZER: Tatsächlich reicht die Frage nach dem Publikum viel weiter. Auf den einschlägigen Neue-Musik-Festivals ist das Publikum im Prinzip d'accord mit dem Gebotenen, und wir finden auch einen mitreisenden Journalismus vor, der die Programme publizistisch auswertet. An solchen Tagen scheint die Welt in Ordnung zu sein. Andererseits kann man bei Komponisten in ihrem Herangehen eine ausgeprägte Haltung der Verweigerung beobachten, und es bleibt eben bei diesen schönen, glückseligen Inseln, denn die Stücke schaffen es nicht, in das allgemeine Konzertrepertoire zu gelangen. Das ist die Situation des Eingeschlossenseins in eine bestimmte Ästhetik, die verhindert, daß die Stücke eine Breitenwirkung entfalten. Daneben läuft seit einigen Jahren der ›Cross-Over‹-Trend, also die Koppelung – sehr verkürzt gesagt – von ›U‹ und ›E‹, die bei Jugendlichen sehr erfolgreich ist. Frage ist, ob diese neuen Trends die E-Musik aushebeln werden.

STEFAN AMZOLL: Eine Frage nach der Zukunft der Musik, auf die wir noch kommen werden.

GEORG KATZER: Aber nicht nur der Musik allein, sondern es ist die Frage nach dem Kulturverständnis der Gesellschaft. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war es eine weitgehend intakte bürgerliche Gesellschaft, wo der Umgang mit geistigen Gütern zum Lebensstil gehörte. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese bürgerliche Gesellschaft weitgehend dezimiert worden, im Osten natürlich viel stärker als im Westen. Im Westen ist eine neue bürgerliche Gesellschaft entstanden, deren Verständnis sich mehr auf Besitz gründet als auf Kunstverständnis. Ich sage das sehr pauschal und bin mir im klaren, daß solche Pauschalierungen sehr gefährlich sind. Doch die neue Schicht in dieser Nachkriegsgesellschaft ist sehr stark eine technische Intelligenz, und deren Kulturansprüche sind andere, als die einer großbürgerlichen Gesellschaft, die, solange bis die Nazis die Oberherrschaft gewannen, das kulturelle Klima bestimmt hat. Insofern ist die Frage nach dem Kulturverständnis eine allgemeine Frage.

STEFAN AMZOLL: Wie ist es jetzt?

GEORG KATZER: Jetzt geht das Ganze mehr auf Event-Kultur, und der U-Effekt ist sehr stark geworden. Und der wird auf eine Weise ausgelegt (Kunst muß immer unterhalten, das ist klar!), die mehr mit Ablenkung als mit Konzentration auf etwas zu tun hat.

STEFAN AMZOLL: Auch der Komponist ist ja, wenn von Event-Kultur die Rede ist, in diese Rolle gedrängt. In der Regel werden Kompositionen einmal aufgeführt. Bei Stücken für spezialisierte Ensembles ist das zwar etwas anders, aber im Regelfall ist der Komponist dazu verurteilt, ein Stück nach dem anderen zu produzieren. Und die verschwinden dann oft wieder sehr schnell. Werden einzelne Arbeiten wieder hervorgeholt und aufgeführt, hat man Glück. Eine Zweideutigkeit, die – finanzielle Sicherung vorausgesetzt – einerseits individuell befriedigen mag, da die Serie neuer Antriebe nicht abreißt, und andererseits die traurige Folge hat, daß bedeutende Arbeiten verkümmern, ja ganze Werkkomplexe im Massengrab der Moderne verschwinden. Aber wirklich lebendige Werke wollen wieder erweckt werden.

GEORG KATZER: Das ist ein ökonomisches genauso wie ein psychologisches Problem für den Komponisten, der die große Form – Oper, Orchester- und Solokonzert – komponiert. Der Markt ist eben sehr stark orientiert auf das Ereignis, das einmalige Ereignis, ergo auf das Event. Die Uraufführung steht im Mittelpunkt, die besondere, die sensationelle Hervorbringung ist wichtig, so daß die Stücke dahinter verschwinden und unter Umständen nie wieder gespielt werden. Lebensarbeit steckt da drin, auch Herzblut, wenn das auch romantisch klingt. Andererseits ist man, wenn man ehrlich ist, immer noch in einer glücklichen Lage. Der Arbeiter, der malocht, der entfremdet arbeitet und darin oft überhaupt keine Befriedigung hat, ist mit unserer Stellung, die privilegiert ist, nicht vergleichbar. Aber es bleibt dieser Zwiespalt. Und wenn ich Event sage, dann meine ich, daß Neue Musik nur bis zu einem gewissen Grade Event werden kann.

STEFAN AMZOLL: Das ist ein schlimmer Begriff. Man jongliert allerorten mit ihm, klebt persönlich daran und merkt nicht, daß, je mehr man ihn kritiklos anwendet, je mehr Kulturgut stillgestellt wird.

GEORG KATZER: Zum Event gehört die mediale Ausschachtung. Das Event ist wichtiger als das Stück selbst – es geht ums Dabeisein und Gesehen- und Erwähntwerden, in der Presse oder im Fernsehen. Um es klar zu sagen: Das Event ist Feind von Kultur.

STEFAN AMZOLL: Deren Produzenten und Profiteure in erster Linie – wo aber entwickelt sich Kultur?

GEORG KATZER: Sie entwickelt sich immer nur an den Rändern. Das ist in der Politik bei Staaten, die sich die Freiheit erkämpft haben, immer dann möglich gewesen, wenn sie an den Rändern der

Machtzentren lagen. Da hat sich etwas Neues entwickelt. Und so ist es auch in der Kunst. Das Zentrum, das ist immer mainstream, da entwickelt sich nichts Neues. Nur an den Rändern geschieht das. Aber die Ränder sind für Publizität völlig uninteressant. Sie fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht. Sie werden erst dann interessant, wenn sie eine Strömung bestimmen, wenn sie selbst mainstream werden. Dann stürzen sich die Medien drauf.

STEFAN AMZOLL: Die »Dreigroschenoper« von Brecht/Weill ist Produkt des Randes gewesen, stieß dann ins Zentrum und einzelne Segmente wissen heute noch – oft in den unsäglichsten Verflachungen – die Welt zu entzücken. Event, ein Feind der Kultur. Können Sie das etwas näher beschreiben?

GEORG KATZER: Das Wort Kultur im Zusammenhang mit Event finde ich ziemlich fatal. Wie gesagt, Events müssen publikumsträchtig und medial vermarktbar sein. Das bedeutet von vornherein eine Beschränkung auf bestimmte Geschmackslagen. Die können von Neuer Musik oder Neuer Kunst schwerlich oder gar nicht hergestellt werden. Das Zentrum, von dem ich sprach, ist das, was durch ein Filter gegangen ist und Allgemeingut geworden ist. Man braucht dieses Zentrum; ich polemisiere nicht dagegen, daß man dieses Zentrum bedient. Man braucht es als Humus. Aber damit Neues entsteht, muß man die Ränder wachsen lassen. Dort siedelt die Hefe. Für das Event ist das nicht brauchbar. Wen der VW-Konzern gesponsert hat, das waren die Rolling Stones. Das zeigt, wohin das ganze Denken geht, auch das Sponsoring. Für wirklich neue Kunst interessiert sich Sponsoring nicht. Es sei denn für bildkünstlerische Objekte, die zu vermarkten sind.

STEFAN AMZOLL: Kunst zum Anfassen.

GEORG KATZER: Zum Aufbewahren und späteren Vermarkten. Für so etwas ist Neue Musik völlig uninteressant.

STEFAN AMZOLL: Nochmals Stichwort 1968 und das Büchlein *Für wen komponieren Sie eigentlich?* Die Frage hatte ja damals auch einen politischen Aspekt. Künstler waren aufgebracht. Sie hegten Zweifel an ihrer sozialen Rolle und suchten nach einem neuen Selbstverständnis. Der Vietnam-Krieg, den weltweite Protestwellen begleiteten, nährte solche Erfahrungen und veränderte die Ästhetik, bei Nono, Rzewski und anderen. Dreißig Jahre später widerspricht György Konrad, Präsident der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg, mutig dem neuen NATO-Selbstverständnis, er ficht mit klaren Begründungen den ungleichen Krieg einer Staatengemeinschaft gegen Jugoslawien an. Dieser Krieg, ein Ereignis, so einschneidend möglicherweise wie für Sie damals das Wirken des Panzerkommunismus, der den »Prager Frühling 1968« zerschlug?

GEORG KATZER: Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« war für mich das einschneidendste politische Ereignis. Von diesem Zeitpunkt an habe ich nicht mehr an die innere Kraft des Sozialismus,



sich zu regenerieren, zu einem wirklichen Sozialismus zu werden, geglaubt. Die Hoffnung kam erst viel später noch einmal auf, als Gorbatschow auf den Plan trat.

STEFAN AMZOLL: Und wie ist es jetzt?

GEORG KATZER: Ich stelle fest, daß es Ereignisse gibt, die sich unbedingt in der öffentlichen Diskussion niederschlagen müßten. Es gab den Krieg auf dem Balkan und es gibt ihn versteckt immer noch, es gibt jetzt die krieglerischen Auseinandersetzungen in Tschetschenien. Aber, merkwürdigerweise, die Intellektuellen scheinen wie gelähmt, so erscheint es mir. Abgesehen von einzelnen Veranstaltungen, wo durchaus diskutiert wird, ist das alles nicht mehr vergleichbar mit den Protesten früher, zum Beispiel gegen den Vietnamkrieg. Der ist doch vergleichbar mit dem, was sich abspielt zwischen Rußland und Tschetschenien. Es ist eine Lähmung da, und die zeigt sich nicht nur in diesen Fragen, es herrscht eine allgemeine Politikmüdigkeit, die auch beim Wählervolk zu verzeichnen ist. Es ist so eine bleierne Schwere da; man nimmt diese Meldungen, die geradezu gebündelt kommen, sei es aus der näheren Politik, sei es aus dem Weltgeschehen, einfach als gegeben hin. Ich kann von mir auch nicht sagen, daß ich – im engeren Sinne – politisiert wäre durch all diese Vorgänge.

STEFAN AMZOLL: Und im weiteren Sinne?

GEORG KATZER: Einige Stücktitel aus der letzten Zeit verraten da einiges. Ein Stück heißt »Arietta – hektischer Stillstand, Adagietto entschwindend«, ein anderes heißt »Geschlagene Zeit«, ein Schlagzeugkonzert für sechs Schlagzeuger und Orchester. Dieser Titel verrät etwas, denke ich. Oder »Gesang – Gegengesang – Abgesang«. Bezeichnungen, die etwas erahnen lassen, daß es da etwas gibt außerhalb der reinen musikalischen Autonomie.

STEFAN AMZOLL: Handelt es sich um programmatische Musik?

GEORG KATZER: Das wäre ganz falsch. Es sind Reflexionen, die mich begleiten und die klimatisch einfließen in die Musik. Das kann man nicht an einzelnen Noten festmachen, das kann man nur an der Gesamthaltung der Musik erkennen.

STEFAN AMZOLL: Ein Stück heißt »Allmähliche Auflösung harmonischer Verhältnisse«.

GEORG KATZER: Das ist auch so ein doppeldeutiger Name.

STEFAN AMZOLL: Die ersten, von Ihnen selbst qualitativ beglaubigten Werke, zwei Orchestersonaten, ein Streichquartett, stammen aus den sechziger Jahren. Welche Zeit war, wenn Sie zurückdenken, die fruchtbarste für Sie als Komponist?

GEORG KATZER: Die siebziger Jahre. Da war ich nicht nur sehr fleißig, da schaffte ich, denke ich, auch den sogenannten Durch-

bruch. In jenen Jahren habe ich viele auch größere Werke geschrieben, eine Oper, ein Ballett, mehrere Orchesterwerke, und ich hatte in dieser Zeit auch viele Aufführungen. Ich hatte mich als Komponist, wie man sagt, gefunden. Es begann mit dem erwähnten 1. Streichquartett 1966, noch etwas befangen in der polnischen Ästhetik Pendereckis und Lutoslawskis; ich habe mich aber bald gelöst davon.

STEFAN AMZOLL: Ich denke, Sie haben damals ein paar Stücke geschrieben, die durchaus jetzt noch Bestand haben.

GEORG KATZER: Vielleicht das Trio »Essai avec Rimbaud« für Oboe, Violoncello und Klavier, damals war es avanciert und es wirkt jetzt noch so. Aber auch Stücke wie das Orchesterstück »Sound-House«, das Ballett »Schwarze Vögel« und die Oper »Das Land Bumbum«...

STEFAN AMZOLL: ...eine Oper für Kinder...

GEORG KATZER: ...in der Kinderoper ist versteckt, was anders nicht rüberzubringen gewesen wäre.

STEFAN AMZOLL: Was ist darin versteckt?

GEORG KATZER: Sie spielt in einem Märchenland, in dem, erstens, das Lügen unbekannt ist. Nur der König und sein erster Minister verstehen sich auf die Technik des Lügens und regieren auf diese Weise das Volk. Zum zweiten ist lustige Musik verboten. Und damit das Verbot überwacht werden kann, sind überall im Land riesige Ohren aufgestellt. Eine Rolle hat darin auch ein Spion, der solch schöne Sätze spricht wie: »Wenn nicht jeder jeden überwacht, geht das Land zugrunde.«

STEFAN AMZOLL: Ein Wunder, daß das Stück auf die Bühne kam?

GEORG KATZER: Das war nur möglich, weil Joachim Herz, der Regisseur, wie unter einer Käseglocke inszeniert hat. Es durfte kein Fremder den Proben beiwohnen. Paradox, daß selbst ich mich zur Generalprobe ausweisen mußte, andernfalls wäre ich nicht hineingekommen.

STEFAN AMZOLL: Diese Intriganz im Umgang mit der Wahrheit ist sicher einer der Gründe, warum die siebziger Jahre für Sie so fruchtbar waren.

GEORG KATZER: Als junger Mann ist man druckvoller und enthusiastischer als später. Hinzu kommt: In den siebziger Jahren hatte sich das Klima kulturpolitisch liberalisiert, zumindest in der ersten Musik. Von neuer Musik – das wurde begriffen – war keine Revolution zu erwarten. In der instrumentalen Musik war im Prinzip alles gestattet, was denkbar erschien. Anders war das bei Textwerken. Die Inhalte wurden geprüft – auch die Art der Befreiung im Materialbereich hat zu dieser Produktivität bei mir geführt.

STEFAN AMZOLL: 1976, nach dem Rauswurf Wolf Biermanns, wurden kulturpolitisch allerdings die Zügel wieder angezogen. Haben Sie das in irgend einer Weise gespürt?

GEORG KATZER: Ich hab das nicht so sehr gespürt, weil ich mich aus taktischen Gründen weitgehend auf Instrumentalmusik beschränkt habe. Und da gab es in dem Sinn kaum eine Zensur. Ein bißchen Ärger gab es hin und wieder schon. So bei der »Ballade vom zerbrochenen Klavier« für einen singenden und sprechenden Pianisten und Tonband von 1980; den Text hatte ich selbst verfaßt.

STEFAN AMZOLL: Der Grund?

GEORG KATZER: Der Zensor sprach von einer Herabsetzung des ›sozialistischen Menschen«. Nach der Orchestersonate Nr. 1, sie entstand Ende der sechziger Jahre, sollte ich auf Weisung des Ministeriums für Kultur gesperrt werden für Orchesteraufführungen. Aber so etwas war natürlich nicht sehr lange durchzuhalten. Manche Verordnung und Weisung, das ist interessant zu wissen, wurde schnell wieder unterlaufen. Man kriegt nicht 80 Orchesterchefs so unter die Fuchtel, daß die alles machen, was ein Stellvertretender Kulturminister anweist.

STEFAN AMZOLL: Arbeiten von Hanns Eisler, Anna Seghers, Fritz Cremer, Paul Dessau, Heiner Müller, denke ich, gehören zur Weltkunst. Das sind die Toten. Bleibt zu hoffen, daß heute lebende Künstler, in der DDR groß geworden, später ähnliche Geltung erlangen. Teilt der Komponist diese Hoffnung?

GEORG KATZER: Ich habe da nicht viel Hoffnung. Nicht, daß ich die in Frage kommenden Künstler für zu unbedeutend hielte, aber es gibt keine Sicht auf diese Künstler. Die sind in den Köpfen derer, die das Geschehen bestimmen, nicht drin. Und wenn noch dazu die Tendenz, Neue Musik überhaupt wahrzunehmen, allgemein abnimmt, sehe ich noch weniger Chancen für die Komponisten aus dem ehemaligen Osten, ihren Platz zu bekommen. Ich bin da nicht optimistisch.

STEFAN AMZOLL: Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer: Was hat sich für den Komponisten verändert, kann er ästhetisch freier agieren? Ist das Schreiben schwieriger geworden? War und ist es gar gefährlich, zu komponieren?

GEORG KATZER: Komponieren war, in der DDR, nie richtig gefährlich, außer man hat sich bestimmter (für den Staat gefährlicher) Textvorwürfe bedient. Ich will das Problem weiter fassen. Früher, als wir noch DDR waren, hatten wir ein vis à vis, ein Gegenüber, und wir wußten, das Gegenüber mochte uns nicht. Das hat eine bestimmte Haltung beim Komponieren provoziert.

STEFAN AMZOLL: Hat das angestachelt?

GEORG KATZER: Es hat angestachelt. Vor allem hat es zu sehr gründlicher Überlegung geführt. Man konnte sich keinerlei Beliebigkeit erlauben. Und da das nun weg ist, das vis à vis, und das Terrain offen geworden ist, ist es gleichzeitig beliebig geworden. Selbst wenn man den Schock suchte, wüßte ich nicht, wie der herzustellen wäre. Das finde ich übrigens auch albern und bürgerlich und lächerlich, den Schock zu suchen.

STEFAN AMZOLL: Jedenfalls diese Beliebigkeit ist eine Gefahr?

GEORG KATZER: Heute zeigt sie sich in einem Überhandnehmen von Formen, die mit Performance und Installation bezeichnet werden, wo oft eine grenzenlose Beliebigkeit herrscht. Es genügt, etwas schlechthin zu machen. Die These von Joseph Beuys schlägt hier negativ durch, daß jeder Mensch ein Künstler ist.

STEFAN AMZOLL: Auch die Ästhetik John Cages hat daran eine Aktie: alles Akustische sei Kunst.

GEORG KATZER: Ja, und man müsse nur irgendwas machen, und wenn sich nur einer findet, der meint, das sei Kunst, dann ist es eben welche.

STEFAN AMZOLL: Das entwertet die Besonderheit von Kunst, die Besonderheit des Künstlers, der mit sittlichem Ernst und großer Hingabe produziert. Da geht es an die Substanz...

GEORG KATZER: Kunst muß etwas haben, das zur Auseinandersetzung herausfordert. Sie darf nie beliebig sein.

STEFAN AMZOLL: Auseinandersetzung, was meint das? Mit den eigenen Voraussetzungen, mit der Zeit usw.?

GEORG KATZER: Die Möglichkeiten der Auseinandersetzung sind vielfältig. Das kann über die Schiene der Politik laufen, das kann über den sogenannten Zeitgeist geschehen, indem man denselben unterläuft. Kunst muß Sand ins Getriebe dieser (scheinbar) wie geschmiert laufenden Maschine streuen.

STEFAN AMZOLL: Diese Beliebigkeit, von der Sie gesprochen haben, schleppt ja auch einen Reduktionismus mit sich, nämlich die Aufforderung, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und entwickelte Strukturen der Musik einfach zu negieren. Das ist, wie wenn der werkelnde Kunstbanause aus seinem Material alle Vertracktheit austreibt.

GEORG KATZER: Dieser Reduktionismus ist gerade bei jungen Leuten im Schwange. Dem liegt zugrunde eine große Skepsis gegenüber einer Musik, die mit assoziativem Material arbeitet. Diese Skepsis nährt sich auch aus gewissen Abnutzungserscheinungen des Materials und vor allen Dingen aus dem Mißbrauch von Musik in den Medien. Eine Trompetenfanfare etwa ist vollkommen verschlissen

(um ein sehr simples Beispiel zu geben) durch tradierte Abnutzung, durch Verschleiß in Filmen, durch sonstigen assoziativen Gebrauch. Und: Bestimmte Ausdrucksweisen sind verschlissen. Man macht um diese Setzungen einen großen Bogen, und die Konsequenz ist, daß man sich in Zonen flüchtet, die noch unbesetzt sind. Das ist völlig legitim und konsequent. Die Suche nach neuem, unverbrauchtem Material muß immer stattfinden. Nur glaube ich, daß die Haltung der Verweigerung – der Name eines Festivals »ex negativo« drückt das exemplarisch aus – für mich keine fruchtbare Haltung ist.

Ich meine, daß Kunstproduktion nicht aus der Verweigerung kommen sollte, sondern aus der Bejahung.

STEFAN AMZOLL: Grundsätzlich und immer? Das Dialektische kommt in Neuer Musik, glaube ich, zu kurz. Der eiserne Besen der Postmoderne hat allzu viel aus der Kunst gefegt. Prozessuale Paarungen wie Position und Negation, Spruch und Widerspruch, Regression und Fortschritt, Stillstand und Bewegung oder These und Synthese/Antithese sind kaum noch auffindbar. In vielen Ihrer Stücke aber leben solche Relationen, kritisch angewandt und raffiniert verwandelt, fort und sind assoziativ aufgeladen. Dabei erfinden Sie ganz neue Gegensatzbeziehungen und operieren mit ihnen sinnfällig und spielerisch. Das ist viel, denke ich.

GEORG KATZER: Zunächst: Für mein Komponieren habe ich bestimmte Kategorien, die ich ständig benutze und befrage. Zum Beispiel die Kategorie Redundanz, ein Wort, das immer pejorativ gebraucht wird. Man vergißt dabei, daß Redundanz beispielsweise die Grundlage jeder menschlichen Kommunikation ist, daß Redundanz immer beteiligt ist, wenn es sich um Formerkennung handelt.

Jede Form, die wir als Form im emphatischen Sinne betrachten, ist redundant. Sie weist Symmetrien und Entsprechungen auf, sonst ist es nicht möglich, Formen zu erkennen in einer Struktur. Für mein Komponieren ist wichtig dieser Balanceakt auf einer schmalen Linie; auf der einen Seite droht der Abgrund der Langeweile, der durch Redundanz entstehen kann, wenn man falsch mit ihr arbeitet, und auf der anderen Seite gähnt ein ähnlicher Abgrund, nämlich eine Dürre, eine Aussparung, eine Verweigerung, wo die Konstruktion zwar als Nervengeflecht vorhanden ist, aber das Fleisch ringsherum fehlt.

STEFAN AMZOLL: Bezieht sich das auf die Ästhetik des deutschen Komponisten Helmut Lachenmann?

GEORG KATZER: Namen spielen hier keine Rolle; das kann sich sehr verschieden ausdrücken. Für mich liegt das Kunstwerk dazwischen, auf einer schmalen Linie; übrigens immer auch in der Gefahr, daß es zum Kitsch wird. Auf der Suche nach Schönheit kann Kunst leicht zum Kitsch werden. Das ist ein weiteres Problem, nämlich wie es mit der Schönheit bestellt ist. Ich versuche, auch mit assoziativ besetztem Material umzugehen, und zwar durch Neudeutung, durch Umdeutung, durch Setzung neuer Konstellationen, durch Zerstörung.

STEFAN AMZOLL: Was hat sich in dieser Hinsicht bei Ihnen im letzten Jahrzehnt verändert?

GEORG KATZER: Was sich verändert hat, ist, glaube ich, daß das Prozeßhafte, das in meiner Musik immer noch vorhanden ist, jetzt stärker als früher gekontert wird durch Brüche. Ein Außenstehender könnte das wahrscheinlich genauer sagen.

STEFAN AMZOLL: Woher rührt das Bedürfnis, den Prozeß zu kontern?

GEORG KATZER: Das hat auch damit zu tun, daß das Vertrauen in die lineare Entwicklung der Gesellschaft nicht mehr vorhanden ist. Der Fortschrittsgedanke hat schäbige Flecken bekommen. Nicht daß ich ein Fortschrittsgegner wäre, aber ich sehe Fehlentwicklungen auf verschiedenen Gebieten, ob das die Gentechnik ist oder die ungebremste Expansionswut der Autoindustrie. Man könnte vieles anführen, was als Fortschritt verkauft wird. Das führt, wie ich meine, alles zusammen in den Trichter einer größeren Katastrophe. Und diese Katastrophe droht von mehreren Seiten, sie droht von seiten der Umwelt ebenso wie von seiten aus dem Ruder laufender technologischer Entwicklungen...

STEFAN AMZOLL: Der Kontrolle weithin entzogen, da der Staat immer mehr regulative Funktionen abgibt, abgeben muß...

GEORG KATZER: Der Staat ist weitgehend entmachtet, die globale Verflechtung sorgt dafür; nicht reden will ich von der kriminellen Beeinflussung der Politik, die sich jetzt in Ketten von Korruptionsskandalen zeigt. Ich frage mich zum Beispiel auch: Wie will man heute wegkommen von der Dominanz der Autoindustrie, die weite Bereiche der Wirtschaft bestimmt und die Ressourcen kommender Generationen auffrißt.

STEFAN AMZOLL: Derlei Überlegungen zu globalen Problemen finden sodann einen, freilich sehr vermittelten, Reflex in bestimmten Kompositionen? Ich sage das sehr vorsichtig, weil: jeglicher Sozialismus ist natürlich fehl am Platze.

GEORG KATZER: Interessant sind vielleicht in dem Zusammenhang die Schlußlösungen von Stücken. Ich habe noch zu DDR-Zeiten sehr laute Schlüsse komponiert, die ein bißchen trotzig klingen.

STEFAN AMZOLL: Schalkhafte, sarkastische Schlußformulierungen sind in meiner Erinnerung.

GEORG KATZER: Ja, aber auch trotzig. Man hatte eine klare Front gegen sich.

STEFAN AMZOLL: Die Dreieinigkeit Parteilichkeit, Volksverbundenheit, Meisterschaft, das war der Gegner.

GEORG KATZER: Und in diesen Forderungen hat sich eine allgemeine



politische Haltung und Linie niedergeschlagen, gegen die hat man innerlich rebelliert, und so kam es zu diesen oft sehr massiven und trotzig Schlägen.

STEFAN AMZOLL: Das ist nun weg.

GEORG KATZER: Das ist völlig obsolet geworden für mich. Und die Schlüsse – nun gut, man könnte sagen, das sei sowieso Mode – sind jetzt durchweg leise geworden. Man hat nicht viele Möglichkeiten der Schlußgestaltung, was das betrifft, nicht wahr? Der Daumen geht hoch oder er geht runter, so ist das bei der Schlußgestaltung von Musik.

STEFAN AMZOLL: Und eine mittlere Lösung, gibt es die?

GEORG KATZER: Sie ist nicht undenkbar. Der Hintergrund ist, denke ich, daß sich in dem skizzierten Wandel allgemein der geistige Rückzug einer ganzen Generation von Künstlern niederschlägt, ein Skeptizismus, auch Resignation. Diese Einstellung muß übrigens nicht die Schwelle zur Bewußtheit überspringen. Sie kann latent sein.

STEFAN AMZOLL: Jetzt, wo Sprache vielfach versagt, wo Dichtung ein Jammertal ist, wo es sich der etablierte Schreiber wohlig eingerichtet hat in der reichen Sphäre und auch literarisch sich abzudichten sucht gegen den riesigen Hinterhof der Restvölker, jetzt könnte die Musik sprechen. Es ist ja nicht so, daß ihr diese Fähigkeit fehlen würde, sondern es ist eher die Fehleinschätzung ihrer Möglichkeiten.

GEORG KATZER: Musik kann natürlich eine Stimmungslage viel besser vermitteln, als es das Wort kann. Es genügen wenige Augenblicke, um zu beschreiben, was verbal nicht beschreibbar ist. Zum Beispiel Atmosphärisches. Ihr Handicap ist, daß sie Gründe nicht benennen kann. Man wünscht sich den aufmerksamen, sensiblen Hörer, der das für sich umsetzt und deutet, den Hörer, der die Stimmungslage erkennt und sich darin wiederfindet. In der Hinsicht kann Musik viel leisten – unabhängig davon, wie der einzelne Komponist herangeht. In jeder Musik, wie sie auch sei, steckt eine Haltung. Sie aufzuspüren, ist Teil des musikalischen Erlebens.

STEFAN AMZOLL: In Ihre Musik sind auch ökologische Ideen eingeflossen: die »Ballade vom zerbrochenen Klavier« ist so ein Stück. In den neunziger Jahren kamen weitere hinzu, zum Beispiel 1992 »Landschaft mit steigender Flut«, wobei die dazugehörigen Stückgehalte mehr bedeuten, als der Titel sagt.

GEORG KATZER: Zeichnungen der Natur gebrauche ich nur vermittelnd. Das letztgenannte Stück ist ein groß angelegtes Orchesterwerk mit Tonbandeinspiel. Vom Tonband kommen verschiedenste Wassergeräusche, zum Teil elektronisch manipuliert. Die »steigende Flut« steht nicht für Naturschauspiel, obwohl es das auch gibt im Stück, sondern sie ist Metapher. 1992 war die Zeit, in der man als DDR-Bürger immer deutlicher mit Rechtsradikalismus konfrontiert

wurde. Wer das Stück hört, wird nicht an die Rechten denken, dazu gibt es keinen konkreten Bezug. Aber wer, den Titel im Kopf, dieses Stück hört, »Landschaft mit steigender Flut«, bei dem können sich schon Assoziationen der verschiedensten Art einstellen. Das wäre mir nicht unlieb.

STEFAN AMZOLL: Und Natur ist Mittler.

GEORG KATZER: Ähnlich ist das bei meinem im letzten Jahr komponierten radiophonen Stück »Vineta«. Das ist die Sage vom Untergang der Stadt Vineta an der Ostsee wegen der Hartherzigkeit ihrer Bewohner. Das Klangmaterial des Stückes ist aus einer Meereswelle gewonnen, also ein Stück in der Tradition der *musique concrète*. Außerdem verwende ich ein Zitat aus der »Versunkenen Kathedrale« von Claude Debussy.

STEFAN AMZOLL: »Radiophon« gibt mir das Stichwort für die nächste Frage. Ausgewiesener Spezialist und gefragter Komponist sind Sie, jenseits des Konzertbetriebs, auch im Bereich der elektroakustischen Musik, und zwar seit den siebziger Jahren. In diesem Bereich hat es die größten technologischen Fortschritte gegeben. Sind die einhergegangen mit qualitativen Entwicklungen in dieser Musik?

GEORG KATZER: Ganz klar ist der technologische Fortschritt in der elektroakustischen Musik. Die Arbeitsweise von heute ist überhaupt nicht mehr vergleichbar mit der etwa Karl-Heinz Stockhausens in den fünfziger Jahren. Legitime Frage: Was hat's gebracht ästhetisch? Und ich muß sagen, viele dieser ersten Stücke, die haben nach wie vor Bestand, sie sind durch nichts übertroffen worden. »Gesang der Jünglinge« oder »Mantra«, ein Beispiel aus der Live-Elektronik, das sind Stücke, die bleiben. Es sind Produkte von Pionieren der elektroakustischen Musik, als die noch nicht en vogue war, und es schwierig war, damit umzugehen. Nicht jeder war bereit, sich diesen Aufgaben zu stellen...

STEFAN AMZOLL: Damals ein äußerst langwieriges, mühevolleres Unterfangen...

GEORG KATZER: Heute hat sich das Gebiet unglaublich verbreitert, im Bereich der Geräte so sehr wie im Basisbereich der Komponisten und – in ästhetischer Hinsicht. New-Age-Elektronik finden wir heute genauso wie extreme Geräuschexperimente. Technologisch ist das alles sehr unterschiedlich hergestellt. Das künstlerische Angebot ist viel breiter geworden, will ich damit sagen, aber nicht unbedingt besser. Und indem es wahnsinnig in die Breite gegangen ist, hat auf diesem Gebiet eine Demokratisierung stattgefunden. Aber wie immer, wenn etwas in die Breite geht, wird es auch wäßriger. Es gibt Komponisten, die wunderschöne Stücke herstellen, vor allem Franzosen. Frankreich – es gibt dort viele Lautsprecherkonzerte – hat auf diesem Gebiet eine besondere Tradition. Anders als in Deutschland genießt diese Musik dort eine besondere Wertschätzung.

STEFAN AMZOLL: Pionierarbeiten sind auch in anderen Gattungen ähnlich unübertroffen.

GEORG KATZER: Gewiß, zum Beispiel Monteverdis »Heimkehr des Odysseus«. Danach entstand zwar manche wunderbare Oper, aber dieser Gipfel blieb in seiner Art unübertroffen.

STEFAN AMZOLL: Hat die Vereinfachung bei der Herstellung von Klängen für Sie zusätzliche Effekte oder sogar bessere Stücke gebracht?

GEORG KATZER: Das weiß ich nicht. Das ist etwas, was mich selbst betrifft. Ich habe das erste Stück 1976 im Studio des Slowakischen Rundfunks Bratislava produziert und dafür einen Preis bekommen. Ich denke nach wie vor, daß dieses Stück vielleicht nicht schlecht ist. Danach kamen andere Stücke, mehr oder weniger gute. Die Qualität hängt aber nicht von der Art der Technologie ab. Man kann mit verhältnismäßig bescheidenen technischen Möglichkeiten wunderbar arbeiten. Man muß sich natürlich etwas einfallen lassen, und es dauert länger. Eine Arbeitserleichterung bieten die neuen Technologien auf jeden Fall.

STEFAN AMZOLL: Ist gegenüber früheren Bestrebungen ein allgemeiner ästhetischer Wandel zu beobachten?

GEORG KATZER: Die Klänge sind heute andere. Die rauhen Klänge der Anfänge sind verschwunden. Heute ist das alles glatter. Man kann das für einen Vorteil halten, man kann das für einen Nachteil halten. Die Stachlichkeit ist meist weg.

STEFAN AMZOLL: Die gezielte Mobilisierung des Schmutzes macht's allein wohl noch nicht.

GEORG KATZER: Sicher nicht. Aber auf jeden Fall ist das eine Ästhetik, die bei jungen Leuten hoch im Kurs ist.

STEFAN AMZOLL: Bei Ihnen weniger?

GEORG KATZER: In meinem letzten elektroakustischen Stück »Vineta« sind die Klänge auch zum Teil sehr rau. Die glatten Klänge, wie sie aus dem Synthesizer kommen, habe ich nie gemocht. Ich habe immer eine andere Ästhetik gesucht, die auf unverbrauchte Klänge rekurriert und sich der Glätte verweigert.

STEFAN AMZOLL: Der Hochglanzästhetik.

GEORG KATZER: Die Produkte der Hochglanzästhetik lassen sich sehr leicht herstellen. Ihre Ergebnisse sind vorverdaut, sie werden sozusagen ab Werk geliefert. Da sind Leute am Werk, die ihre eigene Vorstellung miteinbauen. Bedient man sich deren Klänge, so bedient man sich deren Ästhetik.

STEFAN AMZOLL: Das bildet die Umwelt präzise ab, die oft so hochgeschauert ist, daß der Rest Geist mit wegpoliert ist.

GEORG KATZER: Das bildet die gestylte Umwelt ab, wie sie der Handel uns ständig vorgaukelt und gibt das Bild, wie die Medien uns haben möchten.

STEFAN AMZOLL: Der lebendige Impuls des Interpreten fehlt hierin völlig. Das aber ist ein Punkt in Ihrer Arbeit, der hohe Priorität hat. Was hat sich hier in den neunziger Jahren verändert?

GEORG KATZER: Die alten Ensembles, für die ich viel komponiert habe, die gibt es nicht mehr; weder die Bläservereinigung Berlin mit Pianist Bernd Casper noch die »Eisler«-Gruppe, obwohl sie Revival veranstaltet. Es existiert noch das Aulos Trio, für das ich kürzlich wieder ein Stück komponiert habe. Nun gibt es aber eine Reihe neuer, junger Ensembles, mit denen ich sehr gern zusammenarbeite und für die ich sehr gern Stücke schreibe, das Kammerensemble Neue Musik Berlin, das Ensemble United, das Modern Art Sextett, die Musikfabrik Nordrhein Westfalen. Vieles ließe sich noch aufzählen, auch Solisten, Dirigenten, Jazzer, Improvisatoren. Nach wie vor sehr schön ist die direkte Zusammenarbeit mit den Musikern, mit dem jungen Peter Hirsch zum Beispiel, um nur diesen Namen zu nennen, einem außerordentlichen Dirigenten. Die Basis hat sich verbreitert, so daß man in der Kammermusik sehr viele Möglichkeiten hat.

STEFAN AMZOLL: Die Entwicklungen sind sehr erfreulich. Nicht zu vergessen, mit Akkordeonisten haben Sie zusammengearbeitet.

GEORG KATZER: Ich schreibe sehr gern für das Akkordeon. Das ist eine Klangfarbe, die sich außerordentlich gut mischt mit Bläsern und Steichern. Sehr vielseitig verwendbar. Eine Entdeckung für mich.

STEFAN AMZOLL: Generationskonflikte wird es immer geben. Jugend hat recht, wenn sie den Schmutz aufwirbelt, den Erwachsene nicht oder nicht mehr anfassen. Ein Drang nach Neuem ist ihr glücklicherweise eingeboren. Ein Konfliktpunkt ist: Erfahrene, kritisch geschulte Komponisten, Musiker investieren oft viel, um aus dem Betrieb heraus Objektivierungen für Neue Musik zu gewinnen. Junge Komponisten kultivieren demgegenüber die private Darstellung, den schieren Selbstausdruck, das Ich pur. Was haben Sie da beobachtet?

GEORG KATZER: Es ist ganz wichtig, daß die jeweils junge Generation sich absetzt von der älteren. Das kann zunächst nur geschehen durch Negation, durch Ablehnung. Das ist für die Selbstfindung ganz wichtig. Ich habe das selbst auch erlebt. Erst viel später kommt es dazu, früher Abgetanes wieder aufzunehmen und dem Eigenen zu subsumieren. In der Frühphase ist die Abstoßung notwendig. Und das beobachten wir selbstverständlich bei den jetzt jungen Komponisten. Sie wollen nicht nur raus aus der Ästhetik der Älteren, son-

dern auch raus aus der älteren Konzertform. Performances, Installationen oder so etwas wie akustische Materialkunst, das heißt Kompositionen, die völlig neue Klangerzeuger oder Materialien (nichtelektronische) einbeziehen, finde ich im Prinzip erfrischend; schön, daß das so farbig ist. Was mir allerdings auch auffällt, ist, daß vieles so privat ist, wie nach Rückzug klingt auf das eigene Individuum und kaum ein Gucken über den eigenen Tellerrand zu verspüren ist.

STEFAN AMZOLL: Bei allen?

GEORG KATZER: Keineswegs. Es gibt Komponisten, die sehr wach sind in ihrem Denken und, ich will nicht sagen, gesellschaftlich engagierte Musik schreiben, das wäre zu viel, aber trotzdem bestrebt sind, eigene, unangepaßte Wege zu gehen, auch andere Orte aufzusuchen. Ich finde diese Selbständigkeit positiv und bemerkenswert. Allerdings passiert auch sehr viel Belangloses. Vielfach genügt es, etwas Happeningartiges zu machen, das billig zu haben ist und auch billig Beifall erheischt. Aus meiner Sicht, der Sicht eines Fünfundsechzigjährigen, kommt manches ein bißchen unseriös daher. Aber vielleicht bin ich zu konservativ in meinem Denken. Es ist das Recht der Jugend, sich auf diese Weise zu äußern.

STEFAN AMZOLL: Sie haben auch unterrichtet?

GEORG KATZER: Ich hatte während der achtziger Jahre Meisterschüler an der Akademie der Künste. Ich habe mit viel Spaß unterrichtet, mit großer Lust und habe das Glück gehabt, einige Meisterschüler zu haben, denen ich vielleicht ein bißchen mitverholfen habe, auf einen produktiven Weg zu kommen: Ralf Hoyer, Christian Münch, Helmut Zapf, Lutz Glandien, Helmut Oehring.

STEFAN AMZOLL: Der Aspekt Aufklärung in der Kunst fällt immer mehr der Vergessenheit anheim. Dafür gibt es viele Gründe, die wir hier nicht erörtern können. Aufklärung, schon immer beargwöhnt, wohnt nur noch in Nischen, und nur wenige Künstler, solche, die sich ein Bewußtsein dafür erhalten haben und weiterhin bereit sind, nach dem Zustand der Welt zu fragen, folgen aufklärerischen Maximen. Wie ist das bei Ihnen?

GEORG KATZER: Musik kann durch ihre Haltung dazu verhelfen, wach zu sein für Strömungen geistiger Art. Sie kann wachhalten, sie kann aufmerksam machen. Sie erwartet ja auch Aufmerksamkeit, gerade Neue Musik, das gehört zu ihren Voraussetzungen. Im übrigen ist Wachheit, denke ich, Voraussetzung für jedes gesellschaftliche Verhalten. Wirklich politisch engagiert kann Musik erst dann sein, wenn sie sich eines Textes bedient oder mindestens eines Titels. Ohne Hinzunahme des Wortes bleibt Musik inhaltlich unauflösbar.

STEFAN AMZOLL: Sie haben zwar nicht sehr viel Vokalmusik geschrieben, komponierten aber 1995 »Ophelia« für Sopran und Violoncello.

GEORG KATZER: Ich komponierte einen Text von Wolfgang Hilbig. Es geht um eine Ophelia, die der Dichter im Strom treiben läßt durch verwüstete Landschaften. Es gibt in dem Stück einen direkten Zusammenhang zwischen musikalischem Ausdruck und einem Inhalt, der über den Text vermittelt wird. Das ist einer der seltenen Fälle bei mir, wo Naturzerstörung thematisiert wird, aber eben mit Hilfe eines Textes.

STEFAN AMZOLL: Ist das noch die Ophelia Shakespeares?

GEORG KATZER: Diese klassische Ophelia ist für Hilbig gar nicht wichtig, auf Shakespeare nimmt er keinen Bezug. Für ihn ist das Bild der tot durch den Fluß treibenden Ophelia, abgesehen davon, daß es ein unglaubliches Bild ist, ein dramaturgisches Vehikel. Wie gesagt, die tote Ophelia setzt er in Beziehung zur verwüsteten Landschaft, die Leiche treibt im Fluß, und dadurch will er die kaputte Landschaft beschreibbar machen. Sie ist das Symbol für die unschuldig umbrachten Menschen, die durch eine unschuldig verwüstete Landschaft treiben.

STEFAN AMZOLL: Zuletzt eine Frage zur Zukunft der Neuen Musik. Von Chancen und von Risiken ist immerfort die Rede, und man wird mißtrauisch, wenn man die Antworten hört. Wie sind Ihre Mutmaßungen?

GEORG KATZER: Solange es ein Kunstbedürfnis gibt, wird es auch Neue Musik geben, glaube ich. Man sollte sich aber keinen Illusionen hingeben. Es ist nicht so, daß sich der Hörerkreis dieser Musik groß verbreitern wird. Das sehe ich überhaupt nicht. Es wird so bleiben, daß das ein Randgebiet der ganzen Musik ist. Das Zentrum wird das musikalische Museum bleiben, und neben ihm wird die Neue Musik existieren für ein kleines, interessiertes Publikum. So sehe ich das auch in Zukunft.

STEFAN AMZOLL: Die Frage ist, wie Neue Musik künftig aussehen wird, aussehen könnte.

GEORG KATZER: Ob sie so aussehen wird wie die heutige, da bin ich nicht so sicher. Es ist möglich, daß jene akademische Musik, die an den Hochschulen gelehrt wird, in ein ganz anderes Fahrwasser gerät. Möglicherweise wird sie zunächst an kompositorischem Niveau verlieren. Aber das könnten die Anfänge von Entwicklungen sein, die ganz woanders hinführen als wir glauben, und die wir uns noch gar nicht richtig vorstellen können. Ich sehe jedenfalls keine lineare Fortschreibung der Musik- und Aufführungspraxis, die wir jetzt haben.

STEFAN AMZOLL: Und wie wird es mit der Materialentwicklung weitergehen, deren Grabgesang schon unzählige Male gebrummt worden ist?

GEORG KATZER: Sie ist tatsächlich an einen Punkt gekommen, wo kaum noch etwas zu entdecken ist.



STEFAN AMZOLL: Totgerittene Frage: Ist die Musik tot?

GEORG KATZER: Selbst renommierte Komponisten behaupteten das. Ich würde das relativieren und sagen: diese Art Musik so zu machen, führt zu einem Ende. Sie wird bestimmt eine Chance haben in Verbindung mit anderen Medien. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß Komponisten immer häufiger zu zusätzlichen Medien greifen, zu Tanz, zu Videokunst, zu Installationskunst. Man kann das beklagen oder bejahen. Ich muß sagen, mir genügt immer noch ein gut komponiertes Stück. Ich brauche da nix weiter. Nun, wenn das Publikum das nicht annimmt, dann muß dem Komponisten der Zukunft etwas anderes einfallen. Die Neue Musik wird so lebendig sein, wie es ihr Publikum zuläßt.

STEFAN AMZOLL: Sie sprachen vorhin von der Gefahr einer Katastrophe. Muß der Komponist, der Künstler auf sie warten oder kann er etwas entgegensetzen?

GEORG KATZER: Die Musik kann Katastrophen nichts entgegensetzen, die Kunst generell nicht. Sie kann nur wie mit Spatzen auf Kanonen schießen. Das ist das, was sie immer versucht. Die großen Entwicklungen kann sie nicht stoppen.

STEFAN AMZOLL: Sie kann dem katastrophalen Weltlauf auf ihre Weise erwidern, Widersacherin sein, sich verweigern oder dazu auffordern.

GEORG KATZER: Kunst als Verweigerung – wieder ex negativo –, das ist ein schwerer Ballast. Hier, denke ich, hat auch Adorno unrecht. Musik kann nicht das ganze Elend der Menschheit auf ihren Schultern davontragen. Das ist für mich kein Ansatz, Musik zu machen.

STEFAN AMZOLL: Was wäre Ihr Beitrag, die Lage etwa in der akademischen Musikübung zu entspannen?

GEORG KATZER: Ob ich das machen kann, ist eine andere Frage. Meine ganze Ausbildung und Erziehung verlief sehr streng im klassischen Sinne. Ich kann auch nicht über alle Hürden springen. Ich bin ja schon relativ offen für die verschiedensten Formen der Musik im Sinne ihrer Anwendung. Derlei habe ich bei meinem Lehrer Hanns Eisler gelernt. Aber es gibt für mich eine Grenze. Um nur das herauszugreifen: Diese Crossover-Welt, diese Aufweichung des Anspruchs von Musik auf der Welle der Fun-Kultur, die zu bedienen, würde meinen innersten Überzeugungen widersprechen.

ERNST WURL

## Macht und Last der Tradition. Das Exempel PDS

»Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten bleiben wir den Traditionen der Arbeiterbewegung und insbesondere den kapitalismuskritischen und emanzipatorischen Ansprüchen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen in Deutschland verpflichtet (...)«, beginnt der historische Part im Entwurf des Parteiprogramms, der in der PDS zur Diskussion steht.<sup>1</sup> Fürwahr, möchte man sagen, wie könnte es anders sein. Gerade weil die PDS eine junge Partei ist, die Selbstgewissheit in den Zielen und Geschlossenheit im politischen Handeln benötigt, bedeuten Traditionen für sie, einen sicheren Ausgangspunkt zu gewinnen. Denn Traditionen stiften Identitäten, integrieren, stabilisieren mental-ideologisch und strukturell, sie können ein festes Band des Zusammenhalts und ein stimulierender Faktor politischer Wirksamkeit sein. Mit ihnen wird historische Tiefe der eigenen Existenz gewonnen. Die Tradition »ist für den Einzelnen wie für die Gesellschaft, in der er lebt, Teil der Selbstvergewisserung«, der Sinnstiftung und der Zugehörigkeit.<sup>2</sup>

Doch die Berufung auf Tradition und Geschichte, vielleicht gar als Darstellung von Geschichtsabläufen, als Geschichtsbild, wirft generell und speziell in einer sozialistischen Partei in Deutschland Probleme auf, deren man sich bewusst sein sollte, um Modernität, Dynamik und Zukunftstauglichkeit der eigenen Entwicklung und Politik zu wahren und zu lenken. Denn es handelt sich bei der Entfaltung und Nutzung von Traditionen – beim Traditionsbewusstsein – mithin um das empfindliche *Werkzeug* Geschichte, um *Geschichtspolitik*, gerichtet nach innen wie nach außen. Sie steht unter der Frage: Wie werden Geschichte und die auch aus ihr begleiteten Traditionen als Instrument politischen Kampfes, zur Legitimierung und Begründung der Ziele sowie zur Orientierung und Mobilisierung der Mitglieder in Gang gesetzt – *inwiefern* kann man sich auf sie stützen? Ob Geschichte tatsächlich politische Handlungen zu »legitimieren« vermag, soll zunächst dahingestellt bleiben – sie in dieser Absicht auszubeuten, ist jedenfalls allgemein geübte und im Laufe der neunziger Jahre auch ohne Bedenken eingestandene Praxis.

Im Falle der PDS tritt eine ausgeprägte, nachhaltige Spezifik zu Tage: Sie ist aus einer stalinistisch geprägten Partei mit Avantgardismus, kanonischer weltanschaulicher Exklusivität, innerparteilichem Zentralismus mit strikter disziplinarischer Unterwerfung der Mitglieder und diktatorischem Entscheidungsmonopol der Führung hervorgegangen; daher sieht sie sich gezwungen, vorderhand ihr Traditionsverhältnis zu dieser »Wurzel« zu prüfen, ehe sie zur Wahl

Ernst Wurl – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historiker und Politikwissenschaftler. Der nebenstehende Text wurde auf dem Kolloquium der Historischen Kommission »Traditionen und Programmatik der PDS« am 12. Januar 2002 in Berlin vorgetragen.

1 Programmentwurf der PDS vom 27. April 2001, S. 37.

2 Vgl. Wolfgang Benz: Denn die Wahrheit erleidet keine Niederlage. Über den Sinn der Erinnerung – jenseits von Kommerz und Ritual, in: Neues Deutschland, Nr. 22 vom 27. Januar 2000, S. 3.

ihrer Traditionen überhaupt schreiten kann. Dass sich die PDS heute als eine hochgradig geschichtsverbundene Partei zeigt, in der die politische Meinungsbildung in hohem Maße über die Diskussion zur eigenen Herkunft, zur DDR und zur Geschichte des Staatssozialismus in Europa erfolgt, hängt damit zusammen. Zum einen entstammt die Mehrzahl der Mitglieder einer Partei, die der Geschichte zwecks Selbstlegitimierung einen übermächtigen Platz zuwies: das »Historische Recht der Arbeiterklasse auf Führung der Nation« zu begründen – so der Titel einer Dokumentation 1962<sup>3</sup> –, nun aber den Untergang des selbst proklamierten »Siegere der Geschichte«, der DDR, zu verantworten hat. Zum anderen, weil in der SED der Blick auf die Geschichte immer aus der Perspektive einer vorgeblich *gewussten* Zukunft geworfen wurde, auf die der Strom der Geschichte zulief.

So kultivierte die politische Führung ein borniertes Konstrukt deterministischen Geschichtsverständnisses, das die SED beherrschte und der Gesellschaft als allein gültiges Geschichtsverständnis aufgezungen wurde. Man übersieht angesichts der dabei im Vordergrund demonstrierten Selbstgewissheit und Zuversicht zumeist, dass, wo immer ein solches Geschichtsverständnis auftritt, sich hinter ihm insgeheim auch eine gewisse »Angst vor der eigenen Mündigkeit« verbirgt; man setzt in einer solchen Geschichtsauffassung eine mystische Obrigkeit als Garanten ein, die schon für den rechten Gang der Dinge sorgen werde<sup>4</sup> – ein Rang, den die Führung der Partei sich selbst annahm. Insofern wurden in dem Augenblick, da 1989/90 die wissenschaftsgewiss begründete Kette zu Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart eruptiv zerriss, Verunsicherungen in den eigenen Werten und Zukunftserwartungen virulent. Die Erinnerung an die eigenen, schwer erbrachten Leistungen und die individuellen menschlichen und politischen Erfahrungen aus dieser verlorenen Zeit konnten natürlich nicht wie im Fluge verglühen. Dafür sorgte neben den Belastungen der neuen Gesellschaftsrealität schon die selbsttröstende Überzeugung, dass man ja eine »gute Absicht« verfolgt habe. Tatsächlich sind die Moralität und Humanität der ausgerufenen Ziele *für sich genommen* schwerlich zu bestreiten.

Doch sich nun politisch auf die Geschichte, den DDR-Sozialismus, zu berufen und ein Bild in die Parteiprogrammatik hineinzuwünschen, das diesen als eine »an sich gute Idee« zeichnet, die verlorenen »Errungenschaften« als Beweise der sozialen Qualität anführt und Widersprüche, Fehlschläge und Fehlhandlungen primär auf »die Verhältnisse«, den Kalten Krieg usw. usf. zurückführt, treibt in mancherlei Komplikationen. Schon Hegel merkte zu Bekundungen des eigenen »guten Willens« an: »(...) die Wahrheit der Absicht ist nur die Tat selbst«<sup>5</sup> – kann die Tat tadellos gewesen sein, wenn sie nach einem historisch kurzen Weg in der Sackgasse endet? War es nicht eher Verblendung, ein »gemeintes Dasein«<sup>6</sup>, aus dem man mit der selbst verschuldeten Niederlage wachgerüttelt wurde – aus dem irrigen Glauben, in einem Stück »wahren« Sozialismus gelebt zu haben? Zudem verschwindet nebenher, warum die politischen Akteure in den jeweiligen Situationen diese und keine anderen Entscheidungen trafen – also neben dem objektiven Bedingungsgefüge ihre subjektive Prägung. Da drängt sich die Frage auf: Ist hier der »Sozialis-

3 Erich Paterna (Hg.): Das historische Recht auf Führung der Nation. Dokumente aus 100 Jahren deutscher Geschichte, Berlin (1962).

4 Siehe Alexander Demandt: Geschichte als Argument. Drei Formen politischen Vernunftdenkens im Altertum, Konstanz 1972, S. 61. (Konstanzer Universitätsreden; 46)

5 G. W. F. Hegel: Phänomenologie des Geistes, in: Werke, Bd. 3, Frankfurt am Main 1979, S. 130.

6 Ebenda, S. 240.

7 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 115.

8 Siehe den Artikel »Politische Tradition«, in: Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 570. In den folgenden Auflagen fehlt der Artikel.

9 Hannah Arendt: Die Tradition und die Neuzeit, in: Dies.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München 1994, S. 34 f.

10 Siehe Hermann Strohbach: Einige volkswissenschaftliche Probleme des historischen Erbes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 29(1981)7, S. 613 f.

11 Friedrich Engels: Einleitung (zur englischen Ausgabe (1892) der »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«), in: MEW, Bd. 22, S. 310.

12 Friedrich Nietzsche: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: Sämtliche Werke, Bd. 2, o. O. 1999, S. 12 f.

mus« erlebter Art vielleicht der »Alp auf dem Gehirne der Lebenden«<sup>7</sup>, wie Karl Marx die Last der Tradition nannte? In solchen Denkfiguren wirkt das Erbe der SED in gehärteten Resttraditionen weiter: in Verständnis, Bild und Bewusstsein von Geschichte, in einer stalinistisch simplifizierten Auffassung des Historischen Materialismus und im Stil des praktischen Umgangs mit ihr, im Modus der Diskussion, in der Sprach- und Streitkultur. All dies sind Ansätze dafür, dass ein Glaube an die Reparatur der Kausalkette eines vermeintlich gesetzmäßig verlaufenden Geschichtsprozesses andauern kann.

Diese Spezifik in der PDS verschärft die Frage nach der Substanz und dem Nutzen von Traditionen, da diese das Zentrum des geschichtsbezogenen Bestandes eines Parteiprogramms sind: Traditionen bilden die »im kollektiven Bewusstsein präsente Überlieferung«,<sup>8</sup> ihre – auf den ersten Blick »harte« – Substanz sind subjektive und kollektive Erinnerung und Erfahrung. Hannah Arendts Mahnung lässt manche aktuelle Diskussion assoziieren: »Das Ende einer Tradition muss nicht notwendigerweise bedeuten, dass das traditionelle Begriffsgerüst seine Macht über die Gedanken der Menschen verloren hat. Diese Macht kann im Gegenteil gerade dann tyrannisch werden, wenn die Tradition ihre lebendige Kraft verloren hat, wenn die Begriffe abgenutzt und die Kategorien platt geworden sind.«<sup>9</sup> Gibt man – und wie weit – dieser »alten« Tradition Raum, sich zu plazieren?

Im Alltag mag verständlicherweise der Begriff »Tradition« unbefangen über die Lippen gehen, in der Politik würde dies leichthin nach sich ziehen, dass die Janusköpfigkeit von Traditionen aus dem Blickfeld gerät. Sie stellen ein komplexes, in sich abgestuftes Wert-, Formen- und Verhaltensgebilde dar, in das – fasst man den Begriff weit – ebenso politische und ideologisch-geistige Erklärungsmuster, Orientierungen und Zukunftshoffnungen, -erwartungen und -vorstellungen eingehen wie psychosoziale Normen und Regeln des Alltags: Gewohnheiten, Sitten, psychische und intellektuelle Elemente, Verhaltensweisen und Rituale; sie manifestieren sich auch in materiellen Gütern (Gedenkstätten und deren Pflege usw.). Sie sind primär wirksam gebliebene Teile der Vergangenheit, positiv wie negativ.<sup>10</sup> Traditionen insgesamt sind nicht schlechthin ideologisch gebunden, wo sie als Alltagskultur existieren, doch sie werden es dort, wo sie bewusst als Gestaltungs- und Bindungsinstrument benutzt werden. Politische Traditionen, um die es hier geht, sind mit ihrem unmittelbaren Bezug zur Gesellschaft a priori ideologischer Natur. So entstehen Traditionen einerseits über lange Zeiträume hinweg spontan, andererseits werden sie politisch gewollt, bewusst etabliert und gesteuert. Spontan entstanden, besitzen sie *autochthone* Lebenskraft und hohe Überlebensfähigkeit; selbst eine gewandelte gesellschaftliche Umwelt führt nicht per se zum raschen Absterben. Die *politische Konstituierung* von (neuen) Traditionen mag zunächst aus dem Vollgefühl eines Aufbruchs Impulse erhalten, stößt aber bald auf die Macht des Gewohnten, den Widerwillen, substanzielle Elemente der eigenen Persönlichkeit zu verändern: die eigene Denkweise zu erneuern und den intellektuellen Horizont zu erweitern. Es bleibt dabei, wie Friedrich Engels meinte: »Die (bestehende) Tradition ist eine große hemmende Kraft, sie ist die Trägheitskraft der Ge-

schichte«. Er fuhr allerdings optimistisch fort: »Aber sie ist bloß passiv und muss deshalb unterliegen.«<sup>11</sup> Doch oft ist sie ziemlich aktiv und zur Niederlage allenfalls in »*welthistorischer*« Perspektive *verdammt*, ergo aktuell *politisch* relevant.

Man täusche sich daher nicht über die politischen Schwierigkeiten mit dieser »Trägheitskraft«. Ihre Stärke wurzelt vornehmlich in der *subjektiven* Erinnerung des *einzelnen* sowie dem *kollektiven sozialen Gedächtnis*. Sie ist für das Individuum wie für soziale Gruppen originär, unverzichtbar und kann nicht vorsätzlich getilgt oder geraubt werden – sie ist jedoch mit dem Vergessen komplementär verbunden, ohne welches »das Leben zu Schaden kommt und zuletzt zugrunde geht«<sup>12</sup>. Das Vergessen befreit von Unwichtigem, Sinnlosem und Bedrückendem, es schafft Raum für die strukturierende Vergewisserung der Gegenwart. Die aktuelle Erinnerung allerdings ist das Produkt eines Wandels, gegenüber dem Ursprung vielfach »überschrieben«, pragmatisch neu geprägt und wechselnden Situationen angepasst. Jedes erneute Erinnern findet nun einmal in der Gegenwart statt, die Einbettung in veränderte Zusammenhänge verändert die Perspektive, aus der die erinnerten Inhalte wahrgenommen werden.<sup>13</sup> Gewiss, die Erinnerung ist in vielerlei Formen der »Rohstoff der Geschichte«<sup>14</sup>, doch Psychologen und Hirnforscher können bezeugen und Historiker erleben es, wie Erinnerung in Kontrast zur wissenschaftlich erkannten Vergangenheit geraten kann (Stichwort: Selbsthistorisierung des Zeitzeugen<sup>15</sup>). Zudem führt neben dem Primat der individuellen Erinnerung dessen soziale Prägung als kollektives Gedächtnis, also die Bindung an »Bezugsrahmen, deren sich die in der Gesellschaft lebenden Menschen bedienen, um ihre Erinnerungen zu fixieren und wiederzufinden«, zu einer kommunikativ entstandenen normativen Prägung, an der der einzelne schwer zu tragen hat.<sup>16</sup>

Es ergibt sich: Ein »Kult der Erinnerung«<sup>17</sup>, Traditionsdenken ohne kritische Reflexion, ein blinder Traditionalismus also, ist wenigstens ambivalent, wenn nicht regressiv. Das immer wieder neu selektierende Gedächtnis beruht darüber hinaus auf einem subjektiven Erlebnishorizont, und der kann in all seiner Begrenztheit den einzelnen zum Gefangenen seiner selbst machen. Im übrigen entsteht an diesem Punkte auch der Konflikt zwischen Geschichtswissenschaft und Gedächtnis/Erinnerung; denn Geschichtswissenschaft ist immer die mehr oder weniger gelungene *rationale* »Rekonstruktion dessen, was nicht mehr ist. Das Gedächtnis ist stets ein aktuelles Phänomen und mit Emotionen verknüpft.« Pierre Nora merkt weiter an: »Das Gedächtnis rückt die Erinnerung ins Sakrale, die Geschichte vertreibt sie daraus, ihre Sache ist die Entzauberung. (...) Die Geschichte ist die Entlegitimierung der gelebten Vergangenheit.«<sup>18</sup> Dieser Konflikt wird auf der parteiprogrammatischen Ebene nicht zuletzt geradezu fatal sichtbar im mangelnden Grad der Rezeptionsbereitschaft für neue Überlegungen und im Rückblick auf das eigene politische Wirken, in der unkritischen Reproduktion von Vergangenheiten in der Sicht, wie man sie seinerzeit hatte.

Die stabilisierende Funktion der Tradition mit der ihr immanenten Trägheitskraft indiziert ihren – im allgemeinen Sinne des Wortes – *konservativen* Charakter: Ihre Natur ist die Bewahrung, nicht die

13 Siehe Wolf Singer: Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 43. Deutschen Historikertags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 226 vom 28. September 2000, S. 10.

14 Jacques Le Goff: Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1999, S. 12.

15 Siehe Annette Weinke: Zeitgeschichtsforschung im Spannungsfeld von Erinnerungskultur und Zeitzeugenschaft. Ein Tagungsbericht, in: <http://www.zzf-dm.de/berichte/zeitg/zeitgber.htm> (15. Oktober 2001).

16 Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, (1925) Frankfurt 1985, S. 121. Die Forschungen Halbwachs' sind grundlegend auf diesem Gebiet. Zu den verschiedenen Formen des kollektiven Gedächtnisses – kommunikativer und kultureller Erinnerung – siehe als wegweisend Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, 3. Aufl. München 2000. Reinhard Koselleck spricht vom »Vetorecht der persönlichen Erfahrungen«, den Begriff der »kollektiven Erfahrung« lehnt er allerdings ab, weil dieser einen kollektiven Erfahrungsträger voraussetze, in dem jemand ein Deutungsmuster zur Vereinheitlichung besitzen müsste. (Siehe Reinhard Koselleck: Gebrochene Erinnerung. Deutsche und polnische Vergangenheiten z. B., in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 220 vom 22. September 2001, S. 79.) Er übersieht jedoch, daß dies tatsächlich



geschah und geschieht, die wesentliche Quelle des kollektiven Gedächtnisses allerdings in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen liegt.

17 Marx an César De Paepe in Brüssel. (London) 14. Sept. 1870, in: MEW, Bd. 33, S. 147. Mit Bezug auf ein nationalistisches »Manifest« von Anhängern Bakunins zu Beginn des Krieges 1870/71 heißt es: »Das Unglück der Franzosen, sogar der Arbeiter, sind die großen Erinnerungen! Es wäre notwendig, daß die Ereignisse diesem reaktionären Kult der Vergangenheit ein für allemal ein Ende machten.«

18 Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1990, S. 13 f. Vgl. zu diesem Komplex den aufschlussreichen Vortrag Johannes Frieds auf dem 43. Deutschen Historikertag in Aachen vom 29. September 2000: Erinnerung und Vergessen. Die Gegenwart stiftet die Einheit der Vergangenheit, in: Historische Zeitschrift, 273(2001)3, S. 561-593,

19 Alois Hönig: Zur geschichtsphilosophischen Kategorie Tradition, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12(1964), S. 1057. Dieser Aufsatz war in seinem Bemühen um eine differenzierende, dialektische Wertung zu jener Zeit durchaus bemerkenswert, er kommt allerdings zu Resultaten, wie sie analog späteren Publikationen »passfähig« zur Politik der SED waren.

20 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 305.

Veränderung. Wo dann noch Traditionen ritualisiert und eingeübt zur sinnentleerten Routine werden, verlieren sie zunehmend an positivem Wirkungsgrad. Ein noch so oft beschworener »revolutionärer Geist« kann zur theatralischen und bürokratischen Stereotype degenerieren und Gleichgültigkeit und Langeweile erzeugen. Da hilft auch nicht, den *Kult* darum zu einem *progressiven* Konservatismus der Tradition umzudeuten, wie es Alois Hönig 1964 unternahm. Sein optimistisches »revolutionäres« Fazit: »Die proletarischen Traditionen konservieren die proletarische Revolution.«<sup>19</sup> Eine deklamatorische Lösung, denn ein Bekenntnis zum revolutionären Kampf – ein ideologischer Akt – schaltet eine reale politische Erstarrung nicht aus. Zudem bleibt die Frage offen, ob nicht die Idee der *proletarischen* Revolution sich immer selbst gleich bleiben und nicht unter anderen Bedingungen vielleicht sogar obsolet werden kann. Die Tradition ist eben, wie F. Engels es sah »(...) auf allen ideologischen Gebieten (...) eine große konservative Macht (...).«<sup>20</sup> Gerade politische Parteien und speziell wohl diejenigen, die sich als »die irdischen Statthalter übermenschlicher Mächte ausgeben«, sind Träger von Ideologien, von Sinndeutung, sie wirken wie ein »Gehäuse«, »das dem Einzelnen eine feste Lebensorientierung, gleichsam eine Marschroute für das Lebensweg mitgibt (...)«. In ihnen entfalten Traditionen »ihre größte Macht«: »Alle Institutionen sind als solche konservativ, auch ein Staat, der direkt aus einer Revolution hervorging.«<sup>21</sup>

Eine moderne linkssozialistische Partei ist ebensowenig gegen die Gefahr eines Traditionskonservatismus automatisch geschützt, auch nicht bei den selbst bestimmten neuen Traditionen, die sie ja wirksam und stabil machen – also »konservieren« – will. Daher bleibt nur übrig: eine einsehbare und allgemein akzeptierte interne Dynamik des eigenen Milieus zu entwickeln, die nichts ruhen lässt, ideologische Überfrachtungen, hypertrophe Selbstagitation und sektenhaften Zuschnitt vermeidet und ständig die Analyse der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit im Auge behält. Jede Tradition müsste selbst zum Objekt permanenter Kritik werden und unter dem Verdacht potenzieller Revision stehen.

Kommt eine politische Partei nicht umhin, mit »alten« tradierten Auffassungen und Verhaltensweisen ohnehin auf unbestimmte Zeit zu leben, so kann sie doch gewöhnlich dazu als Orientierungsgröße zu gewinnende neue normativ Traditionen in ihrem Gewicht bestimmen. Sie wählt aus dem »Erbe« ihrer eigenen und der umgebenden Geschichte diejenigen Aspekte und Elemente aus, mit denen sie ideologisch und politisch-symbolisch ihre Politik stützen, die Modernität ihres programmatischen Denkens und politischen Wirkens gewährleisten und innere Geschlossenheit im Handeln sicherstellen will. Die Unterscheidung von Erbe und Tradition erweist sich dabei nach wie vor als nützlich: Erbe als Totalität des Überlieferten, unabhängig von seiner Bewertung und Virulenz – Tradition als Selektion des für politisch bewahrenswert Erachteten, das man pflegen will.<sup>22</sup> Erbe und Tradition existieren und unterscheiden sich instrumental, ohne dass eine undurchlässige Grenze sie trennt. Sie sind funktional aufeinander bezogen, Traditionen können wieder ins Erbe abgleiten und andere Bestandteile des Erbes zur Tradition werden. Die unterschiedliche Realfunktion birgt zugleich Konfliktstoff, weil das Erbe



immer den Bedürfnissen dieser oder jener politischen Akteure den Zugriff und alternative Traditionsbildung ermöglicht und damit bestehende Tradition in Frage gestellt werden können – Erbewahrer und Traditionalisten wechseln die Seiten.<sup>23</sup>

Die Voraussetzungen der PDS für die politisch orientierte Besinnung auf Geschichte und Tradition sind trotz alledem günstiger, als sie es unter dem ideologischen Monopol der SED-Führung, der kanonisierten Dominanz des Historischen Materialismus, zumal eines stalinistisch verkrüppelten, als einziger theoretischer Richtung und unter dem Primat der Politik über die Wissenschaft je hätten sein können.<sup>24</sup> All das entfällt. Geschichtswissenschaft kann jetzt kritische Gesellschaftswissenschaft sein, die sich in pluralistischem Disput formt und in *jede* Richtung wirkt, nach innen wie nach außen. Dass dies sich nicht konfliktfrei und in gegeneinander streitenden Tendenzen vollzieht, gehört zu den Banalitäten des politischen Lebens. »Erinnerung ist kein Sonntagsgeschäft«, meint Peter Steinbach. »Geschichte lebt aus der Vergewärtigung des konkreten, des gelebten Lebens. Dies macht ihre pragmatische Bedeutung, vielleicht auch ihre geschichtspolitische Brisanz und manchmal ihre Anstößigkeit aus.«<sup>25</sup>

Das kann insbesondere dann nicht anders sein, wenn man fragt, was aus der »Erbmasse SED« als Tradition für ein Parteiprogramm heute gewonnen werden kann. Natürlich ist das ein Spiel zwischen »unüberwindlicher Ferne und schrankenloser Nähe«<sup>26</sup>, Kontinuität und Diskontinuität, mit emotionaler Bindung und nüchterner Distanz. Dazu sind nicht nur Traditionen im einzelnen zu prüfen, sondern ist zuerst der *eigene Blickwinkel* auf die Geschichte zu gewinnen – aus der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit und den daraus abgeleiteten *eigenen politischen Zielsetzungen*. Wer meint, er müsse die Geschichte zu Hilfe nehmen, hätte zuerst präzise *die eigenen strategischen politischen Ziele zu definieren, um sodann die treffenden Fragen an die Geschichte stellen zu können*. Die Suche nach den Antworten verlangt, die Geschichte weder nach politischem Bedürfnis zurechtzuschneiden, das den Absichten Gefällige zu selektieren und das Widersprechende auszusondern, noch sie als »Lehrmeisterin des Lebens« zu vergötzen. Die »Lehren aus der Geschichte« sind sowieso zumeist diejenigen, die man als »Vorurteil« schon hatte und nun bestätigt finden will. Die Singularität jedes historischen Geschehens schränkt ohnehin die Ergebnisse jeder Suche auf sehr abstrakte und allgemeine Aussagen ein, und selbst diese geraten in konkreten Konstellationen außer Tritt. Jacob Burckhardt interpretierte das Cicero-Wort vom Lehrmeister Geschichte deshalb auch so: »Wir wollen durch Erfahrung nicht sowohl klug (für ein andermal), als weise (für immer) werden.«<sup>27</sup> Lernen kann man aus der Geschichte vor allem durch die Erörterung von Entscheidungssituationen, indem Alternativen geprüft und aus ihnen methodische Hilfen für aktuelle politische Analysen abgeleitet werden. Hier können einem Traditionen eher im Wege stehen, wenn man sie zu eng ansetzt. Was nutzt es also beispielsweise, die Oktoberrevolution »als solche« im Parteiprogramm zu rühmen, wenn man sie nicht als Modell für die eigene Politik betrachtet oder wenigstens genau den Zweck, warum beziehungsweise in welcher Hinsicht man sie be-

21 Eugen Fink: Grundphänomene des menschlichen Daseins. Hrsg. von Egon Schütz und Franz-Anton Schwarz, (1979) 2. unveränd. Auflage 1995. S. 27 f. (Ich verdanke den Hinweis darauf Horst Pickert, Leipzig.)

22 Die Begriffe »Tradition« und »Erbe« werden hier in dem Sinne gebraucht, wie es in der DDR-Geschichtswissenschaft üblich war; in der Literaturwissenschaft und weiteren Disziplinen wich der Gebrauch davon ab. – Walter Schmidt hat in einem sehr instruktiven Vortrag 1994 eine Würdigung und Kritik der DDR-Diskussion seit 1978 geboten. Vgl. Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. Versuch einer kritischen Bilanz, Leipzig 1995. (Mitteilungen des Rosa-Luxemburg-Vereins Leipzig; H. 16.) Zur Diskussion in der DDR-Geschichtswissenschaft siehe die wichtigsten Texte bei Helmut Meier, Walter Schmidt (Hrsg.): Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker, Berlin 1988. Eine kritische Analyse aus der Sicht der zeitgenössischen DDR-Forschung der BRD bieten u. a.: Eberhard Kuhrt, Henning von Lowis (Hrsg.): Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn, München, Wien, Zürich 1978; Irma Hanke: Sozialistischer Neohistorismus? Aspekte der Identitätsdebatte in der DDR, in: Deutschland Archiv 21(1988)9, S. 980-995.

23 Zur philosophischen Diskussion in der DDR siehe exemplarisch Siegfried Wolgast: Tradition und Philosophie. Über die Tradition in Vergangenheit

und Gegenwart, Berlin 1975; darüber hinaus Dieter Schiller, Helmut Bock (Hg.): Dialog über Tradition und Erbe, Berlin 1976.

24 Zu den Schranken in der DDR siehe W. Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie, S. 29-33.

25 Peter Steinbach: Die Vergegenwärtigung von Vergangenen. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 57(1997)3-4 vom 17.1., S. 12.

26 Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, S. 18.

27 Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Historische Fragmente, Leipzig 1985, S. 25.

28 Das blanke ideologische Argument konnte man im »Neuen Deutschland« lesen: Wer heutzutage die Politik der Bolschewiki 1917 kritisiert, kündigt die Solidarität mit ihnen auf. Siehe Karl Ludwig Rintelen (Leserbrief): Programmatik und Oktoberrevolution, in: Neues Deutschland, Nr. 8 vom 10. Januar 2002, S. 14.

29 Siehe Jürgen Habermas: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt am Main 1982, S. 37-39.

30 Siehe Wolfgang Reinhard: Geschichte als Delegitimation. Dankrede bei Entgegennahme des Preises des Historischen Kollegs am 23. November 2001 in München, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 275 vom 26. November 2001, S. 45.

schwört, spezifiziert? Was sie in *ihrer* Zeit bewirken wollte, könnte allenfalls als Idee/Vision fortbestehen und man könnte sie in dieser Hinsicht würdigen – eine Darstellung des Verlaufs o. ä. haben in einem Parteiprogramm nichts zu suchen, es ist nicht der Ort der Geschichtserzählung. Andererseits sind dann freilich in diesem Zusammenhang Verurteilungen auch nicht nötig.<sup>28</sup> Der Rückgriff auf die Geschichte verheißt dem Politiker jedenfalls von vornherein keine praktische Handlungsanleitung – Entscheidungen über den politischen Kampf können nicht theoretisch vorab gerechtfertigt werden, sondern nur aus dem Diskurs der Beteiligten über die politischen Interessen und Ziele. Auch die politische Legitimation durch die konkrete Geschichte ist ein Truggebilde, ein Irrlauf aus einem selbst bestimmten Bild der Geschichte heraus, mit dem eigene Entscheidungen mit Weihrauch vernebelt werden – wohl aber kann man in der Sache politische und moralische Gründe anführen.<sup>29</sup>

Sich die Geschichte wegen eines angeblichen »Nutzens für die Partei« zurechtzuschneiden, führt ebenfalls in eine Sackgasse. Der »Nutzen« ist hier stets der für den *Augenblick* erhoffte, und der misst sich an ungewissen und temporären Vorstellungen und Erwartungen. Einmal begonnen, wird dergestalt ein endloser Kreislauf im Hinbiegen der Historie in Bewegung gesetzt. Es ist leichtfertig, darauf zu vertrauen, dass auf längere Sicht solche Sünden der Geschichtsm Manipulation schon vergessen werden würden: die denkbaren Zerbilder und Einseitigkeiten, die Ignorierung von widersprechenden Fakten oder gar die Fälschung von Quellen – all das lässt eine Partei die Glaubwürdigkeit einbüßen, und die kann nur mühsam zurückgewonnen werden. So unterschiedlich man die Geschichte deuten mag – letztlich behauptet sich das »Vetorecht der Quellen« (Reinhard Koselleck), über das zu wachen die Profession der Historiker ist; an den Quellen kommt kein Sünder vorbei, ohne dass er zu guter Letzt disqualifiziert wird. Anstelle dass Geschichte wirklich legitimiert, delegitimiert sie eher, auch sich selbst.<sup>30</sup>

Der Ausweg aus solchen Fallen kann zum einen nur darin liegen, ein anderes Traditions- und Geschichtsverständnis als das der SED zu entwickeln, einen »Bruch mit der SED« gerade hier zu vollziehen. Dies ist zwingend, weil es den vollzogenen politischen Schnitt zum Partei-, Politik- und Gesellschaftsmodell der SED *komplementiert*; diese Eingriffe haben die PDS als Partei, die nicht den bolschewistischen und stalinistisch ausgefertigten Mustern folgt, inzwischen geprägt. In einer solchen außerordentlich pluralistischen Partei sind Traditionsrudimente genannter Art bestenfalls nostalgische Träumereien, schlimmstenfalls versuchte Konservierung – so oder so fordern sie zur Überwindung heraus. Natürlich gilt dies nicht solchen abstrakten allgemeinen Intentionen, mit denen die SED programmatisch in den emanzipatorischen, freiheitlichen und demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung stand, auch wenn sie diese in der gesellschaftlichen Praxis insgesamt gesehen ignorierte. Bei allem differenzierten Umgang mit dem Erbe der SED wünschte man sich, dass der erklärte einschneidende Bruch damit dominierte.<sup>31</sup>

Um eine dauerhaft tragbare Basis für Traditionen zu legen, bedarf es insbesondere eines Geschichtsverständnisses, das frei von den Klischees aus der SED ist. Eigentlich bräuchte man – zumal manche

mit dem entsprechenden Attribut ein solches Bekenntnis ablegen – dazu nur einer Sicht auf die Historie, wie bei Marx<sup>32</sup> und detailliert von Engels in seinen Altersbriefen<sup>33</sup> beschrieben: Geschichte als *Resultante* sich kreuzender und gegenläufiger Handlungen einer unüberschaubaren Vielzahl von Akteuren zu sehen, deren Motive und Ziele zwar ihren Rahmen und ihre Grundlagen in den gegebenen ökonomischen, sozialen, politischen usw. Verhältnissen finden, die aber ihr Persönlichkeitsprofil und eigene Entscheidungs- und Handlungsfreiheit besitzen. Das ist in der Geschichtswissenschaft inzwischen methodisch zum Allgemeingut geworden. Dazu zählt auch, wie Karl Marx ebenso wie Max Weber begründeten, wissenschaftliche Schlussfolgerungen nicht an einen »ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren«<sup>34</sup>. Ein solches grundlegendes offenes Geschichtsverständnis beziehungsweise -denken das Programm durchwehen zu lassen, könnte zu einer tieferen Einsicht in gegenwärtige politischer Prozesse, zum Denken in Alternativen und zum Verstehen der Multivalenz politischer Entscheidungen beisteuern. Wer beachtet, dass die Gegenwart schon auf dem Weg in die Geschichte ist, also die Distanz mitdenkt, erleichtert sich den Umgang mit der eigenen fernerer Vergangenheit und befreit sich – vielleicht ein wenig – von den Gegenwartsgeplänkeln um die Beurteilung geschichtlicher Ereignisse unter politischen und subjektiven Auspizien, wenn nicht gar zur Selbstrechtfertigung.

Zum anderen relativiert sich dabei die Formel von der »Machbarkeit« der Geschichte, die man seltsamerweise zusammen mit der ihrer »Offenheit« findet.<sup>35</sup> »Offen« kann die Geschichte nur sein, wenn man davon ausgeht, dass jede geschichtswirksame Handlung unvorhergesehene Konstellationen nach sich zieht, die ihrerseits neue politische Varianten eröffnen usw. usf. ad infinitum.<sup>36</sup> Wer die stets mögliche Differenz zwischen Absicht und Resultat im Auge behält, löst sich von der aberwitzigen Vorstellung, den Gang der Geschichte letztendlich diktieren zu können. Er besitzt dann immer noch genügend Möglichkeiten des »Machens« heute und in prognostizierten Situationen, und: Er bleibt verantwortlich für sein Tun.

So hilft also letztlich ein siegesgewisses Traditionsbild, in historischer Musterwahl konstruiert, im praktischen politischen Leben wenig. Ein komplettes oder partielles Geschichtsbild mit aktuell politisch bedingten Wertungen einzelner Ereignisse ist für das Parteiprogramm in einer weltanschaulich pluralistischen Partei ohnehin nicht möglich, will sie nicht mit sich selbst im Konflikt leben. Sie benötigt stattdessen die Fixierung von Werten, Normen, »Idealen«, »Leitbildern« und Bezügen auf Traditionen, an die sie gemäß ihrem politischen Charakter und ihren Zielen anknüpfen kann. In dieser Hinsicht käme der Programmentwurf des Parteivorstandes vom April 2001 in der Substanz nahezu ohne spezielle Geschichtspassagen aus. Man könnte sie sowieso verkürzen auf solche konkreten Ereignisse und Zusammenhänge, in denen man Annäherungen an eigene profilbestimmende Züge und Bestrebungen sieht.

Marx sprach im Hinblick auf die bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhundert davon, dass die »Totenerweckung«, das heißt der Rückgriff auf die Tradition, dazu diene, »die neuen Kämpfe zu verherrlichen«, doch die künftigen Revolutionen müssten »die Toten

31 Wer allerdings erklärt, von einem »notwendigen Bruch« mit dem SED-Erbe dürfe nicht geredet werden, weil sonst die DDR mit dem Faschismus gleichgesetzt werde, mit dem tatsächlich gebrochen worden sei, argumentiert nicht nur unlogisch, sondern erlaubt den Eindruck, den Bruch mit der SED generell als nicht geboten anzusehen – mit allen, vielleicht gar nicht gewollten politischen Konsequenzen. Siehe Heinz Niemann: Geschichte und Programmatik, in: Neues Deutschland, Nr. 238 vom 12. Oktober 2001, S. 16.

32 Siehe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 115.

33 Siehe Friedrich Engels: Briefe über den historischen Materialismus (1890-1895), Berlin 1979. Insbesondere den Brief an Joseph Bloch (21. September 1890), S. 27-31 oder MEW, Bd. 37, S. 462-465.

34 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des »Kapitals«), in: MEW, Bd. 26.2, S. 112.

35 Siehe Christian Meier: Historiker und Prognose, in: Ders.: Das Verschwinden der Gegenwart. Über Geschichte und Politik, München 2001, S. 218-220.

36 Schon Hegel meinte: »(...) dass in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; sie vollbringen ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in

ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag.« G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke, Bd. 12, Frankfurt am Main 1992, S. 42 f.

37 K. Marx: Der achtzehnte Brumaire..., in MEW, Bd. 8, S. 116 f.

38 Siehe Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED/Institut für Marxistisch-Leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften: Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungenschaften, Probleme, 2. Aufl. Berlin 1988, S. 171, 496 ff., 505 ff.

39 Vgl. in diesem Sinne auch Jürgen Hofmann: Geschichte ins Programm? (Interview), in: ND, Nr. 229 vom 30. September 2000.

40 G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, a. a. O. S. 17.

ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eignen Inhalt anzukommen.«<sup>37</sup> Mutatis mutandis kann man an diesen Gedanken für unseren Zweck anknüpfen: Eine »wissenschaftliche Weltanschauung« mit der Einsicht in den gesetzmäßigen Gang der Geschichte als Kern eines »sozialistischen Traditionsverständnisses«, wie es in dem SED-Standardwerk zum kulturellen Erbe heißt, wird es also nicht tun; die Traditionen in der Lebensweise der Arbeiterklasse als »entscheidendes Moment« oder die lange Liste preußischer Tugenden auch nicht; das Beharren auf Denkweisen bis hin zu unreflektiert gebrauchten Kategorien aus dem 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebensowenig. Aber schon die genannten fundamentalen humanistischen und emanzipatorische Werte aus dem Kampf der Arbeiterbewegung und anderer Kräfte darüber hinaus.<sup>38</sup> Alles in allem würden unter diesen Aspekten *immanent*, gewissermaßen indirekt, eine kritische Sicht auf den geschichtlichen Weg des Linkssozialismus und die Distanzierung von gescheiterten Partei- und Gesellschaftsmodellen als Substanz erscheinen. Das Programm könnte vor allem für die Entfaltung des *Geschichtsbewusstseins* Anstöße aus dem Denken heraus, das es präsentiert, nicht plump verkündend, geben, denn gerade hier liegt ein Hauptweg für ein tieferes Begreifen von Gegenwart und vorstellbaren Pfaden in die Zukunft.<sup>39</sup> Handlungsorientierungen bietet die Geschichte von sich aus erst gar nicht an, die sind woanders zu gewinnen. Überhaupt scheint mir in diesem Kontext das Hegel-Wort treffend: »Im Gedränge der Weltbegebenheiten hilft nicht ein allgemeiner Grundsatz, nicht das Erinnern an ähnliche Verhältnisse, denn so etwas wie eine fahle Erinnerung hat keine Kraft gegen die Lebendigkeit und Freiheit der Gegenwart.«<sup>40</sup>

HELMUT BOCK

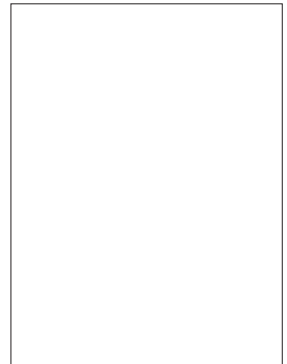
## Erbe und Tradition. Zum geschichtlichen Denken in der PDS

Immer droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr geistiger Selbstausslieferung an betriebsame »Traditionsmacher«: Geschäftsführer rein politischer Staats- und Parteiinteressen, die ihre »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Selektion, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen vergangene Ereignisse, Ideen und Taten gemäß aktueller Strategien und Taktiken rezipiert, durch die jeweils herrschende und parteigemäße »Traditionspflege« passend gemacht werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: arbeiten mit dem Begriff »historisches Erbe«. Das bezieht sich zunächst auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft einen Einfluß auf den Gang der Völker und der Menschheit gewonnen, was die Zeitgenossen wie die Nachgeborenen in ihren Handlungen und Erinnerungen geprägt hat. Der objektivierende Begriff des historischen Erbes ist geeignet, Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion ins Gedächtnis zu rufen. Eine solche Analyse und Erklärungsweise, die allen Praktiken widerstrebt, der Geschichte aktuelle Wünsche und Interessen aufzupropfen, sollte Methode unseres wissenschaftlich begründeten Erinnerens sein: der Inanspruchnahme von »Erbe« als »Tradition«. Die Differenzierung beider Begriffe aber ist eine Prämisse meiner folgenden Erwägungen.

Das Kolloquium steht unter dem Titel »Traditionen und Programmatik der PDS«. Würde dieser Auftrag verleiten, das geschichtliche Selbstverständnis der Partei ausschließlich unter dem Leitbegriff der »Traditionen« zu diskutieren, so wäre dies problematisch. Man käme leicht in die Gefangenschaft überkommener Traditionen, von denen Marx sagte, daß sie »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lasten.<sup>1</sup> Er hat zu seiner Zeit Traditionen, die der Emanzipation der Arbeitenden widersprachen, mit Ironie zurückgewiesen. Für unsere Zeit und Debatte hier nun ein Beispiel. Im anregenden Exposé von Jochen Černý lesen wir in der »Bestandsaufnahme«, es sei wichtig zu prüfen: »Was in *dieser KPD/SED-Tradition, die in der PDS bis auf weiteres dominiert*, und was darüber hinaus im DDR-Erbe könnte sich eine moderne linkssozialistische Partei zunutze machen?«<sup>2</sup>

Eine produktive Frage – deren Erläuterung mir allerdings fraglich erscheint. Produktiv ist das Bestreben, die »KPD/SED-Tradition«



Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Der nebenstehende Text wurde auf dem Kolloquium der Historischen Kommission »Traditionen und Programmatik der PDS« am 12. Januar 2002 in Berlin vorgetragen.

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 8, S. 115.

2 Jochen Černý: Zur Vorbereitung einer Diskussion über Tradition und Programmatik der PDS (Hervorhg. – HB).



nicht en bloc zu verwerfen, vielmehr nach Maßgabe historischer Analyse und Kritik zu prüfen, um sodann progressive Leistungen und Werte aufzuheben. Als fragwürdig hingegen erscheint eine Akzeptanz der »KPD/SED-Tradition«, der zufolge gesagt wird, daß sie »in der PDS bis auf weiteres dominiert«. Muß das so sein? Mehr noch: Darf historische Rezeption in einer Tradition gefangen bleiben, die den Aufgaben und Zielen einer »modernen linkssozialistischen Partei« entgegensteht? Kann eine solche Partei ihr eigenes Wesen überhaupt richtig begreifen, solange in ihren Reihen eine »KPD/SED-Tradition bis auf weiteres dominiert«, die doch zweifellos staatsmonopolistische, sogar stalinistische Elemente enthält? Jochen Černý warnt vor Unterschätzung dieser Tradition, rät selbst aber zur »Abgrenzung«.

Wir haben es mit einem Problem von methodologisch-politischer Bedeutung zu tun. Das Nachdenken über die genannte Tradition erfolgt im Exposé unter dem Aspekt ihres einstweiligen Fortlebens, also ihrer »Kontinuität«. Ich würde das Problem und auch unsere gemeinsame Arbeit anders formulieren: Es sollte nicht bloß um »Kontinuität« gehen, sondern um »Kontinuität und Diskontinuität« unseres Verhältnisses zu überkommenen Traditionen. Zuspitzend und methodologisch ausgedrückt: Im Geschichtsdenken der PDS muß ein »Bruch«, muß die »Neubesinnung auf Erbe und Tradition« gewagt werden.

Weitlings programmatischer Titel »Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte« (1838) könnte als Motto unseres Bemühens anregend sein. Denn die Bestimmung des Verhältnisses der PDS zum historischen Erbe und die Auswahl, Interpretation, Erhebung von Erbgut zur politischen Tradition und Traditionspflege ist dem Selbstverständnis in Gegenwart und Zukunft verhaftet.

Die aktuellen Bedingungen sind schnell umrissen. Die PDS existiert in einer bürgerlichen Gesellschaft unter liberalistischen Institutionen des Staats und des Rechts, wobei die Strukturen und die Interessen des großen Kapitals vorherrschen. Dieses bürgerlich-kapitalistische System untersteht noch den historisch gewachsenen Gegebenheiten des Nationalstaats, der sich aber im Übergang zum Regionalstaat Europa befindet, wo die Nationalstaaten ihren herkömmlichen und alleingültigen Zentralismus mehr und mehr einbüßen werden. Aber auch die Institutionen der EU sind bislang nur liberalistisch, nicht demokratisch konstituiert.

In diesen Zuständen und Entwicklungen der Gegenwart vertritt die PDS eine gesellschaftspolitische Alternative, die sich erstrangig an den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes orientiert. Ihre grundsätzlich *oppositionelle* Stellung zum herrschenden Gesamtsystem enthält Elemente der Defensive, der Offensive und der Partizipation, das heißt der Teilnahme an Regierungstätigkeit. Die Defensive gilt den neo-liberalistischen, neuerdings auch staatspolizeilichen Angriffen auf demokratische Rechte des Bonner Grundgesetzes und auf die Errungenschaften des sogenannten Sozialstaats. Die Offensive, das Wirken für Wandel, für reformatorische Verbesserung und Erneuerung, ist gegen die wachsende Dominanz neo-liberalistischer Interessen und entsprechend verfaßter Institutionen gerichtet. Die



Regierungsteilnahme kann zwischen Defensive und Offensive vermitteln, wobei sie versucht, das gesellschaftliche Leben gemäß den real-demokratischen Volksinteressen zu gestalten. »Volkswohlfahrt« und »Volkssouveränität« dürften die aus der bürgerlichen Revolutionsgeschichte erwachsenen allgemeinen Begriffe und Richtwerte sein, an denen sich die Zielstellungen der PDS messen lassen. Konkrete Aufgaben müßten sowohl lokal und national als auch regional, das heißt sowohl für Deutschland als auch für die Föderation Europa formuliert und wahrgenommen werden.

Was ergibt sich aus alledem für das Verhältnis der PDS zum historischen Erbe und zur Tradition? – Aus der Gesamtheit des Erbes möchte ich zunächst diejenigen Elemente hervorheben, die für das Selbstverständnis der PDS unabdingbar sind, folglich zu ihrer Tradition erhoben sein müssen. Dabei setze ich die einleitend begonnene Logik der Auseinandersetzung mit der »KPD/SED-Tradition« fort.

*Antistalinismus* ist die oberste Prämisse einer Partei demokratischen und humanistischen Charakters, die wahrhaft sozialistische Ziele verfolgt. Der Notwendigkeit historisch-kritischer Analyse und Interpretation von Stalinismus und Post-Stalinismus einerseits, entspricht andererseits die Erhebung von Gestalten, die als Kommunisten und Sozialisten für eine Emanzipation der arbeitenden Klassen eintraten, aber die stalinistischen Strukturen und Praktiken als Verrat an den ursprünglichen Ideen des Sozialismus bewußt machten und bekämpften. Solche Gestalten und Strömungen verdienen eine Aufnahme in die PDS-Tradition um so mehr, als sie oft unter staatspolizeilichem Terror zugrunde gingen. Das Erbgut des kommunistischen und sozialistischen Antistalinismus, seine Würdigung als Tradition, offenbart wohl am deutlichsten, daß die PDS mit einem wesentlichen Bestandteil der »KPD/SED-Tradition« brechen muß.

*Antifaschismus* ist ein zweites unabweisbares, daher traditionsfähiges Erbe. Doch als demokratische Partei kann die PDS den Antifaschismus der KPD und SED nicht einfach übernehmen und fortführen. Wohl ist der radikale Begriff des »Bruchs« hier nicht zutreffend. Der Widerstandskampf der Kommunisten und die antifaschistisch-demokratischen Aktivitäten nach 1945 sind der Traditionspflege sehr wertvoll. Doch das Geschichtsdenken der PDS steht – wie schon gesagt – unter dem Gebot historisch-konkreter, zugleich kritischer Analyse und Erklärungsweise des Erbes, wozu das Anerkenntnis gehört, daß der gelebte Antifaschismus sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen, Juden, Christen u. a. m. verkörpert wurde. Antifaschismus, wie ihn KPD und SED einengend begriffen, muß im Traditionsverständnis der PDS wesentlich erweitert, also präzisiert werden.

Ein ebenfalls tragendes Element, das die Tradition der PDS mit KPD und SED verbindet, ist der *Antiimperialismus*. Auch hier aber bedarf die Traditionsauffassung einer Präzisierung. Die internationalen Verhältnisse befinden sich in weltgeschichtlicher Wandlung. Ursprünglich ging der Imperialismus von nationalen Staaten aus, die ihr Territorium erweitern, benachbarte Ländereien annektieren, Kolonien und Einflußsphären erobern wollten. Ultima ratio war nationale, wenn auch in Blöcken verbundene Militärgewalt, die in zwei Weltkriegen kulminierte. Heute beobachten analytisch arbeitende

Wirtschaftswissenschaftler eine Expansion des internationalen Finanzkapitals: Sie unterscheiden zwischen Imperialismus und Globalismus. WHO, IWF, Weltbank, die reichen G-7-Staaten treten mit der Losung »Frieden durch freien Welthandel« auf, verpflichten aber die geförderten Staatsregierungen der sogenannten Dritten Welt zur Übernahme neo-liberalistischer Institutionen, Eigentumsrechte, Marktbeziehungen, so daß historisch entwickelte Produktions- und Austauschweisen mitsamt sozialem Leben vernichtet werden. Auch die Ultima ratio der Militärgewalt operiert heute anders. Das supranationale Paktsystem der NATO praktiziert den strategischen Anspruch »Frieden durch militärische Intervention«.

Angesichts solcher Weltlage müßte die PDS ihre traditionell anti-imperialistische Position neu und anders bestimmen, als es zu anderen Zeiten von KPD und SED geschah. Was Globalisierung betrifft, so wird bloße Negation des weltweiten Vorgangs nicht helfen. Vielmehr sind kritische Analyse, kontrollierende Diskurse, alternative Regelungen gefragt, die dem Diktat der Finanzmonopole und der G-7-Staaten eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsordnung entgegenstellen. In Fragen der Militärgewalt, überhaupt der Rüstungen, des Waffenhandels, der permanenten Kriegsdrohung und Kriege agiert die PDS als *Antikriegspartei*, die sich zu friedlichen Konfliktlösungen und zum Pazifismus bekennt. Die Alternativposition gegenüber der Art und Weise der Globalisierung und den Interventionen der NATO erfordert breiteste Bündnispartnerschaft mit allen geeigneten Sozialbewegungen und Friedenskräften. Kraft dieser Intention wird die PDS auch ihr Verhalten zum historischen Erbe verändern. Sie wird beispielsweise Pazifismus und Pazifisten, Religionen und friedliebende Glaubensgemeinschaften, auch kooperative Non-Government-Organisations nicht sektiererisch abweisen, wie es in KPD und SED überwiegend geschah.

Unter den Generalia bleibt schließlich noch eine Streitfrage: *Anti-kapitalismus* oder *Kapitalismus-Kritik*? KPD und SED waren anti-kapitalistische Parteien. Ihr Versuch, gegen die kapitalistische Weltordnung des Profits, der Ausbeutung und der Kriege eine Alternative zu errichten, müßte für heutige Sozialisten und Kommunisten noch immer ein Erbe von Wert sein: wohl Gegenstand konkreter Analyse und historischer Kritik, jedoch ebenso legitim wie gescheiterte, aber gerechtfertigte Revolutionen. In der aktuellen Situation ist die PDS gegenüber der SPD eine »linkssozialistische Partei«, die freilich nur Reformen anstrebt – nach traditionellem, abschätzigem Vokabular der »KPD/SED-Tradition« eine »reformistische« Partei. Im geistigen Umgang mit der früheren Geschichte müßte sie aber sowohl das »sozial-revolutionäre Erbe« (Babeuf, Marx, Oktoberrevolution und Bolschewiki, Liebknecht und Luxemburg) wie auch das »sozial-reformatorische Erbe« (sogenannte Utopische Sozialisten, Lassalle, Bernstein, Kautski, russische Sozialrevolutionäre und Menschewiki, Au-stro-Marxisten wie Adler und Bauer) in ihr Traditionsbewußtsein aufnehmen. Ob künftig das eine oder andere ein größeres Gewicht erlangen wird, dürfte der Zukunft überlassen bleiben – es sollte jedenfalls keine Streitfrage von Sprengkraft sein. Evident ist aber auch hier, daß die PDS angesichts dieser Problemstellung die »KPD/SED-Tradition« nicht fortsetzen kann.

KPD und SED schrieben ihre politische Existenz von der russischen Oktoberrevolution, also »von 1917 her«. Es herrschte eine Selbsteinschätzung, wonach diese Parteien revolutionäre Avantgarde, sodann führende Staatspartei in einer »welthistorischen Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« waren. Diese leninistische Epochendefinition hat sich vor den bisherigen Tatsachen der Geschichte nicht als wissenschaftliche Erkenntnis, sondern als Wunschvorstellung, teleologischer Glaubenssatz und Trugschluß erwiesen.

Die PDS muß sich von Irrtümern trennen, muß ein eigenes Verständnis ihres Platzes in der modernen Geschichte erarbeiten. Die Welt, in der sie oppositionell und alternativ wirken will, wurzelt nicht in den Entwicklungen von 1917. Die PDS existiert in einer bürgerlich-liberalistischen, zugleich kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die »von 1789 herkommt«. Genauer gesagt: Die frühmodernen Ursprünge von Staat und Gesellschaft liegen in den bürgerlichen Revolutionen und der Industriellen Revolution des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts.

Selbstverständlich erfolgte der Aufstieg des Kapitalismus, mit ihm des besitzenden Bürgertums, seit dem Anfang der Neuzeit. Doch eine Vielzahl des Erbes, das der PDS zur Tradition reichen kann, findet sich spätestens seit der Aufklärung. Sie nämlich berief sich auf rationale Einsichten in die Natur, wonach alle Menschen und Völker als ursprünglich gleich, aber auch gleich berechtigt gelten mußten. Die bürgerlichen Aufklärer formulierten als Ziel der Menschheit: nationale wie universale Verhältnisse, in denen »Freiheit« und »Gleichheit« für alle Individuen als »unveräußerliche Menschenrechte« garantiert, auch Freiheit und Souveränität der Völker vor Willkürakten – vor Aggressionen und Angriffskriegen – bewahrt sein sollten.

Die bürgerlichen Revolutionen Nordamerikas und Frankreichs haben solche Ideen als Menschen- und Bürgerrechte deklariert – aber nicht eingelöst. Kämpfende Volksklassen der Revolution von 1789 mußten erfahren, daß die Besitzenden den Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das Kardinalprinzip der »Freiheit des Eigentums« überstülpten. Das bedeutete in der kodifizierten Erneuerung von Staat und Gesellschaft bis zum heutigen Tag: Bevorzugung der Eigentümer des Bodens, des Kapitals, der größeren Produktionsmittel – und im Alltag der Revolution: Entfesselung des Spekulant- und Schiebertums, gesetzlich erlaubte und skrupellose Bereicherung der Reichen. Mit der polemischen Reflexion dieser Tatsachen begründeten sich bereits damals gegen den *besitzbürgerlichen Liberalismus* die weitertreibenden Alternativen: die Strömungen des *oppositionellen* und *revolutionären Demokratismus*. Sie waren die ersten, die »Volkswohlfahrt« und konsequente »Volksouveränität« auf ihre Fahnen schrieben.

So hat sich ein traditionsfähiges Erbe herausgebildet, das bei historisch-konkreter Betrachtung zu differenzieren, hier aber nur knapp zu skizzieren ist: *Humanisten* von bourgeoiskritischer Haltung wie Goethe und Heine, *revolutionäre Demokraten* wie die deutschen Jakobiner Georg Büchner und der nachlebende Citoyen Heinrich Mann, *Sozialreformer* wie Robert Owen und Saint-Simon, Proudhon

und Lassalle, *sozialrevolutionäre Sozialisten und Kommunisten* wie Jacques Roux und Babeuf, Blanqui und Weitling, Marx und Engels.

Durch den heutigen Begriff der »linkssozialistischen Partei« ange-regt, fasse ich nun vergrößernd auch die kapitalkritischen und anti-kapitalistischen Gestalten der Vergangenheit unter dem Begriff »links« und der »Linken« zusammen. Von ihrem Wirken in Zeiten der bürgerlichen Revolutionen hat Friedrich Engels am Ende des 19. Jahrhunderts geschrieben: »Damit selbst nur diejenigen Sieges-früchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hin-ausgeführt wurde [...]. *Es scheint dies in der Tat eins der Entwick-lungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.*«<sup>3</sup> Nehmen wir diese Erwägung als zutreffend an, so ist die Funktion bezeichnet, die von den jeweils zeitgenössischen »Linken« als Antipoden des bür-gerlichen Liberalismus in den Revolutionen erfüllt wurde. Sie erwies sich als nötig – aber tragisch zugleich. So hat auch Engels hinzuge-fügt: »Die Errungenschaften des *ersten* Sieges wurden erst sicherge-stellt durch den *zweiten* Sieg der *radikaleren Partei*; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so *verschwanden die Ra-dikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.*«<sup>4</sup>

Es bleibt zu fragen, ob diese Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für Sozialisten und Kommunisten des 20. Jahrhunderts gilt. Gewiß waren die »klassischen« bürgerlichen Revolutionen nicht wiederholbar. Seit der Erhebung des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal seit der Pariser Kommune von 1871 wurden die bürgerlichen Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der ar-beitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrie-ben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch es siegten und profitierten jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeit-verhältnissen angemessen waren; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. – Nun denke man zu dieser von Engels kommentierten Tatsache eine historische Analogie: an Rußland, das am Beginn des Ersten Weltkrieges noch ein halbfeudales, absolu-tistisch regiertes Land gewesen, heute ein Land des raumgreifenden Kapitalismus geworden ist. Was könnte geschehen sein? Die bür-gerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete die Um-wälzung des Staats und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter noch anderen »linken« Zeitgenossen die »äußerste Linke« waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als sozialistisch begriffen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Struk-turen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam – insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol. Ge-messen an diesem Resultat wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und rigide Industrialisierung hat der praktizierte Sozialismus soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie in Ruß-land und weiteren Ländern der ehemaligen Sowjetunion verfügt. Für alle, die die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« und die dar-

3 Friedrich Engels: Ein-leitung zur englischen Aus-gabe der »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (1892), in: MEW, Bd. 22, S. 301 (Her-vorhebg. – HB).

4 Derselbe: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895), in: ebenda, S. 514 (Hervorhg. – HB).

aus entstandene Sowjetunion als ihr politisches Kredo auffaßten, muß das Ergebnis der insgesamt achtzigjährigen Umwälzung enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die unfassende Einsicht veranlaßt: Bei allen Mühen und Kämpfen gegen Ausbeutung und Krieg – setzt man den Terminus »Revolution« nicht für temporäre Versuche, sondern umfassend und streng welthistorisch, so bezeichnet er in der Geschichte der Neuzeit eine bislang ausschließlich bürgerliche, letzten Endes den Kapitalismus begünstigende Tatsache. Die Jahrhundertwende 2000 bietet der werktätigen Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf europäische und mehr noch globalistische Weltherrschaft.

Ich fasse zusammen. Wir leben in einer gesellschaftspolitischen Ordnung, die von den bürgerlichen und industriellen Revolutionen kommt. Da bleibt festzustellen: »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!«, die 1793 vom »Klub der Cordeliers« für das französische Volk und gegen die besitzende Klasse verlangt wurden, sind noch heute nicht eingelöst. Wer aber in der Vergangenheit gelebt und gekämpft hat, damit »Liberté« und »Égalité« nicht bloß als formal, sondern sozial und real verstanden, damit »Fraternité« als Solidarität und Frieden der Individuen und der Völker verwirklicht werde, der muß aus der bourgeoisen Verdammnis und Vergessenheit befreit, muß durch unsere historische Bemühung um Erbe und Tradition erinnert und fortgesetzt werden.

Immer sind es die Lebenden, wodurch die Auferstehung der Toten erfolgt. Mit Heinrich Heine, dem Geistkämpfer für Menschenrechte, der die Zielsetzungen von 1789 keinesfalls erreicht sah, wäre zu sagen: »Nein, die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele von uns werden die Mitte nicht überleben.«<sup>5</sup>

5 Heinrich Heine: Lutezia. Berichte über Politik, Kunst und Volksleben. Erster Theil, XXI. Paris, 3. October 1840, in: Säkularausgabe. Werke, Briefwechsel, Lebenszeugnisse, hrsg. v. d. Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur (heute: Stiftung Weimarer Klassik) und dem Centre National de la Recherche Scientifique in Paris, Bd. 11, Berlin-Paris 1974, S. 76.

## STEFAN BOLLINGER

# PDS-Programmatik und das Schlüsseljahr 1989

Soll in einem Parteiprogramm, das auf die Zukunft orientiert, Geschichte, darunter nicht zuletzt die Situation, aus der die ein neues Programm suchende Partei hervorging, behandelt werden? Widersinn oder Notwendigkeit? Die Debatten um eine Koalition von SPD und PDS in Berlin haben gezeigt, daß für eine sich sozialistisch verstehende Partei, die nicht nur mit einem historischen Erbe belastet ist, sondern auch an einem gesellschaftsverändernden Anspruch festhält, eine Entlassung aus der Geschichte nicht zu haben ist. Bislang reduzieren sich die Auseinandersetzungen auf ein mehr oder minder verklausuliertes Verteidigen *oder* Abschwören dieser Vergangenheit. »Kühne« PDS-Politiker möchten sich am liebsten immer wieder entschuldigen und vergessen dabei, daß dies mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 bereits geschehen ist. Sie begreifen kaum, daß Schuldeingeständnis das eine ist, die Frage nach den Ursachen für Schuld und erst recht das Entschulden durch die Betroffenen etwas anderes sind.

### *Lernen aus der Geschichte?*

Stärker als in den bisherigen Entwürfen ist eine Einbindung der aktuellen politischen Zielsetzungen und Zukunftsvisionen in den historischen Erfahrungszusammenhang der deutschen wie internationalen Linken vorzunehmen. Das Verarbeiten historischer Erfahrungen ist für Linke keine abstrakte Fragestellung, sondern, trotz aller Relativierungen und Pluralisierungen marxistischen Denkens, notwendiger und auch erwarteter Teil von Programmarbeit. Dazu gehören zwangsläufig eine schonungslose Analyse und Kritik der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, die durch eine linke, sozialistische Politik verändert werden sollen.

Im favorisierten Programmwurf wird nachdrücklich auf die vielfach uneingelösten Verfassungsprinzipien des westdeutschen, nun gesamtdeutschen Grundgesetzes zurückgegriffen. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber es sollte auch ein Verfassungsdokument herangezogen werden, in dem wesentliche linke, sozialistische wie radikaldemokratische Erfahrungen ihren Niederschlag fanden – mit Beiträgen aus der Noch-DDR ebenso wie aus der damaligen BRD. Am 6. April 1990 legte die entsprechende Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches der DDR einen Verfassungsentwurf vor, in dem in sich geschlossen die Grundzüge einer demokratischen, durchaus sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden mit Relevanz für ganz Deutschland fixiert wurden. Nicht umsonst schrieb Christa

Stefan Bollinger – Jg. 1954; Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ost-deutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. Wichtige Publikationen zum Thema: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling (1993); Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968 (1995); Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (1996); 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (1999)



Wolf in die Präambel: »Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseres Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen, gewillt, als friedliche, gleichberechtigte Partner in der Gemeinschaft der Völker zu leben, am Einigungsprozeß Europas beteiligt, in dessen Verlauf auch das deutsche Volk seine staatliche Einheit schaffen wird, überzeugt, daß die Möglichkeit zu selbstbestimmten verantwortlichen Handeln höchste Freiheit ist, gründend auf der revolutionären Erneuerung, entschlossen, ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln, das Würde und Freiheit des einzelnen sichert, gleiches Recht für alle gewährleistet, die Gleichstellung der Geschlechter verbürgt und unsere natürliche Umwelt schützt, geben sich die Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik diese Verfassung.«

Der Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das unter kaum weniger kontroversen und klassenkämpferischen Bedingungen entstand, bedarf der Ergänzung durch einen Bezug auf den erfolgreich-aussichtslosen Endpunkt der DDR. Denn – im auch von der PDS mitgeschriebenen – Verfassungsentwurf des Runden Tisches wurden wesentliche Lehren eines gescheiterten Sozialismusversuchs auf deutschem Boden und einer eingeleiteten prosozialistischen, demokratischen Reform verankert. Erinnerung sei an die Verknüpfung staatsbürgerlicher Freiheiten mit sozialen Grundrechten, an die basisdemokratische Erweiterung des parlamentarisch-pluralistischen politischen Systems oder eine starke Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

#### *Die Crux der »Wende«*

Weit schwieriger als ein solcher positiver Bezug auf ein weitgehend unstrittiges, durch das Abschwenken der damaligen Koalitionsparteien wirkungslos gebliebenes Dokument ist natürlich das Problem der Einordnung und der Wertung der Ereignisse von 1989 bis 1991 in der DDR und Osteuropa. Hier bieten alle vorhandenen Programm-entwürfe ein letztlich unentschlossenes Bild. Die Kritik am bis dato bestehenden Realsozialismus ist als solche unstrittig, die Benennung der Tiefe der Verwerfungen und der notwendigen Überwindung fällt aber ebenso schwer wie die Charakterisierung dessen, was der »Sozialismus in den Farben der DDR« überhaupt gewesen ist. Einigkeit besteht hinsichtlich der Betonung, daß die PDS letztlich Resultat dieser Prozesse war, der Entwurf I betont deutlich die antistalinistische Ausrichtung.

Aber allen Programm-entwürfen mangelt es an Bereitschaft, die – von einem Großteil der Mitgliedschaft bezweifelte – Notwendigkeit einer revolutionären Überwindung des Staatssozialismus auszusprechen und den Umbruch von 1989 zu verteidigen. Und das, obwohl das aktive Eingreifen der SED-Reformer und vor allem der SED-Basis zum Sturz ihrer eigenen Führung und zur Begründung der PDS führten. Denn für die Mehrzahl der Mitglieder scheint damit das Infragestellen ihrer eigenen Biographien ebenso verbunden zu sein wie eine Ausklammerung des von der Bundesrepublik ausgehenden Prozesses der Enteignung der Ostdeutschen von ihrer Revolution,

ihren Arbeitsstellen, großer Teile ihres Eigentums und ihrer Biographien.

In der westdeutschen Gesellschaft wiederum ist das Bekenntnis zum demokratischen Aufbruch im Herbst 1989 die geringste Forderung, die der PDS hinsichtlich ihrer Vergangenheitsbewältigung abverlangt wird. Für die konkurrierenden politischen Kräfte ist anderes ausschlaggebend: die Übernahme von Verantwortung für die von vielen als Zwangsvereinigung erfahrene Bildung der SED inklusive Entschuldigung, für die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953, für den Mauerbau 1961 und für die Gesamtheit der SED-Politik. Viele PDS-Politiker gehen darauf ein.

### *Programm und Geschichtspolitik*

Eine solche Reduktion zeugt von einem Mißverständnis der eigenen geschichtsphilosophischen Wurzeln, von einem Preisgeben eigener politischer Positionen – nicht zuletzt im Koalitionsgeschäft, wenngleich dies sicherlich ein Nebenkriegsschauplatz ist. Vor allem aber zeugt es davon, daß die PDS im Unterschied zu den anderen politischen Kräften dieses Landes immer noch Opfer ihrer eigenen verhängnisvollen Geschichte ist. Sie ist bis heute kaum willens, eine eigene Geschichtspolitik offensiv zu betreiben. Praktisch schwankt sie zwischen gelegentlicher nostalgischer Verklärung realsozialistischer Zeiten – vor allem in Teilen der Mitgliedschaft – und einer überzogenen Übernahme von Verantwortung und ständig wiederholten Reuegesten für die Verbrechen und Fehler des Staatssozialismus, tendenziell auch für die in der DDR unvollkommen, deformiert und mißbraucht verwirklichten sozialistischen Ideale der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte, wobei die harte, von beiden Seiten betriebene Systemauseinandersetzung oft vergessen wird.

Nicht zu übersehen ist in allen Entwürfen das völlige Ausblenden der deutschen Einheit. Durch ihr mehr oder minder begeistertes antinationales Antichambrieren und ihren alleinigen Bezug auf eine europäische Perspektive ist ein Loch im geschichtlichen Selbstverständnis der PDS als deutscher linker Partei mit internationalistischem Anspruch entstanden. Das ist um so verheerender, weil diese Partei ihren politischen Kampf heute und morgen auf deutschem Boden zu führen hat.

### *Herbst 1989 und PDS*

Das Jahr 1989 und der demokratisch-sozialistische Aufbruch in der DDR-Gesellschaft mit den Bürgerbewegungen und den Reformbestrebungen in der SED, die zum Sturz des SED-Regimes und zu einer demokratischen Erneuerung der DDR führten und die Chance für eine demokratisch-sozialistische DDR zumindest kurzzeitig boten, gehören zu den unverzichtbaren Gründungsgrundlagen der PDS. Auf dem Außerordentlichen Parteitag hieß es kurz und schneidend: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«. Dabei ist es zunächst unerheblich, wie der Zusammenbruch der DDR und des »alten«, »administrativ-zentralistischen«, »stalinistischen«, »spätstalinistischen« oder »spättotalitären« Systems bezeichnet wird, ob als »Revolution« (in meinem Verständnis bis zum Fall der Mauer und dem Eintreten des westdeutschen Akteurs in

die inneren Auseinandersetzungen), als »revolutionärer Aufbruch«, »revolutionäre Situation«, »Implosion« oder auch nur als »Wende«. Entscheidend für ein aktives Geschichtsverständnis und eine entsprechende Politik der PDS ist die Anerkennung der notwendigen Überwindung der stalinistischen Strukturen, die eine Verwirklichung der sozialistischen wie humanistischen Ideale verhinderten.

Es ist eine Frage der theoretischen Einsicht und Bewertung des Geschehenen und vor allem danach, wie es weitergehen soll. Ein »Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fechten's besser aus« wird es unter diesen Prämissen nicht geben. Wir brauchen eine Totalkritik des Realsozialismus, eines Staatssozialismus mit autoritärem, paternalistischem und patriarchalem Charakter, der auch über totalitäre, zumindest zu Stalins Lebzeiten über offen terroristische Züge verfügte. Viele aktive Bürger, SED-Mitglieder, auch Politiker haben versucht, diese Gesellschaft mit Idealen und Engagement zu gestalten. Sie sahen manches, was wohl nicht so gut war, aber sie hielten das für Einzelfehler, Schwachpunkte, »Muttermale der alten Gesellschaft«, für Folgen der scharfen Systemauseinandersetzung – was sie teilweise durchaus auch waren. Aber das von Stalin begründete System zerstörte das Wesen von Sozialismus, seine demokratisch-emanzipatorische Ausrichtung, seine notwendige Weiterentwicklung. Kritik, Selbstkritik, letztlich Demokratie als Lebensnotwendigkeiten wurden faktisch ausgeschaltet. Daß sie dazugehören, stand zum Schluß eben nur bei den Klassikern, in Lehrbüchern und in den Parteitagsreferaten, durfte aber faktisch in allen Grundsatzfragen nicht gelebt werden.

1989 fand eine Revolution für einen grundlegenden Modellwechsel des praktizierten Sozialismus, für seine Demokratisierung statt. Meines Erachtens war es eine Revolution (oder eine Reform, eine Erneuerung) für einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – genauso wie der Prager Frühling 1968. Hierin waren sich die meisten Bürgerbewegten, die SED-Reformer und die zunehmend selbst aktiv werdenden SED-Mitglieder durchaus einig. Das bestimmte die Demonstrationen im Oktober und Anfang November 1989, die sich vornehmlich auf die sowjetische Perestrojka orientierten. Es ist daran zu erinnern, daß seit 1986/87 in diesem Aufbruch in eine aktive Subjektrolle viele SED-Mitglieder die eigenen Ideale wiederfanden.

Natürlich hat, wie wir wissen, diese Wende, diese Revolution, in der konkreten historischen Situation aus mehrerlei Gründen ihren denkbaren, aber nicht zwangsläufigen Erfolg verwirkt. Dieser Aufbruch kam um Jahrzehnte zu spät, weil schon in den sechziger/siebziger Jahren – unter den Bedingungen einer Produktivkraft- und Technologierevolution – die Individuen in der Produktion und in der Gesellschaft auf neue Weise gefordert waren. Benötigt wurde in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ihre Gestaltungskraft, deren Entfaltung durch die bürokratisch-administrativen Strukturen jedoch immer stärker blockiert wurde. Die Neuansätze wurden in der DDR mit der Beendigung der NÖS – wie zuvor und in noch viel weitergehender Form mit der gewaltsamen Unterdrückung des Prager Frühlings – dauerhaft zerschlagen.

Erst in dem Moment, als die östliche Super- und Führungsmacht mit noch größerer Verspätung die Problemlage zur Kenntnis nahm

und überfällige, aber unvollkommene Reformen in Gestalt der Perestrojka unsystematisch und inkonsequent in Angriff nahm, konnte der Rest des Ostblocks für sich selbst einen solchen Neubeginn versuchen und realisieren.

Die äußeren Umstände für den ganzen Ostblock, aber in besonderem Maße für die DDR sorgten dafür, daß der Aufbruch 1989 sehr rasch zum Scheitern gebracht wurde. Aus Sicht des Westens war es weniger die Chance für eine Erneuerung des bisherigen Systemgegners als vielmehr der Glücksfall, diesen Konkurrenten im Ergebnis der aus dem Ruder gleitenden Reformen und der eigenen aktiven Einflußnahme als Gegner auszuschalten und die eigenen, kapitalistischen Verhältnisse anzudienen. In der DDR vollzog sich dies nach der überfälligen – durchaus nicht nur als historischer Irrtum, sondern auch als »revolutionäre« Massenaktion sich vollziehende – Grenzöffnung zum anderen Teil Deutschlands.

### *Was war die DDR?*

Für unser Thema erhebt sich damit naturgemäß die Frage, warum dieses Datum so ausschlaggebend und entscheidend sein mußte. Augenscheinlich nur deshalb, weil der Realsozialismus sich als unfähig erwiesen hatte, die ursprünglichen sozialistischen Ideale – freie Selbstverwirklichung der Individuen, demokratisch organisierte gesellschaftliche Beziehungen und nicht zuletzt entwicklungs-fähige ökonomische und sozialpolitische Verhältnisse – so zu verwirklichen, daß die Bürger dieses Landes, darunter die Mehrzahl der Mitglieder der nominell führenden Partei, ihre Interessen noch vertreten sahen. Auch hier ist sicher ein Streit um Begriffe möglich; in den Programmentwürfen werden unterschiedliche Betrachtungsweisen sichtbar. Eine Charakterisierung des DDR-Sozialismus als ein von der Sowjetunion importiertes, stalinistisch geprägtes, staatssozialistisches System dürfte wahrscheinlich am tragfähigsten sein. Jeder der Begriffe hat Vor- und Nachteile. Deutlich muß nur werden, daß dieser Sozialismus eben Schatten seiner selbst blieb; daß grundlegende Charakteristika einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft mündiger Bürger, die ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, fehlten, weil ihre Ausprägung im Interesse der Machtsicherung einer kleinen Kaste verhindert wurde. Es handelt sich hier um genetische Fehler des praktizierten Staatssozialismus, die in mancherlei Hinsicht zwar durch die Härte der inneren und der Systemauseinandersetzung erklärbar sind, aber keine Rechtfertigung finden können.

Es bleibt erforderlich, den Zwiespalt zwischen dem Handeln der politischen Führung einerseits und dem der aktiven und passiven Gestalter dieser Gesellschaft andererseits deutlich zu machen. Ein Programm einer Partei des demokratischen Sozialismus ist ohne diese Totalkritik des praktizierten, diktatorischen, undemokratischen Sozialismus unmöglich, wobei allerdings einer Reduktion allein auf diese reaktionären Züge ebenso konsequent zu widerstehen ist. Nicht nur die Biographie des einzelnen Mitglieds, sondern erst recht die – wenn oft auch nur ansatzweise realisierte – Verwirklichung von demokratischen und sozialistischen Idealen, nicht zuletzt der Arbeiterbewegung, muß gewürdigt werden. Die bleibenden historischen

Leistungen wie Bildungschancen für Unterprivilegierte, polytechnische Bildung für alle, Gleichberechtigung der Frau, medizinische Versorgung über Polikliniken, Würdigung der Arbeit usw. müssen sowohl in ihrer Progressivität, nicht zuletzt gegenüber den westlichen Realitäten, gesehen werden als auch in die undemokratischen Strukturen eines von der SED-Führung bestimmten Systems eingeordnet werden. Dieser Demokratiemangel begünstigte Stagnation und beschädigte zunehmend alle wirklichen Errungenschaften in einem Maße, daß sie schließlich nicht mehr verteidigungswert schienen.

### *Statt Rechtfertigungen*

Wenn es um den Sozialismus auf deutschem Boden geht, sollte in einem Programm der PDS auf vier Traditionslinien positiv Bezug genommen werden: *erstens*: die Gründung der DDR als eines unvollkommenen, auch fremdbestimmten, aber legitimen Versuches alternativer Entwicklung jenseits von Kapitalismus und Faschismus, wobei ebenfalls die Gründung der Bundesrepublik zu diskutieren ist – nicht nur unter dem Aspekt der Kontinuitäten, sondern auch der Brüche; *zweitens*: die Gesamtheit der antistalinistischen Opposition und Dissidenz sowohl in der DDR als auch in den deutschen und internationalen linken sozialen wie politischen Bewegungen ebenso wie alle Bewegungen gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Militarismus und Umweltzerstörung Westdeutschlands; *drittens*: das Jahr 1968 als das für die beiden Staaten auf deutschem Boden entscheidende Jahr des Übergangs zu einer Gesellschaftsentwicklung, in der die neuen Produktivkräfte langsam, aber zwingend nach mehr Demokratie, mehr individueller Selbstbestimmung drängten und deren Entwicklung beide Gesellschaften mehr oder minder auch selbst beeinflussen. Für die DDR bildete der Prager Frühling dabei die entscheidende Markierung. Der eigene weit vorsichtigere, jenseits einer Demokratisierung gelegene und deshalb unvollkommenere NÖS-Reformversuch wurde beendet, während in der Bundesrepublik die Studentenbewegung mit ihrer antifaschistischen, anti-US- und anti-autoritären Ausrichtung einen politischen Kulturwandel einleitete.

Und *viertens* zählt dazu das Jahr 1989, in dem die DDR-Bürger mit der revolutionären Erneuerung ihres sozialistischen Staatsgebildes eine Rückkehr zu den sozialistischen und demokratischen Wurzeln ihres Gesellschaftswesens anstrebten. Darin war ein Veränderungsanspruch gegenüber der Bundesrepublik enthalten, jene Vorstellung von der »doppelten Modernisierung«, die im Verfassungsentwurf des Runden Tisches ihren Ausdruck fand. Durch das Eingreifen des westdeutschen Akteurs ist diese Entwicklung frühzeitig unterbrochen worden und in einen Prozeß des Anschlusses, ja einer tendenziellen Kolonialisierung in den Sog der neoliberalen Umgestaltung des Kapitalismus hineingezogen worden.

### *Zivilisatorische Errungenschaften vor der Unkenntlichkeit?*

Diese neoliberale Brechung emanzipatorischen Potentials in Ost wie West ist eine zentrale Erfahrung, die in einer Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ihren Niederschlag finden muß, weil sie – trotz durchaus aktuell zu beobachtender Versuche einer gewissen sozialen Drapierung mancher Entscheidungen – jene zivilisato-

rischen Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft angreift, die einen Fortschritt gegenüber der staatssozialistischen Praxis darstellten. Dabei hat sich die westliche, kapitalistische Gesellschaft nach dem 11. September 2001 vielleicht kenntlicher, weil offener kapitalistisch und imperial entlarvt als bislang von PDS-Programmschreibern aufgezeigt. Die schönsten Freiheitsgüter, die zivilisatorischen Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft erweisen sich als weit fragiler, als Linke noch 1989/90 angesichts der stalinistischen Verheerung annahmen. Sie waren kein Geschenk, sondern Resultat politischer Kämpfe in den westlichen Metropolen und in der Systemauseinandersetzung. Die DDR spielte hierbei durchaus einen motivierenden Part. Heute zeigt sich, wie schnell nach dem Wegfall dieser Gegenmächte die herrschenden politischen Kräfte bereit sind, diese Errungenschaften zu liquidieren. Nur neue Gegenmächte werden diese Kräfte aufhalten können. Die PDS wird lernen müssen, die Dinge auch im Parteiprogramm beim Namen zu nennen und mit radikalen Gegenentwürfen einen Politikwechsel einzufordern, ohne ihre Geschichte zu verleugnen.

## JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Zeitschrift erscheint seit März 2002. Sie wendet sich an Fachhistoriker und an historisch Interessierte und informiert über Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Alltagsgeschichte u. a. m. Sie ist eines der wenigen Organe in der heutigen Bundesrepublik Deutschland, das auch der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum gibt und für alle demokratisch gesinnten Historiker der Arbeiterbewegung offen steht. Die Zeitschrift will einen aktiven Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen zu Neuerscheinungen.

Das erste Heft des »JahrBuchs« (Januar 2002) eröffnet der Beitrag von Peter Brandt »Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive«. Er enthält eine – zeitlich und inhaltlich übergreifende – Gesamtschau des Gegenstands Arbeiterbewegung. Sie setzt gleichsam den Rahmen für die Mehrzahl der übrigen – weitgehend biographischen – Beiträge. Darin geht es um Persönlichkeiten, die aus der Arbeiterbewegung kamen bzw. mit ihr verbunden waren, sie prägten oder beeinflussten: K. Liebknecht und R. Luxemburg im biographischen Vergleich; E. Bernstein: Gegensätze zu und Berührungspunkte mit R. Luxemburg und W. Lenin; E. V. Debs zu Klassen, Geschlechtern und Minderheiten in den USA; der israelische Historiker Walter Grab; die »Brückenbauer« Herbert Steiner (österreichischer Kommunist) und Josef L. Hromadka (tschechischer Theologe); Georg Böhning (1788-1849), Josef Schneider (1882-1939), Margarete Buber-Neumann (1901-1989).

Der Bezug ist über die Redaktion des JBzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, möglich.

Das Einzelheft kostet im freien Verkauf – je nach Umfang – 7 bis 10 Euro; das Jahresabonnement (einschließlich des vorliegenden JahrBuch-Heftes) im Inland 25 Euro (incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten), im Ausland 30 Euro (zuzügl. 5 Euro Versandk.).

Die Zahlungen für das Abonnement beziehungsweise die Einzelhefte sind zu überweisen an: NDZ GmbH, Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin.

Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank / BLZ 100 900 00.



## KAROL KOSTRZEBSKI

# Rechtsextreme in Polen

Die Entwicklung rechtsextremer Bewegungen in Polen nach 1989 führte zur Marginalisierung und Spaltung des ultrarechten politischen Lagers. Das Spektrum der extremen Rechten verändert sich auch weiter sehr schnell. In diesem Prozeß verschwinden kleine politische Grüppchen und entstehen – meist über Spaltungen – neue Bündnisse. Das gesamte rechtsextreme Lager ist äußerst zersplittert und funktioniert nach dem ›Freund-Feind‹-Schema. Dennoch stellt der Rechtsextremismus noch immer ein Problem dar, denn er bedroht die Entwicklung der Demokratie in Polen. Um diese These zu begründen, sollen eingangs kurz die Hauptströmungen der polnischen extremen Rechten betrachtet werden.

### *Radio Maria*

Sehr lebhaft entwickelte sich um den Sender *Radio Maria* gescharte fundamentalistische politische Spektrum. Dieser zu Beginn der neunziger Jahre von Pater Tadeusz Rydzyk begründete Sender ist einer von drei landesweit zu empfangenden Rundfunksendern. *Radio Maria* ist jedoch praktisch weltweit zu empfangen, da seine Sendungen über Satelliten und sogar von Ozeanschiffen aus übertragen werden. Das Programm des Senders besteht zu drei Vierteln aus religiösen Beiträgen, aus gemeinsamem Gebet und Katechese. Es besteht ständiger Kontakt zu den Hörern, die jederzeit den Programm-Moderator anrufen und ›auf Sendung gehen‹ können. Das Profil des Senders ist durch extrem verstandenen Katholizismus gekennzeichnet, was sich selbst in bestimmten Ritualen äußert. So werden in Gesprächen nicht die traditionellen Grußformeln (›Guten Tag‹, ›Auf Wiedersehen‹), sondern versteinerte religiöse Wendungen wie »Gelobt sei Jesus Christus« und »Maria ewig Jungfrau« verwendet.

Am Abend nimmt das Programm vor allem in den täglichen Fortsetzungen der »Unvollendeten Gespräche« ideologisch-politische Züge an. In diesen mehrstündigen ›Séancen des Hasses‹ wird versucht, die Europäische Union, die regierenden Eliten verächtlich zu machen, kurzum gegen alles zu hetzen, was vom traditionellen katholischen Weltbild abweicht. Die charismatischen Auftritte des ›Pater Direktor‹ des Senders, Tadeusz Rydzyk, und die Vorträge der von ihm eingeladenen Gäste propagieren polnischen Nationalismus, katholisches Einheitsstreben und Antimodernismus.

Die Sendungen von *Radio Maria* werden regelmäßig von Millionen Polen gehört, vor allem von Rentnern, Langzeitarbeitslosen

Karol Kostrzebski – Jg. 1971; Dr. phil., Politikwissenschaftler, studierte an der Universität Warschau, an der Freien Universität Berlin und an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte über rechte Gruppierungen im politischen System Deutschlands und ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft an der Humanistischen Hochschule in Pultusk sowie Berater beim Präsidentenbüro der Stadt Warschau.

sowie generell von den ›Verlierern der Modernisierung‹. Die Hörer des Senders sind mehrheitlich sehr arm, haben das Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht und daß sie aus der gesellschaftlichen Entwicklung in Polen ausgeschlossen werden. Für viele von ihnen ist *Radio Maria* die einzige Quelle des ›wahren‹ Wissens über die Welt. Sie lauschen daher nahezu pausenlos seinen Sendungen. In manchen Kirchgemeinden werden Rundfunkgeräte installiert, mit denen man nur *Radio Maria* empfangen kann. Die Hörer des Senders bilden lokale Gemeinschaften, die ›Radio-Maria-Familien‹ genannt werden. Der Integration dieser Gemeinschaft dienen landesweite Pilgerfahrten und andere religiöse Veranstaltungen, an denen sich manchmal Hunderttausende beteiligen. Diese Versammlungen beinhalten neben rein religiösen Elementen auch Unterhaltungsveranstaltungen, beispielsweise Auftritte von Stars der Volksmusik, sowie politische Indoktrination. Das mediale Imperium von *Radio Maria* vergrößert sich ständig. Seit einigen Jahren wird die eng mit dem Sender verbundene Zeitung *Nasz Dziennik* (Unsere Zeitung) herausgegeben. Pater Tadeusz Rydzyk plant zudem die Errichtung eines gewaltigen Bildungskomplexes in Toruń. Dazu verlangte er vom Stadtrat die unentgeltliche Bereitstellung mehrerer Hektar Baugrund. Weil linke Ratsmitglieder Einspruch erhoben, ist diese Transaktion noch nicht wirksam geworden.

Der Sieg der Rechten bei den Sejmwahlen 1997 war auch ein politischer Erfolg von *Radio Maria*. Die mit diesem Sender verbundenen Kandidaten waren auf den Listen des Rechtsblockes *Wahlaktion Solidarność* (Akcja Wyborcza Solidarność – AWS) untergebracht worden. Sejmmandate erhielten mit Unterstützung des Senders etwa 20 Kandidaten, die bald im Parlament ihre Unabhängigkeit von der AWS-Fraktion erklärten. Nach zahlreichen Abstimmungen, bei denen sie gegen die Fraktionsdisziplin verstießen, verließen die Wortführer der Anhänger von *Radio Maria* die AWS-Fraktion und bildeten eine eigene kleine Abgeordnetengruppe mit der Bezeichnung »Polnische Übereinkunft« (Porozumienie Polskie). Ihr Wirken war durch zahlreiche Skandale gekennzeichnet. Einer der Anführer der Gruppe, der Abgeordnete Witold Tomczak, wurde dadurch berühmt, daß er gemeinsam mit der rechten Abgeordneten Halina Nowina-Konopczyna in der Warschauer Galerie *Zachęta* (Ermunterung) eine angeblich ›antichristliche‹ Skulptur zerstörte. Das Werk stellte den durch einen gewaltigen Felsbrocken niedergedrückten Papst Johannes Paul II. dar. Tomczak riß den Felsbrocken demonstrativ von der Figur des Papstes. Die Tat leitete eine ganze Reihe weiterer Skandale ein. Er initiierte eine Unterschriftenkampagne, um die Ablösung der Galeriechefin Anda Rotenberg zu erreichen. Der dazu aufgesetzte ›offene‹ Brief enthielt antisemitische Ausfälle. Tomczak warf der Direktorin ihre jüdische Herkunft vor und empfahl ihr, solche Skulpturen in Israel auszustellen. Den Schandbrief unterschrieben mehrere Dutzend Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen. Dem ganzen setzte die Krone auf, daß der rechte Kulturminister Kazimierz Michał Ujazdowski wenige Wochen nach der Affäre Frau Rotenberg tatsächlich abberief.

In der Sejmwahlkampagne des Jahres 2001 beschlossen die Anhänger von *Radio Maria*, den Wahlkampf auf eigene Faust zu be-

ginnen, und das trotz mehrfacher Bemühungen von AWS-Chef Marian Krzaklewski, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Am 4. Februar 2001 wurde die neue Partei *Liga Polskich Rodzin* (Liga der polnischen Familien) gegründet. Nationale Solidarität avancierte, ähnlich der Linie des FPÖ-Chefs Jörg Haider und anderer Anführer der extremen Rechten in Westeuropa, zu ihrem Schlüsselbegriff. Neben nationalistischen Losungen propagiert die Liga einen fundamentalistischen Katholizismus und deklariert unverhohlen: »Der Pole ist Katholik!« Die Partei tritt offen gegen die Europäische Union auf, indem sie behauptet: »Mit diesem modernen Turm von Babel werden wir Arbeitslosigkeit importieren, fremdes Brot essen und auf der Straße kampieren.« Die Anpassung an die Standards der Union werden als für Polen »mörderisch« charakterisiert. Es wird zur Neuverhandlung der mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossenen Abkommen aufgerufen, um »die polnische Politik vom Diktat Brüssels und Berlins zu befreien«<sup>1</sup>.

Um die Liga haben sich nunmehr viele weitere faschistoide rechtsextreme politische Grüppchen geschart. Erwähnenswert sind die noch vor dem Zweiten Weltkrieg entstandene älteste Organisation der polnischen äußersten Rechten, die *Nationalpartei* (Stronnicstwo Narodowe) sowie ihre Jugendorganisation *Allpolnische Jugend* (Młodzież Wszechpolska) und extremistische Teile der Gewerkschaft *Solidarność*, die vom Chef der Gewerkschaftsgruppe in der Traktorenfabrik *Ursus*, Zygmunt Wrzodak, repräsentiert wird.

In der *Liga der polnischen Familien* tummeln sich jetzt auch einige populistische Anführer der politischen Klasse, die vorher schon Mitglieder verschiedener anderen Parteien waren; dazu gehört insbesondere der Bauernführer Gabriel Janowski, der durch seinen kompromißlosen Kampf für den Unternehmensverbund *Polnischer Zucker* bekannt wurde. Um politischen Druck auszuüben, verschanzte er sich im Finanzministerium, von wo er durch die Polizei entfernt werden mußte. Mehrfach okkupierte er das Rednerpult des Sejm und blockierte die Parlamentsdebatte. Einige Male mimte er in der Öffentlichkeit einen psychisch Gestörten. Ferner zählt dazu Antoni Macierewicz, ein ehemaliges Mitglied des legendären *Arbeiterverteidigungskomitees* (Komitet Obrony Robotników – KOR) und Angehöriger der illegalen antikommunistischen Opposition. Als Innenminister veröffentlichte er 1992 Archivmaterialien des polnischen Amtes für Staatssicherheit und stellte Listen mutmaßlicher Agenten des Geheimdienstes zusammen. Auf Macierewicz' Liste figurierte auch der damalige Staatspräsident Lech Wałęsa und der Sejmarschall Wiesław Chrzanowski. Die meisten der der heimlichen Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime Beschuldigten konnten ihre Unschuld bald beweisen, die Macierewicz-Liste wurde zum Symbol der politischen Kompromittierung. Unbeeindruckt von den Folgen seines Handelns (innerhalb von 24 Stunden nach der Veröffentlichung der Liste war die gesamte Regierung entlassen) begann ihr Autor seinen Marsch durch rechte Organisationen.

Auch Jan Olszewski, Premier der rechten Regierung von 1992 und Begründer der *Bewegung für den Wiederaufbau Polens* (Ruch Odbudowy Polski – ROP) ist Aktivist der *Liga der polnischen Familien*. Seine eigene Bewegung bezeichnete er als »Unabhängigkeitsforma-

1 Wahlprogramm der Liga der polnischen Familien, Punkt 23.

tion«, was allerdings nach 1989 nicht viel bedeutete. Nach 1997 wurde ROP mit einigen Sejmmandaten zur rechten Konkurrenz für die regierende AWS.

Die Kreise um *Radio Maria* haben nicht nur Ambitionen in den laufenden politischen Auseinandersetzungen. Im Interesse einer langfristigen Einwirkung auf die politische Kultur der polnischen Gesellschaft wurden am Vorbild der westeuropäischen Neuen Rechten orientierte Einrichtungen geschaffen. Ein Beispiel dafür ist das 1998 gegründete *Institut für nationale Erziehung* (Instytut Edukacji Narodowej). Das Ziel dieser als Stiftung registrierten Organisation ist die Durchsetzung einer reaktionären Weltanschauung und einer tendenziösen Sicht auf die Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Das inhaltliche Fundament sollen »drei Grundgemeinschaften des Menschen« bilden: »Kirche, Vaterland und Familie«. Das Unterrichtsprogramm ist hierarchisch aufgebaut und führt zur Einweihung in immer tiefere Geheimnisse, die in Rekollektion gipfelt, die vom *Orden der Redemptoristen* vorgenommen wird, dem *Radio Maria* untersteht. Hauptadressat dieser Bestrebungen sind Kinder und Jugendliche. Ein wahrer Skandal ist die Tatsache, daß das Volksbildungsministerium, das von 1997 bis 2001 von der Rechten beherrscht wurde, die vom *Institut für nationale Erziehung* angebotenen Vorträge und Lehrgänge akzeptierte. Ein zweisemestriger Weiterbildungslehrgang für Lehrer wurde vom Volksbildungsministerium offiziell genehmigt und figuriert im Vorlesungsverzeichnis! Erfreulich ist die relativ geringe Resonanz. Wie das Institut selbst angibt, absolvieren jährlich 140 Teilnehmer das volle Programm ideologischer Indoktrination.

Hervorzuheben ist die unerhörte Aggressivität der politischen Strukturen von *Radio Maria*. Der den Sender leitende »Pater Direktor« Tadeusz Rydzyk verfolgt konsequent die selbst gestellten Ziele. Die Reichweite von *Radio Maria* ist wesentlich größer als die des ersten Programms des staatlichen polnischen Rundfunks und das politisch-mediale Imperium des Senders dehnt sich immer weiter aus. Der »Nischencharakter« von *Radio Maria* und seiner Ableger bewirkt, daß viele Beobachter den Einfluß des Senders auf das politische Leben Polens bagatellisieren. Der Erfolg der *Liga der polnischen Familien* bei den Sejmwahlen vom 23. September 2001 (7,87 Prozent der Stimmen, 38 Mandate) kann jedoch den Beginn einer Konsolidierung der polnischen extremen Rechten mit allen negativen Konsequenzen bedeuten. Nicht zuletzt könnte sie den Beitritt zur Europäischen Union erschweren.

#### *Die traditionelle extreme Rechte*

Unter den traditionell rechtsorientierten politischen Bewegungen in Polen spielt die 1981 gegründete *Nationale Wiedergeburt Polens* (Narodowe Odrodzenie Polski – NOP) die Hauptrolle. Seit 1992 agiert sie als politische Partei und hat vor allem Zulauf bei Jugendlichen, darunter nicht wenigen Anhängern der Skinhead-Subkultur. Seit Jahren eine Randerscheinung, ist sie doch ein Hort der Heranbildung rechtsextremer Aktivisten, die in dieser Organisation ihren ersten politischen Schliff erhalten.

Die NOP konzentriert sich heute auf Verlagsarbeit. Sie verbreitet

fünf eigene Titel und zwei Zeitschriften, die an die Traditionen der rechtsextremen Vorkriegsbewegung ONR-Falange anknüpfen. Im Hauptorgan der NOP, der Zeitschrift *Szczerpiec* (Krönungsschwert), kann man unter anderem lesen, daß im November 1998 die Schaffung einer gesamteuropäischen ›Anti-EU-Front‹ angeregt wurde.<sup>2</sup> Die Anti-EU-Deklaration unterzeichneten neben der NOP Vertreter der italienischen *Forza Nuova*, der britischen *Third Position* und der rumänischen *Eisernen Garde*.

In einer anderen NOP-Zeitschrift mit dem Titel *Krucjata* (Kreuzzug) ist ein Interview mit dem britischen Terroristen Garym Yarbrough von der Organisation *The Order* abgedruckt, der, wie die Redaktion bemerkt, »den Weg des bewaffneten Kampfes« gewählt habe. Die von der NOP veröffentlichten Texte transportieren häufig extrem rechtes Gedankengut. In einem Artikel unter dem Titel *Den Denkenden zum Nachdenken* ist beispielsweise zu lesen: »Juden sind es nicht wert, auf unserem Planeten zu leben, der mit dem Blut der unschuldigen Opfer ihrer ewigen Intrigen getränkt ist.« Der sich »Honzik« nennende Verfasser appelliert an den Leser, er möge ein »apostolischer Ritter« sein, »der die Fackel des Glaubens mit der Hymne der allerheiligsten Jungfrau auf den Lippen trägt, welche Fackel diese verjudete Welt in Schutt und Asche verwandelt und mit seiner Brandröte das Ende der Teufel und Marionetten verkündet«. Der Radikalismus der NOP-Funktionäre richtet sich auch gegen die eigenen Gesinnungsgenossen. Die Redaktion ruft dazu auf, »alles kranke, nicht widerstandsfähige Gewebe« aus der Bewegung zu entfernen, damit »eine elitäre Menschengruppe entstehe, die bereit ist, die Wahrheit zu sagen«. Über diejenigen, die diese ›Wahrheit‹ nicht akzeptieren wollen, äußert sich der Autor folgendermaßen: »Ich meine, daß wir nicht gleich zum Völkermord greifen müssen. Ich bin kein Extremist. All denen, die mit uns nicht einverstanden sind, müssen wir nicht die Augen mit der Schlinge um den Hals öffnen. Die Deportation aller Abweichler wäre die entsprechende Lösung. Mögen tolerante Länder die Verräter, Perversen und Hochstapler bei sich aufnehmen und sie durchfüttern.« Bei den Sejmwahlen 2001 schloß die NOP ein Bündnis mit der antieuropäischen Wählergemeinschaft *Alternative*, die mit 0,46 Prozent an der Fünfprozentklausel scheiterte.

Eine mit der NOP verwandte politische Gruppe ist die *Allpolnische Jugend*, die den traditionalistischen Kreisen der katholischen Kirche nahe steht. Sie unterstützt, wie bereits erwähnt, den Sender *Radio Maria*. Ihr Führer Roman Giertych errang 2001 ein Sejmmandat für die *Liga der polnischen Familien*. Im Manifest der *Allpolnischen Jugend* ist zu lesen: »Die Grundpfeiler unseres Denkens sind drei fundamentale Werte: Katholizismus, Patriotismus und die Grundsätze der lateinischen Zivilisation. Wir wollen eine Konterrevolution im Denken und im Gewissen der jungen Generation erreichen.« Die *Allpolnische Jugend* zeichnet sich durch eine starke antideutsche Einstellung aus. In einem Appell an den Präsidenten der Republik Polen, an die Regierung und an den Sejm erklären die Wortführer der Bewegung, die europäische Integration läge ausschließlich im Interesse Deutschlands und nicht Polens. »Das strategische Ziel Deutschlands war und ist die Unterwerfung Mittel- und

2 Die im folgenden zitierten Artikel sind der Website ›[www.atomnet.pl/~nop/prawa](http://www.atomnet.pl/~nop/prawa)‹ entnommen.

Osteuropas. Die Einengung ihres Staates auf das Gebiet zwischen Oder und Rhein bewegt sie gerade heute zu solchen Schritten. Deutschland realisiert dieses Ziel auf verschiedenen Wegen. Einer ist der der bewaffneten Aggression und der Annexion. Der zweite ist der der zivilisatorischen, wirtschaftlichen und demographischen, und danach der kulturellen und politischen Expansion. Die Geschichte lehrt, daß der erste Weg früher oder später scheitert. Der zweite Weg dagegen erwies sich als wirksam. Auf diese Weise haben wir Pommern und Schlesien verloren und erst nach Jahrhunderten wiedergewonnen. Das wirtschaftlich, militärisch und politisch starke Deutschland, das die EU dominiert, greift wieder nach der zweiten Methode der friedlichen Expansion. Ihre Waffe ist das Kapital, eine dynamische Wirtschaft, eine hervorragende staatliche Organisation. Die europäische Rhetorik dient ausschließlich der Tarnung der imperialen Ziele. Die USA verheimlichen gar nicht, daß sie ihrem Verbündeten Deutschland bei der Unterwerfung des postkommunistischen Teils von Europa eine Sonderrolle zugesichert haben. In diesen Plänen soll Polen ein Rohstoffe und billige Arbeitskräfte lieferndes Hinterland, eine Standort schmutziger Industrien werden und die Polen ein Volk von Tagelöhnern. Die West- und Nordgebiete werden vorerst wirtschaftlich eingegliedert, ihre Inkorporation kann einstweilen noch warten. Diese Richtung ist nicht zu übersehen – wir geraten in die Position eines deutschen Satelliten.«<sup>3</sup>

3 Zitiert nach dem offiziellen Internet-Service der *Allpolnischen Jugend* ([www.mw.k.pl](http://www.mw.k.pl)).

Die *Nationalpartei* ist die älteste nationalistische Partei Polens. Wie ihr Ableger *Allpolnische Jugend* gehört sie zum Umfeld von *Radio Maria*. Die *Nationalpartei* ist eine typisch traditionalistische Partei. Sie widmet sich vor allem der Beweihräucherung des Begründers der Bewegung Roman Dmowski, eines Politikers vom Beginn des 20. Jahrhunderts. Mit dem Schild der *Nationalpartei* mit Zusätzen wie ›polnisch‹ oder auch ›demokratisch‹ schmücken sich noch mehrere kleinere untereinander zerstrittene politische Gruppen. Ihre Angehörigen bilden ein hermetisch abgeschlossenes Milieu, in dem sich alle kennen. Mit Ausnahme der Anführer wechseln sie ständig von einer Gruppe in die andere. In ganz Polen haben alle die Bezeichnung *Nationalpartei* im Namen führenden Grüppchen zusammen höchstens 2 000 Mitglieder.

### *Die ›gemäßigte‹ Rechte*

Einige politische Bewegungen der rechtsextremen Szene gehören formal zur ›gemäßigten‹ Rechten. Die politischen Gruppierungen, von denen hier die Rede ist, sind Teil von ›politisch korrekten‹ rechten Parteien oder sind aus solchen hervorgegangen. Um das Phänomen der Existenz extremistischer Bewegungen innerhalb der ›normalen‹ Rechten zu erklären, ist es erforderlich, hier kurz auf die allgemeine Situation des rechten Lagers in Polen einzugehen.

Nach 1989 entstanden viele kleine rechte Parteien, die bis 1993 auch den aufeinander folgenden kurzlebigen Regierungen angehörten. Die 1993 erfolgte Einführung der Fünfprozentklausel brachte dem zersplitterten rechten Lager bei den Sejmwahlen eine herbe Niederlage. Lediglich die *Konföderation des unabhängigen Polens* (*Konfederacja Polski Niepodległej* – KPN) errang eine symbolische Vertretung im Sejm. Fast 35 Prozent der für die Rechte abgegebenen



Stimmen gingen verloren, da die einzelnen rechten Gruppierungen an der Fünfprozentklausel scheiterten.

Vor der Sejmwahl 1997 entstand aus 35 Einzelgruppierungen die bereits erwähnte *Wahlaktion Solidarność* (AWS). Dieser Block gewann die Wahlen und regierte – anfangs zusammen mit der zentristischen *Freiheitsunion* (Unia Wolności) bis zum Herbst 2001. Eine der Gruppierungen, die 1997 Teil der AWS wurde, ist die *Christlich-Nationale Vereinigung* (Chrześcijańsko-Narodowe Zjednoczenie – ZCHN). Diese Partei wurde vom Klerus unterstützt. Durch Beteiligung an der AWS konnte sich die ZCHN nahezu völlig vom Odium der Rechtslastigkeit freimachen. Ihr Programm beweist jedoch ihre ideelle Verwandtschaft mit der extremen Rechten. In der programmatischen Deklaration von 2001 ist unter anderem zu lesen: »Demokratie ist kein Wert an sich. Sie muß solchen fundamentalen Werten wie der Gemeinschaft der Nation und der Familie sowie den originären Menschenrechten dienen.«<sup>4</sup>

Bei der Propagierung dieser Begriffe beruft sich die ZCHN wie die *Nationalpartei* auf die Thesen des Heros des polnischen Nationalismus Roman Dmowski. Sehr verworren nehmen sich die Bekundungen der ZCHN hinsichtlich der Europäischen Union aus. Trotz verbaler Akzeptanz der Idee der europäischen Einheit, stehen die einzelnen Postulate dazu im Widerspruch. Die ZCHN wünscht sich nämlich die Europäische Union als Verbund völlig souveräner, auf der römisch-christlichen Zivilisation beruhender Mitgliedstaaten.

Die ZCHN ist auf die politische Macht fixiert. Nach 1989 war sie an jeder rechten Regierungskoalition beteiligt. Deswegen und auch wegen der bekannten »Postengier« vieler ihrer Funktionäre sucht die Partei ihr Bild in der Öffentlichkeit zu verschönen und vermeidet sie zu offene nationalistische Töne. Trotz des Anscheins, als gehöre sie zum Establishment, bleibt die ZCHN ihrem Wesen nach dennoch eine Partei der extremen Rechten.

Die extremistische Partei *Alternative* entstand erst vor den Sejmwahlen von 2001. Sie wurde von einigen Abgeordneten gegründet, die aus der AWS ausgeschieden waren. Diese repräsentierten mehrheitlich die *Konföderation des Unabhängigen Polen – Patriotisches Lager* (Konfederacja Polski Niepodległej – Obóz Patriotyczny KPN – OP), die sich der AWS angeschlossen hatte.

Hier sind wieder einige Worte zur Geschichte angebracht. Die KPN wurde 1977 gegründet und beruft sich auf die Tradition der von Józef Piłsudski geführten Unabhängigkeitsbewegung. Piłsudski war ursprünglich Sozialist, stieg aber, wie er sich selbst ausdrückte, »an der Haltestelle »Unabhängigkeit« aus der roten Straßenbahn« aus. Mit seinem Hauptkonkurrenten, dem Nationalistenführer Roman Dmowski, verband ihn eine lebenslange Feindschaft. Die Relikte dieser historischen Kontroversen wirken bis heute in der Existenz einer besonderen Organisation wie der *Konföderation des Unabhängigen Polen* nach. Bei den Sejmwahlen 1991 errang diese 7,5 Prozent, 1993 5,77 Prozent der Stimmen. 1997 gelangten mehrere Dutzend von ihr empfohlene Kandidaten als AWS-Abgeordnete in den Sejm. Es waren im wesentlichen diese Abgeordneten, die 2001 angesichts des Zerfalls der AWS die Bewegung *Alternative* ins Leben riefen. Deren Ideologie reduzierte sich auf die Losung »Nein zur EU!«.

4 Vgl. Programmatische Deklaration der ZCHN, Warszawa 2001.

Grundlage der Deklarationen der *Alternative* sind sowohl ökonomische als auch nationalistische Losungen. Im Jahre 2001 weilte auf Einladung der *Alternative* Le Pens Stellvertreter Bruno Gollnisch in Polen. Die erwähnten 0,46 Prozent bei den Sejmwahlen 2001 bedeuten sehr wahrscheinlich das Ende dieser Bewegung. Ihre Losungen übernimmt die viel stärkere und sich der Unterstützung kirchlicher Kreise erfreuende *Liga der polnischen Familien*.

### *Antisemitische Bewegungen*

Beachtung verdienen auch antisemitische Aktivitäten, die sowohl von organisierten Gruppen als auch von Einzelpersonen ausgehen.

Die bedeutendste Domäne antisemitischer Bestrebungen ist das Presseimperium von Leszek Bubel, das auf mehreren Periodika, darunter die Wochenzeitung *Polen heute* (Teraz Polska) mit einer Auflage von 70 000, sowie auf zahlreichen Buchpublikationen basiert. Der Hauptinhalt dieser Publikationen ist von einem geradezu animalischen Antisemitismus geprägt, der an den berühmtesten *Stürmer* erinnert. Eigentlich ist Bubel Juwelier. Seine ›politische‹ Tätigkeit begann 1989 bei der *Partei der Bierliebhaber*. Seit der Mitte der neunziger Jahre mit rechtsextremen Kreisen im Bunde, wurde er durch zahlreiche politische und Sittenskandale bekannt. Als Präsidentschaftskandidat erhielt er 1995 weniger Stimmen als die nach dem Gesetz erforderliche Anzahl von Unterschriften, die überhaupt erst zur Kandidatur berechnigte. Dies ließ den begründeten Verdacht aufkommen, die angeblichen Unterstützerunterschriften seien von Bubels Wahlstab gefälscht worden. Während der Wahlkampagne wurde Bubel zum Helden eines Sittenskandals, als er in einem Bordell verprügelt wurde.

Obwohl Bubel als Person nicht ernst genommen wird, sind seine Aktivitäten wirksam und gleichzeitig höchst schädlich. An den meisten Kiosken Polens sind seine Broschüren aus der Serie »Erkenne den Juden« sowie die schon genannte Zeitung *Polen heute* erhältlich. Bei der Lektüre dieser Titel erhebt sich die Frage, wie solche Texte überhaupt gedruckt werden dürfen.

Auf der ersten Seite einer Nummer vom Mai 2000 prangte die Schlagzeile »Marsch der lebenden Agenten des Mossad«, womit auf den »Marsch der Lebenden« angespielt wurde, den israelische Jugendliche damals auf dem Gelände des KZs Auschwitz unternahmen. Daneben ist in einem »Offenen Brief an Aaron Nusselbaum« (so nannte die Redaktion den Abgeordneten Stefan Niesiołowski) zu lesen: »Ihre semitische Herkunft und Ihr Aussehen erklären die ordinäre Flegelhaftigkeit im Umgang und den biologischen Haß auf die christlich-nationalen Werte... Ich werde mich nicht auf Ihr Gossenniveau herablassen und einem rühdigen Jüdlein die Genugtuung einer Anzeige bereiten.« In derselben Ausgabe verkündet der Geistliche Tadeusz Woynowicz in einem Artikel mit der Überschrift »Was wollen die Juden heute« die These: »Polen ist ein jüdischer Staat mit einer jüdischen Regierung und einer jüdischen Elite an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie sowie mit einer unförmigen Masse slawischer Arbeitskräfte... Polen wird als ein Staat von Juden gesehen mit etwa 15 Millionen slawischer Gastarbeiter.«<sup>5</sup>

Leszek Bubel unterstützte 1998 auf spektakuläre Weise die von Kazimierz Świtoni initiierte Aktion zur Verteidigung des Papstkreuz-

5 Im polnischen Original: »gastarbijterów« – Anmerkung des Übersetzers.

zes in Auschwitz. Świtoń gehörte während der kommunistischen Diktatur zu den legendären Untergrundpolitikern. Er stand mit dem *Arbeiterverteidigungskomitee* in Verbindung und war mehrfach inhaftiert. Nach 1989 wählte er den Weg der individuellen Politik in den Farben eines ›wahren Patrioten‹. Er blieb trotzdem im Hintergrund bis zum Beginn der Besetzung der Kiesgrube in Oświęcim, nicht weit vom KZ Auschwitz. Das dort stehende gewaltige Kreuz, das Papstkreuz genannt wurde, stieß auf den Widerspruch jüdischer Kreise, die forderten, den Ort des Nazivölkermords nicht durch irgend welche religiösen Symbole zu belasten. Kazimierz Świtoń rief jedoch nicht nur zur Verteidigung des Papstkreuzes, sondern auch dazu auf, in unmittelbarer Nähe weitere christliche Symbole aufzustellen. In einer mehrere Monate dauernden Aktion wurden über 200 weitere Kreuze aufgestellt. Angesichts der internationalen Kompromittierung ließ Premier Buzek sie schließlich von der Polizei beseitigen und auch den das Gelände besetzt haltenden Świtoń von dort entfernen. Der Prozeß gegen ihn wurde jedoch bald eingestellt.

Der dritte bekannte Antisemit ist der Regisseur Bohdan Poręba. Als aktiver Funktionär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gehörte er zu deren nationalem Flügel. Im Jahre 1973 drehte er den Film »Hubal«, der in Polen viel Staub aufwirbelte. Er handelte vom verzweifelt Partisanenkrieg, den Major Hubal-Dobrzański 1939 bis 1942 gegen die deutsche Armee führte. 1981 gründete Poręba die *Patriotische Vereinigung Grunwald* (Stowarzyszenie Patriotyczne Grunwald), die sich von nationalkommunistischen Positionen aus gegen die damals in Polen im Gang befindliche Erneuerung wandte. Nach 1989 sprach Poręba schon nicht mehr vom Kommunismus, sondern verkündete nur noch antisemitisch eingefärbte nationale Parolen. Da er von den Filmemachern geschnitten wurde, drehte er nach 1992 auch keine Filme mehr. Bei der Sejmwahl von 2001 kandidierte er für die *Bauernpartei* (PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe). Nach Protesten von Journalisten wurde er jedoch von der Liste gestrichen.

Die antisemitischen Bestrebungen stießen in Polen auf die allgemeine Verurteilung aller seriösen politischen Kreise. Eine Ausnahme bildet paradoxerweise der durch seine antisemitischen Äußerungen bekannte Vorsitzende des Kongresses der amerikanischen Polonia Edward Moskal. In die Spalten der polnischen Presse gelangt dieser gewöhnlich zusammen mit dem Geistlichen Henryk Jankowski. Dieser erste Kaplan von Solidarność und Beichtvater von Lech Wałęsa wurde vor allem durch zwei Dinge bekannt: durch offen zur Schau getragenen Reichtum und durch seinen gleichfalls ostentativen Antisemitismus. Die praktischen Auswirkungen der Tätigkeit von Moskal und Jankowski sind eher unbedeutend, doch schädigen ihre Ausfälle das internationale Ansehen Polens.

### *Sonstige*

Ein Rätsel bleibt für die Beobachter der polnischen politischen Szene die Bewegung *Samoobrona* (Selbstverteidigung), an deren Spitze der charismatische Bauernführer Andrzej Lepper steht. Lepper trat 1999 in Erscheinung, als er spektakuläre Straßenblockaden durch Bauern organisierte, die den Verkehr in ganz Polen lahmleg-

ten. Bei den Sejmwahlen 2001 erzielte er einen Überraschungserfolg, als *Samoobrona* mit 10,2 Prozent der Stimmen und 53 Mandaten zur dritten politischen Kraft in Polen avancierte. Lepper ist ein Populist, doch scheut er wie der Teufel das Weihwasser den Antisemitismus und alle extremistischen Deklarationen. Jedoch spürte die Presse seine Kontakte zum deutschen *Schiller-Institut* auf, das der rechtsextreme US-Politiker Hermyl Lyndon La Rouché gründete.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die polnische extreme Rechte eine weitgehende Eigenspezifik aufweist. Der polnische Rechtsextremismus unterscheidet sich sowohl vom französischen als auch vom deutschen Pendant. Die polnischen ultrarechten Bewegungen sind weniger fremdenfeindlich und weniger gewalttätig. Dagegen kennzeichnet sie ein ausgeprägter katholischer Fundamentalismus. Eine wesentliche Rolle in der Entwicklung der extremen Rechten spielen in Polen traditionalistische Kreise der katholischen Kirche. Beträchtlich ist auch die antisemitische Komponente. Die institutionalisierten Aktivitäten der extremen Rechten sind wenig erfolgreich. Ein Problem ist die allgemeine Akzeptanz, die extremistische Ausfälle in der Gesellschaft finden. Die politische Kultur in Polen duldet Verhaltensweisen, die in Westeuropa undenkbar wären. Ein Beispiel liefert die Flut antisemitischer Witze nach der Aufdeckung des Massakers von Jedwabno, wo während des Zweiten Weltkrieges unter Beteiligung polnischer Täter Hunderte Juden umgebracht wurden.

Eine Herausforderung für die politische Zukunft Polens ist der Kampf der ganzen Gesellschaft gegen den alltäglichen Extremismus und ein parteiübergreifender Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit, in der Bevölkerung verwurzelte Stereotype zu überwinden.

(aus dem Polnischen von RONALD LÖTZSCH)

ANDRZEJ KALUZA

## Zuwanderer aus Polen in Deutschland

Auf über zwei Millionen wird heute die Zahl der ›Polnischsprachigen‹ in der Bundesrepublik geschätzt. Diese Gruppe macht demnach etwa 2,5 Prozent der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung aus. Aufgrund ihrer Heterogenität erscheint sie jedoch in keiner offiziellen Einwanderungsstatistik. Wenn ihre Zahl irgendwo dokumentiert würde, wären die Polnischsprachigen nach den Türken wahrscheinlich die zweitgrößte Einwanderergruppe in Deutschland. Sie erscheinen aber weder als eine statistische Größe noch als ›polnische Minderheit‹, nicht einmal im kulturellen Sinne, im Bewußtsein der deutschen Gesellschaft – Politik und Medien eingeschlossen.

*Wer sind die ›Polnischsprachigen‹?*

Der Terminus ›Polnischsprachige‹, der sich auf die Kenntnis und den Gebrauch der polnischen Sprache (oder des schlesischen Dialekts) bezieht, ist der kleinste gemeinsame Nenner einer Gruppe, deren Heterogenität bereits aus der Geschichte ihrer Einwanderung aus Polen nach Deutschland resultiert. Betrachtet werden im folgenden nur die wichtigsten Schübe dieser Einwanderung – für eine komplexe Behandlung dieser Wanderungsbewegung fehlt hier der Raum.

Eine gewisse Rolle im Bewußtsein der Deutschen spielen bis heute die ›Ruhr-Polen‹, die seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung an Rhein und Ruhr sich dort, aber auch in anderen Gebieten (etwa in Berlin) niedergelassen haben. Diese etwa 300 000 ethnischen Polen waren im staatsbürgerlichen Sinne Deutsche aus den östlichen Provinzen Preußens (Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien). Streng genommen handelt es sich dabei also um keine grenzüberschreitende Migration, sondern um eine Binnenwanderung. Interessant ist jedoch, daß es sich dabei um eine ethnisch und kulturell homogene Gruppe handelte, die im Zuge des damals von Bismarck betriebenen ›Kulturkampfes‹ eigene nationale Bewußtseins- und Organisationsformen in Deutschland entwickelte (zum Beispiel in polnischen Sparkassen, Verbänden, Chören, Sportvereinen).

Starke Assimilationsprozesse seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts einerseits und andererseits eine stete Rückwanderung aus Deutschland nach der Wiedergeburt des polnischen Staates 1918, aber auch durch die Verfolgungen im Dritten Reich (bis zum Verbot aller polnischen Organisationen 1939) haben dazu geführt, daß diese Gruppe nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere aber heute, nur eine Randerscheinung unter den Polnischsprachigen in Deutschland

Andrzej Kaluza – Jg. 1963; Dr. phil., studierte Germanistik und Niederlandistik an der Universität Wrocław, promovierte in Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main und ist seit 1999 verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für Publikationsprojekte am Deutschen Polen-Institut Darmstadt.

1 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen? Die polnischsprachigen Gruppen in Deutschland – ihre aktuelle Lage und die Perspektiven für die Zukunft, in: Barbian, J.-P./Zybura, M. (Hrsg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 135 f.

darstellt.<sup>1</sup> Erwähnenswert ist die Instrumentalisierung dieser ›Alt-Emigration‹ für die polnische Politik in der Nachkriegszeit. Durch die Volksrepublik vor allem in den fünfziger Jahren, aber auch durch national orientierte polnische Parteien heute werden diese de facto nicht mehr vorhandenen ›Ruhr-Polen‹ als Schutzpatron einer starken polnischen Gemeinschaft beschworen und als Legitimation für das gegenwärtige Streben nach einem politischen Minderheitenstatus bemüht, wodurch eine Verbindungslinie von der Migration des 19. Jahrhunderts zur heutigen Situation der Polnischsprachigen in Deutschland konstruiert wird.

Dies ist jedoch irreführend, denn es gibt so gut wie keine Verbindung zwischen diesen in der Regel assimilierten ›Ruhr-Polen‹ und der heterogenen Gruppe der heute in Deutschland lebenden Polnischsprachigen. Die traditionellen Organisationen der ›Ruhr-Polen‹ existieren heute fast nur noch auf dem Papier (der *Bund der Polen in Deutschland* zählte in der Zwischenkriegszeit noch über 60 000 Mitglieder, heute etwa 400). Die meisten Nachkommen der ›Ruhr-Polen‹ sind seit langem assimiliert, sie sprechen kein Polnisch mehr, außer einem polnischen Familiennamen ist ihnen oft nur das Bewußtsein geblieben, daß die Vorfahren Polen waren. Aber allein Familiennamen helfen nicht weiter: Etwa 14 Prozent der deutschen Bevölkerung tragen heute slawische, oft polnische Familiennamen, niemand würde aber heute in Deutschland ernsthaft behaupten, Klaus Bednarz, Michael Opoczynski oder Jörg Pilawa – um nur einige Namen aus der Medienwelt zu nennen – seien Polen oder Vertreter der polnischen Minderheit. Übrigens würde auch in Polen niemand glauben wollen, der Filmregisseur Krzysztof Zanussi oder der ehemalige Außenminister Dariusz Rosati seien Italiener. Fazit: Die ›Ruhr-Polen‹ sind heute eine zu vernachlässigende Größe.

Eine andere Gruppe der Polnischsprachigen in Deutschland steht in direktem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Nach 1945 sind Hunderttausende polnische Zwangsarbeiter und KZ-Insassen zunächst in Deutschland geblieben. Sie wurden in ›DP-Lagern‹ versorgt, ehe sie mehrheitlich Deutschland in Richtung Polen oder westliches Ausland verließen. Auch polnische Angehörige der alliierten Armeen hielten sich damals in Deutschland auf, viele von ihnen sind aber in den ersten Nachkriegsjahren ausgewandert. Eine genaue Zahl der infolge der Kriegsereignisse in Deutschland verbliebenen Polen ist schwer zu ermitteln, Schätzungen gehen von etwa 40 000 aus, eine ebenfalls eher unbedeutende Zahl.

Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg löste die Einwanderung verschiedener Gruppen nach Deutschland aus. In erster Linie handelt es sich dabei um ethnische Deutsche. Unter ihnen gibt es auch Menschen mit ›doppelter Identität‹; zumindest solche, die mit beiden Sprachen aufgewachsen waren.

In Oberschlesien und anderen ehemals deutschen Ostgebieten mit einer angestammten Bevölkerung, die in der Regel von ›schwebendem nationalem Bewußtsein‹ gekennzeichnet war und polnische Dialekte benutzte, wurde diese von Vertreibungen zum großen Teil kaum betroffen. Mit dem Begriff ›Autochthone‹ ist der Anspruch Volkspolens auf diese slawische Bevölkerungsgruppe verdeutlicht



worden, die nun von einer Jahrhunderte dauernden nationalen Unterdrückung ›befreit‹ wurden seien. Offiziell wurden alle ›Autochthonen‹ zu polnischen Staatsbürgern, andere nationale Optionen wurden nicht geduldet. Die ›Autochthonen‹ als Legitimation für die Rückkehr Polens auf altes »Piasten«-Land zu nutzen, entsprach nicht dem Eigenbild dieser Gruppe, denn ihr ›Polentum‹ war oft nur ›ethnographischer‹ Natur (Dialekt, Bräuche, Glaube), was mit einer nationalen Identifikation nach über 700 Jahren jenseits des polnischen Staates nicht gleichgesetzt werden kann.

In Wirklichkeit betrachteten sowohl die polnischen Behörden als auch die polnische Bevölkerung, die sich in diesen Regionen niedergelassen hatte, die ›Autochthonen‹ als nicht ›vollwertige‹ Polen, die Politik des kommunistischen Polens war ihnen gegenüber bis 1989 von Mißtrauen und Diskriminierung gekennzeichnet, was einen steten Migrationsdrang in die Bundesrepublik auslöste. Selbst viele schlesische Aufständische, die in den Jahren 1919 bis 1921 für die Befreiung Oberschlesiens von den Deutschen kämpften, wanderten freiwillig in die Bundesrepublik aus.

Mit diesen Einwanderern ist in Deutschland der Begriff ›Aussiedler‹ (seit 1975 ›Spätaussiedler‹) verbunden. Diese bilden heute die größte Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland. Sie wurden direkt nach dem Krieg nicht ›vertrieben‹, auch später nicht ›ausgesiedelt‹, sondern haben in verschiedenen Nachkriegsepochen auf eigenes Betreiben, legal mit Ausreisedokument oder illegal mit Touristenvisum, Polen verlassen. 1956 durften etwa 200 000 Deutsche, darunter auch viele ›Autochthone‹, zum ersten Mal aus Polen offiziell emigrieren. Diese Gruppe ist deswegen interessant, weil die jüngere Generation dieser Gruppe, die zum Teil ein polnisches Abitur hatte, in Polen sozialisiert wurde. Ihre Erfahrungen mit dem polnisch-kommunistischen, aber häufig nur als polnisch erfahrenen Staat und auch mit der zu dieser Zeit weit verbreiteten antideutschen Stimmung unter der polnischen Bevölkerung waren meistens schlecht. Gleichzeitig hat aber diese Gruppe der Zuwanderer viele Elemente polnischer Mentalität, Sprache und Kultur nach Deutschland mitgebracht. Seit Jahrzehnten kann man beobachten, daß viele dieser Deutschen im deutsch-polnischen Dialog aktiv sind und bis heute die polnische Sprache beherrschen.<sup>2</sup> Nach der Ausreisewelle von 1956 bis 1957 kam die Migration aus Polen bis zum Ende der sechziger Jahre zum Stillstand.

2 Vgl. ebenda, S. 140.

Erst seit Anfang der siebziger Jahre öffneten sich die Schleusen erneut, als Polens Regierung Auslandsreisen für Privatpersonen zuließ. Die deutsch-polnischen Abkommen von 1970 und 1975 über die ›Familienzusammenführung‹, die bestehende Praxis der Anerkennung der ›Autochthonen‹ als Aussiedler in der Bundesrepublik, aber auch eine liberale Zuwanderungspolitik gegenüber ›Ostblockmigranten‹ hatten zur Folge, daß die Einwanderung aus Polen, wo sich die ökonomische Lage zunehmend verschlechterte, bis Ende der achtziger Jahre förmlich explodierte: Zwischen 1980 und 1990 haben sich in Deutschland etwa eine Million Zuwanderer aus Polen niedergelassen.

Im Migrationsgeschehen zwischen Polen und Deutschland stellt das Jahr 1989/90 einen Wendepunkt dar. Bis Ende der achtziger

Jahre kamen nach Deutschland hauptsächlich solche Personen, die sich hier dauerhaft niedergelassen haben. In den neunziger Jahren, nachdem die Bundesrepublik ihre Grenzen gegenüber Migranten aus Osteuropa weitgehend geschlossen hat, wurden legale Möglichkeiten der Zuwanderung aus Polen eingeschränkt. Die bisher größte Gruppe der potentiellen Auswanderer, die ›Autochthonen‹, erhielt 1991 in Polen aufgrund des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages weitgehende Minderheitenrechte, was den Auswanderungsdruck verringerte. Viele von ihnen haben heute neben dem polnischen auch den deutschen Paß, sind also de facto deutsche Staatsbürger im Ausland und dürfen jederzeit nach Deutschland kommen. Sie tun es nicht, weil sie die offenen Grenzen in der Regel zu legalen befristeten Arbeitsverhältnissen in Deutschland und anderen EU-Ländern nutzen. Für Polen, die keinen deutschen Paß besitzen, ist die Zuwanderung nach Deutschland heute nur im Rahmen von zwischenstaatlich vereinbarten, befristeten Arbeitsaufenthalten möglich: Die neuen polnischen Migranten sind Werkvertrags- und Saisonarbeiter. Legale Formen einer dauerhaften Niederlassung für Migranten aus Polen in Deutschland sind heute beschränkt (etwa bei Heirat, bedingt für Selbständige und mittels der Green Card).<sup>3</sup>

Nicht nur die zuwanderungspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch die Migrationsabsicht ist für den grundlegenden Wandel der Situation ausschlaggebend. Bis 1989 schien eine ›Wende‹ in Polen nicht möglich, weshalb mit einer Ausreise keine Rückkehrgedanken verknüpft waren. Diese hintergründige Motivlage wandelte sich jedoch in den neunziger Jahren völlig, als sich der Transformations- und Demokratisierungsprozeß in Polen stabilisierte, die Ökonomie in eine Aufschwungphase übergang und die Grenzen gleichzeitig durchlässig wurden.

#### *Polnischsprachige in der DDR*

Gemessen an der Bundesrepublik gab es in der DDR nur wenige ›Polnischsprachige‹. Sie rekrutierten sich zum Teil aus Vertriebenen, aber auch aus einer Art ›Spätaussiedler‹, denn es gab seit 1956 in Polen lebende Deutsche beziehungsweise ›Autochthone‹, die in die DDR emigrierten. Ihre polnische Teil-Identität mußten sie in der DDR schnell ablegen, da Kontakte zu Polen lange Zeit als verdächtig galten. Seit den siebziger Jahren hat es in der DDR viele Werkvertragsarbeiter aus Polen gegeben, die nach einer bestimmten Zeit in ihre Stammunternehmen nach Polen zurückkehrten. Schließlich gab es eine kleine Zahl von Menschen, die in der DDR geheiratet haben und dort lebten. Insgesamt wird die Zahl der ›Polnischsprachigen‹ in der DDR (in den neuen Ländern) heute auf etwa sieben Prozent der ›Polnischsprachigen‹ in den alten Ländern geschätzt.<sup>4</sup>

#### *Die Polnischsprachigen heute*

Wie bereits erwähnt, ließ sich die größte Gruppe innerhalb der heutigen ›Polnischsprachigen‹ zwischen 1980 und 1990 in Deutschland nieder. Hier geht es erstens darum, ob und wie die Zuwanderer aus Polen heute als ethnische Gruppe oder Minderheit in Deutschland zu begreifen sind, und zweitens geht es um die Eingliederung der dauerhaft in die Bundesrepublik eingewanderten Polen.

3 Vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren, in: Ders., Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001, S. 124.

4 Vgl. Trzecielińska-Polus, Aleksandra: Polacy w Niemczech po obaleniu muru berlińskiego i ich rola w procesie integracji Polski z Europą, in: Holzer, J./Fischer, J. (Red.), Rola Niemiec w procesie integracji Polski z Europą, Warszawa 2001, S. 243 ff.

Neben unterschiedlicher Herkunft, Sozialisierung und nationalen wie kulturellen Identifikationsmustern, die durch die oben geschilderte Einwanderungsgeschichte der ›Polnischsprachigen‹ nach Deutschland bedingt sind, brachte der Umgang deutscher Behörden mit dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen weitere Differenzierungen innerhalb dieser Gruppe hervor.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten de facto ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik. Das Fehlen eines Konzepts für eine schlüssige Migrationspolitik, die in der bürokratischen Praxis durch viele Unübersichtlichkeiten und unterschiedliche Formen des Aufnahmerechts und des Aufenthaltsstatus von Zuwanderern gekennzeichnet ist, wird an kaum einer anderen Gruppe so deutlich wie an den Migranten aus Polen in den achtziger Jahren, wurden sie doch auf der obersten und auf der untersten Stufe der Hierarchieleiter möglicher Aufenthaltstitel positioniert.<sup>5</sup>

Die Zuweisung von verschiedenen Aufenthaltstiteln an die der Migranten stellt ein großes emotionales, aber auch gesellschaftliches Problem dar. Insbesondere waren ›Aussiedler‹ in Deutschland erwünscht, wurden sie doch als Deutsche oder ›Autochthone‹ nach dem Krieg für die Verbrechen der Nazis kollektiv haftbar gemacht, Minderheiten- oder Autonomierechte wurden ihnen in Polen nicht gewährt. Die deutsche Sprache wurde aus der Schule und dem öffentlichen wie privaten Leben verbannt, und Versuche, ihre kulturelle Eigenart zu leben, die nicht in das offizielle Bild paßte, wurden als illoyal angesehen und verfolgt. Für diese Betroffenen, die sich in ganz Osteuropa der deutschen Sprache und Kultur zugehörig fühlten und deswegen diskriminiert wurden, standen laut Rechtslage in der Bundesrepublik die Grenzen nach Deutschland offen.

Die ›Spätaussiedler‹ wurden dafür mit dem vorteilhaftesten Aufenthaltstitel in der Bundesrepublik ausgestattet, sie erhielten nach kurzer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft und hatten Anspruch auf verschiedene Eingliederungshilfen wie Sprachkurse, zinslose Kredite, Sozialwohnungen und anderes mehr. Weitere wichtige Maßnahmen zur Eingliederung der Aussiedler waren zudem die Anerkennung der Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie der ungehinderte Zugang zum Arbeitsmarkt und die automatische Aufnahme in die nationalen Sozialversicherungssysteme, womit lückenlos Ansprüche auf Leistungen verbunden waren (Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen), auch wenn sie selbst in die Sozialsysteme keine Beiträge eingezahlt hatten (ähnlich wurde auch bei DDR-Flüchtlingen verfahren).

Diejenigen Zuwanderer aus Polen, die nicht als ›Aussiedler‹ kamen, waren weniger ›erwünscht‹, weil ihnen unterstellt wurde, sie seien aus ›wirtschaftlichen Gründen‹ nach Deutschland gekommen. Ihnen stand praktisch nur das Asylverfahren offen, in dessen Rahmen etwa drei Prozent als Asylberechtigte (vor allem Solidarność-Aktivisten) anerkannt wurden. Alle anderen wurden lediglich in die Kategorie ›geduldeter‹, nicht anerkannter Flüchtlinge eingeordnet. ›Duldung‹ heißt soviel wie ›Aussetzung der Abschiebung‹. Sie wurde Flüchtlingen aus Polen in den achtziger Jahren – der Zeit, in der von der Bundesrepublik aus wohlwollend auf Polen als das Land der ›Freiheitskämpfer‹ geschaut wurde – relativ unproblematisch

5 Vgl. Pallaske, Christoph: Die Migration..., a. a. O., S. 128.

gewährt, weil aus politischen Gründen in die Länder Osteuropas nicht abgeschoben wurde.

Die Benachteiligung dieser Gruppe war eher strukturell – kein sicherer Aufenthaltstitel, keine Aussicht auf deutsche Staatsbürgerschaft, kein Zugang zum Arbeitsmarkt, wobei seit Mitte der achtziger Jahre die Beschäftigung von Geduldeten in illegalen Beschäftigungsverhältnissen stillschweigend hingenommen wurde. Eine andere Einschränkung betraf das Verbot von Reisen nach Polen. Dieser unsichere Status hat sich nach 1989 als verhängnisvoll erwiesen, denn mit dem Streichen der Sonderklauseln für ›Ostblockflüchtlinge‹ wurde versucht, geduldete Polen abzuschieben. Tatsächlich ist es aber in nur wenigen Fällen zu Abschiebungen gekommen. In den neunziger Jahren konnten die Betroffenen nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden ihren Status in der Regel verfestigen, das heißt in unbefristete Aufenthaltsverhältnisse umwandeln.<sup>6</sup>

6 Vgl. ebenda, S. 129.

Eine genauere Analyse zeigt, daß die Mehrheit der Migranten aus Polen in den achtziger Jahren mit sehr ähnlichen Motiven, nämlich hauptsächlich mit dem Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebensumstände und der individuellen Zukunftsaussichten, in die Bundesrepublik kam. Dabei handelte es sich um eine überwiegend von ›Push-Faktoren‹ getriebene Wanderung, zu denen vor allem Lebensmittelknappheit, Wohnungsnot, Umweltverschmutzung und Unzufriedenheit mit dem politischen System gehörte. Die Migranten hatten zudem ähnliche Sozialisationserfahrungen in der polnischen Gesellschaft und verfügten zum Zeitpunkt der Übersiedlung in der Regel ausschließlich über polnische Sprachkenntnisse.

Der einzige Unterschied, der letztendlich über den Aufenthaltsstatus entschied, lag im nachzuweisenden ›Bekenntnis zum Deutschtum‹ im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens nach dem Bundesvertriebenengesetz. Nur wenn dieses nachgewiesen werden konnte, wurde man ›Aussiedler‹. Speziell bei den ›Aussiedlern‹ aus Polen am Ende der achtziger Jahre zeigt sich aber bei näherem Hinsehen, daß der Großteil von ihnen keine ›Autochthonen‹ waren und offenbar ein ausgeprägtes ›Bekenntnis zum Deutschtum‹ (Sprache, Bräuche) nicht nachweisen konnte. Von 1985 bis 1989 wuchs die Zahl der anerkannten ›Aussiedler‹ stetig an. Schließlich wurde mehr als die Hälfte der Auswanderer mittels des überaus problematischen Nachweises über die ›deutsche Volksliste‹ als Deutsche anerkannt. Dabei handelt es sich um ein Instrument der SS-Germanisierungspolitik in den während des Zweiten Weltkrieges vom Deutschen Reich annektierten polnischen Gebieten. Eine großzügige Auslegung beziehungsweise eine unzureichende Überprüfung der Kriterien führte dazu, daß es den meisten nicht schwer fiel, einen derartigen Nachweis zu erbringen<sup>7</sup> – oft reichte faktisch der inzwischen unter Spätaussiedlern sprichwörtliche ›deutsche Schäferhund in der Familie‹ aus, um als Deutscher anerkannt zu werden.<sup>8</sup>

7 Vgl. ebenda S. 131.

8 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chancen, Brücken zu bauen..., a. a. O., S. 141.

Festzuhalten bleibt: Für die Migranten aus Polen in den achtziger Jahren bestand bei zumeist ähnlicher Motivlage und ähnlichem oder gleichem sozialem Hintergrund eine migrationspolitisch bewirkte Asymmetrie zwischen den zugewiesenen Aufenthaltstiteln und den darauf basierenden unterschiedlichen Eingliederungsbedingungen.

Bei der ohnehin schon ausgeprägten Heterogenität der ›Polnischsprachigen‹ trug ein solcher Umgang mit formellen Voraussetzungen zusätzlich zur Selbstverleugnung, zu Integritätskrisen, zum Mißtrauen und zu Konflikten innerhalb der Migranten bei, die in der Regel bis heute fortbestehen.

*Die Polnischsprachigen als ›nationale Minderheit‹?*

In den achtziger Jahren konnte sich trotz einer zahlenmäßig bedeutenden Zuwanderung eine polnischsprachige Gemeinschaft in Deutschland nicht etablieren: Alles sprach dagegen. Die Aussiedler aus Schlesien wurden von den anderen aufgrund der Ablehnung ihrer polnischen Biographie geringgeschätzt und belächelt. Die ›echten‹ Aussiedler wiederum hielten die Aussiedler aus anderen Teilen Polens, die aufgrund der ›Volksliste‹ einen deutschen Paß erhielten, schlichtweg für ›Betrüger‹. Von den ›Geduldeten‹, die sich auf kein deutschstämmiges Familienmitglied berufen konnten, wurden alle anderen Gruppen mit dem Vorwurf des ›nationalen Verrats‹ konfrontiert. Der politische Kampf der Solidarność-Emigranten blieb den meisten anderen fremd, hatten sie sich doch entschlossen, dem Vaterland den Rücken zu kehren. Hinzu kamen Versuche der kommunistischen Regierung in Warschau, die politischen Zentren der Emigration zu isolieren, und die Bonner Regierung hatte weder ein Konzept für eine Politik gegenüber Polen im allgemeinen noch gegenüber der Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ im besonderen.<sup>9</sup>

9 Vgl. ebenda.

Erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 änderte sich die Situation grundlegend: Die ›Autochthonen‹ in Polen erhielten im deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag von 1991 nach internationalen Standards garantierte Minderheitenrechte zugesichert, falls sie sich als Deutsche bekennen wollten. Im Vertrag ist allerdings nicht von einer polnischen Minderheit in Deutschland die Rede, sondern von einer Gruppe von »Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen«; ihr werden kulturelle Rechte zugebilligt.

Warum fehlt jedoch der Begriff ›polnische Minderheit‹ im Vertrag?. Unabhängig von der später noch zu behandelnden Frage, ob die ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland eine Minderheit sind, hat dies vor allem mit der restriktiven Herangehensweise der Bundesrepublik an das Problem des Schutzes von Minderheiten auf ihrem Territorium überhaupt zu tun. Die Bundesrepublik erkennt prinzipiell nur die Sorben, Friesen und Dänen als Minderheiten an (dies sind ›territoriale‹ Minderheiten, die über Sonderrechte im Bildungswesen, im Kulturbereich und bei Wahlen nur auf einem ›angestammten‹ Territorium verfügen, zum Beispiel die Dänen nur in Schleswig-Holstein). Diese Rechte sind übrigens durch Länderverfassungen, nicht durch das Grundgesetz garantiert. Diese Haltung resultiert aus der Furcht des Staates Bundesrepublik vor der Notwendigkeit, die zahlreichen Gruppen von Emigranten, darunter solche aus Polen, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien offiziell als Minderheiten anzuerkennen. Zwei grundsätzliche Befürchtungen liegen dieser Abwehrhaltung zugrunde: Der aktive Schutz der kultu-

rellen Rechte der Minderheiten wäre dann einklagbar und würde einen finanziellen wie verwaltungstechnischen Aufwand von großem Ausmaß nach sich ziehen. Darüber hinaus ist die deutsche Gesellschaft auf eine Anerkennung derartiger Minderheiten nicht vorbereitet.

Als ein möglicher Grund dafür, daß im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 nicht von einer polnischen Minderheit gesprochen wird, können allerdings auch Zweifel daran gelten, ob die Polen in Deutschland überhaupt das Bewußtsein einer nationalen Minderheit entwickelt haben – angesichts der geringen Aktivität polnischer Gruppen in Deutschland, der Zersplitterung ihrer Organisationen und der territorialen Verteilung der ›Polnischsprachigen‹ auf das ganze Bundesgebiet. Vor allem letzteres bedeutet, daß Polen Minderheitenrechte eventuell nur in einzelnen Bundesländern erhalten würden. Im Gespräch war zum Beispiel – irrtümlicher- wie bezeichnenderweise – Nordrhein-Westfalen mit seinen ›Ruhr-Polen‹.<sup>10</sup>

Auch muß darauf hingewiesen werden, daß der Umfang der Rechte, die im Vertrag den in Deutschland lebenden ›Polnischsprachigen‹ zuerkannt werden, auch wenn diese nicht als Minderheit bezeichnet wurden, faktisch dem Diskriminierungsverbot des Minderheitenstatus entspricht.<sup>11</sup> So haben auch die Regelungen des Artikel 20, Absatz 3 des deutsch-polnischen Vertrages in einem bisher nicht gekannten Maß die Eliten der heterogenen ›Polnischsprachigen‹-Gruppe in Deutschland zur Aktivität angeregt. Gerade in den neunziger Jahren ist es zur Gründung einer großen Zahl von Polonia-Organisationen gekommen. *Polonia* – nennt sich die Vertretung der ethnischen Polen im Ausland.

Bei einem großen Konfliktpotential politischer, weltanschaulicher, generationsbedingter und personeller Natur dominieren bei den heutigen Polonia-Organisationen in Deutschland zwei Hauptströmungen. Etwas vereinfachend kann man heute von ›nationalbetonten Patrioten‹ und ›europäischen Pragmatikern‹ sprechen.<sup>12</sup>

Die ›Patrioten‹ nehmen in der Regel eine Anspruchshaltung gegenüber den deutschen Behörden und der polnischen Regierung ein. Sie betonen die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Bildungssystems mit national-polnischem Inhalt, fordern Zugang zu den Medien und finanzielle Unterstützung für kulturelle und institutionelle Arbeit. Hinzu kommen ein Hang zu nationaler Symbolik und eine starke katholisch-religiöse Traditionsverbundenheit.

Die ›Pragmatiker‹ dagegen sind der Meinung, Voraussetzung für die Wahrung der polnischen Identität sei eine gelungene Integration – keine Assimilation wohl gemerkt – in die deutsche Gesellschaft, die volle Anerkennung der deutschen Rechtsordnung und deren Nutzung für die eigenen Interessen. Die Positionen und Forderungen der Nationalpatrioten finden sie anachronistisch und realitätsfremd. Die Überbetonung polnischer Nationalsymbole sei sinnlos. Was zähle, sei Arbeit zu haben, gute Deutschkenntnisse und gesellschaftlicher Aufstieg. Im Gegensatz zum polnischen Ghetto wollen die ›Pragmatiker‹ eine aufgeschlossene Position als seriöse Partner für deutsche Behörden.

Auf Anregung des Bundesinnenministeriums sollten sich die zersplitterten und zerstrittenen Vertreter der Polen Mitte der neunziger Jahre zu einem Dachverband zusammenschließen, um die Zuwen-

10 Vgl. Graś, Andrzej: *Pozycja prawna Polaków w Niemczech*, in: Wolff-Powęska, A./Schulz, E., *Być Polakiem w Niemczech*, Poznań 2000, S. 171 ff.

11 Vgl. ebenda, S. 171.

12 Vgl. Karwat, Krzysztof: *Polacy w Niemczech: »Patriotyzm« czy »pragmatyzm«*, in: *Dialog* Nr. 1/1996, S. 6 f.



dungen des Bundes zentral zu verwalten, die für kulturelle Vorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung gewährt werden. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die Gründung des Bundesverbandes *Polnischer Rat in Deutschland e.V.*, der 1997 als Dachverband polnischer Organisationen registriert wurde und dem sich die meisten Verbände angeschlossen haben. Einige traditionsreichere Verbände, wie der *Bund der Polen in Deutschland Rodło*, der Verband *Zgoda* und der *Polnische Kongreß in Deutschland* sind dem Dachverband jedoch nicht beigetreten, was von Anfang an Konflikte in sich barg, da die Bundesmittel nur vom *Polnischen Rat* abgerufen werden können. Zu einiger Verwirrung führte die Gründung einer neuen Dachorganisation, des *Konvents der Polnischen Organisationen in Deutschland*, auf Betreiben der Polnischen Botschaft in Köln, dem formal auch der *Polnische Rat*, die frühere Dachorganisation, beitrug. Wenige Wochen danach haben jedoch zwei Verbände den *Konvent* verlassen. Während der *Konvent* von der polnischen Regierung offiziell als Vertretung der Polen in Deutschland anerkannt wird, steht das Bundesinnenministerium diesem Gremium reserviert gegenüber.<sup>13</sup>

Die meisten Führer der Polonia-Organisationen, unter denen die Nationalpatrioten die stärkste Gruppe bilden, kritisieren vor allem die Asymmetrie der Vertragsbestimmungen, die den Polen in Deutschland keine Minderheitenrechte zuerkennen. Sie selbst sehen sie als Vorkämpfer einer großen nationalpolnischen Minderheitenbewegung und wollen gern im Namen von etwa zwei Millionen Polen in Deutschland sprechen. Diese Zahl von zwei Millionen, die ziemlich genau der Zahl aller ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland entspricht, wird auch immer wieder bei Polonia-Kongressen in Warschau und bei Stellungnahmen des zuständigen Sejm-Ausschusses erwähnt. Vertreter polnischer Organisationen in Deutschland beklagen zudem, daß es keinen Zusammenhalt innerhalb der Gruppe der ›Polnischsprachigen‹ gebe. Sie sei im öffentlichen Bewußtsein kaum präsent, fände kein Interesse bei den Medien und von politischer Seite gäbe es kein Interesse, polnische Minderheitenstrukturen zu fördern, was insgesamt auf eine bewußte Diskriminierung durch die Bundesrepublik zurückzuführen sei.<sup>14</sup>

Die Diskussion wird allerdings unter falschen Voraussetzungen geführt. Die Protagonisten der *Polonia* unterstellen, daß es sich bei den Nachkriegsmigranten aus Polen um ethnische Polen handelt, die an ihrer nationalen Identität festhalten wollen. Ihr Appell an die nationale Identität kann nur einen sehr kleinen Kreis von ›Polnischsprachigen‹ in Deutschland ansprechen, aber nicht die Mehrheit mit gemischter Identität. Ein solcher Appell stößt oft sogar auf Abneigung und ist inakzeptabel für alle diejenigen, die sich zum großen Teil als Deutsche oder als Schlesier fühlen. Diese Personen tragen oft beide Kulturen in sich, ihre Loyalität gilt aber vor allem der Bundesrepublik. Die Formulierung des Freundschaftsvertrages wird demnach bei näherem Hinsehen der soziologischen Realität der heutigen polnischsprachigen Gruppe in Deutschland gerecht: Es gibt hier keine homogene polnische Minderheit, dafür aber eine breite Gemeinschaft von Menschen, die auf die eine oder andere Weise eine intensive Verbindung mit der polnischen Kultur und Sprache haben.<sup>15</sup>

13 Vgl. Mrowka, Heinrich: Organizacje polonijne i ich partnerzy niemieccy, in: Wolff-Powęska, A./Schulz, E., Być Polakiem w Niemczech, a. a. O., S. 287.

14 Vgl. Pallaske, Christoph: Heimwärts? Westwärts? Na saksy? Die Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren und die Gruppe der Polen in Deutschland (mimeo).

15 Vgl. Wóycicki, Kazimierz: Chance, Brücken zu bauen..., a. a. O., S. 142.

Die Wahrnehmung der ›Polnischsprachigen‹ als Minderheit täuscht darüber hinweg, daß offenbar die Bedürfnislage der allermeisten Migranten aus Polen nicht in Richtung der Etablierung von politischen Strukturen einer organisierten polnischen Minderheit zielt. Sie sehen ihre Situation nicht als problematisch an, was eventuell ein Grund gewesen wäre, sich polnischen Organisationen anzuschließen oder an Wahlen zum Ausländerbeirat teilzunehmen. Niemand wird heute daran gehindert, einen Verein zur Pflege seiner kulturellen oder nationalen Identität zu gründen oder ein Netzwerk aufzubauen. Das Problem ist eher, daß es sehr viele solcher Vereine mit nur wenigen Mitgliedern gibt. Anders als bei den ›Ruhr-Polen‹ im 19. Jahrhundert, gegen die sich staatliche Repressionen des Deutschen Reiches im Zuge des Kulturkampfes richteten und die als Reaktion darauf schlagkräftige Verbände und Netzwerke bildeten, kann man das heute fehlende Minderheitenbewußtsein auch darauf zurückführen, daß es keine bewußte, gegen sie gerichtete Diskriminierung seitens der Bundesrepublik gibt.

*Nicht diskriminiert, aber angefeindet*

Das, was viele Polen als Diskriminierung empfinden, betrifft die fremdenfeindliche Einstellung der Gesellschaft und eine prinzipielle Abwehrhaltung vieler Verwaltungsapparate gegenüber materiellen Ansprüchen der ›Polnischsprachigen‹. Dem Geist des Freundschaftsvertrages entspricht auf deutscher Seite leider nicht immer die Bereitschaft der Verwaltungsbehörden (Kultusministerien, Schulämter usw.), die durch den Vertrag eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den ›Polnischsprachigen‹ zu erfüllen. Vielen Beamten, zumal auf Landes- und Kommunalbene, sind der Inhalt des Deutsch-Polnischen Vertrages und die damit anerkannten kulturellen Rechte der ›Polnischsprachigen‹ nicht bekannt. Dies führt zu Konflikten bei der Vergabe von Zuwendungen für kulturelle Veranstaltungen oder bei der Erteilung muttersprachlichen Unterrichts.

Zehn Jahre nach dem Ende der jüngsten großen Einwanderung aus Polen sind Merkmale einer polnischen Gemeinschaft in Deutschland – nach den Maßstäben der Migrationsforschung – nur sehr schwach ausgeprägt. Zwar gibt es im direkten Lebensumfeld ausgeprägte Netzwerke zwischen den Migranten. Für einen großen Teil der Zuwanderer aus Polen bilden Familienangehörige, Freunde und Bekannte bis heute die wichtigsten Bezugspersonen. Innerhalb dieser Netzwerke wird weiterhin polnisch gesprochen, bestimmte aus Polen mitgebrachte Lebensweisen und Einstellungen bleiben erhalten und werden teils an die Kinder weitergegeben. Im Gegensatz dazu fehlen aber die nach außen sichtbaren Merkmale einer polnischen Gemeinschaft. Weder etablierten sich in den letzten Jahren wirksame polnische Organisationen oder Interessenvertretungen, noch gibt es heute eine nennenswerte territoriale Konzentration von Polen, auch keine nennenswerte Zahl polnischer Restaurants, Lokale, Lebensmittelgeschäfte und Sportklubs. Erkennbar werden Polen als Polen in Deutschland nur bei polnischen Gottesdiensten, die an vielen katholischen Kirchen gehalten werden. An vielen Orten hat sich dabei ein kleiner, spezifisch polnischer Dienstleistungssektor etabliert: der Verkauf polnischer Waren und Zeitschriften, Paketdienste und ähnliches.<sup>16</sup>

16 Vgl. Pallaske, Christoph: Heimwärts..., a. a. O., S. 7.

Die Ursachen für die kaum ausgeprägte Bildung einer Gemeinschaft polnischer Migranten sind schwer zu ergründen. Sicher liegt ein wichtiger Grund in der räumlichen Verteilung von Zuwanderern aus Polen. Zweitens kann man sowohl bei Aussiedlern als auch bei Auswanderern polnischer Staatsangehörigkeit eine weit verbreitete Bereitschaft zur Integration erkennen (verstanden als Anpassung an die Lebensumstände der Aufnahmegesellschaft), wodurch sie eher unauffällig sind. Diese Anpassung wird vor allem bestimmt durch den Wunsch, sich in der fremden Umgebung zurechtzufinden, durch schulische und berufliche Aufstiegsstrategien, durch Absicherung der aufenthaltsrechtlichen und sozialen Existenz oder durch das Bedürfnis, soziale Kontakte in der neuen Umgebung zu entwickeln.<sup>17</sup>

17 Vgl. ebenda.

Es gibt auch soziopsychologische Gründe, die bewirken, daß die ›Polnischsprachigen‹ wenig in Erscheinung treten. Viele Personen möchten, auch wenn sie zu Hause Polnisch sprechen, in der Öffentlichkeit nicht als Polen erscheinen, da sie Nachteile für sich oder für ihre Kinder befürchten. Die Aussiedler, die sich oft als Deutsche mit polnischer Sozialisation begreifen, haben bis heute Schwierigkeiten, ihre zwiespältige Situation zu bestimmen und selbstbewußt zu leben. Es gab nach 1989 keine öffentliche Diskussion in Deutschland, die diesen Menschen hätte helfen können, positiv mit ihrer doppelten Identität umzugehen.

Das Schicksal einer so großen Gruppe mit einer interessanten gemischten kulturellen Herkunft darf aber keinem an europäischer Integration Interessierten in Deutschland und Polen gleichgültig bleiben. Diese Menschen könnten eine wichtige Rolle als Brückenpfeiler in den deutsch-polnischen Beziehungen spielen. Die öffentliche Sichtbarkeit und adäquate Präsenz dieser Gruppe wäre schon ein wichtiger Vermittlungsfaktor innerhalb der deutschen Bevölkerung. Daß man die mit der polnischen Kultur verbundenen Personen nicht als ›Exoten‹ betrachtet, sondern als Menschen, die in der direkten Umgebung wohnen und arbeiten, die sich als Deutsche fühlen und gleiche Werte teilen, könnte zum Abbau von Stereotypen und zur Vermittlung des Wissens über Polen in der Aufnahmegesellschaft beitragen.

Umgekehrt könnten die ›Polnischsprachigen‹ zur Verbreitung des Wissens über Deutschland, über das Alltagsleben, Sozialordnung und Kultur dieses Landes in der polnischen Gesellschaft beitragen. Durch die räumliche Nähe und die bestehenden Bindungen zu ihrem Geburtsland bilden sie eine ungewöhnlich mobile Gruppe, die regelmäßig Polen besucht und Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten ihre durch die Teilnahme am sozialen Leben und an der Kultur gewonnenen Erfahrungen weitergibt. Sie beschreiben diese Kultur und die in ihrem Rahmen herrschenden Standards und Normen. Dadurch können sie wirksam zur Entmythologisierung des Bildes von Deutschen in Polen beitragen.

Angesichts dieser außergewöhnlichen Position der ›Polnischsprachigen‹ wäre es wünschenswert, wenn Berlin und Warschau sie endlich in ihrer Heterogenität erkennen und ihnen wichtige Aufgaben übertragen würden. Zuerst aber sollte man diese differenzierte Gruppe besser kennenlernen, mehr über ihre komplizierten Schicksale erfahren und versuchen, für all dies ein wenig mehr öffentliches Interesse zu gewinnen.

LIDIA OWCZAREK

## Die Situation der nationalen Minderheiten in Polen während der Systemtransformation

Lidia Owczarek – Dr. phil.,  
lebt in Kielce

1 Nicht alle Bewohner der im 14. Jahrhundert vom Großfürstentum Litauen eroberten und nach der Personalunion mit dem Königreich Polen an die polnische Krone abgetretenen westrussischen Gebiete wurden in die Ethnogenese der Ukrainer einbezogen. Namentlich in den Gebieten, die nach den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert unter die Herrschaft Österreich-Ungarns kamen, fühlen sich nicht wenige Ostslawen nach wie vor als ‚Russen‘ und nennen sich *Rusini* oder ähnlich, was ins Deutsche mit *Ruthenen* übersetzt wird – Anmerkung des Übersetzers.

2 Vgl. Wielka Ilustrowana Encyklopedia Powszechna (Große Illustrierte Enzyklopädie), Band XIII: Polen. Poznań 1995, S. 21-30 (Reprint).

Zwischenkriegspolen war ein Vielvölkerstaat. Nach der Volkszählung von 1921 hatte es etwas über 27,2 Millionen Einwohner. Die Polen stellten 69 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die übrigen gehörten zu nationalen Minderheiten. Es handelte sich dabei um Ukrainer beziehungsweise Ruthenen<sup>1</sup>, Belorussen und Deutsche (konzentriert in bestimmten Gebieten) sowie um Juden, Tschechen und Russen, die über das ganze Land verstreut lebten. In Ostpolen waren die in Enklaven lebenden Polen in der Minderheit. Die Ukrainer beziehungsweise Ruthenen bildeten die größte nationale Minderheit in Vorkriegspolen. Nach der Volkszählung von 1921 betrug ihr Anteil 17,3 Prozent (4,7 Millionen). Die Belorussen stellten 3,9 Prozent (1,6 Millionen). Der Anteil der Deutschen betrug mit annähernd 1,6 Millionen ebenfalls 3,9 Prozent. Im Jahre 1921 bekannten sich 2,1 Millionen (7,7 Prozent) zur jüdischen Nationalität, darüber hinaus weitere 700 000 zum Judentum.<sup>2</sup>

Die Minderheiten entfalteten ein eigenes Kulturleben, gaben eigene Zeitungen heraus. Politische Parteien der Minderheiten mit rechter Orientierung beteiligten sich an den Sejm- und Senatswahlen. Im Jahre 1922 bildeten sie einen *Block der Nationalen Minderheiten*, der bei den Wahlen im selben Jahr fast 16 Prozent und 1928 12,6 Prozent der Stimmen erhielt. Im Sejm schlossen sich die Abgeordneten der Minderheiten mit Ausnahme der linken Gruppierungen zu Fraktionen zusammen. So bildete sich je eine ukrainische, jüdische und deutsche Fraktion. Hinsichtlich der Möglichkeit, Parteien zu gründen, waren Belorussen und Ukrainer benachteiligt. Unter ihnen gab es die meisten Analphabeten. In der Westukraine existierten nicht einmal 500 Grundschulen, so daß nur jedes 15. ukrainische Kind eine Schule mit ukrainischer Unterrichtssprache besuchen konnte. Belorussische Schulen gab es überhaupt nicht. Ukrainer und Belorussen, die nicht polnisch lesen und schreiben konnten, verloren das aktive Wahlrecht.

Das von Hitlerdeutschland und der stalinistischen Sowjetunion bedrängte Polen war nicht in der Lage, normale Beziehungen zu seinen nationalen Minderheiten herzustellen. Häufig wurden sie mit administrativen – aber auch gewaltsamen – Methoden bekämpft. Es war also nicht verwunderlich, daß Minderheitenorganisationen, insbesondere ukrainische und belorussische, zahlreiche Protestaktionen in Gestalt von Schulboykots und Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen durchführten, aber es kam auch zu regelrechten Bauernrebellionen und Aufständen.

Nach 1945 änderten sich Zusammensetzung und Verteilung der nichtpolnischen Bevölkerung grundlegend. Die meisten Polen, die vorher ›hinter dem Bug‹ oder in anderen Gebieten der UdSSR gelebt hatten, bekundeten den Wunsch, sich im neuen polnischen Staatsgebiet niederzulassen. Gleichzeitig optierten Teile der ukrainischen und belorussischen Bevölkerung für die Umsiedlung in die Ukrainische und Belorussische SSR.

Zu einem großen Problem wurde für die neuen polnischen Behörden die Ansiedlung der Polen in den ›Wiedergewonnenen Gebieten‹ und die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach Restdeutschland. Der Beschluß über die Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde auf der Potsdamer Konferenz gefaßt. Insgesamt wurden von 1946 bis 1949 2 275 075 Deutsche ausgesiedelt. Die Transporte wurden unter schwierigen Verkehrs- und Ernährungsbedingungen durchgeführt. Häufig kam es zu Gewalttaten. Gleichzeitig verließen auf der Grundlage von Verträgen zwischen der Provisorischen Polnischen Regierung und den Regierungen der Ukrainischen, Belorussischen und Litauischen SSR 518 000 Personen Polen in Richtung dieser Länder, und aus der UdSSR kamen zirka 1 528 000 Polen. Aus dem Westen kehrten etwa 2,3 Millionen nach Polen zurück.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang sei auch die Aktion »Wisła« (Weichsel) erwähnt, die bis heute die polnisch-ukrainischen Beziehungen und die Lage der ukrainischen Minderheit in Polen prägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ein Teil der Ukrainer, die einen unabhängigen ukrainischen Staat anstrebten, den bewaffneten Kampf sowohl gegen Polen als auch gegen die Sowjetunion begonnen. Der Plan »Wisła« sah vor, dem bewaffneten ukrainischen Untergrund durch Umsiedlungen, die gleichzeitig auch von sowjetischer Seite erfolgten, die Unterstützung durch die Bevölkerung zu entziehen. Etwa 4 000 Ukrainer wurden 1947 in einem Sonderlager interniert und 140 557 bis zum 12. August 1947 nach Schlesien und Pommern verbracht. Nach so vielen Jahren ändert sich in Polen allmählich die Einstellung zur Aktion »Wisła«, doch ist sie noch immer Gegenstand von Kontroversen und unterschiedlichen Beurteilungen. Seit 1989 wird der repressive Charakter und die Brutalität der ganzen Aktion, die unberechtigte Anwendung des Grundsatzes der kollektiven Verantwortung nicht mehr geleugnet. Politisch verurteilt wurde die Aktion »Wisła« in einer Resolution des Senats vom 3. September 1990. Der Sejm hat eine entsprechende Resolution bis zum heutigen Tage noch nicht angenommen.

In Polen, ähnlich wie auch in anderen Ländern des ›sozialistischen Lagers‹, wurde die nationale Frage in internationalistischem Sinne interpretiert. Den nationalen Minderheiten wurde wenig Beachtung geschenkt. Sowohl die Probleme der seit eh und je existierenden Minderheiten als auch die der durch die Grenzverschiebungen neu entstandenen, wurden als heikel angesehen. Wenn es in bestimmten Fällen nicht möglich war, ihre Existenz einfach zu ignorieren, wurde ihre zahlenmäßige Stärke als unbedeutend dargestellt und das Problem bagatellisiert. In der Praxis wurde ihre Assimilierung angestrebt.<sup>4</sup> So konnten die nationalen Minderheiten im Nachkriegspolen nur in einem sehr eingeschränkten und von der Polnischen Vereinten

3 Vgl. J. Buszko: Historia Polski 1864 – 1948 (Geschichte Polens von 1864 bis 1948), Warszawa 1984, S. 415 f.

4 Vgl. Z. Kurcz (Red.): Mniejszości narodowe w Polsce (Die nationalen Minderheiten in Polen), Wrocław 1997, S. 8.

Arbeiterpartei (PVAP) kontrollierten Umfang ihre nationalen Bestrebungen zum Ausdruck bringen und ihre Traditionen, ihre Sprache und Kultur pflegen.

Erst nach Gomułkas Rückkehr an die Macht im Oktober 1956 wurde es gestattet, ›gesellschaftlich-kulturelle Vereinigungen‹ zu gründen. Diese wurden jedoch vom Innenministerium beaufsichtigt und finanziert. In den Jahren 1956 bis 1958 entstanden einige Minderheitenorganisationen, darunter auch eine deutsche, die einige Dutzend Mitglieder hatte.

Nach Schätzungen machten die nationalen Minderheiten 1968 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens aus. Insgesamt gab es damals 60 Schulen, in denen in Minderheitensprachen unterrichtet wurde.

Der 1989 in Polen eingeleitete Prozeß der Systemtransformation veränderte auch die Situation der nationalen Minderheiten. Die Beschränkungen für die öffentliche Bekundung der nationalen beziehungsweise ethnischen Identität wurden aufgehoben. Nach 1989 entstanden Einrichtungen für die Interessenvertretung der nationalen Minderheiten. Deren Repräsentanten begriffen, daß eine lediglich auf die Privatsphäre reduzierte nationale Kultur keine Entwicklungschancen hätte und nicht von Bestand sein würde. Dazu bedurfte es solcher Einrichtungen wie Schulen und Massenmedien sowie einer entsprechenden wirtschaftlichen Grundlage. Die durch die Systemtransformation bewirkten Veränderungen im Funktionieren der staatlichen Institutionen, die Art und Weise, wie nun Repräsentativorgane zustande kamen und die Angelegenheiten der Bürger behandelt wurden, veränderten grundlegend die Lage der nationalen Minderheiten. Mit der Abschaffung der Parteikontrolle über das öffentliche Leben wurden auch die formalrechtlichen Restriktionen hinsichtlich Zusammenschlüssen und Aktivitäten im Milieu der Minderheiten beseitigt. Diese nutzten die durch die im April 1989 beziehungsweise im Juli 1990 angenommenen Gesetze gegebenen allgemeinen Möglichkeiten zur Bildung von Vereinen beziehungsweise Parteien. Unter diesen Bedingungen stieg die Anzahl der Minderheitenorganisationen bis Ende 1992 von sieben auf 74 und stabilisierte sich dann auf diesem Niveau.

Die meisten von ihnen, insgesamt 35, rief die deutsche Minderheit ins Leben. Außerdem gibt es zwölf ukrainische, sieben belorussische, je drei jüdische und lemische<sup>5</sup>, zwei litauische und einzelne Vereinigungen von Tschechen und Slowaken, Griechen, Bulgaren, Armeniern, Franzosen, Tataren und Vietnamesen. Von Roma wurden sechs Organisationen gegründet. Ein solch beträchtlicher Anstieg der Anzahl von Minderheitenorganisationen erklärt sich vor allem damit, daß nur wenige von ihnen im ganzen Land vertreten sind. Das Wirken der meisten beschränkt sich auf eine Wojewodschaft oder sogar auf ein noch kleineres Gebiet. Die Minderheitenorganisationen unterscheiden sich nicht nur nach ihrer Größe, sondern auch nach Aktivität und Organisationsform. Im Laufe der Zeit schlossen sich einige von ihnen zu überregionalen Vereinigungen zusammen, und manche umfaßten schließlich ganz Polen.

Die deutsche Minderheit war bis 1990 lediglich durch den *Verband der Bevölkerung deutscher Herkunft* (Związek Ludności Pochodzenia Niemieckiego) mit Sitz in Wałbrzych vertreten.

5 *Lemken* nennt sich eine Untergruppe der Ruthenen – Anmerkung des Übersetzers.



Politische Parteien wurden im allgemeinen nicht geschaffen. Eine Ausnahme bilden die Belorussen, deren *Belorussische Demokratische Vereinigung* (Białoruskie Zjednoczenie Demokratyczne) die einzige Partei einer nationalen Minderheit in Polen ist.

Ein erster Ausdruck einer Aktivierung der Minderheiten nach 1989 war ihre Teilnahme an den Kommunalwahlen im Mai 1990. An den Sejmwahlen 1991 beteiligten sich vier Wählergemeinschaften nationaler Minderheiten: zwei deutsche, die *Wählergemeinschaft der Deutschen Minderheit* (Komitet Wyborczy Mniejszości Niemieckiej) mit Sitz in Opole sowie die *Wählergemeinschaft der Deutschen Minderheit »Versöhnung und Zukunft«* (Komitet Wyborczy »Pojednanie i Przyszłość«) aus Katowice, die *Belorussische Wählergemeinschaft* (Białoruski Komitet Wyborczy) und der *Wählerblock* (Blok Wyborczy), den Ukrainer, Litauer und Slowaken gegründet hatten.

Das polnische Wahlgesetz gewährt den Minderheiten mit dem Recht, eigene Wählergemeinschaften zu bilden, und der Befreiung von der Fünfprozentklausel gewisse Privilegien. Denn nur so ist es ihnen möglich, ihre Kandidaten ins Parlament zu bringen, was einigen Minderheiten auch gelang. Jedoch beschränkte sich ihre Vertretung auf nur wenige Abgeordnete.

Der polnische Staat stand dem sprunghaften Anstieg der Anzahl von Minderheitenorganisationen nicht gleichgültig gegenüber. Wichtig war die Schaffung einer Institution, die von Staats wegen die Verantwortung trug für die Unterstützung der Minderheiten und für die Zusammenarbeit mit den von ihnen gegründeten Organisationen. Als erster Schritt erfolgte 1989 die Bildung einer *Gruppe für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten* beim Ministerium für Kultur und Kunst. Auf diese Weise wurde die Minderheitenproblematik vom Innenressort an ein völlig anderes Ressort verwiesen. Im Jahre 1992 wurde die Gruppe in ein *Büro für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten* umgebildet und dieses 1998 in ein *Department für nationale Minderheiten*. Dieses unterstützt im Rahmen der zugeteilten Mittel finanziell die kulturellen Aktivitäten der Minderheiten, koordiniert das Zusammenwirken verschiedener Staatsorgane bei der Regelung von Minderheitenangelegenheiten und interveniert bei Konflikten.<sup>6</sup>

Im Jahre 1996 stellte das Ministerium für Kultur und Kunst den Minderheiten 23 Milliarden alte Zloty zur Verfügung. 1997 waren das 0,76 Prozent des Staatshaushaltes (im Vergleich zum Vorjahr entsprach der Zuwachs lediglich der Inflationsrate). Der Sejm bidete am 17. August 1989 einen *Ständigen Ausschuß für Angelegenheiten der Nationalen und Ethnischen Minderheiten*.<sup>7</sup>

Hauptziel der Förderung der kulturellen Aktivitäten nationaler Minderheiten ist die Bewahrung ihrer Identität. Dank der Finanzierung durch das Ministerium verfügt jede Minderheit über mindestens ein Periodikum in der Muttersprache. In den Jahren 1995 bis 1996 wurde die Herausgabe von 21, 1997 von 24 Periodika nationaler Minderheiten finanziert, 1998 waren es bereits 33. Ein wichtiges Element der Minderheitenpolitik ist die Erleichterung des Zugangs zum öffentlichen Rundfunk und Fernsehen. Dies wurde garantiert durch das am 28. Dezember 1992 angenommene Rundfunk- und

6 Vgl. Wyznania religijne, stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce. Informator dokumentacyjno-statystyczny (Glaubensbekenntnisse, nationale und ethnische Vereinigungen in Polen. Dokumentarisch-statistische Informationen), Warszawa 1993, S. 150.

7 Vgl. J. Kuroń: Działania Sejmu w zakresie zwalczania ksenofobii i nietolerancji (Das Wirken des Sejms bei der Bekämpfung von Xenophobie und Intoleranz), in: Nietolerancja, rasizm, ksenofobia (Intoleranz, Rassismus, Xenophobie): Centrum für Information und Dokumentation des Europarates. Europa-Zentrum der Universität Warszawa, Bulletin 1/99, Warschau 1999, S. 50-52.

Fernsehgesetz. Das Polnische Fernsehen popularisiert das Anliegen der Minderheiten in Sonderprogrammen, die in ganz Polen sowie über Regionalsender ausgestrahlt werden. Die deutsche Minderheit beispielsweise strahlt in Katowice monatlich die Sendung »Ober-schlesien-Journal« aus.

Die Regionalprogramme des Polnischen Rundfunks werden seit über 30 Jahren auch in Ukrainisch und Belorussisch gesendet, seit 1990 in Litauisch und in Deutsch seit Mitte 1991.

Allmählich wird auch das Problem der Unterrichtung der Jugend in den Muttersprachen geregelt, obwohl dies nach wie vor als konfliktträchtig angesehen wird. Noch immer fehlen qualifizierte Lehrer. Gegenwärtig haben 12 000 Schülerinnen und Schüler aus den Minderheiten in über 160 Schulen ihre Muttersprache als Unterrichtsfach. Das Ministerium für Kultur und Kunst und das Volksbildungsministerium finanzieren gemeinsam die Erarbeitung und Herausgabe von Lehrbüchern für den muttersprachlichen Unterricht.

Der polnische Staat fördert auch die Aktivitäten der Minderheiten bei der Pflege ihrer Traditionen und ihrer Kultur – unterstützt werden Festivals, Wettbewerbe, Lesungen, Konzerte oder Theateraufführungen. Erwähnenswert sind unter anderem die von der belorussischen Minderheit veranstalteten Festivals »Belorussisches Lied« und »Białystok – Grodno«, das Folklorefest der slowakischen Minderheit in Niedzica, das alle zwei Jahre veranstaltete Ukrainische Kulturfestival, das 1995 erstmalig in Przemyśl stattfand, das litauische »Saskrydis« (Treffen), Chor- und Orchesterkonzerte, alljährlich stattfindende Erntedankfeste sowie auch die vom Joseph-von-Eichendorff-Konservatorium durchgeführten Veranstaltungen. Finanzielle Unterstützung leisten auch die Wojewodschaftsämter und die Kommunalverwaltungen in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten. Aus den Haushalten der Wojewoden werden vor allem die von den Vereinigungen der Minderheiten organisierten zyklischen Veranstaltungen finanziert. Von den wichtigsten Veranstaltungen der letzten Jahre dieses Typs sind zu nennen: die Internationalen Treffen von Roma-Gruppen »Romane Dywesa« in Gorzów Wielkopolski, das Festival »Białystok – Grodno«, das gemeinsam von mehreren Minderheitenvereinigungen organisierte Festival der Nationalen Minderheiten in Gdańsk, das Internationale Festival der Kirchenmusik in Hajnówka.<sup>8</sup>

Nach 1945 wurde auf offizielle Nationalitäten- und Konfessionsstatistiken verzichtet. Deshalb beruhen alle Angaben über die zahlenmäßige Stärke von Minderheiten auf Schätzungen. Im Jahre 1992 wurden zwei Befragungen durchgeführt, die einige Orientierungsdaten über die zahlenmäßige Stärke einiger Minderheiten erbrachten.<sup>9</sup> Danach ist Polen in nationaler Hinsicht im wesentlichen ein homogenes Land. Die nationalen Minderheiten bilden nur einen geringen Teil der Bevölkerung – drei bis vier Prozent. Die Gesamtzahl wird auf etwas über eine Million Einwohner geschätzt. Präzisere Zählungen ergeben rund 1,25 bis 1,3 Millionen. Die zahlenmäßig stärkste Minderheit stellen die Deutschen mit etwa 700 000 Mitgliedern. Die deutsche Minderheit mußte viele Jahre um ihre Anerkennung kämpfen. Erst 1989 gestanden die polnischen Behörden die Existenz einer deutschen Bevölkerungsminderheit ein. Sie lebt über ganz Polen

8 Vgl. J. Wnuk-Nazarowa: Mniejszości narodowe w Polsce (Die nationalen Minderheiten in Polen), in: Nietolerancja, rasizm, ksenofobia (Intoleranz, Rassismus, Xenophobie), a. a. O. S. 58 f.

9 Vgl. Wyznania religijne, stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce, a. a. O., S. 141.

verstreut, konzentriert sich aber vor allem in Schlesien, Pommern, Masuren und im Ermland. Die Angehörigen der deutschen Minderheit dürfen wieder ungehindert ihre Muttersprache sprechen und Kulturveranstaltungen in deutscher Sprache organisieren. Ihre vielfältigen kulturellen Aktivitäten bestehen sowohl aus regionalen als auch aus lokalen Veranstaltungen. Auf lokaler Ebene konzentriert sie sich auf Klubs, Lehrgänge der deutschen Sprache, Bibliotheken, Chor- und Orchestertätigkeit. Besonders tut sich dabei das Joseph-von-Eichendorff-Konservatorium in Opole hervor, das die Intelligenz schlesischer Herkunft um sich schart und die deutschen Kulturtraditionen Schlesiens pflegt. Erwähnung verdient auch die seit 1994 in Bytom wirkende Autoren- und Künstlervereinigung der deutschen Minderheit. Ein ernsthaftes Hindernis in der Tätigkeit aller Vereinigungen der deutschen Minderheit ist das geringe Engagement der Jugend. Die meisten jungen Deutschen beherrschen das Deutsche nicht und können sich deshalb nicht aktiv an deutschsprachigen Veranstaltungen beteiligen. Erstrangige Bedeutung erlangt so die Entwicklung des Schulwesens mit Deutsch als Unterrichtssprache. Ein Deutscher Schulverein wurde bereits ins Leben gerufen. Gegen Ende der neunziger Jahre lernten im Gebiet von Opole 13 200 Kinder in 132 Schulen Deutsch als Muttersprache und 25 000 in 133 Schulen Deutsch als Fremdsprache.<sup>10</sup> Von 291 Deutschlehrern hatten jedoch 154 keine entsprechende Ausbildung, vor allem auf den Gebieten deutsche Literatur und Geschichte.

Die deutsche Minderheit im Opper Schlesien hat Einrichtungen und Organisationen gegründet, die auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region hinarbeiten. Als eine der aktivsten wurde 1991 der *Schlesische Entwicklungsfonds* (Fundacja Rozwoju I ska) geschaffen. Er gewährt kleinen und mittleren Unternehmern Kredite zu niedrigen Zinsen. Im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt auch der Gemeindeverband »Aqua Silesia«, der Wasserleitungen baut. Bislang hat der Verband in der Wojewodschaft Opole 55 km Wasserleitungen verlegt und einige Klärwerke errichtet. Im Juli 1995 ließen die Funktionäre der deutschen Minderheit im Gebiet von Opole eine *Interregionale Wirtschaftskammer* registrieren. Die deutsche Minderheit beteiligt sich aktiv an der Modernisierung der Landwirtschaft. In den Dörfern des Gebiets von Opole vereinigt der *Verband Schlesischer Landwirte* (Związek Rolników Śląskich) annähernd 3 000 Bauern deutscher Herkunft. Die deutsche Minderheit nimmt auch aktiv am politischen Leben teil. Bei den Wahlen 1991 bewarben sich ihre Kandidaten in zehn Wahlkreisen um Sejmandate. Sie erzielten in ganz Polen 137 167 Stimmen, was sieben Abgeordneten den Einzug ins Parlament ermöglichte. Bei den Wahlen 1993 erhielten die deutschen Kandidaten jedoch im Landesmaßstab nur 110 454 Stimmen, was vier Mandate erbrachte. Dieser Rückgang wird mit der zunehmenden Interessendifferenzierung innerhalb der deutschen Wählerschaft erklärt.<sup>11</sup> Demgegenüber beweisen die Kommunalwahlen ein Anwachsen der deutschen Wählerschaft. Am stärksten wird dies am Beispiel der ehemaligen Wojewodschaft Opole deutlich. Im Jahre 1990 errangen dort die Kandidaten der deutschen Minderheit 26,4 Prozent der Mandate. Bei den Kommunalwahlen 1994 waren es bereits 38,9 Prozent.<sup>12</sup>

10 Vgl. D. Berlińska, P. Madajczyk: *Mniejszość niemiecka w Polsce* (Die deutsche Minderheit in Polen), in: B. Berdychowska (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce. Praktyka po 1989 roku* (Die nationalen Minderheiten in Polen. Die Praxis nach 1989), Warszawa 1998, S. 115-120.

11 Vgl. Z. Kurcz: *Mniejszość niemiecka w Polsce: Geneza, struktura, oczekiwania* (Die deutsche Minderheit in Polen: Herkunft, Struktur, Erwartungen), in: Z. Kurcz (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce*, a. a. O., S. 104.

12 Vgl. D. Berlińska: *Analiza ostatnich wyborów samorządowych i prezydenckich w województwie opolskim* (Analyse der letzten Kommunal- und Präsidentschaftswahlen in der Wojewodschaft Opole), in: *Śląsk Opolski*, 2/1991; *Gutes Ergebnis für deutsche Minderheit*, in: *BdV-Nachrichten* 5/1994, S. 4.

Die ukrainische Minderheit zählt etwa 300 000 Personen. Sie ist über ganz Polen verstreut. Die stärksten Konzentrationen befinden sich in Nord- und Westpolen. Eine ganze Reihe von Problemen, die den Dialog zwischen Polen und Ukrainern erschweren bedürfen dringend der Regelung. So müssen die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen der Aktion »Wisła« überwunden werden. Es muß anerkannt werden, daß die Internierung von 4 000 Ukrainern im Arbeitslager Jaworzna rechtswidrig war, und daß die Betroffenen den gleichen Anspruch auf Entschädigung haben wie die Polen, die in Nazi-Konzentrationslagern waren. Dem *Verband der Ukrainer* muß das Recht zuerkannt werden, die Immobilien zu übernehmen, die nach 1946 ukrainischen juristischen Personen weggenommen wurden. Sollte dies nicht möglich sein, müßte ein Anspruch auf Kompensation anerkannt werden. Der III. Kongreß des Verbandes der Ukrainer, der im Juni 1996 in Warschau tagte, warf den polnischen Behörden vor, daß sie auf die Forderungen der ukrainischen Minderheit nicht reagieren. Die Ukrainer finden außerdem, daß in der polnischen Presse viele Artikel erscheinen, in denen die Aktivitäten der ukrainischen Organisationen negativ dargestellt werden.

13 Vgl. K. Podlaski: *Białorusini, Litwini, Ukraińcy* (Belorussen, Litauer, Ukrainer), Białystok 1990.

Auch die Anzahl der in Polen lebenden Belorussen wird auf etwa 300 000 Personen geschätzt.<sup>13</sup> Sie siedeln kompakt im Südosten von Białystok. Die Belorussen bilden hier die Mehrheit der Landbevölkerung. Die Intelligenz besitzt ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein und stellt die Elite der belorussischen Vereinigungen. Es fehlen die mittleren Gesellschaftsschichten, vor allem die städtische Bevölkerung, mit belorussischer Identität. Über Jahre hat sich zwischen den Polen und der belorussischen Minderheit ein Stereotyp der gegenseitigen Feindschaft herausgebildet. Unter den Belorussen herrscht die Auffassung, ihre Existenz bedrohten »zwei Imperialisten« – Rußland und Polen. Viele Polen wiederum meinen, die Belorussen seien im besten Falle russifizierte Polen, die einer »nationalen Umerziehung« unterzogen werden müßten. Tatsache ist, daß die Belorussen in Polen die einzige große nationale Minderheit sind, die von Polonisierung bedroht ist. Auch nach 1989 verloren sie nicht die Furcht, das Bekenntnis zu ihrer Nationalität könnte ihnen Schwierigkeiten im Privatleben und in der Öffentlichkeit einbringen. Die häufig auftauchenden, von polnischen nationalistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen verfaßten antibelorussischen Flugblätter sowie die Schwierigkeiten, auf die die orthodoxe Kirche bei ihren Bemühungen um die Rückerstattung ihres seinerzeit konfiszierten Eigentums stößt, verstärken das Gefühl der Unsicherheit bei den Angehörigen der belorussischen Minderheit.

Die zahlenmäßige Stärke der übrigen nationalen Minderheiten liegt weit unter der von Deutschen, Ukrainern und Belorussen. So werden die Litauer auf 20 000 bis 30 000 Personen geschätzt. Sie bewohnen geschlossen ein kleines Gebiet nordöstlich von Suwalki. Ihr Schulwesen ist im Vergleich mit den anderen Minderheiten gut organisiert.

Hinsichtlich der Slowaken schwanken die Schätzungen zwischen 10 000 und 20 000. Es handelt sich hauptsächlich um die Bevölkerung aus ursprünglich zu Ungarn gehörenden kleineren Gebieten, die 1920 bei einer Grenzbradigung an Polen fielen. Die etwa 3 000

in Polen lebenden Tschechen sind hauptsächlich Nachkommen von Immigranten, die schon vor langer Zeit eingewandert sind. Slowaken und Tschechen haben den geringsten Zugang zu den Massenmedien. Sie haben keinerlei eigene Rundfunk und Fernsehsendungen.

Die jüdische Bevölkerung Polens ist nicht sehr zahlreich und meist hochgradig polonisiert. Die Repräsentanten dieser Gruppe vermeiden in der Regel die Definition als »nationale Minderheit«, weil sie sich – wie schon ihre Vorfahren – ihrer engen Verbundenheit mit der Kultur und Geschichte bewußt sind. Die zahlenmäßige Stärke der jüdischen Bevölkerung Polens auch nur schätzungsweise anzugeben, ist äußerst schwierig. Ihre Repräsentanten nennen Zahlen von 5 000 bis 10 000. Manche Autoren schreiben von 15 000. In Polen gibt es keine die gesamte jüdische Bevölkerung repräsentierende Organisation. Die größte ist die *Kulturgesellschaft* (*Społeczno-Kulturalne Towarzystwo*) der Juden in Polen, in der in 16 Abteilungen etwa 3 000 Personen organisiert sind. Zu den Problemen, die von den Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung am häufigsten vorgebracht werden, gehören: die rechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden und die Klärung der Frage des materiellen Nachlasses der ehemaligen Gemeinden, Erscheinungen des Antisemitismus, die Regelung des Status des Museums in Auschwitz und seiner Umgebung, die Unterstützung des Wirkens der jüdischen Organisationen durch die Staatsorgane, der Dialog über die gemeinsame Geschichte von Polen und Juden. Die Juden Polens stehen jetzt vor dem Problem der Bestimmung ihrer Identität. Denn seit einigen Jahren ist bei uns ein Prozeß der Deassimilation zu beobachten. Sehr junge Menschen und etwa Dreißigjährige entdecken ihre jüdische Herkunft als etwas wichtiges und wesentliches. Forscher sprechen von der Wiedergeburt einer jüdischen Gemeinschaft in Polen.<sup>14</sup>

Es wird geschätzt, daß in Polen etwa 20 000 Roma leben. Sie sind kaum in offiziellen Vereinigungen organisiert. Das hängt mit einer starken Differenzierung in einzelne ziemlich isolierte Gruppen, die auch durch sprachliche Unterschiede getrennt sind, sowie mit dem fast vollständigen Fehlen einer eigenen Intelligenz zusammen. Was ihre Situation als nationale Minderheit betrifft, haben es die Roma in Polen wohl am schwersten. Sie sind in der Gesellschaft nicht geachtet und werden nicht selten als Bürger zweiter Klasse behandelt. Sie fühlen sich diskriminiert. Das mußte auch der Kongreß der Roma aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Makedonien, Serbien und Bulgarien feststellen, der im November 1997 in Łódź tagte.

Die russische Minderheit zählt etwa 10 000 bis 13 000 Personen. Hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Ansiedlung lassen sich zwei Gruppen unterscheiden. Die einen sind nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens 1918 im Lande geblieben. Die anderen sind Nachkommen der Altgläubigen, die im 17. Jahrhundert nach Polen auswanderten.

Die Anzahl der Franzosen dürfte tausend nicht überschreiten. Die bulgarische Minderheit zählt etwa 25 000 Menschen. In den fünfziger Jahren kam eine griechische Minderheit nach Polen, die gegenwärtig 4 500 bis 5 000 Personen zählt. Die vietnamesische Minderheit, deren Zahl auf 7 000 bis 10 000 geschätzt wird, besteht hauptsächlich aus ehemaligen Studenten. Viele sind hier geblieben,

14 Vgl. H. Datner, M. Melchior: *Żydzi we współczesnej Polsce – nieobecność i powroty* (Die Juden im heutigen Polen – Nichtexistenz und Rückkehr), in: Z. Kurcz (Red.), *Mniejszości narodowe w Polsce*, a. a. O., S. 77.



haben Familien gegründet und sich für immer in Polen niedergelassen. Die Vietnamesen spielen eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben. Die Anzahl der Tataren beläuft sich auf 6 000 bis 8 000. 1997 waren es 600 Jahre, daß sich Angehörige dieser Völkerschaft in Polen niederließen. In Polen leben auch einige tausend Armenier. Die kleinste nationale Gruppe bilden die Karaim, von denen es höchstens 200 gibt.

Seit einiger Zeit untersucht das *Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung – ZEÖM* (Centrum Badania Opinii Społecznej – CBOS) das Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zu den polnischen Bürgern fremder Herkunft sowie den Wissensstand hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke der nationalen Minderheiten. Die erste dieser Untersuchungen wurde im Juli 1994 durchgeführt.<sup>15</sup> Es stellte sich heraus, daß 81 Prozent der Polen überzeugt sind, es gebe weniger Angehörige nationaler Minderheiten im Lande als die offiziellen Statistiken angeben. Nur jeder fünfte (19 Prozent) nennt eine der demographischen Realität entsprechende Zahl.

Die größten Sympathien hegen die Polen gegenüber Slowaken und Tschechen. Antipathie bekundeten lediglich sieben beziehungsweise neun Prozent, Sympathie dagegen 42 beziehungsweise 38 Prozent. Fast ein Drittel der Befragten findet Litauer (32 Prozent) und Deutsche (28 Prozent) sympathisch. Bei letzteren halten sich jedoch Sympathie und Antipathie (30 Prozent) fast die Waage, während bei den Litauern den 32 Prozent ein Antipathiewert von nur 18 Prozent gegenübersteht. Gemischte Gefühle wecken bei den Polen – abgesehen von den Deutschen – auch die Belorussen. Fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent) war außerstande, seine Einstellung zu ihnen eindeutig zu bestimmen. Die Angehörigen der übrigen Minderheiten wecken bei Polen eher negative Gefühle. Besonders negativ ist die Einstellung gegenüber den Roma (54 Prozent). Ein beträchtlicher Prozentsatz ist auch zu Ukrainern (42 Prozent) und Juden (37 Prozent) negativ eingestellt. Die negative Einstellung gegenüber Russen entspricht der gegenüber Deutschen (30 Prozent), die positive ist dagegen etwas geringer als die gegenüber Deutschen.

Die folgende Untersuchung des ZEÖM im August 1999 ergab, daß sich die Einstellung der Polen zu einigen Minderheiten verbessert hat, während sie zu anderen gleich blieb.<sup>16</sup> Deutlich veränderte sich die Einstellung zu den Roma. Die Anzahl derjenigen, die Sympathie gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit bekundeten, erhöhte sich um fünf Punkte auf 16 Prozent, während sich der Anteil derjenigen, denen sie unsympathisch sind, um 15 Punkte (von 54 Prozent auf 39 Prozent) verringerte. Größere Sympathie als 1994 empfinden die Polen für die Tschechen. Es verringerte sich auch die Antipathie gegenüber den Litauern, Deutschen, Ukrainern, Russen und Belorussen. Unverändert sind die Gefühle der Polen gegenüber den Slowaken. Gleichzeitig erhöhte sich der Prozentsatz der Befragten, deren Einstellung gegenüber den Juden weder von Sympathie noch von Antipathie geprägt ist.

Polen ist 1969 der Konvention gegen jedwede Form von Rassendiskriminierung beigetreten. Das *Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung* (CERD) bei der UNO befand im Januar

15 Vgl. Stosunek Polaków do przedstawicieli mniejszości narodowych, mieszkających w Polsce (Die Einstellung der Polen zu Angehörigen der in Polen lebenden nationalen Minderheiten). Forschungsbericht des ZEÖM, Warszawa, November 1994.

16 Vgl. Stosunek Polaków do przedstawicieli mniejszości narodowych (Die Einstellung der Polen zu Angehörigen nationaler Minderheiten). Forschungsbericht des ZEÖM, Warszawa, September 1999, S. 5.



1998, daß die Rechte nationaler Minderheiten in Polen noch nicht vollständig garantiert sind. Besonders hingewiesen wird auf den Schutz der Rechte der Roma und auf das Recht der Kinder nationaler Minderheiten auf Unterricht in der Muttersprache. Das Komitee stellte fest, daß Polen zusätzliche Schritte unternehmen muß, um den nationalen Minderheiten ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu garantieren. Es wurde eingeräumt, daß sich das Recht der Minderheiten auf Arbeit und Wohnung in einem Land, das sich im Prozeß der Systemtransformation befindet, nicht ausreichend sichern läßt. Generell kann gesagt werden, daß in Polen nach 1989 viel getan wurde, um sich den geltenden Standards anzunähern. Dennoch gibt es eine Reihe von Problemen, die noch der Lösung harren.

(aus dem Polnischen von RONALD LÖTZSCH)



## Die Parteien und Organisationen der DDR

Ein Handbuch  
Herausgegeben von  
Gerd-Rüdiger Stephan und  
Andreas Herbst, Christine Krauss,  
Daniel Küchenmeister,  
Detlef Nakath

1488 Seiten, gebunden  
70,00 €  
ISBN 3-320-01988-0

Das politische System in der DDR war nach den Beschlüssen und Entscheidungen von SED-Politbüro und -Zentralkomitee ausgerichtet. Dem Ministerrat wurde 1960 dekretiert, alle SED-Festlegungen zu übernehmen. Die anderen Parteien und Massenorganisationen in der DDR besaßen lediglich ein begrenztes Mitspracherecht in sie unmittelbar betreffende Fragen. Dennoch verfügten sie über ein gesellschaftliches Eigenleben mit eigener Satzung und Programmatik, mit spezifischen Aufgaben und über ein umfassendes Mitgliederleben. Nicht wenige der Funktionäre und Mitglieder engagierten sich für die Ziele ihrer

Partei beziehungsweise Organisation.

Herausgeber und Autoren des Handbuches »Die Parteien und Organisationen der DDR« haben die inzwischen verfügbaren und gesicherten Informationen über die Geschichte der Parteien und Organisationen zusammengefaßt und übersichtlich präsentiert. Es fanden sich 38 durch ihre Arbeit und Veröffentlichungen ausgewiesene Wissenschaftler und Publizisten zur Mitwirkung bereit. So wurden Beiträge von Autoren unterschiedlicher Sozialisation zusammengetragen; es offenbarten sich verschiedene Blickwinkel und Ansichten. Das Handbuch zur Geschichte,

Organisation und Politik der Parteien und Organisationen der DDR untergliedert sich in neun Abschnitte: Parteien und Organisationen im politischen System der DDR; Entstehung, Rolle und Wirken der Parteien; Genesis der Massenorganisationen; Entwicklung der mitgliederstarken gesellschaftlichen Organisationen; Übersicht zu weiteren Organisationen, Verbänden und Vereinen; Die neuen politischen Vereinigungen in der DDR 1989/90; Biographien der Führungskader der Parteien und Massenorganisationen; Ausgewählte Dokumente; Anhang mit Archivübersicht und Auswahlbibliographie.

# ANNELIES LASCHITZA

## Ein neuer Brief von Rosa Luxemburg

Annelies Laschitza – Jg. 1934; Historikerin und Rosa-Luxemburg-Forscherin, jüngste Publikation: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, Taschenbuch Berlin 2000.

1 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 1-5, Berlin 1982-84, Bd. 2 in 3., korr. und ergänzter Auflage 1999, Bd. 4 in 3., überarbeiteter Auflage 2001.

2 Siehe Vorwort zu Band 6 der Gesammelten Briefe Rosa Luxemburgs, Berlin 1993, S. 18.

3 Ute Speck: Ein weiterer Brief von Rosa Luxemburg und Ergänzungen zu einem Karl-Liebnecht-Brief, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 33. Jg., März 1997, Heft 1, S. 83 ff.

4 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 6, S. 155.

Seit Erscheinen des Bandes 6 der »Gesammelten Briefe« Rosa Luxemburgs im Jahre 1993 sind der Öffentlichkeit durch die vielbändige Briefausgabe mehr als 2700 Briefe, Postkarten und Telegramme an über 150 Briefpartner in Europa und Amerika zugänglich.<sup>1</sup> Bei einer so leidenschaftlichen Briefschreiberin wie Rosa Luxemburg und einer so umfangreichen weit verstreuten Korrespondenz war von vornherein nicht auszuschließen, daß auch künftig noch neue Autographen auftauchen könnten.<sup>2</sup> Und so war es denn auch.

Eine erste Neuentdeckung publizierte Ute Speck<sup>3</sup>. Es ist ein Brief Rosa Luxemburgs an ihren Anwalt Dr. Kurt Rosenfeld vom 1. Februar 1915. Rosenfeld sandte ihn 1921 an den Ministerialrat Dr. Finkelnburg im Justizministerium mit der Bitte, diesen Luxemburg-Brief zusammen mit einem von Dr. Finkelnburg direkt angeforderten Brief Karl Liebnechts an Sophie Liebnecht vom 11. Dezember 1916 der Staatsbibliothek zu übergeben. Das Original befindet sich in der Staatsbibliothek in Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, in der Sammlung Darmstaedter.

Einen weiteren Brief fand Prof. Dr. Narihiko Ito, Tokio, im vergangenen Jahr im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg. Rosa Luxemburg entschuldigt sich darin aus gesundheitlichen Gründen am 30. Juni 1896 bei ihrem Professor (Julius Wolf ?) an der Universität Zürich für den unregelmäßigen Besuch von Vorlesungen.

Den nunmehr 3. bisher unveröffentlichten Brief erhielt das Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. in Berlin vom Genossen Rolf Trache aus Berlin. Mit einem Schreiben vom 17. Juni 2001 übergab er ein Exemplar der 100. Nummer der Zeitung »Zihna« (Der Kampf), des Zentralorgans der Sozialdemokratie Lettlands, vom Juli 1910. In dieser Jubiläumsausgabe befindet sich ein Brief Rosa Luxemburgs vom 20. Juni 1910, in dem sie ihre Solidarität mit dem beispielhaften Kampf des revolutionären lettischen Proletariats zum Ausdruck bringt. Sie äußert Mitgefühl für die Opfer der konterrevolutionären Attacken nach der Niederlage der Revolution und Zuversicht in das Aufflammen neuer revolutionärer Erhebungen.

Wie Rosa Luxemburg in einem Brief vom 11. September 1908 schon einmal an die Lettische Sozialdemokratie zur Herausgabe einer Jubiläumsnummer geschrieben hatte, war sie der lettischen Sprache nicht mächtig.<sup>4</sup> Da das Original des Briefes von 1908 in russischer

Sprache vorliegt, ist zu vermuten, daß auch der Brief von 1910 von ihr in Russisch verfaßt und für das lettische Parteiorgan von Unbekannt ins Lettische übersetzt worden ist. Vom Brief von 1910 liegt bis jetzt nur die gedruckte lettische Fassung in der Zeitung »Zihna« vom Juli 1910 vor. Durch freundliche Vermittlung von Dr. Arunas Vysniauskas von der Universität Vilnius wurde der Brief von Frau Ieva Rozentale aus Riga ins Deutsche übersetzt. Da nach ihren Angaben der lettische Text fehlerhaft und nicht einfach ins Deutsche zu übersetzen gewesen sei, erfolgte durch mich so zurückhaltend wie möglich eine stilistische Bearbeitung.

»Zihna« gehörte zu den international geachteten Zeitungen der sozialistischen Bewegung, erschien ab März 1904 in Riga und wurde dort in den ersten Jahren unter unsagbar schwierigen Bedingungen illegal gedruckt und verbreitet. Insgesamt sollen nach dem Bericht des Archivars in der Jubiläumsnummer von 1904 bis 1909 107 Nummern gedruckt worden sein, und zwar entsprechend den Gegebenheiten, so zum Beispiel 1904 in 3000 Exemplaren, im November 1905 dagegen in 18 000 Exemplaren. Die 50. Nummer von »Zihna« erschien im September 1906. Nach dem Londoner Kongreß der SDAPR 1907 kamen die Nummern 72 bis 92 heraus. 1907/1908 wurden allerdings die Bedingungen für die illegale Herstellung der Zeitung immer schwieriger. Drucker, Typographen und Redakteure wurden verfolgt, inhaftiert und verbannt. So konnten 1908 nur 8 Nummern hergestellt werden, 1909 lediglich 6.

Die für 1908 vorgesehene Jubiläumsnummer 100 widerspiegelt das aufregende Schicksal von »Zihna«. Diese Jubiläumsnummer sollte bereits 1908 ein Zeichen setzen, daß die Sozialdemokratie Lettlands trotz konterrevolutionärer Hetzjagd und polizeilicher Schikanen nicht auszuschalten war. Dafür erhielten die lettischen Sozialdemokraten internationale Unterstützung durch prominente Sozialisten. Für die Jubiläumsnummer sandten Karl Kautsky aus Friedenau am 28. Juli 1908, August Bebel aus Zürich am 31. August 1908<sup>5</sup> und Camille Huysmans im September 1908 ermutigende Grußschreiben. Und auch der in Band 6 abgedruckte Brief Rosa Luxemburgs vom 11. September 1908 war dafür gedacht. Doch die Polizei konfiszierte 1908 die meisten Exemplare der »Zihna«, vermutlich auch die Jubiläumsnummer 100.

1909 wurde die Herstellung von »Zihna« in Lettland fast unmöglich. Mit dem Blatt mußte nach Westeuropa emigriert werden. Von 1910 bis 1914 erfolgte der Druck mit Unterstützung von Camille Huysmans in Brüssel, Ende 1914 in London, 1915 in Boston, 1917 in Petrograd und 1918 in Moskau. Für den Start im Juli 1910 wählten die lettischen Sozialdemokraten noch einmal die 100, die Jubiläumsnummer. Auf 24 Seiten druckten sie die Zuschriften von Kautsky, Bebel und Huysmans aus dem Jahre 1908 und ein Schreiben von I. Osols aus Boston vom 10. Mai 1909 ab. Hinzu kamen ein Grußschreiben von Galwenà Walde für polnische und litauische Sozialdemokraten vom 8. Mai 1910, der im folgenden abgedruckte Brief von Rosa Luxemburg vom 20. Juni 1910, ein speziell für diese Jubiläumsnummer 1910 von Lenin verfaßter Artikel<sup>6</sup>, Beiträge von Martow und Axelrod, die Zuschrift von K. Janfons für die Amerikanische Sozialistische Partei, ein kurzer Brief der Redaktion des

5 Siehe August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 9. Briefe 1899 bis 1913. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997, S. 159 f.

6 Siehe W. I. Lenin. Werke, Bd. 16, S. 262-266.

»Vorwärts« vom 18. Juni 1910 und Schreiben weiterer Pressevertreter und Organisationen.

Die Jubiläumsnummer 100 symbolisierte mit dieser internationalen Unterstützung, daß »Zihna« auf Dauer nicht zu unterdrücken war und 1910 durch solidarische Hilfe aufs neue den revolutionären Kampf des lettischen Proletariats zu orientieren und zu organisieren begann. Sie enthält zudem in Artikeln von lettischen Sozialdemokraten Informationen zur Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Lettland und speziell auch viele Details über »Zihna«.

Rosa Luxemburg, die den lettischen Genossen zur Wiederbelebung ihrer bewährten Pressearbeit viel Erfolg wünschte, wußte genau, was es bedeutete, ein marxistisch orientiertes Parteiorgan im Kreuzfeuer der Gegner zu redigieren und zu verteidigen. Das hatte sie selbst schon mehrfach erfahren müssen. 1910 litt sie selbst schwer darunter, daß die marxistische polnische Wochenschrift »Młot« (Der Hammer) von der gesamten bürgerlichen Presse Russisch-Polens mit persönlichen Verleumdungen und unerhörten Gemeinheiten antisemitisch attackiert wurde, so daß sie ähnlich wie die lettischen Genossen führende Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung um solidarischen Beistand durch »Worte der Ermutigung« bitten mußte.<sup>7</sup>

Die Jubiläumsnummer 100 von »Zihna«, von der nunmehr ein Exemplar im Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin aufbewahrt wird, vermittelt folglich nicht nur ein Beispiel weltweiter internationaler Solidarität aus der Pressegeschichte der sozialistischen Bewegung Anfang der 19. Jahrhunderts, sondern rettete zugleich einen Brief Rosa Luxemburgs, der hier erstmalig wieder abgedruckt wird und von dem bis jetzt kein handschriftliches Original bekannt ist.

7 Siehe Rosa Luxemburg an Émile Vandervelde, 8. Oktober 1910, in: Gesammelte Briefe, Bd. 6, S. 172 f.; Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996/Taschenbuch Berlin 2000, S. 366-372

### *Dokument*

An die Redaktion von »Zihna«/»Cina«

Liebe Genossen!

Jeder Genosse muß mit Freude die Nachricht aufnehmen, daß das tapfere Organ des revolutionären lettischen Proletariats seine Jubiläumsnummer herausgibt. Wir begrüßen das als ein glückliches Zeichen, daß auch in Lettland die Erstarrungsperiode vorbeigeht, in der es sich unter dem Druck der blutigen Konterrevolution befand, und daß wieder eine Belebung der proletarischen Massen zum Kampf beginnt. Unvergesslich bleibt die Rolle, die die Sozialdemokratie Lettlands im Zarenreich zur Zeit der Hochflut der Revolution gespielt hat. Unvergesslich ist auch der weiße Terror der siegreichen Konterrevolution, deren schrecklichste Schläge das lettische Proletariat auf sich genommen hat. Bald wird die Zeit wieder kommen, da wir alle von neuem unsere Reihen schließen und die lettischen, polnischen, russischen und jüdischen Proletarier ihre Kräfte im gemeinsamen Kampf wieder vereinen werden. Die Konterrevolution hat sich selbst durch ihre eigenen Methoden fast erschöpft. Der Belagerungszustand und die Feldgerichte sind zu ihrem logischen Ende

gekommen. Keines der politischen, ökonomischen und sozialen Probleme ist gelöst worden. Deshalb muß die Revolution wieder belebt werden, und sie wird sich erneuern, weil nur sie über diese Probleme entscheiden kann. Der Zeitabschnitt der Konterrevolution hat sehr viel für die nächsten Aufgaben der Revolution im Zarenreich bewirkt. Das Leid, die Klassenteilung und die Gründung der Parteien im Schoß der Gesellschaft haben sich nach dem Jahre 1905 fortgesetzt und fördern das Heranreifen von Bedingungen. Außerdem hat dieser Prozeß für die Sozialdemokratie ungeheuer viel Material hervorgebracht. Es ist ein ganzer Reichtum für die Aufklärung der Massen, die Zuspitzung des Klassenkampfes, die Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins im Proletariat und für die Festigung der revolutionären Taktik der Sozialdemokratie. Ein großer dankbarer Tätigkeitsbereich eröffnet sich für das wiederbelebte und neu eröffnete Parteiorgan. »Zihna« möge mit seiner Jubiläumsnummer eine neue Periode fruchtbarer und guter sozialistischer Tätigkeit beginnen.

Berlin-Friedenau 20. Juni 1910  
Mit brüderlichen Grüßen –  
Rosa Luxemburg

CHRISTIAN FUCHS

# Die Bedeutung der Fortschrittsbegriffe von Marcuse und Bloch im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus

Theodor W. Adorno bemerkte 1968, daß die Gesellschaft auf dem Stand der Produktivkräfte Industriegesellschaft, auf jenem der Produktionsverhältnisse Kapitalismus sei (Adorno 1968: 361). Dieser Einschätzung folgte Herbert Marcuse, der jedoch von der fortgeschrittenen Industriegesellschaft sprach, die in ihrem Fortschreiten auch das Denken des Menschen ergriffen habe und sich unter anderem auszeichne durch die Unterbindung sozialen Wandels, Unterdrückung der Individualität, politische und geistige Gleichschaltung, Unterdrückung wahrer Bedürfnisse und wahren Bewußtseins, technologische Rationalität beziehungsweise instrumentelle Vernunft, Ausweitung der Herrschaft über Mensch und Natur, Automation, mystifizierende Rationalisierung des Irrationalen, Dominanz einer eindimensionalen Sprache sowie falsche Bedürfnisse und falsches Bewußtsein (vgl. Marcuse 1967).

Inzwischen sind weitere gesellschaftliche Differenzierungen erfolgt, die es uns erlauben, auf der Basis der Produktivkräfte von der Informationsgesellschaft zu sprechen, da Wissen zu einem immer bedeutenderen Produktionsfaktor wird und die industrielle Wertproduktion immer stärker darauf beruht. Die Strukturprinzipien und gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus bleiben erhalten, es zeigen sich jedoch auch neue Eigenschaften in Ökonomie, Politik, Kultur und Technik (vgl. Fuchs 2002a: 114-158) – wir haben es mit einer Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität zu tun.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, mit Rückgriff auf Herbert Marcuse und Ernst Bloch zu verdeutlichen, was Fortschritt heute und auf die Realität des informationsgesellschaftlichen Kapitalismus bezogen bedeuten kann. Dazu wird zunächst zwischen einer deterministischen Fortschrittsideologie und einem qualitativen Fortschrittsbegriff unterschieden, im Anschluß daran werden die Fragen behandelt, ob Geschichte unvermeidlich fortschrittlich verläuft und welcher Zusammenhang zwischen Fortschritt und menschlicher Triebstruktur besteht und zum Abschluß wird ein Ausblick gegeben.

## *Der Fortschrittsbegriff*

Fortschritt wird in der Regel entweder ausschließlich als Chance (Fortschrittsoptimismus) oder als Risiko (Fortschrittspessimismus) verstanden, außer acht bleibt dabei die Dialektik des Fortschritts, die sich darin äußert, daß auf einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstand häufig Chancen und Risiken sowie positive Möglichkeiten und negative Entwicklungen nebeneinander bestehen. Vor allem der ungebremsste Fortschrittsoptimismus ist heute falsche Spiegelung der Welt

Christian Fuchs – Jg. 1976; Dipl.-Ing. Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Wien, Studium der Informatik, Spezialisierung auf Aspekte der Techniksoziologie, Dissertation über den Zusammenhang von marxistischer Krisentheorie und evolutionärer Systemtheorie; Veröffentlichungen: *Krise und Kritik im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus* (2002), *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen* (2001); Betreiber des virtuellen Herbert-Marcuse-Archivs ([www.cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse/](http://www.cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse/)).



und ideologischer Nebel. Er basiert auf einem quantitativen Fortschrittsbegriff.

Bereits Gramsci wies darauf hin, daß Fortschritt heute eine Ideologie ist. Diese behauptet, daß im Lauf der Menschheitsentwicklung (trotz Rückschlägen und Perioden der Regression) die menschlichen Kenntnisse und Fähigkeiten wachsen und immer universaler werden (vgl. Marcuse 1968 a: 35) und dies im Ansteigen des gesellschaftlichen Reichtums resultieren würde.

Ein quantitativer Fortschrittsbegriff ist charakteristisch für die Wachstumsideologie des Kapitalismus, die davon ausgeht, daß aus dem quantitativen Wachstum der Produktivität automatisch gesellschaftlicher Fortschritt entsteht. Die heute dominante Fortschritts-ideologie ist somit eine des technischen Fortschritts, technischer und gesellschaftlicher Fortschritt werden als Einheit dargestellt.

Unzählige Beispiele für diese Ideologie lassen sich gerade auch in bezug auf die Informatisierung der Gesellschaft in Wissenschaft, Politik, Management und Medien finden. So meinte etwa Gerhard Schröder: »Wir wollen und werden den Fortschritt, den die Industriegesellschaft durch Information und Kommunikation machen kann, so gestalten, daß er den Menschen in Europa zugute kommt. Wir werden dafür sorgen, daß dieser Fortschritt, übrigens genauso wie seinerzeit der Fortschritt von der Agrar- zur Industriegesellschaft, zu mehr Wohlstand und einer besseren Lebensqualität für die Menschen in Europa führt« (Regierungserklärung Gerhard Schröder am 6. April 2000). Ähnlich die *Progress & Freedom Foundation*: »The foundation embraces the idea of progress – i. e., the belief that mankind has advanced in the past, is presently advancing, and will continue to advance through the foreseeable future. And it believes that the sort of progress brought about by the digital revolution is inherently favourable to enhanced human individuality and freedom« (PFF 1994).

Eine spezifische Wendung der Fortschrittsideologie hat im Neoliberalismus stattgefunden. Es wird nun vielfach argumentiert, daß sich sozialer Fortschritt durch die neuen Technologien nur dann ergebe, wenn eine Deregulierung staatlicher Intervention und der Arbeits- und Sozialgesetzgebung stattfände (vgl. PFF 1994). Der Neoliberalismus bedeutet jedoch nicht gesellschaftlichen Fortschritt, sondern die Ausweitung von Unfreiheit und Unglück.

Der Fortschrittsbegriff wird immer wieder benutzt, um Herrschaft und Ausbeutung zu rechtfertigen. Einzelne Bevölkerungsgruppen oder Regionen (Indigenas, Frauen, die Dritte Welt etc.) werden im Vergleich mit einem als fortschrittlich präsentierten Maßstab (zumeist die weiße, patriarchal-kapitalistische Welt) als zurückgeblieben definiert und daraus das ›Recht‹ abgeleitet, die Lebensverhältnisse dieser Menschen in bestimmter Weise durch direkte oder strukturelle Gewalt umzugestalten und den Fortschritt auch »den Zurückgebliebenen« zugänglich zu machen. Tatsächlich wird so nicht Fortschritt, sondern Unglück und Leid transportiert. Mit der Kategorie des Fortschritts ist aus diesem Grund vorsichtig umzugehen. Fraglich ist, ob die heutige Welt, die durch scharfe globale Probleme gekennzeichnet ist, als fortschrittlich bezeichnet werden kann. Wenn Fortschritt »eine ganze bessere Erde« (Bloch 1963: 146) bedeuten soll, an der alle Anteil haben, so ist dieser heute tatsächlich nicht gegeben. Ein qualitativer Fortschrittsbe-

griff faßt Fortschritt als Rückgang und Emanzipation von Sklaverei, Willkür, Unterdrückung, Leid, Mangel, Unglück, Unfreiheit, Fremdbestimmung und Not. Qualitativer Fortschritt ist immer auch »von den Möglichkeiten bestimmt, die menschliche Lage zu verbessern« (Marcuse 1967: 36).

Weiterhin ist Fortschritt immer nur zu denken als Vergleichsmaßstab zwischen zwei Zuständen. Gesellschaftlicher und menschlicher Fortschritt scheint uns dann gegeben, wenn ein Entwurf vorhanden ist oder ein Zustand eintritt, in dem die Errungenschaften der Zivilisation verbessert werden und der Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Menschheit größere Chancen geboten werden. Dies umfaßt Wohlstand, ein Maximum an freier Zeit, Luxus, Muße, Gesundheit, Frieden, soziale Sicherheit, Leben in Einklang mit dem sozialen und ökologischen Umfeld, Befriedigung der objektiven und subjektiven Lebensbedürfnisse bei einem Minimum an harter Arbeit, Freiheit von Ausbeutung, Gewalt, Kontrolle und Herrschaft, Partizipationsmöglichkeiten, Individualität, Solidarität, Ausdrucksmöglichkeiten, Phantasie, Entspannung, Vergnügen sowie Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, der geistigen Betätigung und des nichtoperationalen Denkens für *alle* Menschen. Synonyme Begriffe für diesen qualitativen, menschlichen Fortschritt sind gesellschaftliches Glück, Reich der Freiheit und Wahrheit. Dieser humanitäre Fortschritt ist heute nicht gegeben, er ist ein Noch-Nicht, das es erst zu realisieren und zu erkämpfen gilt.

Ein spezifischer Antagonismus des Kapitalismus besteht nun darin, daß der quantitative Fortschritt der Produktivkräfte im Sinne der Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine durchweg positive Errungenschaft ist, die eine Vorbedingung für das Reich der Freiheit darstellt, daß dieser Fortschritt im Kapitalismus aber nicht mit qualitativem menschlichen Fortschritt korrespondieren kann. Durch die Informatisierung der Gesellschaft verschärft sich dieser Antagonismus weiter, er ist nur durch grundlegenden sozialen Wandel aufzuheben.

Wir verfügen heute über die technischen und organisatorischen Möglichkeiten, um eine bessere Welt als konkrete Utopie auf die Tagesordnung zu setzen, doch zugleich schlagen die Produktivkräfte in Destruktionskräfte um, die zu einer immer stärkeren Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur führen. Die »radikal fortschrittlichen Möglichkeiten« liegen darin, daß die Menschheit die historische Stufe erreicht hat, in der eine »Welt des Friedens [...] – eine Welt ohne Ausbeutung, Elend und Angst« (Marcuse 1965: 123) möglich ist. Die Vollendung des technischen Fortschritts könnte heute »zum inneren Ziel aller Technik führen, nämlich zur Beseitigung von Mangel und schwerer Arbeit« (Marcuse 1964: 21; zum Technikbegriff Marcuses vgl. Fuchs 2002 b). Fortschritt sei heute nur als ein Umschlag von Quantität in Qualität zu haben, der eine neue menschliche Wirklichkeit eröffnen würde. Die neue Qualität des Fortschritts wäre die Umkehrung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit (vgl. Marcuse 1964: 18). Die konkrete Utopie des Reichs der Freiheit hat für Marcuse und Bloch Muße als Ziel, Entfremdung sowie die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit, Land und Stadt und zwischen Arbeit und Freizeit würden verschwinden (vgl. Bloch 1959: 1080). Fortschritt benötige immer einen Sinn, und dieser sei das Reich der Freiheit (vgl. Bloch 1963: 144).

Daß der Fortschrittsbegriff immer auch mit dem Verhältnis von Potentialität und Faktizität zu tun hat, stellte bereits Gramsci fest: »Daß es objektive Möglichkeiten gibt, nicht Hungers zu sterben, und daß dabei Hungers gestorben wird, hat anscheinend seine Bedeutung« (Gramsci 1996: 1341).

Eine freie Gesellschaft, so Marcuse und Bloch, müßte jedoch auch eine andere Technik entwickeln (vgl. Marcuse 1967: 238). Eine solche Änderung würde einen »grundlegenden sozialen Wandel bedeuten« (Marcuse 1965: 125). Die Technik müßte dazu zwar nicht vollständig erneuert werden, da sie auch schon heute Bedürfnisbefriedigung und die Verringerung harter Arbeit ermöglicht, doch wäre ihr Umbau notwendig, um ihre affirmativen, antagonistischen und destruktiven Aspekte abzustoßen. An die Stelle der »Überlistertechnik« (Bloch 1959: 783 f.) trete dann, so Bloch, die »Allianztechnik« und der Mensch könne in ein nichtausbeuterisches Verhältnis zu sich selbst und zur Natur treten. Dies wäre eine Technik, die es dem Menschen erlauben würde, sein Verhältnis zur Natur zu verändern. In einer nicht auf Profit orientierten Wirtschaft könne sie menschliche Arbeit ersparen und den Mensch entlasten (vgl. Bloch 1959: 1055).

Während heute also im bestimmten Sinne einige Anlagen des gesellschaftlichen Fortschritts gegeben sind, ist der Kapitalismus zugleich permanente Katastrophe. Damit ist aber nicht gesagt, daß das Reich der Freiheit nur durch ein kapitalistisches Durchgangsstadium und den damit einhergehenden Blut- und Schweißzoll von Millionen zu erreichen ist, denn technischer Fortschritt wäre durchweg auch unter Abwesenheit der Konkurrenz-, Profit- und Warenorientierung möglich. Die militärische Weiterentwicklung von Technologien hat deren Entwicklungsprozeß oftmals beschleunigt. Ich gehe aber nicht davon aus, daß es ohne diese militärische Komponente etwa nicht zur Entwicklung des Computers oder des Internets gekommen wäre, denn die Technikgenese ist ein komplexer Prozeß, der sich nicht auf einem einzig möglichen Weg durchsetzen kann, sondern durch das Zusammenspiel vielfältiger Faktoren und Institutionen möglich wird. Eventuell hätten sich beide Technologien langsamer und auf andere Weise entfaltet. Der militärisch-ökonomische Komplex determiniert nicht die Technikentwicklung, obwohl er heute natürlich ein wesentlicher Einflußfaktor ist.

Es scheint also »der immer intensivere *technische* Fortschritt mit einer Intensivierung der Unfreiheit verknüpft zu sein« (Marcuse 1957: 11). Die Ausweitung der Herrschaft des Menschen über den Menschen und die Zerstörung der Natur nehmen in der Tat immer höhere Ausmaße an. Mit den verbesserten Möglichkeiten menschlichen Daseins korrespondiert die Permanenz von Katastrophe und Barbarei. Diese hat sich im 20. Jahrhundert unter anderem geäußert in Massenvernichtung, Weltkriegen, der Gefahr ultimativer Vernichtung, der zunehmenden Verschärfung der globalen Probleme, ansteigender Prekarisierung immer größerer Teile der Weltbevölkerung (vor allem in den letzten 20 Jahren), militärischer Interessendurchsetzung und -verteidigung, Naturzerstörung im immer größeren Ausmaß, Totalitarismus des Staates im Osten und des Marktes im Westen sowie dem weltweiten Siegeszug des letzteren nach dem Umbruch. Die kapitalistische Gesellschaftsformation bedeutet daher nicht menschlichen Fortschritt, sondern menschliche Katastrophe.

Diese Ambivalenz des Fortschritts wurde von Marcuse und Bloch beschrieben, die sich beide gegen unkritische Fortschrittsideologien und gegen die Annahme eines Determinismus des Fortschritts wendeten. Tatsächlich habe im Kapitalismus die »Zerstörung des Lebens [...] mit dem Fortschritt der Kultur zugenommen« und sich »Grausamkeit

und Haß und die wissenschaftliche Menschausrottung« im gleichen Maßstab ausgebreitet »wie die realen Möglichkeiten, Unterdrückung aufzuheben« (Marcuse 1957: 79). Durch den (quantitativen) technischen Fortschritt werde heute Unfreiheit intensiviert (vgl. Marcuse 1967: 52). Es sei »durchaus nicht so, daß technischer Fortschritt humanitären Fortschritt automatisch mit sich bringt. Es bleibt unausgemacht, wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird und in wessen Dienst die wachsenden Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen treten. Technischer Fortschritt, der als solcher zwar die Vorbedingung der Freiheit ist, bedeutet keineswegs auch schon die Realisierung größerer Freiheit« (Marcuse 1968 a: 36). Kapitalistische Anwendung der Technik ließe sich durch die Formel »technischer Fortschritt = wachsender gesellschaftlicher Reichtum = größere Knechtschaft« (Marcuse 1972: 13) zusammenfassen.

Auch Ernst Bloch betont die Tatsache ungleichzeitigen Fortschritts verschiedener gesellschaftlicher Ebenen – vor allem im Verhältnis von Unterbau (dabei insbesondere der Technik) und Überbau: »Der Fortschritt in beiden geschieht offenbar nicht notwendig in gleicher Art, in gleichem Tempo und vor allem mit gleichem Rang« (Bloch 1963: 122). Bereits Marx hatte in diesem Zusammenhang von »ungleicher Entwicklung« (MEW, Bd. 13: 640) gesprochen.

Walter Benjamin hatte recht damit, daß die Gegenwart Katastrophe ist (vgl. Benjamin, GW I: 1243) und daß der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist (vgl. Benjamin, GW I: 697). Falsch ist es meines Erachtens jedoch, daraus die Forderung abzuleiten, den Fortschrittsbegriff »in der Idee der Katastrophe zu fundieren« (Benjamin, GW V: 592) und auf eine »Überwindung des Begriffes des Fortschritts« (Benjamin, GW V: 575) hinzuarbeiten. Ähnlich wie Benjamin formulierte Adorno gegen den Fortschrittsoptimismus: »Keine Universalgeschichte führt vom Wilden zur Humanität, sehr wohl eine von der Steinschleuder zur Megabombe« (Adorno 1966: 314). Solche rein negativen Orientierungen tragen trotz ihres Wahrheitsgehalts (zumindest für die Faktizität) die Gefahr in sich, daß bisherige und zukünftige Geschichte fortschrittspessimistisch als permanente Abfolge von Katastrophen und Leiden aufgefaßt wird. Damit ginge die Orientierung auf die Möglichkeit der qualitativen Veränderung der Umstände hin zu einer (erstmalig) fortschrittlichen Gesellschaft und auf die heute bereits konkrete Utopie des Reichs der Freiheit verloren. Dies wäre eine neue Form des Geschichtsdeterminismus, allerdings negativ und katastrophisch gefaßt. Derartige verkürzte Geschichtsauffassungen im optimistischen wie im pessimistischen Sinne gilt es meines Erachtens zu vermeiden.

### *Geschichte als Fortschritt?*

Die Ideologie der Moderne ist seit der Aufklärung durch einen linearen Fortschrittsglauben und der Vorstellung von Geschichte als Fortschritt geprägt. So ist etwa das Denken Hegels und der philosophischen Positivisten durch den Glauben an das historische Anwachsen von Freiheit und Fortschritt gekennzeichnet. Für Hegel war diese Teleologie keine ausschließlich lineare, sondern ein Prozeß mit Sprüngen, Diskontinuitäten und Brüchen. Geschichte ist für Hegel Entfaltung der Vernunft. Der Weltgeist verwirkliche sich in und durch die Geschichte. Es

gebe jedoch eine List der Vernunft, die auch immer wieder Rückschläge und Perioden des Rückgangs mit sich bringen könne. Weltgeschichte bedeute Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, entscheidend sei also ein historischer Fortschritt im Denken, der Fortschritt der Freiheit ermögliche. Gerade auch die Rückschläge würden das Vorschreiten der Vernunft und des Bewußtseins der Freiheit und Gleichheit des Menschen vorantreiben. Obwohl Hegel eine Dialektik von Fortschritt und Rückschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung erkennt, vertritt er in letzter Instanz doch eine teleologische und metaphysische Geschichtsauffassung, es dominiert eine »harmonistische Geschichtsdeutung, für die der Übergang zu einer neuen historischen Form zugleich ein Fortschritt zu einer höheren historischen Form ist«, wodurch eine »Harmonie zwischen dem Fortschritt des Denkens und dem Prozeß der Wirklichkeit« (Marcuse 1962: 218) hergestellt wird.

Marx und Engels wurde häufig ein lineares Fortschrittsdenken und Geschichtsmetaphysik vorgeworfen. In der Tat existieren vereinzelte Formulierungen, die dies nahelegen. So etwa, wenn Marx davon spricht, daß »asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse »die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses« seien (MEW, Bd. 13: 9), daß »die kapitalistische Produktion ... mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation« (MEW, Bd. 23: 791) erzeuge oder wenn Engels meint, daß wir mit »derselben Sicherheit, mit der wir aus gegebenen mathematischen Grundsätzen einen neuen Satz entwickeln ..., aus den bestehenden ökonomischen Verhältnissen und den Prinzipien der Nationalökonomie auf eine bevorstehende soziale Revolution schließen (können)« (MEW, Bd. 2: 555) und daß Revolution und Sozialismus »mit unabwendbarer Notwendigkeit aus den ganzen gegenwärtigen Gesellschaftszuständen« hervorgingen (MEW, Bd. 7: 242).

Dennoch ist meines Erachtens der Vorwurf der Geschichtsmetaphysik nicht gerechtfertigt, da Marx und Engels sehr häufig die Notwendigkeit revolutionären Handelns betonten, um gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Wenn die Geschichte jedoch abhängig ist vom sozialen Handeln der Subjekte, kann sie kein linearer, sondern nur ein diskontinuierlicher, gebrochener und nicht automatisch fortschrittlicher Prozeß sein. So spricht Marx davon, daß die »revolutionäre Klasse selbst« die größte Produktivkraft (MEW, Bd. 4: 181) und das gesellschaftliche Leben wesentlich praktisch sei (vgl. MEW, Bd. 3: 5) und die Umstände durch umwälzende Praxis verändert werden könnten. Ausschlaggebend sei die »geschichtliche Selbsttätigkeit« (MEW, Bd. 4: 490) des Menschen.

Obwohl Marx den Fortschrittsbegriff im Kapital rein quantitativ als »Fortschritt der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit« (MEW, Bd. 23: 535) faßte, waren er und Engels sich bewußt, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus alles andere als qualitativen menschlichen Fortschritt mit sich bringt. Gerade dies mache grundlegenden sozialen Wandel notwendig. So erwähnt etwa Marx, daß Kapitalismus »Fortschritt hier, Rückschritt dort« (MEW, Bd. 23: 270) bedeute, Engels spricht vom Kapitalismus als jener bis heute andauernden »Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein

relativer Rückschritt, in dem das Wohl und die Entwicklung der einen sich durchsetzt durch das Wehe und die Zurückdrängung der andern« (MEW, Bd. 21: 68). In einem Brief an Marx verlangt Engels gegen das »aufgeklärte Vorurteil, es *müsse* doch seit dem dunklen Mittelalter ein stetiger Fortschritt zum Besseren stattgefunden haben«, man solle, »nicht nur den antagonistischen Charakter des wirklichen Fortschritts« sehen, »sondern auch die einzelnen Rückschläge« (MEW, Bd. 35: 128).

Für Marcuse und Bloch vollzieht sich die Geschichte nicht als geradliniger Fortschritt. Qualitativer Fortschritt erscheint ihnen möglich, aber nicht gewiß – ausschlaggebend sei das praxisorientierte soziale Handeln. Für beide hatte diese Erkenntnis unter anderm auch mit der Gefahr des Faschismus zu tun. Bloch sieht Zeit nicht als linear, sondern als prozeßhaft und die Gegenwart als permanentes Ineinander von Vergangenheit, Jetzt und Zukunft. Es sei auch zu unterscheiden zwischen Geschichts- und Naturzeit sowie der (Un)Vermitteltheit von beidem (vgl. Bloch 1963). Zum Aufstieg des Nationalsozialismus hätten ganz wesentlich die ökonomisch und ideologisch ungleichzeitigen (Ungleichzeitigkeit meint ältere Seinsweisen im Jetzt) Schichten (Bauern, Angestellte) beigetragen (vgl. Bloch 1935: 104 ff.). Für Bloch wie für Marcuse blieb die faschistische Gefahr, die immer Rückschritt bedeutet, auch nach 1945 eine Bleibende, so meint etwa Bloch, daß das Ungleichzeitige als Keim und Grund der nationalsozialistischen wie jeder künftig heterogenen Überraschung bleibe (vgl. Bloch 1935: 111). Marcuse wies in den siebziger Jahren immer wieder darauf hin, daß in der eindimensionalen Gesellschaft die Gefahr des Faschismus nicht gebannt sei.

Echte Zukunft, so Bloch, umfasse im Gegensatz zu unechter das in der Tendenz Angelegte, das noch nicht Erschienene. In ihr stecke »das Element der Überraschung, das heißt, in Bezug auf menschliche Zukunft gesprochen, das Element der Gefahr oder aber der Rettung« (Bloch 1975: 90). Auch in seinem späteren Aufsatz *Differenzierungen im Begriff Fortschritt* (Bloch 1963: 118-147) geht Bloch davon aus, daß menschlicher Fortschritt zwar geschichtlich möglich ist, sich aber nicht automatisch ergibt. Das Fortschreiten könne auch Rückschläge wie den Nationalsozialismus bringen, sei also nicht zwangsläufig ein Fortschritt. Es gebe »keinen sicheren Zeit-Reihenindex des Fortschritts« (Bloch 1963: 119). »Der Fortschritt selber läuft also in keiner homogenen Zeitreihe, er läuft überdies in verschiedenen unter-, übereinander liegenden Zeitebenen« (Bloch 1963: 137). Geschichte sei kein »festes Epos des Fortschritts«, sondern auch mit möglichen Gefahren versehen, sie sei »hart gefährdete Fahrt, ein Leiden, Wandern, Irren, Suchen nach der verborgenen Heimat; voll tragischer Durchströmung, kochend, geborsten von Sprüngen, Ausbrüchen, einsamen Versprechungen«, immer aber sei die Hoffnung auf Besseres gegeben, denn Geschichte sei auch »geladen mit dem Gewissen des Lichts« (Bloch 1921: 14f.). Materie hat für Bloch eine offene Dimension, sie ist prozeßhaft, Ausdruck des In-Möglichkeit-Seienden (dynamei on) und Basis des Möglichen. Es sei zeittfetischistisch, davon auszugehen, daß der Kapitalismus automatisch in den Sozialismus hineinwachse. Der Fortschrittsbegriff brauche keine Einlinigkeit, sondern ein »breites, elastisches, völlig dynamisches Multiversum« (Bloch 1963: 146).

So meint Bloch etwa, daß die Weltgeschichte ein Haus mit mehr Treppen als Zimmern sei (vgl. Bloch 1935: 124).

Bloch (1975: 105) merkt auch Ungleichzeitigkeiten in astronomischer, geologischer und menschlich-historischer Zeit an.



Für Bloch ist Geschichte ein Werden, in der menschlicher Fortschritt bisher ein Noch-Nicht geblieben ist. Die Auffassung der relativen Offenheit der Geschichte und der Orientierung am Möglichen und am Werden äußert sich auch in der Feststellung, daß S(ubjekt) noch nicht P(rädikat) sei – »es ist in seinem Was noch nicht erschienen, herausgekommen, gar voll identifiziert« (Bloch 1963: 164). Das Noch-Nicht sei orientiert am objektiv Real-Möglichen als Aspekt des Offenhaltens der Geschichte (Bloch 1963: 217). Noch-Nicht bedeute Utopie als »Realzustand der Unfertigkeit« und sei »utopisch-dialektisch weitertreibende Negation« (Bloch 1959: 360). Fortschritt bedeute heute ein »noch nicht erreicht-vorhandenes« (Bloch 1963: 143), das es zu erkämpfen gelte. Ein Humanum sei noch nicht gefunden (vgl. Bloch 1963: 129). Dieses Noch-Nicht des qualitativen menschlichen Fortschritts hieße auch, daß der Mensch »noch gar nicht gegenwärtig« (Bloch 1963: 217) und »etwas ist, was erst noch gefunden werden muß« (Bloch 1930: 32). Aus diesen Erkenntnissen leitet Bloch die Bedeutung des praktischen Handelns für den gesellschaftlichen Fortschritt ab: Der Weltlauf, so Bloch, sei ein offenes System, was vor allem auch seine Veränderbarkeit bedeute (vgl. Bloch 1963: 170). Das Denken der Alternativen sei in die Zukunft gerichtet, beruhe auf utopischem Denken, das übergleichzeitige Menschen benötige, in denen Widerstand gegen ein herrschend Schlechtes lebt (vgl. Bloch 1963: 91). Es gelte daher auch heute, den »Traum von einer Sache« (Marx) als Anleitung aktiver Praxis aufrechtzuerhalten. Die Bedeutung des menschlichen Handelns bei historischem Wandel impliziere, daß »die Umstände menschlich gebildet werden« sollten (Bloch 1963: 199). Es gäbe gesellschaftlich immer bestimmte Latenzen, objektiv-reale Möglichkeiten (vgl. Bloch 1963: 229f, 1959: 357 f.). Könnten die »finsteren Möglichkeiten« der geschichtlichen Latenzen ausgeschaltet werden, so entstünde ein Novum (vgl. Bloch 1963: 228), eine konkret werdende Utopie, ein gutes Neues als Resultat der »tätigen Hoffnung« (Bloch 1963: 230). Die Zeit sei der Helfer der objektiv-realen Möglichkeit und der »Fortschrittsraum zu möglichem Gutem« (Bloch 1975: 107).

Auch für Herbert Marcuse ist die Geschichte nicht automatisch fortschrittlich, sondern abhängig vom sozialen Handeln der Subjekte. Die Zukunft sei nur »mögliche Befreiung. Sie ist keineswegs die einzige Alternative; das Heraufziehen einer langen Periode ›zivilisierter‹ Barbarei, mit oder ohne atomare Zerstörung, ist gleichermaßen in der Gegenwart enthalten« (Marcuse 1969: 314). Auch die fortschreitende Technisierung der Gesellschaft sei weder automatisch fortschrittlich, noch automatisch regressiv oder barbarisch, »sie kann fortschrittlich oder regressiv, humanisierend oder dehumanisierend« sein (Marcuse 1966: 172). Entscheidend sei die menschliche Praxis: »Die wahrhaft befreienden Wirkungen der Technik sind im technischen Fortschritt als solchem nicht enthalten; sie setzen gesellschaftliche Veränderungen voraus, die sich auch auf die grundlegenden ökonomischen Institutionen und Verhältnisse erstrecken« (Marcuse 1964: 238). »Innerhalb des institutionellen Gefüges, das die Menschen sich selbst in ihrer Wechselwirkung mit den herrschenden natürlichen und historischen Bedingungen gegeben haben, schreitet die Entwicklung durch das Tun der Menschen fort – sie sind die wirkende Kraft der Geschichte, und die Alternativen und Entscheidungen liegen bei ihnen« (Marcuse 1964: 26).

Utopisches Denken, das Denken der Alternativen und die Praxisorientierung hatten also für Bloch und Marcuse immer eine wichtige Bedeutung. Marcuse zufolge hat Bloch gezeigt, »wie realistisch utopische Konzepte sein können, wie eng verbunden mit dem Handeln, mit der Praxis« (Marcuse 1968 b: 227). Bloch kritisierte an Marcuse, daß dessen Totalitätsdenken und Revolutionskonzeption des unmittelbaren, totalen Bruchs nicht konkrete Utopie, sondern revolutionäre Romantik, unreal utopisch und idealistisch seien (vgl. Münster 1977: 124 f.). Heute ist aber auf der Basis der bereits weit herangereiften Entwicklung der Produktivkräfte ein unmittelbarer Übergang ins Reich der Freiheit durchaus vorstellbar. Marcuse hatte also in gewisser Hinsicht doch recht damit, daß der unmittelbare Wandel bereits eine konkrete Utopie darstellt, also keinen unvermittelten Fortschrittstraum, der zu früh kommt und daher abstrakt bleiben mußte. Marcuse selbst betonte noch, daß »eine Gesellschaft, in der die Menschen es nicht länger nötig haben, unter Bedingungen der Entfremdung ihr Leben als ein Mittel zur Erringung des Lebens-unterhalts zu leben« (Marcuse 1989: 47), eine konkrete Utopie im Blochschen Sinne sei.

Wie richtig und aktuell diese Überlegungen Blochs und Marcuses sind, zeigen heute auch die Selbstorganisations- und Chaostheorien. Diese gehen davon aus, daß die Entwicklung von komplexen Systemen nur sehr eingeschränkt vorhergesagt und gesteuert werden kann und es darin immer wieder zu Phasen der Instabilität kommt, in denen die weitere Entwicklung relativ offen ist und kleine Ursachen große Wirkungen haben können. In bezug auf soziale Systeme läßt sich diese Überlegung damit erklären, daß das Handeln der Menschen und gesellschaftliche Institutionen hochgradig miteinander vernetzt sind. In der modernen Gesellschaftsformation hat sich dieser Netzwerkcharakter beständig ausgeweitet. Dies bedeutet nun aber auch, daß dem menschlichen Handeln als entscheidendem Faktor des gesellschaftlichen Wandels besondere Bedeutung zukommt. Gesellschaftliche Entwicklung ist eingebettet in eine Dialektik von sozialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen. Geschichte und soziale Veränderung entstehen durch menschliches Handeln, welches jedoch abhängig vom Einfluß der bestehenden Strukturen ist. Marx brachte diese Dialektik in seinem *18. Brumaire* auf den Punkt: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (MEW, Bd. 8: 115). Die inneren Widersprüche der Gesellschaft und die Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen sich objektiv, gesellschaftlicher Fortschritt bedarf aber des emanzipatorischen Bewußtseins und Handelns. Es erfolgt nicht automatisch eine Entwicklung in Richtung eines Reichs der Freiheit. Ob sich ein solches Bewußtsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen, ist heute nicht gewiß.

Für die Erklärung der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus haben diese Überlegungen nun mehrere Konsequenzen (vgl. detailliert Fuchs 2002 a): Der Kapitalismus ist ein komplexes System, dessen antagonistische Struktur immer wieder zu gesellschaftlichen Krisen führt. Daß diese Krisen eintreten, ist determiniert und somit ein Aspekt der Notwendigkeit. Nicht vorherbestimmt sind jedoch der genaue Zeitpunkt und der Ausgang dieser Krisen, dies sind Aspekte des Zufalls. Jedes

Die Komplexität eines Systems wird durch die Anzahl seiner Elemente und durch seine Struktur bestimmt.

Entwicklungsmodell des Kapitalismus hat eine relativ autonome, antagonistische Struktur, die mit allgemeinen kapitalistischen Antagonismen vermittelt ist. Krisen sind daher nicht auf einen allgemein unterstellten Antagonismus (oder auf Wirkungen innerhalb eines einzelnen gesellschaftlichen Subsystems) zurückzuführen.

Der Ausgang der heutigen Krise kann prinzipiell viele Formen annehmen: Vorstellbar sind sowohl ein allgemeiner Emanzipationsprozeß hin zum Reich der Freiheit, ein völliger Zusammenbruch des Weltsystems und damit der Menschheitsgeschichte oder die weitere repressive (und sich möglicherweise faschisierende) Krisenverwaltung im Rahmen des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus. Das Ende der Gewißheiten sollte uns aber durchweg optimistisch stimmen, denn dies heißt auch, daß heute die Möglichkeit allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts gegeben ist. Auch die notwendigen materiellen Bedingungen sind dazu gegeben. »There will be a new structure, a new order, but it may be either better or worse than the existing one. It depends on what we all do in the period of acute struggle and how clearly we understand the forces at work« (Wallerstein 1999). »The future ... is open to possibility, and therefore to a better world« (Wallerstein 1997).

#### *Triebstruktur und gesellschaftlicher Fortschritt*

Marcuse (vgl. 1968 a) argumentiert im Anschluß an Sigmund Freud, Kultur und Gesellschaft könnten nur durch den Übergang des Menschen vom Lust- zum Realitätsprinzip auf dem Weg der Umwandlung von Triebenergien in kulturelle Tätigkeiten mittels Triebverzicht, Lustenthaltung und aufgeschobener Befriedigung entstehen. Nur so seien Produktivität und gesellschaftlicher Fortschritt möglich. In der modernen Gesellschaft sei dieser Prozeß der Sublimierung ein repressiver, der Mensch habe gelernt, Entsagung als Basis der Produktivität zu setzen und eigenen Genuß und Teilhabe der entfremdenden Arbeit und der Herrschaft des Kapitals unterzuordnen. Das Realitätsprinzip äußere sich repressiv als Leistungsprinzip (vgl. Marcuse 1957: 38). Dies führe auch zu einer repressiven Dominanz des Todestriebes (Thanatos) über den Lebenstrieb (Eros), die gesellschaftlichen Verhältnisse würden sich bis in die Triebstrukturen fortsetzen. Die repressive Dominanz des Todestriebes werde wiederum nach außen geleitet als Aggression, Herrschaft und Zerstörung von Natur und Mensch. Der Fortschritt selbst werde so repressiv.

Durch die heutige Möglichkeit eines Reichs der Freiheit werde das repressive Realitätsprinzip überflüssig: »Ein Zustand wird abschbar, in dem es keine Produktivität, die zugleich Resultat und Bedingung der Entsagung wäre, und keine entfremdete Arbeit gibt – ein Zustand, in dem die wachsende Mechanisierung der Arbeit es ermöglicht, daß ein immer größerer Teil derjenigen Triebenergie, die für die entfremdete Arbeit abgezogen werden mußte, wieder ihrer ursprünglichen Gestalt zurückgegeben, mit anderen Worten, in Energie der Lebenstriebe zurückverwandelt werden kann« (Marcuse 1968 a: 48). So wäre in einem Reich der Freiheit die entfremdete Arbeitszeit verschwunden und die Lebenszeit freie Zeit, ein qualitativ anderes Realitätsprinzip könnte an die Stelle des repressiven treten.

»Triebverzicht und Aufschub der Befriedigung sind Voraussetzungen des Fortschritts« (Marcuse 1957: 11).

### *Schluß*

Wir leben heute im postfordistischen, neoliberalen und informationsgesellschaftlichen Kapitalismus (vgl. Fuchs 2001, 2002a). Die Krise des Fordismus resultierte in neuen Qualitäten der kapitalistischen Entwicklung wie diversifizierter Qualitätsproduktion und flexibler Spezialisierung, neuen Ideologien des Managements sowie einem neuen Schub der antagonistischen Form der ökonomischen Globalisierung. Es erfolgten die Tertiarisierung und Informatisierung der Ökonomie, die Triadisierung und Deregulierung von Welthandel und Kapitalexport und die Herausbildung des Neoliberalismus und der nationalen Wettbewerbsstaaten. Dadurch haben sich die globalen gesellschaftlichen Probleme weiter verschärft, die neuen Technologien sind in diese Wirkungen antagonistisch eingebettet. Es zeigen sich heute auch einige Folgen des Einsatzes moderner Technologien, die für Marcuse und Bloch nicht vorhersehbar waren.

Informations- und Kommunikationstechnologien wirken delokalisierend und entbettend, sie bringen die Möglichkeit der raum-zeitlichen Auslagerung sozialer Beziehungen mit sich. Dies nützt vor allem der Globalisierung des Kapitals. Globalisierung bezeichnet einen allgemeinen Prozeß der Menschheitsgeschichte, der sich als Dialektik von Globalem und Lokalem in Ökonomie, Politik, Kultur, Technik und Ökologie ausdrückt (vgl. Fuchs/Hofkirchner 2001, 2002a). Im Kapitalismus hat diese Dialektik antagonistische Formen angenommen und ist daher in die Generierung gesellschaftlicher Probleme eingebunden (vgl. Fuchs/Hofkirchner 2002 a). Der neue Schub der antagonistischen oder kapitalistischen Form der Globalisierung besteht heute vor allem in der Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die Verwertungsprozesse des Kapitals in Gestalt des zunehmenden Abbaus institutioneller Schranken und Grenzen dieser Prozesse sowie in der weiteren Internationalisierung und Monopolisierung des Kapitalverhältnisses, die sich als Triadisierung (Konzentrierung auf die drei großen Wirtschaftsregionen Europa, USA und Südostasien) des Welthandels und des Kapitalexports in Form ausländischer Direktinvestitionen zeigen (vgl. Fuchs/Hofkirchner 2002 b). Informations- und Kommunikationstechnologien sind Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung, bieten Unternehmen heute neue Möglichkeiten der Produktionsorganisation und tragen zur Prekarisierung immer größerer Teile der Weltbevölkerung bei (Massenarbeitslosigkeit, neoliberaler Sozialabbau, prekäre Beschäftigung, Standortpolitik etc.). Andererseits können auch progressive Protestbewegungen sich diese Medien zur Unterstützung ihrer Selbstorganisationsmöglichkeiten zunutze machen.

Neue Qualitäten der Technisierung sind unter anderem auch die Gefahren, die von den modernen Biotechnologien ausgehen, die massive Verstärkung von Kontrollpotentialen, neue elektronische, global vernetzte Fahndungs- und Überwachungssysteme, die Potenzierung der Vernichtungskraft von Kriegsmitteln im Rahmen des Cyber- und Information Warfare, die unter anderem technisch vermittelte Fiktionalisierung des Kapitals, die ›New Economy‹ und ihr auf Finanzblasen basierendes, heute bereits krisengeschütteltes Wachstum, der Netzwerkcharakter kapitalistischer Unternehmen, Dezentralisierung und Abbau gewisser Hierarchiestufen in Betrieben, Verringerung der Fertigungstiefe, Automation, Simultaneous Engineering, Just-in-Time-Pro-

duktion, Outsourcing und eine neue Fusionswelle im Medien- und Unterhaltungsbereich. Diese Veränderungen bedeuten vorwiegend Verschlechterungen für abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Arme, Frauen, Marginalisierte sowie eine Ausweitung der globalen gesellschaftlichen Probleme und Konflikte.

Kapitalismus bedeutet also auch in seiner heutigen Existenz als Informationsgesellschaft die permanente Katastrophe. Dennoch transportiert die Informatisierung der Gesellschaft trotz ihres heutigen Umschlagens in eine Destruktivkraft progressive Möglichkeiten, die es durch gesellschaftlichen Wandel erst adäquat zu realisieren gilt. Diese bestehen darin, daß die durch die Informatisierung vermittelte massive Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeit materielle Vorbedingung für ein Reich der Freiheit darstellt. Die von Bloch und Marcuse erläuterte Dialektik des Fortschritts bleibt äußerst aktuell. Das Reich der Freiheit ist heute einerseits so nah, andererseits so fern. Wir leben im Zeitalter der Extreme. Die gesellschaftlichen Antagonismen sind so weit getrieben worden, daß auf der einen Seite die materiellen Vorbedingungen für eine fortschrittliche, freie Gesellschaft gegeben sind, daß aber andererseits die Katastrophe sich beständig reproduziert. Es besteht heute die »offene Alternative zwischen absolutem Nichts und absolutem Allem« (Bloch 1959: 363 f.) – das Nichts als Vernichtung, das Alles als Reich der Freiheit und der Beendigung des Kapitalismus, der »Katastrophe des menschlichen Wesens« (Marcuse 1932: 536).

Es ist trotz aller Ungewißheit durchweg möglich, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß ein wünschenswerter Ausweg aus der Instabilität gefunden wird. Dazu ist aber das Bewußtsein des möglichen Fortschritts notwendig (vgl. Bloch 1963:144). Kritisches Bewußtsein und Denken wird aber heute durch neue gesellschaftliche Kontrollen stark eingedämmt und in seiner Entfaltung behindert. Daher das Paradoxon, daß Befreiung materiell so nah wäre, die Menschen in ihrem Bewußtsein davon aber immer weiter entfernt werden. Ob es gelingen wird, gesellschaftlichen Fortschritt zu realisieren, ist daher insbesondere von der Frage abhängig, ob diese Eindämmung durchbrochen werden kann. Die Änderung der etablierten Richtung des Fortschritts würde grundlegenden sozialen Wandel bedeuten, »aber sozialer Wandel setzt voraus, daß ein vitales Bedürfnis nach ihm besteht sowie die Erfahrung unerträglicher Verhältnisse und ihrer Alternativen – und eben dieses Bedürfnis und diese Erfahrung werden in der etablierten Kultur daran gehindert, sich zu entwickeln« (Marcuse 1965: 125).

Wir erleben heute zwei Tendenzen nebeneinander: Die Unterbindung sozialen Wandels und das Auftauchen neuer Kräfte und Tendenzen, die diese Eindämmung durchbrechen könnten (letzteres meint vor allem auch die »Antiglobalisierungsbewegung«, die eigentlich eine Bewegung gegen die antagonistische, kapitalistische Globalisierung und für eine globale Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft ist). Beide Tendenzen bestehen nebeneinander, es ist nicht determiniert, welche sich durchsetzen und welchen Ausgang die anhaltende Krise nehmen wird. Was bleibt, ist eine begründete Hoffnung auf Fortschritt. Die Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung läßt sich einzig durch den aktiven Menschen erhöhen. Die Hoffnung muß also tätige Hoffnung sein.

**Literatur:**

- Adorno, Theodor W. (1966): Negative Dialektik, Frankfurt/M.
- Adorno, Theodor W. (1968): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: Soziologische Schriften 1, S. 354-370.
- Benjamin, Walter (1972 ff.): Gesammelte Werke (GW), Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1921): Thomas Münzer als Theologe der Revolution, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1930): Spuren, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1935): Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1959): Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1963): Tübinger Einleitung in die Philosophie, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1975): Experimentum Mundi, Frankfurt/M.
- Engels, Friedrich (1845): Zwei Reden in Elbersfeld, in: MEW, Bd. 2, S. 536-557.
- Engels, Friedrich (1850): Die englische Zehnstundenbill, in: MEW, Bd. 7, S. 233-243.
- Engels, Friedrich (1882): Engels an Marx, in: MEW, Bd. 35, S. 128-129.
- Engels, Friedrich (1884): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 25-173.
- Fuchs, Christian (2001): Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Norderstedt.
- Fuchs, Christian (2002a): Krise und Kritik in der Informationsgesellschaft, Norderstedt.
- Fuchs, Christian (2002b): Zur Aktualität ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuses, in: Fuchs (2002 a), S. 20-67.
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2001): Theorien der Globalisierung, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 48, S. 89-102.
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002 a): Globalisierung – ein allgemeiner Prozeß der Menschheitsgeschichte, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 49, S. 21-43.
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002 b): Postfordistische Globalisierung, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 50 (im Erscheinen).
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg.
- Marcuse, Herbert (1932): Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus, in: Schriften, Bd. 1, Frankfurt/M., S. 509-555.
- Marcuse, Herbert (1957): Triebstruktur und Gesellschaft, in: Schriften, Bd. 5, Frankfurt/M.
- Marcuse, Herbert (1962): Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, in: Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M.
- Marcuse, Herbert (1964): Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, in: Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M.
- Marcuse, Herbert (1965): Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur, in: Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M., S. 115-135.
- Marcuse, Herbert (1966): Das Individuum in der Great Society, in: Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M., S. 167-193.
- Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch, München.
- Marcuse, Herbert (1968 a): Die Idee des Fortschritts im Licht der Psychoanalyse, in: Ders.: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt/M., S. 35-53.
- Marcuse, Herbert (1968 b): Freiheit und Notwendigkeit, in: Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M., S. 227-235.
- Marcuse, Herbert (1969): Versuch über die Befreiung, in: Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M., S. 237-317.
- Marcuse, Herbert (1972): Konterrevolution und Revolte, in: Schriften, Bd. 9, Frankfurt/M., S. 11-128.
- Marcuse, Herbert (1989): Ökologie und Gesellschaftskritik, in: Jansen, P.E. : Befreiung denken..., Offenbach/M.
- Marx, Karl (1845): Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 5-7.
- Marx, Karl (1847): Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 63-182.
- Marx, Karl (1852): Der achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 111-641.
- Marx, Karl (1857): Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 615-641.
- Marx, Karl (1859): Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 3-160.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 459-493.
- Münster, Arno (Hrsg.)(1977): Tagträume vom aufrechten Gang. Sechs Interviews mit Ernst Bloch, Frankfurt/M.
- Progress & Freedom Foundation (PFF) (1994): A Magna Charta for the Knowledge Age, Washington.
- Wallerstein, Immanuel (1997): Uncertainty and Creativity. Talk at Forum 2000: Concerns and Hopes on the Threshold of the New Millennium, Prague, September 3-6, 1997 ([www.fbc.binghamton.edu/iwuncer.htm](http://www.fbc.binghamton.edu/iwuncer.htm)).
- Wallerstein, Immanuel (1999): Uncertainty and Historical Progress ([www.fbc.binghamton.edu/iwposb.htm](http://www.fbc.binghamton.edu/iwposb.htm)).



# GOTTFRIED STIEHLER

## Fortschritt und Reaktion im Staatssozialismus

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme Osteuropas hat in den Augen vieler Menschen den Sozialismus völlig diskreditiert, er erscheint als Zwangs- und Gewaltherrschaft, ökonomisch uneffektiv und der geistigen und kulturellen Selbstbestimmung der Individuen abträglich. Als scheinbar unbesiegbar ist der Kapitalismus aus den globalen Kämpfen der Epoche hervorgegangen, obwohl seine Gebrechen und Defizite deutlich sichtbar sind. Das legt es nahe, das historische und soziale Wesen der angestrebten nichtkapitalistischen Gesellschaft zu analysieren und zu fragen, ob das Scheitern des Sozialismus in seinem Wesen lag oder durch spezifische historische Bedingungen verursacht war.

### *Die sozialistische Vision – Weite und Enge*

Sozialistische Ideen hatten ihre objektive Grundlage in der realen Situation der Lohnabhängigen, des Proletariats, in den frühkapitalistischen Ländern. Sie war durch ein hartes Los der körperlich Arbeitenden – ökonomisch, politisch, kulturell – gekennzeichnet. Verständlich, daß Visionen von einem besseren, einem Leben in Wohlstand und politischer sowie kultureller Freiheit verbreitet waren. Soziale Gleichheit aller, gerechte Verteilung der Güter und Lebenschancen waren Leitbilder des Kampfes um eine andere, eine bessere Gesellschaft. Das entscheidende Mittel dazu war, nach den Vorstellungen von Marx und Engels, die ›Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft‹, das heißt ihre Überführung in Gemeinbesitz. Ziel war die Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der assoziierten Produzenten, in unmittelbares Gesellschaftseigentum. Dazu gehörte auch das Gemeineigentum an Grund und Boden. Die praktische Durchführung des Gemeineigentums sollte, zufolge der Ideen von Marx und Engels, mittels ›vorbestimmter Kontrolle‹ von Produktion und Verteilung, eines Wirtschaftsplanes geschehen, dessen Problematik die Begründer des Marxismus freilich nicht voraussahen. Später entwickelte Marx die Idee einer dezentralen produktionsgenossenschaftlichen Ordnung als einer Gemeinschaft sich selbst verwaltender freier Produzenten. Diese Idee ist im Staatssozialismus nie Thema gewesen. Problematisch waren die Ansichten der Klassiker des Marxismus über den Wegfall von Ware und Geld in einer sozialistischen Produktionsweise, der zur Blockierung von Triebkräften ökonomischer Entwicklung führen mußte. Die künftige sozialistische Gesellschaft werde sich nicht mehr am Tauschwert, sondern primär am Gebrauchswert orientieren.

Gottfried Stiehler – Jg. 1924; Prof. Dr. Dr. h. c., Philosophiehistoriker, Veröffentlichungen zum vor-marxistischen Materialismus, zur klassischen deutschen Philosophie und zur marxistischen Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Mensch und Geschichte. Aspekte eines Problemkomplexes« (Nr. 103/104, Mai/Juni 1999).

Diese Ansicht stand im Einklang mit der Idee direkter Planung, die die produktiven und konsumtiven Bedarfe direkt ermitteln und in staatlichen Plangrößen operationalisieren sollte. Zentralismus und Diktatur waren die unvermeidlichen Komponenten einer solchen Auffassung von Struktur und Entwicklung der Gesellschaft. Die Zielstellung von Marx und Engels war humanistisch, das Mittel jedoch – Aufhebung des Tauscherts – stand einer erfolgreichen Entwicklung der Gesellschaft entgegen.

Ein fataler Irrtum von Marx war die Annahme, bei Fortfall von Warenproduktion und Geld in der kommunistischen Gesellschaftsformation seien die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten ›durchsichtig einfach in Produktion und Verteilung‹. In Wirklichkeit sind sie äußerst kompliziert zufolge der vielfältigen Verflechtungen innerhalb der hochkomplexen Struktur einer auf moderner technologischer Grundlage gestalteten Gesellschaft. Die Vorstellungen von Marx und Engels waren dem Bild einer relativ einfach gegliederten vormodernen Gesellschaft verhaftet, die sich scheinbar problemlos zentral steuern ließ. Politische Konsequenz war eine zentralisierte staatliche Macht in Gestalt der Diktatur des Proletariats. Eine Korrektur dieses autoritären Gesellschaftsbildes war die von Marx später entwickelte Idee der Kommunalverfassung der Gesellschaft, Kennzeichen einer Gemeinschaft relativ selbständiger Kommunen.

Marx' aus der Analyse der Pariser Kommune hergeleitete Forderung einer demokratischen Verfassung des politischen Systems des Sozialismus mit Rechenschaftspflicht und Absetzbarkeit der Funktionäre, Abwesenheit von Privilegien, zeitlicher Befristung der Amtstätigkeit kontrastierte deutlich mit der späteren Praxis des Staatssozialismus, so daß jene Gedanken als utopisch eingeschätzt werden können. Die Behauptung, sozialistische Revolutionen würden sich beständig selbst kritisieren, war Wunschtraum und wurde von der späteren Praxis widerlegt.

### *Engführungen in Ökonomie und Politik*

Die staatssozialistischen Systeme waren auf die Idee des Gemeineigentums an Produktionsmitteln gegründet. Die Zersplitterung der privatwirtschaftlich organisierten kapitalistischen Warengesellschaft mit der ihr eigenen Anarchie der gesellschaftlichen Produktion sollte überwunden werden. Die damit verknüpfte Zentralisierung der Wirtschaft, die ihren Ausdruck und ihre Bewegungsform in gesamtstaatlicher Planung und Leitung fand, hatte zur Konsequenz und Funktionsbedingung die politische Zusammenfassung der sozialen Aktivitäten aller Gesellschaftsbereiche in der als ›Diktatur des Proletariats‹ firmierenden Staatsmacht. Auf dieser Grundlage und unter dieser Voraussetzung konnten verschiedene soziale Maßnahmen in Angriff genommen und durchgeführt werden, die das Leben der werktätigen Bevölkerung verbesserten. Aber so wie das Gemeineigentum als zentral-staatliches und nicht als im eigentlichen Sinne gemeinschaftliches Eigentum realisiert wurde, war auch die staatliche Macht nicht die politische Selbstorganisation des Volkes, sondern autoritär gehandhabtes Organ und Objekt einer exklusiven Kaste von Funktionären. Und da die marxistisch-leninistische Partei

sich als Avantgarde, als alles wissende und entscheidende Führungsmacht verstand, unterlag die gesamte gesellschaftliche Bewegung dem Kommando der Führung der Partei und der Macht einer einzelnen Person, des Generalsekretärs, der auch in dem Führungszirkel eine kritische offene Diskussion nicht zuließ. Diese Situation gear alle jene Deformationen und Fehlentwicklungen, die die protozialistische gesellschaftliche Ordnung belasteten. Die politische Macht war nicht Resultat von Willensentscheidungen des Volkes, sondern der Selbstlegitimierung der Inhaber der Macht vermittels schein-demokratischer Prozeduren, deren Ergebnisse schon vorher feststanden. Beschämender Ausdruck dessen waren Wahlfälschungen.

### *Restriktive Eigentums- und Austauschverhältnisse*

Im Staatssozialismus war, ideologisch begründet, die Vorstellung einer pluralen Eigentumsordnung ausgeschlossen. Was einen autoritären politischen und kulturellen Überbau zur Konsequenz und zur Voraussetzung hatte. Privateigentum und Privatinitiative wurden marginalisiert und schließlich beseitigt. Zugleich aber kamen neue, dem Volkseigentum gemäße Potenzen und Triebkräfte nur schwach zum Zuge. Eine plurale Eigentumsordnung schließt staatliches Eigentum, kollektives Eigentum, privatkapitalistisches Eigentum, Eigentum kleiner Warenproduzenten, staatskapitalistisches Eigentum und ausländisches Eigentum ein. Die Profitdominanz könnte überwunden werden, doch würden alle Eigentümer nach Verwertung des vorgeschossenen Wertes, nach Gewinn streben. Dabei müßte die führende Rolle des öffentlichen Sektors mit ökonomischen, juristischen und politischen Mitteln gewährleistet sein – ein überaus kompliziertes Vorhaben.

Im Staatssozialismus war das Volkseigentum weitgehend nur ein formaler Titel, eine reale Vergesellschaftung der Produktion wurde, trotz positiver Ansätze, nicht erreicht. Das staatliche Eigentum stand, verschieden vom genossenschaftlichen Eigentum, den Produzenten mehr oder minder entfremdet gegenüber, da sie meist keine unmittelbare Beziehung zu ihm durch aktive Teilnahme an Entscheidungen über Arbeitsorganisation, Arbeitsprozeß und Absatz hatten. Die Marxsche Idee einer produktionsgenossenschaftlichen Ordnung des Gemeineigentums hätte einen Weg nach vorn weisen können, doch spielte sie in der Politik der führenden Partei keine Rolle. So wurde das Interesse an Leistungssteigerung, Effektivierung der Produktion und schöpferischen Neuerungen, obwohl es auch materielle Anreize gab, vorwiegend über ideologische Triebkräfte zu wecken gesucht.

Die Verfügung der Eigentümer über das Produktionsgeschehen und seine Resultate ist integrales Moment ihres Handelns. Das schließt das Streben nach betrieblichem Gewinn ebenso ein wie Wettbewerb (Konkurrenz) zwischen den Anbietern am Markt, der wechselseitigen Verdrängungskampf mit möglichen negativen sozialen Folgelasten bedingt. Eine sozialistische Zielsetzung der Produktion hat gesamtgesellschaftlichen Nutzen, mit Einschluß ökologischer Kriterien, zum Inhalt und stellt das komplexe Wohlergehen der Individuen in den Vordergrund. Betriebliche Zielgrößen werden sinnvoll mit gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen verknüpft. Diese Ver-

knüpfung ist das schwer Machbare, sie ist ein Widerspruch in sich, eine Einheit gegenläufiger Tendenzen und Bestrebungen. Die Lösung des Widerspruchs ist ständiger spannungsvoller Prozeß, dessen Regulierung und soziale Abfederung die Gesellschaft konzeptionell-strategisch und praktisch-operational vornehmen muß, indem sie den Produzentenkollektiven Verhaltensmaßregeln vorgibt, ihren Aktionsrahmen setzt.

Warenproduktion bedingt die Dominanz des Tauschwertes über den Gebrauchswert; eine sozialistisch ausgerichtete Produktionsweise hat gerade das Gegenteil zur Voraussetzung. Ziel ist die Herstellung von Gebrauchswerten zu individuellem und gesellschaftlichem Nutzen, Tauschwert und Warenproduktion sind Mittel dazu. Jedoch müssen die unterschiedlichen Eigentümer ihr Handeln auf Gewinn und damit auf die Erlangung von Tauschwert ausrichten. Insofern ist sozialistische Warenproduktion ein Widerspruch in sich, der aber dennoch ausgetragen werden muß, da die Bewertung ökonomischer Ergebnisse am Markt Springquell der Effektivierung und qualitativen Erneuerung der Produktion ist oder doch sein kann. Die Restriktion von Ware und Wert führt, wie die Praxis des Staatssozialismus gezeigt hat, zu Erstarrung nicht nur im ökonomischen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft.

Das Problem liegt darin, daß bei unterschiedlichen Eigentumsformen in einer Wettbewerbs(Konkurrenz)wirtschaft jeder Eigentümer nach erweiterter Reproduktion strebt, um sich am Markt zu behaupten. Dadurch ist das Verhältnis zwischen den Eigentumsformen ein offener, konfliktueller Prozeß mit der Möglichkeit der Einschränkung des Gemeineigentums und der Rückkehr zum Kapitalismus. Auf deren Vermeidung zielten die politisch und ökonomisch restriktiven Maßnahmen der politischen Führung im Staatssozialismus, doch haben sich diese Maßnahmen im Endeffekt gegen das Ziel der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft gekehrt.

Es bestand ein ökonomisch letztlich ineffektiver Plandirigismus mit weitgehender Ausschaltung ökonomischer Eigenverantwortung der Wirtschaftseinheiten und des Wettbewerbs zwischen ihnen. Ware und Wert spielten eine untergeordnete Rolle, was ökonomische Leistungskraft und Innovationsfähigkeit untergrub. Aber selbst bei ausschließlicher Existenz von staatlichem, kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum hätten sozialistische Zielsetzungen erfolgreich verwirklicht werden können, wäre das Diktat einer Partei gebrochen und die Selbstbestimmung des Volkes – der eigentliche Sinn des Sozialismus – in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft verwirklicht worden. Ökonomisch suchte man in der DDR mit dem NÖS einige notwendige Veränderungen zu vollziehen, allerdings ohne erforderliche Umgestaltungen des politischen Systems, was das Projekt letztlich scheitern ließ.

### *Amputierte Demokratie*

Im Verlaufe der Entwicklung der DDR entfernten sich die Inhaber, die Usurpatoren der Macht – die führende Partei und ihre Leitung – immer mehr von den Massen, ihren Lebensansprüchen, Bedürfnissen, Wertvorstellungen. Die Führung meinte am besten zu wissen, was dem Volke guttue, weshalb sie darauf verzichtete, es darüber zu

befragen, und sich einer substantiellen Kritik verweigerte. Sie entschied autoritär über die Besetzung führender Stellen in Staat und Gesellschaft sowie über Inhalte und Formen des geistig-kulturellen Lebens. Es existierte keine Unabhängigkeit der Justiz von der politischen Führung, die sich anmaßte, über Verlauf und Ergebnisse politisch relevanter Gerichtsprozesse zu entscheiden und die Justiz in diesem Sinne zu disziplinieren.

Gewiß hätte eine frühe Übergabe von Inhalt und Methoden der Machtausübung an Entscheidungen der Wähler – obwohl für den Sozialismus unabdingbar – die kaum mehr oder minder gewaltsam errungene ›Volksmacht‹ wieder verloren gehen lassen können. Zu tief war das Mißtrauen breiter Bevölkerungsschichten – von den Anhängern des Kapitals kräftig geschürt – gegen sozialistische Experimente, die ihre Problematik alsbald sichtbar werden ließen. Zu groß auch war trotz aller negativen Erfahrungen mit dem Kapitalismus das Vertrauen in die ökonomische Leistungskraft und die politischen Freiheitsrechte der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, als daß sich die Massen (mit Einschluß der Arbeiterklasse) von ihr abgewendet hätten.

Doch wären trotz der Regressionen andere Wege und Formen des Ringens um die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft möglich gewesen, sie hätten den Ansatz zu einer neuen sozialen Ordnung nicht verhindert, sondern ihm überhaupt erst Erfolgsaussichten verschafft. Alternative Formen wären an die Schaffung einer breiten Diskussionskultur in der Gesellschaft geknüpft gewesen, an die Gestaltung des Gemeinwesens zu einer über sich selbst reflektierenden und diskutierenden Institution. Aber diese notwendige Form ließ die politische Führung aus Machtstreben und auf Druck der SU nicht zu, womit sie die Gesellschaft entscheidender Entwicklungspotenzen beraubte. Die gesellschaftswissenschaftliche Theorie wurde nicht ermutigt und dazu angehalten, den Entwicklungserfordernissen gemäß neue Ideen auszuarbeiten und breit zu erörtern, sie wurde auf Nachvollzug der Parteilinie reduziert. Mit der Zeit bildete sich so eine allgemeine Haltung des Desinteresses an gesellschaftlichen Belangen heraus und es machte sich in wachsendem Umfang Feindschaft gegen sozialistische Zielstellungen geltend. Uniformität im Denken, Verhalten und in der Sprache waren das Ergebnis, und die Individuen wurden ihrer Würde als selbstverantwortlich und eigenständig handelnde Persönlichkeiten beraubt.

### *Vergeblicher Versuch?*

Der Weg des Staatssozialismus war aus den Gebrechen des Kapitalismus hervorgegangen; er war der geschichtlich begründete Versuch, eine neue soziale Welt zu schaffen, in der das Individuum zu allseitiger Entfaltung seiner Fähigkeiten kommen und ein Leben in gesicherten materiellen Verhältnissen führen sollte. Weil es aber an ökonomischen und politischen Voraussetzungen fehlte, lief der soziale Impetus auf Dauer ins Leere. Der Traum von einer sozial gerechten Gesellschaft blieb unerfüllt.

Immerhin war der soziale Antrieb des Frühsozialismus trotz Verwerfungen und Fehlentwicklungen wirksam – unterschiedlich in den einzelnen Ländern und Entwicklungsstadien. Vollbeschäftigung,

unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, kostenlose Aus- und Fortbildung, Einheitsschule, polytechnischer Unterricht, niedrige Mieten und Tarife, Aufstiegschancen für Angehörige des werktätigen Volkes, Elemente betrieblicher Mitbestimmung, breiter Zugang zu Kultur und Bildung, Subventionierung von Kultureinrichtungen, Gleichstellung von Mann und Frau, Hilfe für Behinderte, Unterstützung von Familien mit Kindern sowie weiblicher Berufstätigkeit, Gemeinschaftssinn und Solidarität, Friedenspolitik sind Zeugnisse dessen (freilich mit Einschränkungen und Defiziten). In der gegenwärtigen Epoche des ›siegreichen‹ Kapitalismus gehören sie für viele Menschen zu unerfüllbaren Wunschträumen. Das Problem des Staatssozialismus war, daß die sozialen Maßnahmen und Vergünstigungen nicht hinreichend ökonomisch und politisch fundiert waren. Sie waren zum großen Teil nicht eingelöste Versprechen, denn Antriebe effizienter wirtschaftlicher Tätigkeit waren nur spärlich vorhanden.

Daher war das Scheitern des Realsozialismus einerseits in seinen objektiven Verhältnissen begründet. Andererseits, da gesellschaftliche Strukturen variable Beziehungen zwischen handelnden Menschen sind, bestanden, abstrakt betrachtet, Möglichkeiten der Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges in einem positiv-sozialistischen Sinne durch verändertes und veränderndes Handeln, von Bewußtheit und persönlichem Engagement getragen. Hemmend war die den Individuen anerzogene Neigung zur Subordination, zur Vermeidung persönlicher Risiken, die mit Widerständigkeit gegen etablierte Machtstrukturen verbunden gewesen wären. Der Staatssozialismus setzte auf Erlernen und bewußtes oder unbewußtes Einüben politisch verordneter Verhaltensweisen. Das resultierte einerseits aus dem Machtinstinkt der Herrschenden, andererseits gab es auch keine Konzepte der Verflüssigung der Strukturen durch öffentlich geführte Debatten.

Rational nachvollziehbar wäre es gewesen, wenn im Ergebnis freimütiger Auseinandersetzungen über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst die Parteimitglieder veranlaßt worden wären, die Erkenntnisse und Standpunkte der Partei argumentativ in den einzelnen Gesellschaftsbereichen zu verbreiten und gegebenenfalls durchzusetzen. Da dies nicht geschah, nahm die dem Kapitalismus eigene Entfremdung eine erneute, kaum weniger bedrückende Gestalt an. Der Widerspruch, der im Gedankengebäude des Marxismus einen bevorzugten Platz einnimmt, war in der offiziellen Praxis des Sozialismus getilgt und dieser wurde als eine scheinbar festgefügte statische Ordnung dargestellt. Was in den Anfangsjahren des sozialistischen Aufbaus noch eine gewisse Berechtigung hatte – Zentralismus und Dirigismus –, verkehrte sich im Laufe der Zeit in schwerwiegende Devienz, aus Sinn wurde Unsinn, aus Vernunft Unvernunft und Rückschritt.



JAN HOFF

# Klassen – Revolution – Demokratie

Anlässlich des 150. Jahrestages der Erstveröffentlichung fand am 20. und 21. April 2002 in Berlin die wissenschaftliche Konferenz *Klassen – Revolution – Demokratie. Karl Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte* statt. Der Einladung der Veranstalter, des *Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition e. V.*, der *Hellen Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V.* (Berlin) und der *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge* folgten rund 70 Wissenschaftler, darunter eine Reihe Marx-Engels-Forscher aus Japan, Italien, England und den Niederlanden.

Nachdem Louis Bonaparte am 2. Dezember 1851 die Nationalversammlung für aufgelöst erklärt hatte, begann Marx Mitte Dezember seine Materialsammlung für den *18. Brumaire*; der letzte Manuskriptteil wurde am 20. März 1852 vollendet. Die Publikation der ersten Teilaufgabe erfolgte Ende Mai 1852 in Joseph Weydemeyers Zeitschrift *Die Revolution* in New York mit einer Auflage von 500 Exemplaren (vgl. MEGA\_ I/11: 679ff.).

Rolf Hecker (Berlin), der als Vorstandsvorsitzender des *Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition* die Konferenz einleitete, hob hervor, daß der *18. Brumaire* nach dem *Kommunistischen Manifest* zu den meistzitierten politischen Schriften von Marx zählt. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Flügel sei der *18. Brumaire* Gegenstand politischer Kämpfe geworden. Ein Vergleich verschiedener editions- und rezeptionsgeschichtlich relevanter historischer Ausgaben biete sich an.

Claus Offe (Berlin) stellte die Frage nach einer politischen Theorie bei Marx. Politische Theorie bedeute die Suche nach institutionellen Arrangements für Akteure und markiere deren Handlungsspielraum. Der Untragbarkeit eines unterstellten Naturzustands werde das Ziel der Etablierung einer auf menschlichen Vernunftkräften beruhenden Friedensordnung gegenübergestellt (zum Beispiel bei Locke). Demgegenüber vertrete Marx eine Kritik politischer Ordnungslehren. Die Staatsgewalt besitze für Marx nur den illusionären Charakter des Gemeinschaftlichen, da sie eine derivative Form sei, in der die Individuen der herrschenden Klasse ihren gemeinsamen Interessen Ausdruck verliehen. Für Offe liefert Marx keine Theorie der Politik, sondern theoretisiere die Verwandlung staatlicher Politik in gesellschaftliche Selbstbeherrschung. Die Organisationsformen der Emanzipation seien nach Marx erst zu »entdecken«. In der Diskussion wurde eingewandt, daß Marx in späterer Zeit die Konzeptualisierung von Staat und Politik in

Jan Hoff – Jg. 1980;  
studiert Philosophie in Berlin.

die Programmatik einer Kritik der politischen Ökonomie integriert habe. Erst in dieser Perspektive sei die kategoriale Frage nach dem Politischen bei Marx zu stellen.

Michael Krätke (Amsterdam) betonte, daß Marx mit seiner Kritik der Politik als einer »verkehrten Welt« des Scheines und der Mystifikation eine in der Kritikdimension ähnliche Perspektive verfolge wie in seiner Kritik der politischen Ökonomie. Der *18. Brumaire* sei in eine Reihe politischer Tagesschriften bei Marx einzuordnen, die keineswegs als Versuch einer systematischen Analyse der Form Staat konzipiert seien. Der *18. Brumaire* befaße sich mit einer Fülle von Erklärungskonzepten hinsichtlich der Entwicklungen innerhalb konkreter Staatsformen. Anschließend entfaltete sich eine Diskussion um die Deutung des Marxschen Begriffs »Lumpenproletariat«.

Thomas Marxhausen (Halle/S.) kennzeichnete die Erwartung einer bevorstehenden proletarischen Revolution als Zentralproblem im Marxschen Werk. Existierten im Frühwerk anthropologisch begründete Revolutionshoffnungen und wurden diese ab der *Deutschen Ideologie* mit der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen formationstheoretisch begründet, so prägte in den 1850er Jahren der Zusammenhang von Krisen- und Revolutionstheorie Marx' ökonomische Forschung. Vor diesem Hintergrund macht Marxhausen die hohe Abstraktionsebene der Marxschen Revolutionstheorie und ihre Bindung an das Großsubjekt Proletariat für rezeptionsgeschichtliche Dogmatisierungen mitverantwortlich. Dem *18. Brumaire* komme eine Sonderrolle zu, denn hier gelange Marx zur Einsicht in sozial-psychologische Aspekte des revolutionären Handelns konkreter Subjekte. An Marxhausens Vortrag schloß sich eine rege Debatte an, in der es um die Verwendung des Begriffs »historische Mission der Arbeiterklasse« im »ML« ging. Es gelang den Diskutanten nicht, die Wurzeln dieses bei Marx nicht auffindbaren Begriffs ausfindig zu machen.

Herrmann Klenner (Berlin) rechnete es dem jungen Marx als Verdienst an, im Anschluß an Hegel Hobbes' Theorem des »Krieges aller gegen Alle« vom Naturzustand in die bürgerliche Gesellschaft verlegt zu haben. Der frühe Marx begreife das Prinzip der Verfassung als Institutionalisierung von Fortschritt. Neben einer detaillierten Rezeption der französischen Verfassung von 1848 zeichneten sich Marx' Frankreichschriften durch historische Illusionen großen Ausmaßes aus, denen auch Marxisten des 20. Jahrhunderts erlegen seien. In der Diskussion wurde kritisch auf das Fehlen Marxscher Analysen zur Gewaltenteilung hingewiesen.

Tish Collins (London) berichtete über die *Marx Memorial Library* in London ([www.marxmemoriallibrary.sageweb.co.uk](http://www.marxmemoriallibrary.sageweb.co.uk)), die in den dreißiger Jahren gegründet wurde, um an Marx'schem Denken orientiertes Schrifttum zu archivieren und dieses Wissenschaftlern sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig befinden sich in der *Marx Memorial Library* zirka 150 000 Bände, größtenteils Material zum Studium des Marxismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Collins betonte ihren Wunsch, zukünftig stärker auch mit deutschen Marx-Forschern in wissenschaftlichen Austausch zu treten und lud alle Interessenten ein, mit der *Marx Memorial Library* Kontakt aufzunehmen.

Diethard Behrens (Frankfurt/M.) zufolge geht Marx im 18. *Brumaire* von der Ebene der ereignisgeschichtlichen Darstellung auf immer tiefer liegende Momente zurück. Trotz der Marxschen Analyse der sozialen Handlungsträger der einzelnen Revolutionsabschnitte 1848-51 erkenne Marx die soziologische Perspektive als nicht entscheidend, da erst im Prozeß der Revolution sich die Arbeiterschaft zur proletarischen Klasse konstituiere. Im Verlauf der Revolution werde Marx bewußt, daß sich die politischen Fraktionen nur mehr teilweise mit ihren sozialen Trägern decken. Elemente des Historischen würden für Marx sichtbar, die sozialen Gruppen erkenne er als prozeßhaft bestimmt. Die Politik werde als Ort der Kostümierung qua historische Reflexion ausgewiesen, obwohl man schon im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft agiere. Die anschließende Diskussion offenbarte Dissens in der Frage des Marxschen Klassenbegriffs.

Renate Merkel-Melis (Berlin) thematisierte die Entstehungsgeschichte der französischen Übersetzung des 18. *Brumaire*, deren Edition im Rahmen der MEGA\_ noch aussteht. Die Überlegungen von Engels, eine französische Ausgabe dieser Schrift vorzubereiten reichen ins Jahr 1869 zurück, wurden aber erst konkreter, nachdem Édouard Fautin im Jahre 1883 eine Übersetzung des 18. *Brumaire* vorschlug. Ab 1885 entfaltete sich in dieser Frage zwischen Engels und Fautin eine langwierige und komplizierte Zusammenarbeit. Schließlich erschien die französische Erstausgabe von Januar bis November 1891 als Artikelserie im *Socialiste*. Besonders aufgrund der Spaltung der französischen Arbeiterbewegung, der zeitweiligen Erfolge Boulangers und der geringen Verbreitung Marxscher Schriften in Frankreich habe Engels die Unterstützung Fautins als lohnenswert empfunden.

Peter Ruben (Berlin) fragte ausgehend von der 18. Brumaire-Rezeption August Thalheimers, ob es sinnvoll sei, faschistische Bewegungen mit Rekurs auf die Marxsche Bonapartismustheorie zu interpretieren. Thalheimer habe die Vergleichbarkeit der Situationen nach der Februarrevolution 1848 in Paris und der Novemberrevolution von 1918 erkannt. Die Charakterisierung der Faschisten als »Dezemberbande« sei ebenfalls treffend. Abschließend wagte er die These, das Erstarken von faschistischen Bewegungen hänge mit dem Verlauf der Konradieff-Zyklen zusammen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe sozialistisch-kommunistischer Theoretiker den Faschismus mit Rückgriff auf den 18. *Brumaire* zu erklären suchten. Überdies hielten einige Diskussionsteilnehmer die Konradieff-Zyklus für kritikwürdig.

Die auf der Konferenz präsentierten Vorträge werden neben schriftlich eingereichten Arbeiten im November 2002 in den *Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2002* erscheinen.

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Nun also wahlkämpfen sie alle. Und wie üblich, lassen sich die Wahlbüros der Parteien zuhauf Sachen einfallen, die ihre Anhänger (oder ihre potentiellen Anhänger) begeistern. Und es fallen ihnen natürlich auch welche ein, die eigentlich nur peinlich sind. Doch was heißt schon »eigentlich«? Darüber entscheidet ja jeder für sich, und seine Meinung ist ja nicht unbeeinflußt von seiner Vita. Und natürlich auch von seinem Naturell. Nehmen wir den »Genossen der Genossen« (»Tagesspiegel«). Den hatten seine Schreiber für den Wahlparteitag in Berlin einen sehr anständigen Text verfaßt (nicht politisch, sondern sozusagen »redetechnologisch« beurteilt). Jedenfalls kam der Text sowohl bei den Delegierten hörbar sehr gut »rüber«, und auch als Rundfunkhörer (ich) konnte man die Schröder-Rede – wenn man ihm denn schon nicht politisch zu folgen geneigt war – die Rhetorik genießen.

Doch als er endete, setzte die Peinlichkeit ein, die nur noch später am Abend von der Fernsehsendung »Sabine Christiansen« – auf andere Weise (diesmal nicht von Frau Christiansen selbst) – von den verhaltensauffälligen Westerwelle und Friedman übertroffen werden sollte. Die Delegierten nämlich gerieten ob der Schröder-Rede schier aus dem Häuschen. Und als Otto Schily gar, wie mir der Radio-Reporter schilderte, eine La-Ola-Welle anzustiften versuchte, war ich froh, das nicht auch noch sehen zu müssen. Was an der Begeisterung so peinlich war? Daß sie eben nicht eine spontane war, sondern von des Münteferings Ovation-Kompanien, die der Generalsekretär systematisch im Kongreßsaal hatte verteilen lassen, damit sie die Stimmung anheizten. »Und Otto, du machst La-Ola.«

Ehrlich, mein Bedarf an organisierten Parteitagsjubeln ist bis an mein Lebensende gedeckt, und der an Generalsekretären erst recht. Zugegeben, die Wessis (und das ist ja die Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten allemal) haben da einen gewissen Nachholbedarf. Und ich werde wohl eines – hoffentlich noch fernem – Tages mit dem ungelösten oder sogar aufgelösten Rätsel in die Grube fahren, was sich Politiker eigentlich von Jubeleien versprechen, die sie selbst organisierten oder organisieren ließen? Und vor allen Dingen: Welche Wirkung haben solche quasi innerparteiliche Jubelchöre für die Gewinnung von Wählern, die sich noch nicht entschieden haben? Könnte es nicht viel eher sein, daß Schily'sche La-Ola-Versuche auf Unentschlossene eher befremdlich und abschreckend wirken. Kann wohl alles sein, aber die SPD wird sich auf ihrem Wahlpartei-tag immerhin selber Mut gemacht haben. Und das ist ja auch schon was.

Noch eine Rundfunk-Bemerkung. Im *Inforadio Berlin* geriet ich letztens in eine Debatte, die Alfred Eichhorn moderierte und in der über das Mittenzwei-Buch »Die Intellektuellen« debattiert wurde. Ich kam dazu, als Verleger Elmar Faber sich gerade dagegen verwahrte, das Buch sei in einer »Funktionärssprache« geschrieben. Das ist es ja nun wahrlich nicht, wer solches behauptet, meint wahrscheinlich nicht das Buch, sondern dessen Sicht, weil sie ihm nicht behagt. Leider – das ist der Preis zufälligen Radiohörens – hatte ich den Münchner Journalisten Konrad Franke, der – wie ich tags darauf in einem Zeitungsbericht las – diesen Vorwurf erhoben hatte, nicht gehört. Ob er danach in der Debatte noch einmal zu Worte kam, weiß ich nicht. Weil ich nämlich kurz darauf abschaltete. Denn anschließend biederte ein Jungverleger herum und blieb sich damit insofern treu, als er zwar einst sozusagen zur »DDR-Verlagskaderreserve« gehört, aber dann in beeindruckender Schnelligkeit die Zeichen der (neuen) Zeit verstanden hatte. Manchmal finde ich es bedauerlich, nicht vergeßlich genug zu sein. Aber Gott sei dank man kann ja ausschalten.

Kommen wir zu meinem – aufmerksame Leser könnten es schon lange bemerkt haben – »Lieblingsthema«: die Berliner Koalition. Im Berichtszeitraum veranstaltete das *Neue Deutschland* (das übrigens nach wie vor unbeirrt darauf beharrt, uns glauben zu machen, es sei keine Parteizeitung ...) sein jährliches Pressefest. Eine Gelegenheit auch für Gregor Gysi, aufzutreten und sich zu erklären. Ich zitiere aus dem Bericht des Organs:

»Zum finanziellen Zustand des Hauptstadtetats (wir wissen ja, was gemeint ist ... W. S.) und den Sparzwängen sagte er: »Uns ist Berlin in einer Krise übergeben worden, aber Sie können von einem nackten Mann jetzt keine sozialen Wohltaten erwarten.« *Uns ist Berlin übergeben worden* – wahrlich, so kurios kann Pulletik sein. Zugegeben, es gibt spannendere und lustigere Träume als die von der PDS, aber gegen seine nächtlichen Gespenster kommt man selten an. Zu meinen PDS-Träumen gehört, daß diese Partei in der Opposition ist und mit ihrer Fraktionsstärke die Verursacher der Hauptstadtpleite zu Paaren treibt, sie zwingt, den Saustall selber auszumisten. Aber wer so etwas träumt, ist natürlich total politikunfähig.

Manuel Castells:  
 Die Netzwerkgesellschaft.  
 Das Informationszeitalter:  
 Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur,  
 Leske+Budrich Opladen 2001,  
 632 S. (34,90 €)  
 Jochen Steinbicker:  
 Zur Theorie der Informations-  
 gesellschaft. Ein Vergleich der  
 Ansätze von Peter Drucker,  
 Daniel Bell und Manuel Castells,  
 Leske+Budrich Opladen 2001,  
 130 S. (12,90 €)

Mehr als je zuvor ist Wissen und Information zu einem zentralen Faktor des gesellschaftlichen Wandels geworden. Information avanciert gegenüber den traditionellen Faktoren Arbeit, Boden und Kapital zu einem zentralen Wertschöpfungsfaktor. Doch nicht nur in der Ökonomie gewinnt die Idee einer Informationsgesellschaft Relevanz, sondern auch in anderen Funktionsbereichen der Gesellschaft. Neben Forderungen nach der Reform des Schul- und Hochschulwesens sind politische Initiativen entstanden, welche Infrastrukturen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik (»Schulen ans Netz«) und die Bereitstellung von hochqualifizierten Arbeitskräften (»Greencard«-Initiative) begünstigen sollen. Bisher zeichnet sich die Soziologie jedoch weitgehend durch ihre diagnostische Zurückhaltung aus.

In jüngster Zeit hat Manuel Castells den Versuch unternommen, diese Lücke zu schließen. In seiner vielbeachteten Trilogie (*The Network Society* 1996, *The Power of Identity* 1997, *End of Millenium* 1998) zeichnet er die Grundzüge des Informationszeitalters nach. Der gebürtige Spanier war zunächst an zwei Pariser Universitäten tätig und ist seit 1979 als Professor an der University of California in Berkeley am Institut für Soziologie und am Institut für Stadt- und Regionalplanung tätig. Neben weiteren Dozententätigkeiten in Madrid und Barcelona war er weltweit an vielen Universitäten Gastdozent und als Berater für internationale Organisationen, für die Europäische Union

und für mehrere Regierungen tätig. Seit 1983 beschäftigt sich Castells mit Forschungen über die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen im Zuge der informationstechnologischen Revolution. Daraus erklärt sich seine umfassende und detailreiche Darstellung der Informationsgesellschaft, die sich nicht nur auf Industriegesellschaften beschränkt. Manuel Castells beschreibt anhand ländervergleichender empirischer Studien aus langjähriger Forschungspraxis und persönlicher Erfahrung weltweite Integrationen, Polarisierungen sowie Fragmentierungen und zeigt, daß es kein einheitliches Modell der Informationsgesellschaft gibt. Hierin liegt zweifellos die Stärke seines Ansatzes.

Der erste Band der Trilogie *Die Netzwerkgesellschaft* liegt erstmals in deutscher Übersetzung vor. Wie der Titel suggeriert, identifiziert Castells als das entscheidende Strukturmerkmal des neu entstehenden Gesellschaftstyps das Netzwerk. Als Fazit des Buches läßt sich festhalten, daß zentrale gesellschaftliche Funktionen in instrumentellen Netzwerken mit einer eigenen Dynamik organisiert werden und die Logik der Netzwerke in der Gesellschaft vorherrschend ist.

Netzwerke sind als eine Art *Raum der Ströme* zu verstehen, in welchem soziale Akteure entweder anwesend oder abwesend kommunizieren und interagieren. Die erste Ebene des Netzwerkes besteht aus einem *Kreislauf elektronischer Vermittlungen*, die eine Grundlage simultaner Praxisformen ermöglicht. Die technologische Infrastruktur definiert den neuen Raum in dem Sinne, wie in der Industriegesellschaft Eisenbahnlinien wirtschaftliche Regionen eingrenzen. Die zweite Ebene ist durch dessen *Knoten und Zentren* bestimmt, die je nach Funktion des Netzwerkes unterschiedliche Charakteristika haben können. Ein solcher Knotenpunkt ist die informationelle Stadt. Sie ist Zentrum der wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Dynamik auf lokaler und globaler Ebene und ist gleichzeitig Anschlußpunkt an die globalen Netzwerke aller Art (vgl. Castells: 454 ff.). Die dritte Ebene betrifft die räumliche Organisation der *herrschenden Führungseliten* (vgl. Castells: 466 ff.). Indem Eliten Knoten und Schnittstellen der Netzwerke kontrollieren, können sie ihre Macht stabilisieren, während



die Ströme von Kapital und Information überall in der Welt ihre eigene Logik verbreiten. In der Netzwerkgesellschaft etabliert sich soziale Herrschaft über einen Doppelmechanismus: die Verbindungen und Organisationskapazitäten der Eliten untereinander und die Segmentation und Desorganisation der Massen (vgl. Castells: 471).

Identitäten stellen eine gegenläufige Entwicklung zur Netzwerkgesellschaft dar, denn überall auf der Welt läßt sich »die zunehmende Distanz zwischen Globalisierung und Identität, zwischen dem Netz und Ich« (Castells: 24) beobachten. Mit der Entstehung eines globalen Systems und immer abstrakter werdenden Logiken der instrumentellen Netzwerke wird Identität zentral für die Sinnstiftung und einzige Möglichkeit, Autonomie jenseits der Netzwerkformierung zu erlangen oder Emanzipationsbestrebungen nachzugehen. Neue soziale Bewegungen entstehen nur *jenseits* der neuen Ordnung.

Drei Entwicklungen bilden seit den siebziger Jahren die Grundlage des Wandels zum informationellen Zeitalter: Der *Informationalismus*, die *Restrukturierung des Kapitalismus* und das *Entstehen neuer Kulturen* (vgl. Castells: 13 ff.). Erstens bezeichnet der Informationismus den Wandel der Produktivkräfte durch die zirkuläre Anwendung von Wissen auf Wissen (vgl. Castells: 18, 106). Entscheidend ist die revolutionäre Entwicklung der Informationstechnologien, welche die Rekursivität von Wissen ermöglichen. Die zweite grundlegende Entwicklung ist die Restrukturierung des Kapitalismus mittels deregulierender und liberalisierender Maßnahmen und Politiken, welche die Globalisierung beschleunigten (vgl. Castells: 65).

Die dritte durchschlagende Entwicklung bildet die Entstehung einer neuen Kultur der realen Virtualität, welche Bedeutungen von Raum und Zeit verändert und für gesellschaftliche Integration von zunehmender Bedeutung ist. Das Internet und die Welt von Multimedia wird von zwei Gruppen bewohnt, »den Interagierenden und den Interagierten« (Castells: 428). Nur erstere sind in der Lage, unter verschiedenen Kommunikationskreisläufen zu wählen, für die anderen sind Zugangsbeschränkungen Ursache dafür, daß sie an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben. Wer zu welcher Gruppe gehört, wird durch

Klasse, Rasse, Geschlecht und Land determiniert (vgl. Castells: 424).

Die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entstandene Wirtschaftsform charakterisiert Castells als *informationell*, da Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit »von ihrer Fähigkeit abhängig ist, auf effiziente Weise wissensbasierte Information hervorzubringen, zu verarbeiten und anzuwenden« (Castells: 83). Die neue Wirtschaftsform ist *global*, weil ihre Kernfunktionen und Komponenten auf globaler Ebene organisiert sind und sie ist *vernetzt*, »weil unter den neuen Bedingungen Produktivität durch ein globales Interaktions-Netzwerk zwischen Unternehmens-Netzwerken erzeugt wird« (Castells: 83). Die Auswirkungen der globalen Ökonomie umfassen die ganze Welt, dennoch sind im System der internationalen Arbeitsteilung nur einige Wirtschaftsregionen involviert. Während die Triade USA-Europa-Asiatisch-PazifischerRaum dominieren, werden andere Regionen nur selektiv inkludiert oder wie Afrika zu struktureller Irrelevanz degradiert (vgl. Castells: 157 ff.).

Nach Manuel Castells können Unternehmen im Zuge der Globalisierung nur konkurrenzfähig bleiben, wenn sie ihre Organisationsstrukturen verändern. *Netzwerkunternehmen* weisen sich durch flache Hierarchieebenen, Teamwork und Prozeß- statt Aufgabenorientierung aus. Damit die Beschäftigten ihr individuelles Wissen der Organisation zur Verfügung stellen und alle Mitarbeiter von diesem Wissen profitieren können, müssen die Beschäftigungsverhältnisse stabil sein (vgl. Castells: 191 ff.). Auf einer Fülle von ländervergleichendem empirischen Datenmaterial stützt Manuel Castells seine Beobachtungen über die Transformation von Arbeit und Beschäftigung sowie ihre Folgen für die Sozialstruktur und zeigt, daß es kein universelles Modell des Wandels gibt (vgl. Castells: 229 ff.). So kann der Wandel in den USA mit dem *Modell der Dienstleistungsökonomie* umschrieben werden, da der Anteil von Wissensarbeitern im Dienstleistungsbereich gewachsen ist. In Japan und Deutschland trifft das seiner Ansicht nach effektivere *Modell der industriellen Produktion* zu, da hier die Wissensarbeit in die Produktion eingebettet wird (Castells: 259).

Manuel Castells Gesellschaftsdiagnose gehört zu den elaboriertesten Ansätzen der Infor-

mationsgesellschaft und seine Analysen sind mit umfangreichem Datenmaterial beispielhaft untermauert. Dennoch erscheint seine Konstruktion der Netzwerkgesellschaft allzu technokratisch. Das Internet ist zunächst ein technisches Netzwerk, welches nicht unbedingt mit sozialen Netzwerken übereinstimmen muß. Überhaupt ist fraglich, ob die Logik von Computernetzen die Logiken aller anderen Teilsysteme soweit dominieren kann, daß sie zur gesellschaftlich vorherrschenden Logik avancieren kann. Zudem ist fraglich, ob der Gegensatz zwischen Netzwerk und Identität nicht überzeichnet ist, fruchtbarer wäre die Konstruktion einer Identität, die ihre Individualität aus der jeweils spezifischen Zusammensetzung der Inklusion in verschiedenen Netzwerken gewinnt. Auch ist nicht klar, warum sich neue soziale Bewegungen nur jenseits der Netzwerke formieren und sich nicht die Logik der Netzwerke zunutze machen sollten. Grade im Internet bilden sich Gruppierungen, die im Untergrund operieren.

Zweifellos liegt die Stärke des Ansatzes in der empirischen Ausrichtung und den daraus resultierenden Generalisierungen. Die Kehrseite der Medaille ist bei diesem Vorgehen jedoch das Fehlen tiefergehender Analysen und es ist fraglich, ob für eine Theorie der Informationsgesellschaft nicht noch eingehender konzeptualisiert werden müßte.

Jochen Steinbicker, Diplom-Soziologe im Graduiertenkolleg »Das Neue Europa« an der Humboldt-Universität in Berlin, sucht mittels der Gegenüberstellung prominenter Theorien einen geeigneten theoretischen Zugang zur Informationsgesellschaft zu eröffnen. Grundlage für den Vergleich sind Peter Druckers *Wissensgesellschaft*, Daniel Bells *Postindustrielle Gesellschaft* und Manuel Castells *Informationelle Gesellschaft*. Der Autor legt den Schwerpunkt der Darstellung auf die jeweilige Eigenart und spezifische Ausprägung der Konzepte, wobei er es nicht versäumt, sowohl die Vorteile als auch die Grenzen der jeweiligen Theorien zu diskutieren.

Manuel Castells Konzipierung des Informationszeitalters beschreibt Jochen Steinbicker als *empirisch-diagnostisch* (Steinbicker: 113). Obwohl er seinen Ansatz für die Soziologie als äußerst fruchtbar beschreibt, sieht der Autor an der Schnittstelle zwischen theoretischem

Modell und empirischer Darstellung die Grenzen der Castellsschen Analyse.

Peter Druckers Konzept versteht er als einen *Orientierungsversuch aus einer Managementperspektive* (Steinbicker: 109). Im Zentrum seiner Theorie steht die These, daß Wissen zum zentralen Produktionsfaktor der Ökonomie wird, indem *Wissen auf Wissen angewendet wird* (Steinbicker: 26 f.). Die Produktivität von Wissen weist auf die Aufgabe des Managements hin, Wissen bereitzustellen und eine Gruppe von Wissensarbeitern so zu führen, daß diese existierendes Wissen am effektivsten einsetzen (Steinbicker: 28). Druckers Konzept der Wissensgesellschaft ist eher ökonomisch denn soziologisch ausgerichtet und deshalb verwundert es nicht, daß er für den gesellschaftlichen Wandel die Organisation als Fixpunkt wählt. Diese bringt Wissensarbeiter in Kooperation und ist eine Organisation des Wissens (vgl. Steinbicker: 43). Die Stärke von Druckers Ansatz liegt darin, daß er Wissen nicht als abstrakte und absolute Größe behandelt, sondern die Produktivität von Wissen betont und damit der Zusammenhang zwischen Wissen und Arbeit nicht verloren geht (vgl. Steinbicker: 47).

Daniel Bells Ansatz beschreibt Jochen Steinbicker als facettenreich und deutlich *analytisch ausgerichtet*, was ihn für soziologische Fragen interessanter macht. Als wichtigster Wertschöpfungsfaktor ist Wissen nicht das Resultat erfolgreicher Unternehmensstrategie, sondern in Forschungsinstituten und Universitäten generiert, welche die neue *Axialstruktur* der Gesellschaft bilden. Der Erwerb und die Kodifizierung theoretischen Wissens sind als neues *axiales Prinzip* für den Umbau der Gesellschaft verantwortlich (vgl. Steinbicker: 57). Dies schlägt sich im Wandel des Charakters von Arbeit und im Übergang von der Güterproduktion zur Dienstleistungsgesellschaft nieder. Zwei weitere schon damals absehbare Entwicklungen erfaßt Bell: Den Umstieg auf *intellektuelle Technologien* (Informations- und Kommunikationstechnologien) und eine neue Schichtungsordnung, denn in der postindustriellen Gesellschaft wird die wissenschaftlich-akademische Klasse (Meritokratie) zur mächtigsten Statusgruppe. Trotz vieler Inkonsistenzen hat Bell wichtige Problemfelder identifiziert, nicht zuletzt aus diesem Grund

scheinen seine Themen und aufgeworfenen Fragestellungen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt zu haben (vgl. Steinbicker: 76 f.).

Insgesamt versteht es Steinbicker sehr gut, die wichtigsten Stränge der drei Konzepte nachzuzeichnen und sie dem Leser verständlich zu machen. Im Hinblick auf eine Theorie der Informationsgesellschaft befürwortet er eine Synthese der Ansätze auf Basis der gemeinsamen Aspekte und zentralen Dimensionen.

JUSTINE SUCHANEK

**Martin Kühnel, Walter Reese-Schäfer, Axel Rüdiger (Hrsg.):  
Modell und Wirklichkeit.  
Anspruch und Wirkung politischen  
Denkens. Festschrift für Richard  
Saage zum 60. Geburtstag,  
Mitteldeutscher Verlag Halle 2001,  
287 S. (20,50 €)**

Von Anfang an haben in der politischen Theorie zwei Richtungen bestanden, einerseits Zukunftsprojektionen mit Verwirklichungsanspruch und andererseits analytische Modelle zur Abbildung gegenwärtiger politischer Prozesse. Für Richard Saage, dem der vorliegende Band gewidmet ist, war beides von Bedeutung. Er beschäftigte sich mit Eigentum und Herrschaft in der politischen Theorie, mit den Vertragstheorien, mit dem Austromarxismus, mit dem Staatskonservatismus und vergleichenden Faschismustheorien, aber eben auch mit Utopieforschung. Besonderes Kennzeichen für Saages wissenschaftliches Herangehen ist seine Interdisziplinarität, das neben der sozialwissenschaftlichen Forschung auch in der Literatur, der Kunst oder der Philosophie Berührungspunkte findet.

Die vorliegende Festschrift geht auf eine Tagung anlässlich des 60. Geburtstags von Saage zurück und will dessen Forschungen mit denen anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konfrontieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Theorie, Praxis und Utopie.

Die Beiträge des ersten Abschnitts behandeln die Wahrnehmungen der historischen Auf-

klärung, wobei Aufklärung hierbei im doppelten Sinne verstanden sein will. Zum einen werden historische Positionsbestimmungen politischen Denkens vorgenommen. Martin Kühnel untersucht den oftmals »übersehenen« Klassiker politischer Ideengeschichte Christian Thomasius (1655 – 1728), Franco Zotta erörtert kritisch die Sozialstaatskonzeption der Rechtslehre Immanuel Kants in der »Metaphysik der Sitten« und Hans-Günter Funke legt die Grundzüge einer Rezeptions- und Wirkungsgeschichte Fontenelles dar. Zum anderen untersuchen Eun-Jeung Lee und Jörn Garber die Sichtweisen Christian Wolffs auf das konfuzianische China und Georg Forsters Stadtutopie.

Der zweite Abschnitt des Buches widmet sich explizit dem Theorie-Praxis-Verhältnis innerhalb der Politikwissenschaften und der politischen Philosophie. Axel Rüdiger stellt in seinem Beitrag die Frage nach der Bedeutung der Utopie für die Politikwissenschaft. Welche Rolle spielt die Politik in der Wissenschaft? Inwieweit konstruiert die Politikwissenschaft ihren Gegenstand mit politischen Mitteln? Ausgehend von diesen Fragen, kommt Rüdiger zu der zutreffenden Bemerkung: »Nun ist zwar bekannt, dass jedes Modell immer genau dann unwiderlegbar wird, sobald die sie widerlegenden Daten ausschließlich veränderten Bedingungen zugeschrieben werden, aber in der Praxis wird eher versucht, die äußeren Bedingungen an neoliberale Modelle anzugleichen, als nach elastischen und bedeutungs-offenen Begriffen und Hypothesen gesucht wird, die es der Politikwissenschaft gestatten würden, die politische Wirklichkeit adäquat zu erfassen« (S. 116). Eine Sozialwissenschaft, die neoliberale Verhältnisse mit neoliberalen Theoriesigns oder mit ahistorischen, lediglich auf eine essentialistische Rationalität der Individuen zurückgehende Handlungstheorie erklären will oder beispielsweise Revolutionen auf ein reines Resultat von Kosten-Nutzen-Kalkülen reduziert, vermag einer sozialkritischen und utopiefördernden Wissenschaft demnach nichts zu bieten.

Matthias Kaufmann behandelt in eindrucksvoller Weise die »aufgeklärte Anarchie als verbleibende Utopie«, wobei sein Vorschlag einer Demokratisierung multinationaler ökonomischer Strukturen die Frage offen läßt, ob

eine Demokratisierung des Kapitalismus ein ausreichendes Moment zukünftiger und anarchistischer Gesellschaften sein kann oder ob es nicht eines radikalen Wechsels dieser Strukturen bedürfte.

Während Walter Reese-Schäfer die Stellung des Intellektuellen im Existentialismus behandelt und in Anlehnung an Lyotard ein ›Grabmal‹ für Sartres Rolle als universalen Intellektuellen errichtet, erörtert Bettina Roß die politischen Utopien der Frauen. Obgleich sie ganz richtig gegen ausschließende Kategorien und Festlegungen die Wichtigkeit von Utopien und deren Dynamiken betont, wird dennoch die Kategorie ›Geschlecht‹ nicht problematisiert und könnte in Anlehnung an neue feministische Theorien selbst als starre Festlegung entlarvt werden.

Der dritte Themenkomplex des Bandes beschäftigt sich mit demokratiethoretischen Problemstellungen. Behandelt werden die verschiedenen Anforderungen an politisches Denken und Handeln im Kontext biotechnologischer Möglichkeiten, deren sozialdarwinistisches Potential zur Ungleichbehandlung von Menschen nach Walter Euchner auch ein Umdenken der Politik bedarf. Wolfgang Maderthaler legt am Beispiel der Julirevolte in Wien eine Phänomenologie der Massenrevolte vor und Evehard Holtmann macht in ihrem Beitrag auf den instrumentellen Gebrauch und die Vereinnahmungen direkter Demokratie durch professionelle politische Akteure aufmerksam. Wie die Jugendlichen gegenwärtig zur Demokratie oder besser der Demokratie entgegen stehen, erläutert Sibylle Reinhardt anhand der Sachsen-Anhalt-Studie *Jugend und Demokratie*. Gerlinde Sommer beschließt den dritten Teil des Bandes mit verantwortungsethischen Überlegungen zum Institutionenmodell Maurice Haurious.

Der vierte Abschnitt beinhaltet Beiträge von Udo Bermbach und Eva-Maria Seng zur Reichweite des utopischen und sozialgestalterischen Gehalts der Kunst. Abgerundet wird der Band durch die Laudatio für Richard Saage, gehalten von Hans-Hermann Hartwich, und einem ausführlichen Publikationsverzeichnis des Jubilars.

Insgesamt betrachtet, besticht der vorliegende Band besonders durch seine interdisziplinär angelegten Beiträge, die – und das

macht ihn darüber hinaus besonders empfehlenswert – jenseits des politikwissenschaftlichen mainstreams ihren topologischen, ja zuweilen utopischen Platz haben.

STEPHAN MOEBIUS

Siegfried Jäger:  
Kritische Diskursanalyse.  
Eine Einführung,  
DISS Duisburg 1999, 404 S.

1993 erschien die viel beachtete erste Auflage der *Kritischen Diskursanalyse*. Die vorliegende zweite Auflage verdient die Attribute »überarbeitet und erweitert« völlig zu Recht, denn der Autor hat es geschafft, sowohl neue Entwicklungen und Erkenntnisse aus der eigenen Forschungsarbeit und des von ihm geleiteten Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung zu integrieren als auch andere wesentliche Arbeiten zur Diskursanalyse zu berücksichtigen und zu reflektieren. Das trifft ganz besonders für die noch ergänzten wichtigen Arbeiten von Michel Foucault zu und für die Auswertung neuer umfangreicher empirischer Projekte, die auf der Grundlage der kritischen Diskursanalyse durchgeführt wurden. Neue Gedanken und Vorschläge konnten vertieft werden, auch einiges, das in der ersten Auflage übersehen wurde, findet Berücksichtigung und Würdigung. Wichtig erscheint mir, daß es gelang, das Methodeninstrumentarium weiter auszudifferenzieren und neue überzeugende aktuelle Anwendungsbeispiele für die kritische Diskursanalyse aufzuzeigen.

Der Anhang mit Musteranalysen (vgl. S. 235-380) erweist sich als besonders wertvoll, denn es wird deutlich, daß die Diskursanalyse ein Verfahren ist, das der Sprachwissenschaft neue Einsichten und Denkanstöße vermittelt, durch die sie aus ihrer strukturalistischen Isolation befreit werden könnte.

So beklagt Franz Januschek, »daß wir Linguisten nicht mit guten Gründen, sondern zwanghaft immer wieder den eigentlichen Gegenstand unserer Wissenschaft, die konkret-historische sprachliche Tätigkeit in konkret-historischer Gesellschaft, verfehlen, weil wir uns in unserer wissenschaftlichen Tätig-

keit nicht als an dieser Gesellschaft Beteiligte begreifen« (Januschek 1986: 139). Die bisherige Zurückhaltung und die Vorbehalte gegenüber der Diskursanalyse beziehungsweise sogar deren Ablehnung, waren und sind zum Teil heute noch wesentlich bestimmt durch die Dominanz der traditionell strukturalistischen Sprachwissenschaft.

Diskurstheorie und Diskursanalyse haben allerdings und zunächst in der Literaturwissenschaft, zunehmend aber auch in Verbindung mit sprach- und kulturwissenschaftlichen Projekten, seit den achtziger Jahren eine beachtliche Entwicklung erfahren und die Weiterentwicklung zur kritischen Diskursanalyse sogar mögliche revolutionäre Aspekte auch für die Sprachwissenschaft gebracht. Jäger schreibt in Hinblick auf die ablehnende Haltung vieler Linguisten auch noch in den neunziger Jahren: »Die Ablehnung der Diskursanalyse erklärt sich aber zudem aus einer durchaus berechtigten, wenn auch etwas zu sehr selbstbezogenen Sorge, nämlich der, daß die Diskursanalyse eine Öffnung beziehungsweise sogar Aufhebung der Sprachwissenschaft bedeutet.« Er hebt insbesondere hervor, daß der Verzicht auf die Analyse der Inhalte von Texten eine Beschränkung der Linguistik auf sich selbst, eine technokratische Verkürzung bedeute, die Linguisten daraus meinen ableiten zu müssen, daß in allen Wissenschaften und in jedem Alltag Inhalte vorkommen, für die die Linguistik, der Linguist oder die Linguistin nicht kompetent seien (vgl. S. 13).

Jäger stellt eine Diskursanalyse und schließlich eine »Kritische Diskursanalyse« vor, die sich an der Theorie Michel Foucaults orientiert, und sich von den Arbeiten des Dortmunder Literaturwissenschaftlers Jürgen Link inspirieren läßt. Sie übersteigt die Grenzen der Disziplin Linguistik, »indem sie sich auf die Analyse des Diskurses beziehungsweise der Diskurse konzentriert, die sie als Verläufe oder Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit versteht, die die Applikationsvorgaben für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit enthalten und in diese gegenständlich umgesetzt werden und, in Verbindungen mit diesen »Vergegenständlichungen«, insgesamt als Dispositive, weiterwirken, sie »am Leben halten«, sie und sich verändern oder auch zum Absterben bringen können«

(S. 158). Er verfolgt zwei Ziele. Zum einen entwickelt er auf der Basis eines sprachwissenschaftlichen Grundgerüsts für die Feinanalyse von Diskursfragmenten ein für die Diskursanalyse geeignetes Beschreibungs- und Materialaufbereitungsverfahren als Grundlage differenzierter Analyse von Texten und Diskursen. Zum zweiten begründet er eine Methode, die es ermöglicht, (im Prinzip) den gesamtgesellschaftlichen Diskurs und die ihn konstituierenden Diskursstränge vollständig zu erfassen. Jäger will damit demonstrieren, wie der Weg von der Analyse einzelner Texte (als Diskursfragmente) zum Gesamtdiskurs beschränkt werden kann. Sein Ziel ist ein integrierter theoretischer und methodologischer kulturwissenschaftlicher Ansatz für eine Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsanalyse.

Diskursanalyse – so verstanden – ist keine Hilfswissenschaft für andere Disziplinen, sie hat vielmehr transdisziplinäre Funktion und auch einen transdisziplinären Charakter. Das wirft natürlich ganz neue Fragen auf, für die Linguistik und für andere Disziplinen, die fruchtbar sein können (müssen), weil sie das »Normale« (meist das Enge, das Begrenzende) nicht akzeptieren und Herausforderungen darstellen.

Jäger setzt als Ziel der Diskursanalyse, »ganze Diskursstränge (und/oder Verschränkungen mehrerer Diskursstränge) historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren und zu kritisieren« (S. 171). Für die Analyse einzelner Artikel (die in der Regel mehrere, miteinander verschränkte Diskursfragmente enthalten), wird eine Folge von Analyseschritten vorgeschlagen (vgl. S. 175 ff.).

Erstens der institutionelle Rahmen: Jedes Diskursfragment steht in einem institutionellen Kontext. Dazu gehören Medium, Rubrik, Autor, eventuelle Ereignisse, denen sich das Fragment zuordnen läßt, bestimmte Anlässe für den betreffenden Artikel usw. Zweitens die Text->Oberfläche<: Graphische Gestaltung (Fotos, Graphiken, Überschriften, Zwischenüberschriften), Sinneinheiten (wobei die graphischen Markierungen einen ersten Anhaltspunkt bieten), angesprochene Themen. Drittens die sprachlich-rhetorischen Mittel: sprachliche Mikro-Analyse (zum Beispiel Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Implikate und Anspielungen) Kollektivsymbolik



beziehungsweise Bildlichkeit, Redewendungen und Sprichwörter, Wortschatz, Stil, Akteure, Referenzbezüge usw. Viertens die inhaltlich-ideologischen Aussagen: Menschenbild, Gesellschaftsverständnis, Technikverständnis, Zukunftsvorstellung und ähnliches. Fünftens schließlich die Interpretation: Nach den Vorarbeiten kann die systematische Darstellung (Analyse und Interpretation) des gewählten Diskursfragments erfolgen, wobei die verschiedenen Elemente der Materialaufbereitung aufeinander bezogen werden müssen.

Die für die Analyse eines Diskursstrangs von Jäger vorgeschlagene Vorgehensweise umfaßt erstens die Bestimmung des Themas beziehungsweise des ›Gegenstandes‹ der Analyse, zweitens die Sammlung (Archivierung) des Materials auf einer oder mehreren Diskursebenen (Politik, Medien, Alltag), drittens die Struktur- beziehungsweise Überblicksanalyse (Verdatung), Indizierung des gesamten Materials, Ermittlung thematischer Schwerpunkte und Verschränkungen usw., und die Bestimmung eines oder mehrerer für den Diskursstrang typischer Artikel, viertens die Feinanalyse typischer Artikel, fünftens die Analyse und Interpretation des gesamten Diskursstrangs, zum Beispiel in einem Sektor einer Diskursebene (beispielsweise einer Zeitung) und sechstens die synoptische Analyse (das heißt die zusammenfassende und vergleichende Analyse mehrerer Sektoren einer Diskursebene).

Zudem können sich solche Analysen auf mehrere Diskursebenen beziehen und diese vergleichen. Die historische Dimension läßt sich zudem durch Vergleiche mehrerer synchronischer Schritte durch einen Diskursstrang einbeziehen (vgl. S. 190 ff.).

Der Autor macht deutlich und beweist durch seine empirischen Untersuchungen, daß bereits die Erfassung der Diskurse eine kritische Perspektive zutage fördert, indem dabei die impliziten und nicht angesprochenen Voraussetzungen und als Wahrheiten vertretenen Setzungen oder zu Unrecht Konsens beanspruchenden Aussagen oder falschen Verallgemeinerungen und dementsprechenden Fluchtlinien usw. sichtbar gemacht werden können. Die kritische Diskursanalyse zeigt auf, mit welchen Mitteln und für welche ›Wahrheiten‹ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen

wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht (vgl. S. 223 und 275 ff.).

Jäger verweist auf Foucault, demzufolge die Diskursanalyse bereits auf dieser Ebene die Frage beantwortet, »wie ... in den abendländischen Gesellschaften die Produktion von Diskursen, die (zumindest für eine bestimmte Zeit) mit einem Wahrheitswert geladen sind, an die unterschiedlichen Machtmechanismen und -institutionen gebunden« (Foucault 1983: 8) sind. Derartige Analysen können zeigen, welche Kollektivsymbole, welche Argumentationsstrategien, welche Inhalte in wessen Interesse im Diskurs verwendet werden und damit per se die Diskursanalyse als kritisch bezeichnet werden kann. Es wird hervorgehoben, daß erst dann, wenn wir in der Lage sind, die gefundenen diskursiven Sachverhalte wohlbegründet zu problematisieren und zu kritisieren, die Diskursanalyse zur kritischen Diskursanalyse wird.

Kritische Diskursanalyse, wie Jäger sie entwickelt, unterscheidet sich von anderen Konzepten dadurch, daß sie zwar herrschendes Wissen kritisiert, aber nicht ideologiekritisch-orthodox verfährt. Er geht nicht von einem ›Standpunkt‹ aus, der wahr zu sein beansprucht, sondern vertritt die Ansicht, daß jeweilige als Wahrheiten gehandelte Gültigkeiten problematisiert werden müssen. Dies markiert einen wesentlichen Unterschied zu anderen Konzepten kritischer Diskursanalyse. Das Konzept kritischer Diskursanalyse tritt in mancherlei Gestalt in Erscheinung. So bezeichnen sich die Ansätze von Ruth Wodak, Norman Fairclough und Teun A. van Dijk als »Kritische Diskursanalyse« beziehungsweise »Critical Discourse Analysis«. Grundlage und Bezug ist hier vor allem die kritische Linguistik (vgl. Kress/Hodge 1979; Habermas 1971). Van Dijks »Critical Discourse Analysis«, die er auch »Socio-political Discourse Analysis« nennt, richtet sich auf die Untersuchung der Beziehungen zwischen Diskurs, Macht, Dominanz, soziale Ungleichheit und die Position des Diskursanalytikers im Rahmen solcher Beziehungen (vgl. van Dijk 1993: 249 ff.). Für van Dijk geht es vor allem um die Untersuchung der Art und Weise, wie Eliten diskursiv-strategisch Herrschaft ausüben und, unterstützt durch den für sie leichten Medienzugang, dis-



kursiven Mißbrauch betreiben (vgl. van Dijk 1993: 250 ff.). Eine ähnliche Position vertritt auch Fairclough (1993: 135).

Siegfried Jäger teilt die Auffassung, daß Kritik gegen Herrschaft gerichtet sein muß, herrschendes Wissen immer auch mit Macht ausgestattetes Wissen ist, das in der Regel auch als ›Wahrheit‹ propagiert wird (vgl. S. 226 ff.). Er orientiert sich dabei an Foucault, der formuliert: »Wichtig ist, so glaube ich, daß die Wahrheit weder außerhalb der Macht steht noch ohne Macht ist... Die Wahrheit ist von dieser Welt, in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert... Jede Gesellschaft hat ihre Ordnung der Wahrheit, ihr(e) ›allgemeine Politik‹ der Wahrheit: d. h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren läßt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht. (...) Es gibt einen Kampf ›um die Wahrheit‹, oder zumindest ›im Umkreis der Wahrheit‹, wobei nochmals gesagt werden soll, daß ich unter Wahrheit nicht ›das Ensemble der wahren Dinge, die zu entdecken oder zu akzeptieren sind‹, verstehe, sondern das ›Ensemble der Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen geschieden und das Wahre mit spezifischen Machtwirkungen ausgestattet wird‹« (Foucault 1978b: 51ff.). An anderer Stelle heißt es: »Die ›besten‹ Theorien stellen keinen wirksamen Schutz dar, und so bedeutende Themen wie der ›Humanismus‹ können für alle möglichen Zwecke eingesetzt werden. (...) Daraus schließe ich nicht, daß man innerhalb der Ordnung der Theorie alles sagen kann, sondern im Gegenteil, daß eine fragende, vorsichtige ›experimentelle‹ Haltung notwendig ist. Zu jedem Augenblick und auf jeder Stufe muß man das, was man denkt und sagt, mit dem konfrontieren, was man tut beziehungsweise ist.« (zit. nach Lemke 1997: 356 – Anmerkung 86).

An diese Überlegungen knüpft Jäger an, fordert aber darüber hinaus ein Sich-Einlassen auf die diskursiven Kämpfe. »Es geht Foucault eben nicht allein um den taktischen Ein-

satz einer Wissenschaft, sondern um die Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen. Kritische Diskursanalyse – wie ich sie verstehe – verfolgt dem entsprechende Ziele. Ihre Resultate, ebenso wie eingennommene Standpunkte und Haltungen aber sind Mittel, mit denen jede/r sich auf die diskursiven Auseinandersetzungen einlassen kann« (S. 234).

Jägers Text, den der Autor bescheiden »Einführung« nennt, ist mehr als das, es ist ein zugleich unentbehrliches Hilfsmittel für den empirisch arbeitenden Sprach-, Sozial- und Kulturwissenschaftler und für Lehrer aller Fächer, die mit Texten zu tun haben.

- Van Dijk, Teun A. (1993): Principles of Critical Discourse Analysis. *Discourse and Society*, Volume 4,2, April, pp. 249-283.  
 Fairclough, Norman (1993): Critical discourse analysis and the marketisation of public discourse: the universities, in: *Discourse and Society*, 4(1993)2, pp. 133-168.  
 Foucault, Michel (1978): Wahrheit und Macht. Interview mit Michel Foucault von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino, in: Foucault, M. (Hg.), *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin, S. 21-54.  
 Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt/M.  
 Januschek, Franz (1986): *Arbeit an Sprache. Konzept für die Empirie einer politischen Sprachwissenschaft*, Opladen.  
 Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/Hamburg.

MANFRED UESSELER

Michael Maar:  
 Das Blaubartzimmer.  
 Thomas Mann und die Schuld,  
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.  
 2000, 132 S.(17,80 €)

Edo Reents fragte vor einiger Zeit in der *Frankfurter Allgemeinen*: »Was bleibt eigentlich von der im Dezember seltsam euphorisch annoncierten Heimholung Thomas Manns und der Seinen?« Blieb doch – nicht nur für ihn – nach der Ausstrahlung des Breloer-Dreiteilers unter literarischem, geistes- und zeitgeschichtlichem Aspekt ein eigentümlich indifferenter Eindruck. Deshalb sollten vielleicht diejenigen, die nicht nur an der Oberfläche der *Mann-Renaissance* bleiben wollen, das neue Buch des in Berlin lebenden Publizisten und Schriftstellers Michael Maar lesen.

Worum geht es? Frühjahr 1933. Noch haben wir das Bild aus Breloers Mehrteiler vor Au-

gen: Thomas Mann ist in unruhiger Erwartung. Seine »Befürchtungen«, vertraut er Ende April dem Tagebuch an, »gelten jetzt in erster Linie u. fast ausschließlich diesem Anschläge gegen die Geheimnisse meines Lebens. Sie sind schwer und tief. Furchtbares, ja Tötliches kann geschehen.« Das Warten wird ihm zur Hölle: »Ich konnte nicht schlafen bis 3 Uhr, gequält von Altem u. namentlich von der Affaire des Koffers, hinter der mörderische Tücke lauert.«

Es geht um seine Tagebücher. Nachdem er sich entschlossen hatte, vorerst nicht nach Deutschland zurückzukehren, bat er seinen Sohn Golo – »Ich rechne auf Deine Diskretion, daß Du nichts von diesen Dingen lesen wirst« –, ihm die Tagebücher von München aus nachzuschicken. Eine ungewisse Zeit bricht an. Schließlich erreicht ihn am 2. Mai 1933 die »Entwarnung«: der Koffer mit der für ihn so kostbaren Fracht ist in der Schweiz. Für Thomas Mann heißt das: »Bedeutende u. tiefe Erleichterung. Das Gefühl, einer großen, ja unaussprechlichen Gefahr entgangen zu sein, die vielleicht keinen Augenblick bestanden hat. – «

Es läßt sich heute nicht mehr nachvollziehen, was dieser Koffer für ein Geheimnis barg, hat doch Thomas Mann seine frühen Tagebücher im amerikanischen Exil verbrannt. Und hier beginnt Maar mit seinen Überlegungen. War vielleicht »die Angst vor dem Anschlag auf die Geheimnisse seines Lebens nicht nur hysterisch, vielleicht sind diese Geheimnisse wirklich schwer und tief«? Folgen wir bisherigen Interpretationen, gelangen wir fast zwangsläufig zu der Fragestellung, die »ein homosexuelles Rencontre« beim jungen Thomas Mann suggeriert. Für Maar sind es »die Briefe und Tagebücher, die leise dagegen sprechen und bei deren genauer Lektüre sich die Horizontlinie verschiebt«. Zwei Dinge erschließen sich bei einem intensiveren Lesen. »Das erste ist, daß Thomas Mann mit den jungen Männern ganz offensichtlich über einen schüchternen Kuß nie hinausgelangt ist.« Und zweitens war Thomas Mann »nicht der Typus, sich seiner Sehnsüchte wegen als Sünder zu empfinden«, findet sich doch für »das Schuldgefühl, das sich aus dem Bewußtsein sexueller Abweichung speisen soll ... nirgends ein Beleg«.

Es muß um etwas anderes gegangen sein. Schon 1904 heißt es in einem Brief an seinen

Bruder Heinrich, daß er »Schlimmeres zu ver-gessen« habe. Was Maar zu der Schlußfolgerung veranlaßt: »Doch nicht die Wirren der Geschlechtlichkeit offenbar, sondern Taten, Handlungen; Gemeinheiten eben und Schlimmeres.«

Eine Tagebuchnotiz vom August 1950 lautet: »Daß *alle* Erinnerung für mich im Wesentlichen peinvoll ist«. Warum? »Es kann kein Zweifel sein: wenn es ein Werk gibt, dem Thomas Mann, wie verschlüsselt auch immer, die Geheimnisse anvertraut hat, deren Aufdeckung er im April 1933 als tödliche Gefahr fürchtete, dann ist dieses Werk der *Doktor Faustus*. Und umgekehrt, wovon sonst sollte das Gesamtwerk handeln als von eben jenen Lebensgeheimnissen, von denen die Tagebuchstelle spricht?« Maar findet die Bestätigung seiner Annahme in einer Briefstelle, die da heißt: »Dies düstere und radikale Werk mußte einmal geschrieben werden, wenn ich mich ganz darbringen wollte.«

Die vorliegende Untersuchung hat viel von einer philologischen Kleinarbeit. »Die nicht geringste Schwierigkeit bei diesen Spekulationen liegt darin, daß wir nicht wissen, ob wir etwas kumulieren, was getrennt zu halten ist. Das Tagebuch spricht von den Geheimnissen im Plural, nicht nur von einem. Niemand sagt uns, daß es nicht eine Reihe von Vorfällen gab.« Und deshalb stellt Maar zwei für die Betrachtung wichtige Fragen. Zum einen: »Wo kämen wir hin, wenn wir bei jedem Autor, der Blut fließen läßt, persönliche Erfahrung veranschlagten?«, und: »Umgekehrt: gibt es nicht äußerst wirkmächtige Schuld, die nur auf Einbildung beruht?«

Sicherlich sollten wir uns vor Augen halten – und Maar weist deshalb auch noch einmal ausdrücklich darauf hin –, daß man die Einbildungskraft eines Schriftstellers nicht unterschätzen sollte, vor allem wenn sie gar so groß ist, daß »etwas heftig Vorgestelltes einen Schatten werfen kann, der ein Lebenswerk überdeckt«. Überzeugen solche Argumente den aufmerksamen Leser? Wohl kaum. »Was mit dem *Tobias Mindernickel* beginnt und dann fast sechzig Jahre lang umgewälzt wird, hat nichts mit Pose zu tun.«

Fragen wir anders: »Kann das zu Beichtende auf einer nur phantasierten Tat beruhen?« Wenn wir Thomas Mann, der darauf beharrt

hat, »nichts erfunden zu haben«, folgen, müssen wir verneinen. Es ist unglaublich, »daß ein Hirngespinnst ihn so stark traumatisiert« hat, ja »unwahrscheinlich, daß die Geheimnisse dieses Lebens sich nur auf Vorgestelltes beziehen«.

Wir werden als Leser allein gelassen. Es bleibt das Geheimnis. »Die Wahrheit stand in den frühen Tagebüchern und liegt in deren Asche begraben.« Schließlich muß auch Maar sich zu der Feststellung bekennen, »daß ein großes X bleibt in dieser Biographie«.

Was will oder besser kann ein Autor angesichts dieser Quellenlage auch anderes tun? Sein ihm eigener Blickwinkel kann uns Thomas Mann neu lesen lassen. »Die Schuld sorgt für die notwendige Stimulanz dieses Werks, aber darin erschöpft sie sich nicht. Ohne sie wäre Thomas Mann nicht der große Psychologe der Weltliteratur geworden, den die Leserschaft in ihm verehrt.« Wahrscheinlich wäre er auch nicht zu dem großen Humoristen geworden. »Das Schuldgefühl gibt dem Humor und den Seeleneinblicken die Tiefe, die dem Unschuldigen verschlossen ist. Ohne diesen Untergrund bliebe seine Kunst flach; darin liegt die innere Wahrheit des Teufelpakts.«

Das Buch provoziert, will eine neue Sichtweise anregen. Am Ende vermischt sich der Eindruck des Lesers mit dem des Autors. Wir haben ihn immer noch, *unseren* Thomas Mann. »Es hat sich ja kein Pünktchen geändert an ihm. Und doch ist es nicht ganz das alte mehr. Die Beleuchtung wechselt, und was blind schien, schlägt plötzlich die Augen auf.«

MATHIAS IVEN

Edward O. Wilson:  
Die Zukunft des Lebens,  
Siedler Verlag Berlin 2002,  
255 S. (19,90 €)

Zumindest zwei Bücher des herausragenden Spezialisten für Insektengesellschaften Edward O. Wilson haben Biologiegeschichte gemacht, die zusammen mit R. H. MacArthur verfaßte *Theory of Island Geography* sowie seine *Sociobiology*, mit der er einer ganzen Teildisziplin der Biologie ihren Namen gab. Von sei-

ner *Zukunft des Lebens* wird man ähnliches zwar nicht sagen können, doch handelt es sich um ein sehr lebendig und allgemein verständlich geschriebenes, sachkundiges und lesenswertes Buch. Es geht um das Schicksal des Lebens auf der Erde in diesem Jahrhundert – um das menschliche und um das unserer Mitgeschöpfe. Verlässliche Prognosen für beide Bereiche sind natürlich schwierig, wenn nicht gar völlig unmöglich. Noch am 10. September 2001 ahnte niemand, welche Folge von Ereignissen schon am kommenden Tag in Gang gesetzt werden würde, von denen wir auch heute noch nicht wissen, ob sie wieder versanden oder sich zur weltweiten Katastrophe ausgewachsen werden. Auch viele für Voraussagen über das Schicksal der Organismenwelt wesentliche Tatsachen und Zusammenhänge sind uns noch recht rätselhaft. Wir wissen noch nicht einmal annähernd, wie viele Arten von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen heute auf der Erde tatsächlich existieren. Wilson schreibt: »Weniger als zwei Millionen sind wissenschaftlich erfasst und mit lateinischen Namen versehen, während schätzungsweise fünf bis 100 Millionen Arten noch zu entdecken sind.« Fünf bis 100 Millionen! Zwar lesen wir: »Je mehr Arten zusammenleben, umso stabiler und produktiver ist das Ökosystem, das sie bilden.« Doch muß Wilson einräumen, daß selbst diese fundamentale und für das von ihm behandelte Problem wichtige Tatsache – wenn es sich denn um eine solche handelt – unter Ökologen nicht unwidersprochen ist. Geraten ein Tier, eine Pflanze oder ein Pilz auf einen anderen Kontinent mit ähnlichem Klima wie in ihrer Heimat, so kann niemand voraussagen, ob diese Art dort zugrunde gehen, sich problemlos in die vorhandenen Lebensgemeinschaften einfügen oder zum Zerstörer seiner neuen Umwelt werden wird. Niemand hat vorhergesehen, daß seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts unter den Wirbeltieren ausgerechnet die Amphibien die größten Einbußen erleiden würden.

Trotz solcher Ungewißheiten ist Wilsons Versuch, die Aussichten für das Leben auf der Erde gedanklich zu sondieren, mehr als gerechtfertigt; denn gravierende Probleme der kommenden Jahrzehnte sind auch heute schon deutlich erkennbar. Sie sind vor allem die Folge des immer rascheren Bevölkerungs-

wachstums sowie des zunehmenden Pro-Kopf-Verbrauchs an natürlichen Ressourcen. Die älteren der heutigen Menschen sind die erste Generation, die es erlebt, daß sich die Weltbevölkerung während ihrer Lebenszeit verdoppelt, von drei auf sechs Milliarden. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen in Westeuropa und den USA ist so hoch, daß er unmöglich das allgemeine Niveau werden könnte. »Will die übrige Weltbevölkerung mit Hilfe der vorhandenen Technologie das Konsumniveau der Vereinigten Staaten erreichen, braucht sie dafür vier weitere Planeten wie die Erde.« Aber nicht nur die Ressourcen drohen knapp zu werden, wir zerstören auch unsere Umwelt. Der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre hat den höchsten Stand seit mindestens 200 000 Jahren, wir haben den Stickstoffkreislauf aus dem Gleichgewicht gebracht und zu einer unheilvollen globalen Erwärmung beigetragen. »Der rapide Waldverlust der letzten fünfzig Jahre gehört zu den einschneidendsten Umweltveränderungen in der Geschichte des Planeten.« Er wirkt sich verheerend auf den Wasserhaushalt aus. In den nördlichen Ebenen Chinas sank der Grundwasserspiegel in den neunziger Jahren um durchschnittlich 1,5 Meter pro Jahr. Seit 1972 trocknet der Gelbe Fluß fast jährlich auf einem Teil seines Laufes aus.

Dennoch hält Wilson die Lage nicht für hoffnungslos. Das Bevölkerungswachstum beschleunigt sich zwar noch weltweit, aber es beschleunigt sich langsamer als in der Vergangenheit. In den reichen Ländern ginge die Bevölkerung ohne Zuwanderung sogar schon zurück. Wilson verweist auf Berechnungen, wonach die Menschheit im ausgehenden 21. Jahrhundert mit neun bis zehn Milliarden ihren zahlenmäßigen Höhepunkt erreichen wird. Diese zahlreichere Weltbevölkerung wird sich durchaus ernähren können, sogar besser als heute. Denn »Wissenschaft und Technik bergen das Potenzial für eine Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger Verringerung der dazu benötigten Rohstoffe und Energie...« Im Jahr 2100 wird die wegen der Fortschritte der Medizin vor allem aus Alten bestehende Menschheit genetisch homogener sein als gegenwärtig.

Das Schicksal des Menschen wird auch weiterhin über das aller übrigen Bewohner des Erdballs entscheiden. Schon heute sind viele

Naturlandschaften und zahlreiche Arten verschwunden. Wilson schildert anschaulich, vor allem an den erschreckenden Beispielen der relativ späten menschlichen Besiedlung abgelegener Inseln, wie es dazu kam. Vernichtung des ursprünglichen Lebensraumes durch Ackerbau, Jagd auf mehr oder weniger wehrlose Tiere sowie die planmäßige oder unbeabsichtigte Einführung fremder Arten sind die wesentlichen Ursachen für die Vernichtung vieler Inselbewohner. Wilson zieht hieraus die Schlußfolgerung, daß »der ›edle Wilde‹ ... niemals existiert (hat). Der Garten Eden – von Menschen besiedelt – verwandelt sich in ein Schlachtfeld. Das Paradies zu finden heißt, es zu verlieren.«

Nach Wilsons Prognose wird im ausgehenden 21. Jahrhundert nur noch eine »gequälte« Natur übrig und die Urwälder werden weitgehend verschwunden sein, mit ihnen die meisten Zentren biologischer Vielfalt. Der Zustand von Korallenriffen, Flüssen und anderen aquatischen Lebensräumen wird sich dramatisch verschlechtern und mehr als die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten wird verschwunden sein. Dennoch ist dies im Vergleich zu anderen eine optimistische Prognose. Wilson erwähnt eine Studie, nach der die Weltbevölkerung schon um 1978 die Kapazitätsgrenze für ein nachhaltiges Wachstum erreicht hatte.

Wilson schöpft seinen Optimismus aus seinen eigenen Erfahrungen in der Umweltbewegung und führt zahlreiche Beispiele dafür an, daß die Gefahren für die Umwelt und damit auch für die kommenden menschlichen Generationen erkannt werden und die Menschen immer mehr bereit seien, entsprechend zu handeln. In den USA soll jeder zehnte in einer Umweltorganisation tätig sein, in Dänemark sollen pro Einwohner sogar mehrere Mitgliedschaften in solchen Verbänden kommen. Maßnahmen zum Umweltschutz erfolgen vor allem aus praktischen Erwägungen; denn mit jeder verschwindenden Art kann eine nützliche und einmalige Rohstoffquelle unwiederbringlich verloren gehen. Immer deutlicher wird, daß kurzfristige ökonomische Vorteile nur allzu oft mit der Vernichtung der Möglichkeit erkaufte wurden, später überhaupt noch Gewinne zu erzielen. All dies ist schlüssig und plausibel ausgeführt. Weniger schlüssig sind

Wilsons Darlegungen zu den emotionalen Gründen, die uns die Natur und ihre Formenvielfalt als wertvoll erscheinen lassen. Beispielsweise ist schwer einzusehen, daß die Erkenntnis, daß wir einmal in grauer Vorzeit gemeinsame Vorfahren mit unseren Mitgeschöpfen hatten, zu emotionalen Bindungen an sie führen könnte. Interessanter ist die Idee, auch unsere ästhetischen Vorlieben beruhten letztlich auf Nützlichkeitsabwägungen. Unsere Vorliebe für Parklandschaften könnte darauf beruhen, daß es für die frühen Menschen nützlich war, solche Landschaften aufzusuchen. Vielleicht begannen sie deshalb, solche Gegenden auch schön zu finden.

Für diejenigen, die sich gründlicher mit dem Problem befassen möchten, sind Wilsons Darlegungen ein ausgezeichnete Einstieg, auch durch ein instruktives Literaturverzeichnis (nebst Internet-Adressen).

ERICH LANGE

**Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik:  
Memorandum 2002,  
PapyRossa Verlag Köln 2002,  
258 S. (15,80 €)**

Das Memorandum der AG Alternative Wirtschaftspolitik ist nach wie vor die wichtigste Antwort auf den jährlichen Bericht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist gleichermaßen Kritik des Sachverständigen-Gutachtens wie konstruktives Alternativkonzept.

Der Untertitel der diesjährigen Publikation lautet: »Blauer Brief für falsche Wirtschaftspolitik – Kurswechsel für Arbeit und Gerechtigkeit«. Schwerpunktmäßig geht es dabei um eine Abrechnung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung im Wahljahr 2002. Waren die Stellungnahmen in den Jahren 1999 bis 2001 noch von einer gewissen Rücksichtnahme gegenüber Rot-Grün geprägt, so läßt der diesjährige Bericht davon nichts mehr erkennen. Schonungslos wird »das Elend« einer Politik offengelegt, die vor dreieinhalb Jahren unter dem Slogan »Arbeit und Gerechtigkeit«

angetreten war, aber weder für das eine noch für das andere Ziel wirksame Maßnahmen ergriffen, geschweige Lösungen gefunden hat. Da auch absolut nichts darauf hindeutet, daß sie in Zukunft derartige Maßnahmen ergreifen wird, ist ihre Kritik durch die Memo-Gruppe grundsätzlich und scharf. Dies betrifft so ziemlich alle Bereiche der Politik: *Erstens* die Konjunkturpolitik, die »konzeptionslos« in die Rezession geführt hat (S. 42), *zweitens* die Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik, weil diese mit ihren Einspar- und Lohnsenkungsabsichten in die falsche Richtung orientiert hat, *drittens* die Beschäftigungspolitik, die auf eine Reduzierung des Arbeitsangebotes ausgerichtet ist, die Stimulierung der Arbeitsnachfrage aber vernachlässigt, *viertens* die Gesundheitspolitik, die den Arbeitnehmern höhere Beiträge bei geringeren Leistungen beschert hat, *fünftens* die Finanzpolitik, die von einem manischen Sparzwang geprägt ist, nicht aber von finanzpolitischer Weitsicht und flexiblem ökonomischem Handeln, *sechstens* die Umweltpolitik, die vor den »Zwängen« der Globalisierung kapituliert hat. Ein besonderer Abschnitt ist dem *Aufbau Ost* gewidmet: »Stagnation als Chefsache« (S. 19 ff.). Im ausführlichen Teil des Memorandums nimmt der sechste Abschnitt (Abschied vom Aufholprozeß Ost) einen zentralen Platz ein. So wenig wie der Osten sonst in den Berichterstattungen der Regierung im Zentrum steht, so sehr ist dies hier der Fall. Der Grund dafür ist, daß in bezug auf den Osten Anspruch und Wirklichkeit in besonderer Weise auseinander klaffen. So stagniert der deutsch-deutsche Aufholprozeß seit 1996. »Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich seitdem wieder, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich hieran in den nächsten Jahren grundlegend etwas verändern wird« (S. 146). Die in diesem Zusammenhang auch von anderer Seite aufgezeigten Lücken, die Produktions-, Produktivitäts-, Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögenslücke, finden hier eine umfassende datengestützte Interpretation und ökonomische Begründung.

Lesenswert sind auch die Überlegungen der Arbeitsgruppe zu der Frage: Wie weiter? Im Unterschied zu schönfärberischen Wahlreden und unhaltbaren Versprechungen bemühen sich die Autoren um eine »nüchterne Wertung der Perspektiven« (S. 169), und die sind eher



düster. Sie reichen von einer Situation »unbefristeter Transferzahlungen« über die weitere Ausdünnung Ostdeutschlands bis hin zu regionalen Differenzierungen größten Ausmaßes. Um diesen Prozeß umzukehren, wäre eine gezielte Struktur- und Beschäftigungspolitik erforderlich, welche die Entwicklung endogener Potentiale mit einer Förderung externer privater und öffentlicher Investitionen verbindet. Eine solche Initiative ist aber seit 1998 ausgeblieben, was der rot-grünen Bundesregierung zu Recht angelastet wird.

Andere Abschnitte des Memorandums sind nicht weniger interessant, so zum Beispiel der zweite Teil, der sich mit der wachsenden Ungleichheit in der Bundesrepublik beschäftigt. Dies gibt den Autoren erstmals Gelegenheit, sich mit dem *Armut-* und *Reichtumsbericht* der Bundesregierung von 2001 auseinander zu setzen. »Eindeutig macht dieser Bericht sichtbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht« (S. 71). Dennoch aber, so die Kritik, sieht die rot-grüne Regierung »keinen Handlungsbedarf«. Vielmehr verfolgt sie ihr Ziel, die Reichen reicher zu machen und die Armen ärmer, weiter und verspricht sich davon positive Effekte für die Konjunktur. Überprüft man diese Politik auf ihre theoretischen Grundlagen hin, so wird eine peinliche Nähe zu den Konzepten der Opposition erkennbar. In jedem Fall handelt es sich um neoliberales Gedankengut, das hier unkritisch von der rot-grünen Regierung übernommen worden ist und inzwischen als allgemeingültige »Wirtschaftsphilosophie« ausgegeben wird (vgl. S. 76 ff.). Unmißverständlich plädieren die Autoren für die Wiedereinführung eines »angemessenen Beitrags der Wohlhabenden zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben und zur Alimentierung ausreicher Sozialtransfers« mittels einer entsprechenden Steuer. Die dafür als Argumentationshilfe angebotenen Zahlen überzeugen durchaus. Übersehen wird jedoch, daß die Regierung diese Zahlen sicherlich kennt, die tatsächlichen Machtverhältnisse und Interessenlagen es ihr aber unmöglich machen, darauf im Sinne sozialdemokratischer Grundsätze zu reagieren. Auch wenn einige der vorgeschlagenen Maßnahmen diskussionswürdig sind, so trägt die klare und offene Sprache des Memorandums doch dazu bei, die Wirtschafts- und

Sozialpolitik der Regierung noch kritischer als bisher ohnehin schon zu sehen und sich mit den offensichtlichen Fehlern und Versäumnissen dieser Politik qualifiziert auseinander zu setzen. Die politische Alternative ist jedoch auch hier das Rätsel, das nicht gelöst wird – und wofür das Buch auch keine Hilfen bietet.

ULRICH BUSCH

## Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sachsen e.V.:

Moskau 1938.

Szenarien des Großen Terrors,  
herausgegeben von Klaus Kinner  
in Verbindung mit Willi Beitz,  
Leipzig 1999, 196 S.

In der Erforschung des Stalinismus ist seit 1990 auch von deutschen Wissenschaftlern aus dem linken Spektrum viel geleistet worden. Es gibt unterdessen nicht wenige politische Stimmen, die in Distanz zu diesen Leistungen meinen, es reiche nunmehr. Die politischen Motive sind durchsichtig. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, eine der kreativsten linken Institutionen im deutschen Sprachraum, hat viel mit den ihr verbundenen Wissenschaftlern – hier sei nur an Klaus Kinner, Wladislaw Hedeler, Ulla Plener, Lutz-Dieter Behrendt erinnert – zur Entwicklung der Stalinismusforschung beigetragen. Vorliegende Beiträge für ein Kolloquium am 25. April 1998 dokumentieren ein weiteres Zwischenergebnis.

Ein erster großer Komplex fragt nach Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des »Großen Terrors« der Jahre 1936 bis 1938. Der Begriff »Großer Terror« stammt aus der russischen Historiographie. Das spezielle Interesse der Autoren gilt in dem Band den Mechanismen des Zusammenspiels von Partei- und Staatsapparat. Allein jene Fakten, die Hedeler zur Archivsituation in Rußland auflistet, lassen die Dramatik jener Jahre aufscheinen. Hedeler plädiert dafür, »das Übergewicht des noch nicht verarbeiteten empirischen Materials in Erinnerung zu rufen und vorschnelle Definitionen der Komplexität der dahinter verborgenen Wirklichkeit zu relativieren.« (S. 11). Bis-



her konnten die Szenarien der Moskauer Schauprozesse vom Erscheinungsbild her erschlossen werden. Hedeler fordert hingegen, »das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Element der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte« (S. 11), zu bestimmen. Hier wird ein ganzes Forschungsprogramm angerissen. Anhand von zwei Dokumenten stellt Hedeler Anfang und Ende, Idee und Ausführung der Moskauer Schauprozesse genauer dar als bislang bekannt. Bei dem ersten Dokument handelt es sich um das von Jeshow 1935 begonnene und von Stalin sowie von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) redigierte Manuskript, das ein Szenario der Schauprozesse sowie die Grundelemente der Rundschreiben des ZK der KPdSU(B) in den Jahren des Großen Terrors enthält. Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um das Stenogramm des Schauprozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« vom 2. bis 12. März 1938 im Umfang von 1200 Blatt. Hedeler spürt dem Zusammenspiel von Partei- und Staatsorganen exakt nach.

In der Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus sieht Ulla Plener eine Grundlage des Massenterrors. Sie erblickt im »Ausschluß der selbständig denkenden Persönlichkeit aus dem Parteiverständnis, verbunden mit weitgehender Reduktion der lebendigen Persönlichkeit auf den Parteiapparat als Instrument des jeweiligen Parteiführers ... eines der konstitutiven Momente des Stalinismus« (S. 30). Plener problematisiert das Disziplinverständnis, den Treuegrundsatz, das Entweder-Oder-Denken, das Meinungsmonopol im Parteikommunismus und stellt alles sozialistischer Ethik gegenüber. Neues Material über den Terror in der Komintern-Zentrale, besonders in dem sogenannten Verbindungsdienst, dem Nervenzentrum der Kommunistischen Internationale, präsentiert Bernhard H. Bayerlein. Einen Kulturbruch erkennt Steffen Dietzsch noch nicht im Roten Terror unmittelbar nach der Oktoberrevolution, sondern erst in den Jahren um 1937/38. »Diese Zeit des exzessiven, nach innen gerichteten und längst nicht mehr schichten-, sozial oder klassenorientierten Massenterrors in den Dreißigern markiert einen definitiven Bruch in der Kultur sozialer

Revolutionen überhaupt« (S. 66). Lutz-Dieter Behrendt erblickt in den roten Professoren, also in den Absolventen der von 1921 bis 1937/38 existierenden Instituten der Roten Professur, der ranghöchsten Bildungseinrichtung der sowjetischen Partei, eine Personengruppe, die unter dem stalinistischen Terror besonders zu leiden hatte. Er stellt aber differenzierend fest: Während die erste Generation dieser Roten Professoren, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in leitende Funktionen aufgestiegen waren, mit geringen Ausnahmen ihren Einfluß und oft auch ihr Leben verloren, begannen andere in der Periode des Großen Terrors ihre steile Karriere, die sie bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein in höchste Funktionen in Politik und Wissenschaft führten, so Suslow, Ponomarjow, Pospelow, Iljitschow, Pelsche, Mitin, Judin, Konstantinow, Kedrow, Minz. Der Kritik der Transformationsauffassung Bucharins durch Lenin spürt Andreas Eichler nach.

Ein zweiter Komplex des Bandes widmet sich der internationalen Dimension des Terrors. Auch hierzu ist viel zu finden. Carola Tischler verweist auf 688 Personen, die von den KPD-Führern Pieck, Florin, Hähnel und Wehner von September 1936 bis Juni 1938 aus der Partei ausgeschlossen wurden, davon 548, die nach ihrer Verhaftung durch den NKWD aus der Partei gefeuert wurden. Die KPD-Führung hat die Beschuldigungen gegen ihre Mitglieder zumindest in den ersten Monaten ohne Zweifel geglaubt. »Sie hat die Loyalität zum sowjetischen Staat höher gestellt als die zu den eigenen Mitgliedern« (S. 108). Noch sind nicht alle Opfer bekannt. Wie die KP Polens unter Mitwirkung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern zerschlagen wurde, untersucht Eva Seeber.

Die Seiten, auf denen Frido Seydewitz seine zehn Jahre umreißt, in denen er vom stalinistischen Terror erfaßt war und sich in den Fängen des NKWD befand, zählen zu den einprägsamsten des Bandes. Spätestens hier scheint beim Leser ein – selbstverständlich inadäquates – Bewußtsein davon auf, was zumindest die Geschichtsschreibung den Opfern noch schuldig ist. Wie furchtbar sich der Große Terror auf den Antifaschismus und besonders auf das Ende der Volksfrontpolitik auswirkte, zeigt Klaus Kinner. Kinner, gegen-

wärtig wohl der beste Kenner der KPD-Geschichte, warnt davor, die KPD vorwiegend als Opfer stalinistischer Repressionen zu begreifen. Vielmehr: »Ihre führenden Kräfte und ihr Apparat wurden zunehmend selbst als Mitäter in die mörderischen Mechanismen des Terrors einbezogen« (S. 142). Der Auswirkung der Moskauer Prozesse auf die deutsche und internationale Sozialdemokratie widmet sich Herber Mayer, wobei er den Rahmen weiter faßt und die Stellung der Sozialdemokratie zur Sowjetrußland seit 1917 umreißt. »Schriftsteller unter dem Terror« heißt ein dritter Abschnitt des Bandes. Willi Beitz gibt einen Überblick über das Thema, und Wolfgang Geyer untersucht am Fall Gide-Feuchtwanger die Wahrnehmungen von Terror.

Der Band spiegelt den Arbeitsstand und ein Entwicklungsniveau der Stalinismusforschung des Jahres 1998 wider. Nach Gründung des Ständigen Kolloquiums zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung in Leipzig im Jahre 2001 ist mit einer Konzentration von wissenschaftlichen Potenzen und mit weiteren Erkenntnissen auch zum Stalinismus zu rechnen.

ROLF RICHTER

**Dietmar Wittich:  
Wahlzeiten, Kriegszeiten,  
andere Zeiten. Betrachtungen  
eines ostdeutschen Soziologen.  
VSA-Verlag, Hamburg 2001**

Wer im letzten Jahrzehnt die Entwicklung im Osten Deutschlands allgemein und die der PDS im besonderen verfolgt hat, ist immer wieder auf Arbeiten von Dietmar Wittich gestoßen. Der VSA-Verlag hat jetzt eine Auswahl von ihnen in einem Band zusammengefaßt. Und siehe – es ergibt sich ein Bild, das allerdings ob seines häßlichen Realismus nicht jedem gefallen wird.

Der Band ist hochaktuell. Deutsche Soldaten stehen auf dem Balkan und am Hindukusch, sind am Horn von Afrika und auf dem Weg in den Persischen Golf. Dem wachsenden militärischen Engagement des »neuen« Deutschland fehlt – wie Wittich nachweist –

die mehrheitliche Akzeptanz der Bevölkerung. Dem Frieden aber fehlt deren massiver Widerstand. Und so scheinen wir denn auf dem Weg zu permanenten Kriegszeiten als dem gesellschaftlich geduldeten Normalzustand.

Wahlzeit haben wir in Permanenz. In den Wahlen zeigen sich immer deutlicher Tendenzen, die Wittich schon vor Jahren aufgezeigt hat: »Die deutsch-deutschen Unterschiede und Vorbehalte sind manifest ...« (S. 47) – jüngst im Berliner Wahlergebnis.

Die PDS erhält im Osten nicht nur mehr Stimmen als alle anderen ins Abgeordnetenhaus gewählten Parteien zusammen, sie gewinnt auch noch alle Direktmandate; und die veröffentlichte Meinung ist empört, wenn eine Partei mit einem solchen Wahlergebnis an der Regierung beteiligt wird. Die »Ampel« hatte die wohlwollende Akzeptanz der Medien – allerdings nicht die Mehrheit der gültigen Wählerstimmen. Defizite im Demokratieverständnis?

Man kann sich selbstredend darüber mokieren, daß Ostdeutsche, wie in Berlin geschehen, zwölf Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft deren sozialistische Nachfolger wählen. Man könnte aber auch die Analysen Wittichs zur Kenntnis nehmen, der zum Beispiel 1996 einen »spezifisch ostdeutschen Entwicklungsweg bei der Umgestaltung der ›Klassenlandschaft‹, als relativ geschlossene Ausbildung einer ganzen Region zur ›Peripherie« konstatierte (S. 78). So könnte man allerdings die Erkenntnisvorstufe des Wunders überschreiten und zu Erklärungen gelangen, die ihrerseits wieder womöglich unerwünschte politische Konsequenzen nahelegen könnten. Wittichs Analysen könnten für viele lehrreich, wenn auch un bequem sein.

Die Frage, wann diese anbrechen und wie ihnen zum Durchbruch zu verhelfen sei, ist nun die interessanteste, die sich aus Wittichs Analysen ergibt. Bei der Bewertung der Bundestagswahlergebnisse von 1998 kommt Wittich unter anderem zu dem Ergebnis: »Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt: Es gibt viel Platz für die Profilierung linkssozialistischer Politik« (S. 159). Diesen Platz sollte die PDS nutzen, ihn aus-zufüllen sollte sie sich wohl bemühen. Zu diesem Zweck unter anderem betreibt sie eine Programmdiskussion, die recht holprig und un gelenk daher kommt.

Wittich ist mitnichten ein Partei-Soziologe der PDS. Ich habe es des öfteren erlebt, daß er ihr den Spiegel vorhielt, und alle schauten beleidigt weg. Wittichs Beiträge zur Programmdiskussion tragen zur Profilierung linkssozialistischer Politik vor allem dadurch bei, daß er engstirnigem Dogmatismus und »schlagwortbezogener Argumentation« entgegentritt. Ansonsten liefern seine Analysen reichhaltiges Material, das nur genutzt werden will.

Sieht man allerdings die aktuell laufende Programmdiskussion der PDS im Zusammenhang mit ihrer praktischen Politik, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, dann könnte man ihr einen leichteren Weg empfehlen: Vielleicht sollte die PDS einfach das Buch zu ihrem Programm machen, das Mühsams Lampenputzer schon vor 95 Jahren schrieb – »nämlich wie man revoluzt und dabei noch Lampen putzt«.

Wie dem auch sei. Wittich hat ein sehr erstaunliches Buch vorgelegt: 200 Seiten Soziologie – nicht nur lesbar, sondern auch noch interessant und anregend.

LOTHAR HERTZFELDT

**Heiner Ganßmann:**  
Politische Ökonomie  
des Sozialstaats. Einstiege.  
Grundbegriffe der Sozialphilosophie  
und Gesellschaftstheorie, Band 10,  
Westfälisches Dampfboot Münster  
2000, 202 S. (15,30 €)

In der Kritik ist der Sozialstaat, seit es ihn gibt. In der Krise befindet er sich auch nicht das erste Mal. Ob nun der Arbeitsgesellschaft die Arbeit oder dem Sozialstaat die finanzielle Puste ausgeht, ob wir eine tiefgreifende Transformation sozialstaatlicher Institutionen oder deren minimale Anpassung im Zeitalter der Globalisierung erleben – diese allenthalben diskutierten Entwicklungen läßt Heiner Ganßmann in seiner Politischen Ökonomie des Sozialstaats außen vor.

Ein »kühler, langer Blick auf die Entwicklung sozialstaatlicher Programme, ihre Rolle und Funktion sowie ihre Einbettung in gesell-

schaftliche Entwicklungsprozesse« soll Einsteigern den Sozialstaat der Bundesrepublik »als Teil der politisch-ökonomischen Konstellation von Kapitalismus und Demokratie im späten 20. Jahrhundert« näher bringen. Mit Hilfe von Ansätzen der politischen Ökonomie, vor allem spieltheoretischer Herkunft, plziert der Autor das sozialstaatliche Institutionengefüge als hauptsächlichen Problembearbeiter und Wegweiser im Dauerkonflikt zwischen Autokratie, Plutokratie und Demokratie. Für »echte« Einsteiger ist dies eine vielleicht etwas schwer verdauliche Kost.

CHRISTIAN BRÜTT



**Zeitschrift  
Marxistische  
Erneuerung**

**13. Jahrgang, Nr. 50, Juni 2002, 224 Seiten**

**Das „Empire“ im Krieg**  
Ruf – Demontage des UN-Systems / Peter – Die Intellektuellen, der Terrorismus und der Krieg / Becker – Haben Wir ein neues Bild vom Krieg? / Kruschwitz – Friedensinitiative und Umbau der Bundeswehr

**Konjunktur, Krise, Profit**  
Hähma – Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 2001/2002 / Bontrup – Kapitalrenditen / Hautsch – Kirch: Zusammenbruch des Medien-Imperiums

**Vor den Wahlen**  
Wehner – Steuerpolitik von SPD und Grünen / Hickel – Gemeindefinanzen / Gemke – Bilanz der Arbeitsmarktpolitik / Burkhardt & Michelsen – Wohin steuert die Gesundheitspolitik?

**Und:**  
Unger – Globalisierung, Imperialismus, revolutionäres Subjekt / Corserat – „Empire“ von Hardt & Negri / Fuchs & Hofkirchner – Postfordistische Globalisierung / Nykos – Produktion und Konsumtion / Jacobs – Warenproduktion und Werttheorie

**Sowie:**  
Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 9,00 Euro (zzgl. Vers.) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Bezug: Ober Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:  
**Z-Vertrieb:** Postfach 500 906, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de)  
e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

ROLAND CLAUS

### The Left's Handling of Power

This article corresponds to a lecture held by the author, who is chairman of the PDS Parliamentary Group in the Bundestag, at a conference organised among others by the Rosa-Luxemburg-Stiftung in Magdeburg on February 23rd, 2002. Reflecting back on the beginnings of PDS activities in 1990, Claus discusses the demise of the SED (former East German ruling Communist Party) as the point of departure for the new policy of the PDS and proceeds – drawing on his personal experience as »father« of the so called »Magdeburger Model« consisting of the possibility of an minority SPD government being able to govern due to its being tolerated by the PDS (1994 – 2002) – to give his views on the continuing debates around how democratic socialists should handle their role as opposition, on the one hand, and their participation in the governments in Berlin and Mecklenburg – West Pommern, on the other.

WOLF-DIETER NARR

### World Market and Human Rights

In light of the ongoing and, in fact, growing protest campaigns against a neo-liberal and profit driven kind of »globalisation«, Wolf-Dieter Narr – a university political science professor and well-known activist in the movement for democracy and human rights – explores the question of »why today it is the most rational to be a radical critic of the contemporary globalisation model«. In an impressive tour d'horizon, Narr draws on a wide range of arguments supporting his views. Starting with that of the unfulfilled promise of »Liberty, equality and fraternity« that stood at the beginning of the capitalist era, he criticises the splendid reduction of human rights to free market relations, »fair« competition, and the rights (interests) of nations, i.e. governments. These tendencies must be countered – according to Narr – by a return to the concept of human rights based on an understanding of these rights as an indivisible set of fundamental norms that directly and essentially are the property of every individual. Thus all the attempts to create and justify a difference between human rights and democracy must be strictly rejected. Insuring the ability of everyone to make use of these essential rights means at the same time that all must share an adequate proportion of the common wealth, i.e. the precondition for democratic participation is, after all, a just distribution of property and income among all members of the world society.

SHARIT K. BHOWMIK

### Worker Co-operatives and Empowerment of the Marginalized

In his paper the Indian sociologist Sharit Bhowmik attempts to evaluate the role of worker co-operatives in safeguarding employment and production in industrial units that are failing or already shut down. Most of these co-operatives have come into being after the industries were shut down and their workers were left to fend for themselves. The first part of the paper deals with co-operatives as a means for empowering the marginalized sections of the population through their collective efforts. The second part deals with examples of functioning worker co-operatives in tea plantations and iron mines. Even though this paper highlights the positive role of worker co-operatives, it does not attempt to suggest that these organisations are the only solutions for protecting employment and production.

ACHIM TRUBE

### Change of Paradigm in the Welfare State? Critical Annotations to the socio-political Conception of »Activation«

Activating strategies in the social policy are characterized by the principle »Help and Hassle«. This New Labour concept postulates a revised balance of rights and responsibilities; also including negative sanctions aimed at an »effective modification of behaviour« of the recipients of the benefit. This author examines the Activating-

Conception in a sociological and socio-political perspective; in addition, he reflects in this context also on the problems of balanced budgets and benefit fraud. The conclusion of this essay is, that the Activating-Conception tends – in the worst case – to side-step the in social policy general consensus that has been in effect since the founding of the Federal German Republic after World War II. This could entail a high risk, particularly if the state – in view of a six-million-job shortage – pursues the strategy »workfare instead of welfare«, and if the basic welfare payments can only be drawn under the condition, the recipient shows good behaviour, in the manner the governmental demands as if it is »a social offer that you cannot refuse«.

FRIEDHELM WOLSKI- PRENGER:

### Unemployed Projects in the Civil Society

In light of the fact that Germany is short of 6,5 million jobs Friedhelm Wolski-Prenger discusses who is responsible for mass unemployment. He argues that ›blaming the victim‹ is not an adequate approach to resolving unemployment. It is the society – primarily the economy – that is responsible for job-creation. Civil society organizations have struggled, for two decades, with so-called ›Projects for the Unemployed‹ (Arbeitslosenprojekte), against the financial, social and, psychological consequences of unemployment. Initiated by churches, the unemployed themselves, trade unions and – in the former GDR (East Germany) – the Association of Unemployed (Arbeitslosenverband), more than one thousand projects have counseled the unemployed. The author describes civil society projects and pleads for more government support of these projects. The federal government has to assure jobs in the projects and the federal states (Bundesländer) are expected to support the networks of the projects.

THIEB PETERSEN:

### From Labour to Activity

Due to technical progress and lack of demand, developed industrial nations are faced with a growing decline in gainful employment. For society, as a whole, this constitutes an increase in time for productive and self-determined activities, which in the end leads to a transition of the working society into an activity society. Basic requirements for such a new social system are, among other things: a radical redistribution of wage labour among all members of society, a distribution of socially produced wealth which is independent of the amount of individually performed working hours, beginning forms of collective ownership in productive property, and an education system, which supports self-determined action and self-realisation.

ERNST WURL

### On the Power and the Burden of Tradition

In the process of elaborating a new party program the question of how the history and tradition of the party is understood and interpreted is decisive. What needs to be considered is that every tradition has a dual nature: on the one hand, tradition creates identity and sustains a certain understanding of the party's role in society, and on the other, by nature, tradition itself, bears a conservative element. The ›old‹, to a certain extent, wants to continue to survive within the ›new‹. This is why it is of essential importance for the Party of Democratic Socialism (PDS) to resolutely break with all enduring aspects of Stalinism – i.e. in the perception and consciousness of history; breaking with simplistic interpretations of historical materialism.

HELMUT BOCK

### Inheritance and Tradition: On Historical Thought in the PDS

This text is a critical analysis of a thesis alleging that the PDS is ›for the time being‹ dominated by KPD/SED traditions. The methodical argumentation shows that the PDS, which sees itself as being a ›modern left-socialist party‹, still has to ›overcome‹ traditions of former parties in its history. The text offers a range of important elements of the historical heritage supporting this view, such as Anti-Stalinism, Anti-Fascism and Anti-Imperialism, but also cites more controversial elements like Anti-Capitalism, and criticism of capitalism. Finally an attempt is made to locate the role of the PDS in a capitalist society not having evolved from the October Revolution (as the KPD and SED) but rather from the tremendous changes that have taken place since the 18th and 19th century. Those who have lived and struggled through this history for ›freedom‹ and ›equality‹ – not just as formal rights but as social and real ones –, and also for ›fraternity‹ – understood as solidarity and peace among individuals and peoples –, should be rescued from oblivion, spared the condemnation of the bourgeoisie, and be remembered and live on as part of the tradition of the PDS.

STEFAN BOLLINGER

### The PDS-Program and the crucial experiences of 1989

In his article Stefan Bollinger argues that within the discussion about the new party program of the German Party of Democratic Socialism (PDS) at least four events have to be critically but affirmatively addressed from a historical perspective: First: the founding in 1949 of the German Democratic Republic (GDR – East Germany) as a somewhat incomplete and alienated but nevertheless legitimate attempt to establish a non-capitalist and anti-fascist state; second: generally all forms of anti-Stalinism and dissidence; third: the year 1968 as the break-through of a new way of social development caused by the emergence of new productive forces demanding simultaneously an enhancement of democratic participation and fourth: the historical events of 1989, where the majority of the activists involved originally envisaged a reformed socialist and democratic society that would have probably transformed also the Federal Republic (West) Germany.

KAROL KOSTRZĘBSKI

### Right Wing Extremism in Poland

Although right wing extremism is not a new phenomenon in Poland, the re-formation of extremist groups since 1989 has somewhat split and marginalized the ultra-extremist camp. But they are by no means harmless. In the course of his article, the author presents the most important right wing movements in his home country. Of special interest is his description of *Radio Maria* as an ideological and medial centre of highly different but still ultra-conservative (modern) right wing currents. Analysing also the ›traditional‹ right-wingers, it becomes apparent that in Poland extreme political conservatism is less xenophobic and less violent but strongly linked to fundamentalist (catholic) religious beliefs – probably much more than in other European nations. Different from the ›religious‹ right wing fanatics, movements of the ›civilised‹ right try to hide their extremist convictions in order to gain political influence in the parliament as well as in government coalitions. Finally, the author contends that a more general view shows that the political role of the extreme right is fairly modest in Poland.

ANDRZEJ KALUZA

### Polish Immigrants in Germany

Polish speaking people account today for about 2,5 Percent (2 million people) of the population living in Germany. They or their ancestors immigrated into Germany mainly during the period of industrialisation in the 19th century or as a consequence of ›ethnic cleansing‹ following the Second World War, i.e. Polish and German speaking German subjects, who had to leave the Eastern territories that came under Polish



or Soviet control after the war. Today, the Polish minority is spread over the whole of Germany, its membership is highly assimilated and their political activity is rather low. Although there exists an Association of Polish speaking people in Germany, named »Polish Council«, according to the author Andrzej Kaluza Polish immigrants do not constitute a national minority.

LIDIA OWCZAREK

### National Minorities in Poland during the Process of System Transformation

Beginning with a comprehensive overview of the political and cultural situation of national minorities in 20th century Poland, the author proceeds to handle in greater detail the changes that took place in the course of the »revolutionary« events in 1989 and since. She points to the remarkable upswing in political and cultural activities which she considers to be one of the most important of these changes. This could also be illustrated by an »explosion« of the number of newly founded associations of minor ethnic groups – numbering 74 in 1991. This coincides with the creation by the Polish government of a special office for co-operation with national Minorities, which among other activities, provides financial aid to these organisations. National minority associations now have access to print media as well as to radio and television where they go on air with programmes in their native languages. Whereas relations with the German minority are currently developing smoothly – in spite of the 30 percent of the Polish population that views this minority with apprehension – »old« tensions in the Polish population have survived and even have been partially reinforced after 1989 particularly concerning the Ukrainian and Belorussian minorities.

CHRISTIAN FUCHS

### The Meaning of »Progress« in the Writings of Marcuse and Bloch and Information-Capitalism

Progress has traditionally been associated with an increase of productivity and the development of human history. Herbert Marcuse and Ernst Bloch have shown how such linear conceptions of progress fail to explain that in capitalism the ideology of quantitative progress has not brought qualitative human progress, but has resulted in global problems and destructive forces. Marcuse and Bloch do not consider history as automatically progressive. Progress is a possibility, but one that has yet to be established. This view has been strengthened by the emergence of recent theories of chaos and self-organisation. With the rise of modern technologies, the material conditions for social progress – a widening of the realm of freedom – has been reached, but society remains hampered by the permanent capitalist catastrophe and the restrictions on social change.

GOTTFRIED STIEHLER

### Progress and Reaction under State-Socialism

In the vision of Karl Marx, socialism was rooted in the idea that the »means of production must be appropriated by the society«. He was certainly mistaken with his view that this simultaneously means the abolition of commodities and money. In the realities of state-socialism Marx' ideas never experienced a proper practical implementation. Instead of an »appropriation of the means of production« by a self-governing association of individuals, private property has been simply replaced by state property – with crucial damaging consequences. Especially the socio-political superstructure became not only authoritarian but oppressive. A limited and over-regulated sphere of commodities-money-relations hindered in fact economic development. Nevertheless – Stiehlner argues – even this incomplete and in certain regards misguided social system was able to produce a range of social services and security that fundamentally ameliorated the life of ordinary people.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen: Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.  
Redaktion:  
WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH,  
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH  
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)  
Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)  
E-Mail: [utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de](mailto:utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de)  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: ELKE SADZINSKI  
Druck: BärenDruck GmbH,  
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)  
Einzelverkaufspreis: 6 €  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
57 € (Inland), 75 € (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Die Redaktion

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €

